A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

Okt. 1972

Westberlin – Ökonomie und Politik
Dockerstreik in Großbritannien
Staatsmonopolistischer Kapitalismus in Japan
Lehrerausbildung und politischer Kampf

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

4. Jahrgang Nr. 20 Okt. 1972

AUFSÄTZE UND ANALYSEN **Seite**

Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen		
Kathrin Schran	Sackgassen und Perspektiven für Westberlin	1
Sonja Piron	Die Westberliner Arbeiterklasse	23
Kyoichi Maekawa	Die allseitige Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die hohe Akkumulation des Monopolkapitals in Japan	41

KURZANALYSEN UND BERICHTE

Klaus Pickshaus	Dockerstreik in Großbritannien	55
Wolfgang Ehrhardt	Die chilenische Auslandsschuld als entscheidender Hebel des Imperialismus	75

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Astrid Kaiser, Hans-Rainer Kaiser	Lehrerausbildung und politischer Kampf	79
Werner Goldschmidt	Klassenkämpfe in Frankreich heute	103

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10
Anzeigenpreisliste 2/70

Satz, Druck:

Verlag und Druck Informdienst GmbH Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Verlages Pläne, des Rowohlt-Verlages, des Informationszentrum Buch, der Deutschen Volkszeitung, der Zeitschrift Konsequent sowie eine Bestellkarte und ein Index 1971 der SOPO.

Aufsätze und Analysen

Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen

Kathrin Schran

Sackgassen und Perspektiven für Westberlin

Mit dem Inkrafttreten des Vierseitigen Abkommens über Westberlin und der Vereinbarungen zwischen dem Senat von Westberlin und der Regierung der DDR sowie des Transitabkommens zwischen BRD und DDR sind die außenpolitischen und völkerrechtlich gültigen Voraussetzungen geschaffen für eine friedliche politische, für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung Westberlins im Interesse der werktätigen Bevölkerung.

Die für WB entscheidende Feststellung ist dabei im Vierseitigen Abkommen getroffen, nämlich daß die Stadt "so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland (ist) und auch weiterhin nicht von ihr regiert" wird. (1)

Die Verträge sind ein Erfolg der Kräfte des Friedens und des Sozialismus sowohl in WB als auch insbesondere in den sozialistischen Staaten. Um jedoch die so geschaffene Chance zu nutzen, ist es eine der zentralen Aufgaben des Klassenkampfes in WB die Unterordnung Westberlins unter die imperialistische BRD in jeder Hinsicht mehr und mehr zu beenden.

"Die Lebensfähigkeit und die Zukunft Westberlins fordern die Herstellung normaler Beziehungen nach Ost und West auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils, die strikte Einhaltung der Bestimmungen des Vierseitigen Abkommens nach Geist und Buchstaben und ein gutnachbarliches und freundschaftliches Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik" (2), heißt es in der Stellungnahme des Büros des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins zur Unterzeichnung des Westberlin-Abkommens.

Im folgenden soll untersucht werden, inwieweit die – wirtschaftliche – Lebensfähigkeit und Zukunft Westberlins tatsächlich von der Herstellung normaler Beziehungen nach West und Ost – und besonders auch zur DDR – abhängig ist; d.h. ob, bzw. inwieweit die – wenn auch dürftigen – Vorstellungen des Senats und der Westberliner 'Wirtschaft' dieser Stadt eine sichere Perspektive zu geben vermögen.

1 Anlage II zum Vierseitigen Abkommen über Westberlin.
2 "Das Vierseitige Abkommen über Westberlin nach innen und außen nutzen", Stellungnahme des Büros des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW) in: DIE WAHRHEIT vom 9.6.1972.

I. Perspektiven für Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen?

Festzuhalten ist, daß auch der Senat, die drei im Rathaus vertretenen Parteien und die Industrie- und Handelskammer (IHK) von WB (Westberlin) z.B. zugeben müssen, daß eine politische Regelung des Status Westberlins für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dringend notwendig gewesen ist (3). Allerdings wollen sie das Abkommen eigentlich nur in einem Sinne akzeptieren und "nutzen" – genauer: mißbrauchen, nämlich um die Kontakte zur BRD fester zu knüpfen. So schreibt Schütz, Regierender Bürgermeister von Westberlin: "Der Westen war und ist die Grundlage unserer Lebensfähigkeit, er bleibt es." (4)

Ansonsten äußert er sich sehr vage zur Frage der wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR und den anderen sozialistischen Staaten: "Was die Perspektiven sonst nach Osten hin betrifft, so unterlasse ich es, sie groß und lang auch nur zu versuchen. Ich fürchte, zu viele Haken, die da vorhanden sind, und zu viele Widerstände, die bereitgehalten werden, müßten dabei übersehen werden oder absichtsvoll unbeachtet bleiben. Ich wende mich damit nicht gegen Zukunftsvorstellungen und nicht einmal gegen Spekulationen, die ja nicht Phantasiegebilde sein müssen, sondern Formen der Erkenntnis sein können. Ich meine nur, daß wir, gerade in (West-, K.S.)Berlin, im Augenblick noch mit zuviel Lasten bepackt sind und noch zu viele Hindernisse herumstehen und es angesichts dieser Wirklichkeit angebracht und angemessen ist, aufs Nächstliegende zu sehen und über das Naheliegende nachzudenken, ohne dabei freilich das Ziel unserer Politik aus dem Auge zu verlieren." (5) Auch für den Präsidenten der Westberliner IHK, Cobler, kommen diese Beziehungen erst in zweiter Linie in Betracht: "Nachdem die Westintegration als Basis der Existenz West-Berlins nicht mehr in Frage gestellt wird, lägen auch im Osthandel und in der Ost-West-Kooperation zusätzliche (!) Chancen für West-Berlin", erklärte er in einem Informationsgespräch für Wirtschaftsjournalisten (6).

Noch vor der Unterzeichnung des Abkommens hat der Senat bereits verkündet, daß er die sich ergebenden "besseren Chancen zur Einbindung (West-)Berlins in überregionale und internationale Austauschbeziehungen und Kommunikation" nutzen will, um "die Rolle West-Berlins in der EWG zu stärken und die Stadt noch intensiver in den Prozeß der westeuropäischen Integration einzubeziehen". Dann "sollte (es) schrittweise möglich sein, wieder zu einem normaleren wirtschaftlichen Verhältnis mit der unmittelbaren Umgebung (West-)Berlins zu kommen" (7).

Im Zusammenhang mit der Würdigung der Außenvertretung Westberlins durch die BRD wird ausgeführt, daß sie "es ermöglicht, daß Westberlin künftig nach allen Seiten (!) unbehinderter am internationalen Austausch der Bundesrepublik teilnehmen kann" (8). Also wohl auch über die BRD Kontakte zur "unmittelbaren Umgebung" aufgenommen werden sollen?

---

3 Vgl. Der Senat von (West-)Berlin: 10. Bericht über die Lage der (West-)Berliner Wirtschaft und die Maßnahme zu ihrer Weiterentwicklung vom 22.2.72, S. 3 (im folgenden 10. SENATSBERICHT); DIE WELT vom 15.2.72, S. 7; Walter W. Cobler: "Jetzt neue Chancen für West-Berlin nutzen", in: DIE BERLINER WIRTSCHAFT, Heft 12, vom 9.6.1972, S. 500.

4 Klaus Schütz: "Der langfristige Funktionsgewinn", in: DIE ENTKRAMPFUNG BERLINS oder Eine Stadt geht zur Tagesordnung über, Hamburg 1972, S. 78.

5 Schütz, a.a.O., S. 78 f..

6 Cobler: "Das Berlin-Abkommen jetzt mit Leben erfüllen", in: TAGESSPIEGEL vom 17.5.72.

7 10. SENATSBERICHT, S. 14.

8 A.a.O., S. 3

Vor den Wirtschaftsjournalisten äußerte Cobler die Meinung: "die Lebensfähigkeit West-Berlins aus eigener Kraft werde sich aber nur entscheidend verbessern lassen, sofern West-Berlin verstärkt zu einem überregionalen Dienstleistungszentrum mit internationaler Ausstrahlung ausgebaut werde und wenn es darüber hinaus gelinge, zum Ausgleich für die verlorenen Hauptstadtfunktionen neue europäische und internationale Aufgaben und Institutionen für West-Berlin zu gewinnen" (9). Weitere "Funktionen" könnten nach Cobler sein: "ein Zentrum europäischer Zukunftsforschung; ein Ort der Begegnung und Kommunikation; ein Experimentierfeld der Ost-West-Kooperation; ein Beispiel für die Reformfähigkeit und Überlegenheit unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" (10).

Womit die Katze aus dem Sack gelassen wird: Die altbekannte Rolle Westberlins als imperialistischer Vorposten wurde transformiert zum "Beispiel für die Reformfähigkeit" – ausgerechnet – des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Damit dürfte sich auch Herr Lummer, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus, zufrieden geben, dem bei anderen ins Auge gefaßten Funktionen – z.B. WB "als Stadt internationaler Kongresse, Messen und Ausstellungen" (11) – angesichts "der Ausweitung des Dienstleistungsangebots nebst Vergnügen" (12) – z.B. bewirbt sich der Senat um eine Spielbank-Lizenz – "Assoziationen mit Tanger, Hongkong und Helgoland unvermeidbar" (13) wurden. Schließlich kommentiert auch Barzel: "All das sind Möglichkeiten, (West-) Berlin zu dem zu machen, was in der gegenwärtigen Lage notwendig ist, nämlich seine Funktion als Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands aufrechtzuerhalten." (14)

Und als "Schwerpunkt für die unmittelbare Zukunft" konkretisiert Cobler die Entwicklung Westberlins zu einem "Zentrum der Ost-West-Kooperation" als "wirtschaftlich, technisch und wissenschaftlich sowie kulturell und, soweit möglich, auch politisch (!)" (10).

Kurt Neubauer, Bürgermeister und Senator für Inneres, der WB zu einer "Stadt des Wettbewerbs" machen will, fragt: "Warum soll, was Passierscheine möglich machte (die "Politik des Wettbewerbs", K.S.), nicht auch geistigen Zugang eröffnen. Hier will doch niemand die materielle Konfrontation. Ist das so schwer zu begreifen? " (15) Damit wird die Absicht der Monopolbourgeoisie und ihrer politischen Handlanger deutlich, WB auch nach – und in Widerspruch zu dem Abkommen – als strategischen Posten im ideologischen Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus beizubehalten, wenn sie – vielleicht – auch auf eine militärische Konfrontation und – wegen Aussichtslosigkeit – auf ökonomische Sabotage verzichten.

Diese WB weiterhin zugedachte Rolle hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß die Stadt eben nicht aus eigener Kraft lebensfähig, sondern von ständig anwachsenden Subventionen abhängig ist. Die Ursachen dafür sind politischer und ökonomischer Art; sie haben die Grenzen einer staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung gezeigt – vorausgesetzt natürlich, daß es deren Ziel war, WB wenigstens annähernd lebensfähig zu halten.

---

9 Cobler, a.a.O.

10 Cobler: "Jetzt neue Chancen...", S. 500.

11 10. SENATSBERICHT, S. 14.

12 Heinrich Lummer: "Der langfristige Funktionsverlust", in: DIE ENTKRAMPFUNG ..., S. 83.

13 A.a.O., S. 84.

14 Rainer Barzel: "Nationale Funktion der Stadt sichern", in: DIE WELT, vom 15.2.72.

15 Kurt Neubauer: "Neues Klima für Reformmodelle? ", in: ENTKRAMPFUNG..., S. 113.

Diese Politik der Westberliner Verwaltung und des westdeutschen Staates und der Monopole hat zu einer Deformierung der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur geführt, wodurch – ohne baldigen und grundlegenden Wandel – auch für die Zukunft die Lebensfähigkeit Westberlins gefährdet ist.

In der Vergangenheit hatte die werktätige Bevölkerung dieser Stadt die Folgen der Abhängigkeit der Westberliner Wirtschaft vom westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihrer Degradierung zur "verlängerten Werkbank" zu tragen: durch Verlust der Arbeitsplätze und damit verbundenen Lohnrückstufungen oder sogar Arbeitslosigkeit bei Betriebsstillegungen oder -verlagerungen nach Westdeutschland – sei es aus konjunkturellen Gründen oder im Rahmen der westdeutschen Konzentration und Zentralisation, – bzw. bei Verlagerung der Produktion in sogenannte Niedriglohnländer (z.B. Spanien, Portugal, auch Hongkong).

Für die Zukunft muß die Westberliner Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen, die durch das Vierseitige Abkommen über Westberlin geschaffenen günstigen Bedingungen nutzen:
"Nach innen durch die konsequente Verwirklichung der demokratischen Prinzipien der Verfassung, um in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik von den Volksinteressen auszugehen und nach außen, um ein neues Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik und zu den anderen sozialistischen Ländern herzustellen." (16)

II. "Westintegration" Westberlins – Zur Standortsituation

Nachdem die politische Spaltung Deutschlands und Berlins durch die separate Währungsreform im Juni 1948 endgültig vollzogen war (17), wurde vor allem von den imperialistischen Besatzungsmächten die wirtschaftliche 'Westorientierung' Westberlins forciert, um die politische Einverleibung und Unterordnung der Stadt unter das restaurierte monopolkapitalistische System der BRD auch ökonomisch zu fundieren. Zugleich wurde durch die Zerstörung der Bindungen an das wirtschaftliche Hinterland der Versuch gemacht, die Entwicklung der DDR entscheidend zu behindern, d.h. den "Zusammenbruch der Zone" herbeizuführen: durch ein Ausfuhrverbot der Westkommandanten für den Aufbau wichtiger Produkte wie z.B. Chemikalien und chemische Produkte (u.a. synthetische Fasern), Maschinenbauerzeugnisse, Telefon- und Fernschreibanlagen, Generatoren, Sendeeinrichtungen und nahtlose Rohre; die Ausfuhr anderer Erzeugnisse wurde von besonderen Genehmigungen abhängig gemacht (18). Für verschiedene Produkte bestehen diese Verbote, bzw. Genehmigungspflichten noch heute.

Auch hierbei zeigt sich, "daß die Bewegung des kapitalistischen Grundwiderspruchs in Westberlin stärker als anderswo von der Systemauseinandersetzung bestimmt wird und andererseits auf die imperialistische Politik zurückwirkt. Deshalb werden die für die gegenwärtige Phase des Spätkapitalismus charakteristische Einheit von Politik und Ökonomie und das Primat der Politik über die Ökonomie nirgendwo so deutlich sichtbar wie in Westberlin." (18)

16 Stellungnahme des Büros des PV der SEW, a.a.O.
17 Entfällt.
18 K.-D. Hantelmann: "Wirtschaft und Politik in Westberlin, Die wirtschaftliche Entwicklung Westberlins unter dem Einfluß der Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus", DWI-FORSCHUNGSHEFTE, 5. Jahrgang, Heft 3/1970, S. 12.

Die Herauslösung Westberlins aus seinem wirtschaftlichen Hinterland und die 'Integration' in das Gebiet der BRD – mit dem 1936 nur ein Drittel des Inlandumsatzes der (Groß-) Berliner Industrie getätigt wurde (19), war praktisch Ende 1949 abgeschlossen, wie aus der Darstellung der Umorientierung des Absatzes der Westberliner Industrie (a) hervorgeht (20):

	Juli 1948	Juni 1949	November 1949	1966
Westberlin	60	62	56	21
Westdeutschland	12	28	38	64
DDR mit Berlin	27	7	3	0,7
Andere Länder	1	3	3	14 (b)

(a) in Prozent des Gesamtumsatzes
(b) nur kapitalistisches Ausland

Die Folge der 'Westintegration' war die Wirtschaftskrise von 1949/50 mit einer Erwerbslosenquote von 30,5 Prozent – also einer größeren Arbeitslosigkeit als selbst während der Weltwirtschaftskrise 1932 (21)! In den folgenden Jahren ist die wirtschaftliche Abhängigkeit Westberlins von der BRD noch verstärkt worden, wie aus den Angaben für das Jahr 1966 hervorgeht, hauptsächlich auf Kosten der inneren Verflechtung der Westberliner Wirtschaft.

Die Einverleibung der Westberliner Wirtschaft bedeutete jedoch keine Integration in den westdeutschen arbeitsteiligen Reproduktionsprozeß. Die Ursachen dafür sind die durch diese Westberlin-Politik geschaffene Standortsituation und Konkurrenzwidersprüche innerhalb der Monopolbourgeoisie: WB liegt 150 km entfernt von den Grenzen des westdeutschen Wirtschaftsgebietes, so entstehen also immer Transportkosten und -zeiten, die eine Integration erschweren. Durch die zusätzliche Orientierung der westdeutschen Wirtschaft nach Westen im Zuge der Gründung der Montanunion und der EWG ist WB, das gerade inmitten der anderen großen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) liegt, für die westdeutsche Wirtschaft vollends in eine periphäre Lage geraten. "Unter diesen Bedingungen war eine wirtschaftliche 'Integration' Westberlins in die Bundesrepublik Deutschland, sofern überhaupt möglich, ökonomisch von vornherein widersinnig." (22)

Dieser ökonomische, aber politisch bedingte Standortnachteil wurde verstärkt durch das sogenannte "politische Risiko": Die westdeutsche Monopolbourgeoisie war nur zögernd der US-Strategie gefolgt, WB zu einer Frontstadt mitten im sozialistischen Lager auszubauen; sie wollte unter keinen Umständen die für die Verwertung wichtigen Produktionsbereiche den möglichen Konsequenzen dieser Politik aussetzen.

Bald nach 1945 setzte eine Abwanderung zahlreicher Unternehmen aus Westberlin ein; Siemens, AEG-Telefunken, Osram u.a. verlagerten ihre Hauptsitze in die BRD. Damit wurden auch die Forschungs- und Entwicklungslabors abgezogen und mit ihnen wanderten – vor allem junge und qualifizierte – Arbeitskräfte ab (23). Für die übrigen Produktionsbereiche wurden in Westdeutschland Parallelfertigungen aufgebaut. Nach offiziellen Angaben gab es im Juni 1961 in Westdeutschland 1.877 Niederlassungen von Westberliner

19 Hantelmann, a.a.O., S. 8.
20 Quellen: Hantelmann, a.a.O., S. 12; Fritz Berg: "Vertrauen zu Berlin", in: TAGESSPIEGEL vom 22.10.67.
21 Hantelmann, S. 10.
22 Ders., S. 13.
23 Vgl. den nachstehenden Beitrag zur Lage der Arbeiterklasse in Westberlin.

Firmen mit insgesamt 17.200 Beschäftigten und umgekehrt 2.005 Filialen westdeutscher Unternehmen in Westberlin mit 115.487 Beschäftigten (24). Neue und technisch moderne Fertigungen, wie z.B. von Datenverarbeitungsanlagen, wurden von vornherein in der BRD eingerichtet, von Siemens vor allem in Augsburg, von AEG-Telefunken in Konstanz.

Welche Aktiengesellschaften – noch – ihren Sitz und ihre Geschäftsleitung in Westberlin haben, ist – kurioserweise – nicht einmal für deren Aktionäre so einfach zu ermitteln, die an der Klärung der Frage wegen der steuerlichen Begünstigung der Dividenden dieser Gesellschaften interessiert sind: Der Finanzsenator weigert sich "hartnäckig", eine verbindliche Liste der entsprechenden Gesellschaften zu veröffentlichen u.a. mit dem Argument, deren Steuergeheimnis schützen zu müssen. Der Kommentar des Westberliner Tagesspiegel dazu: "Es mag Gesellschaften geben, die es als peinlich empfinden, ihre Geschäftsleitung nicht (mehr) in (West-)Berlin zu haben" (25), ist zu ergänzen: offensichtlich ist es auch dem Westberliner Senat peinlich!

Neben den 'Standortfaktoren' gab – und gibt – es Widerstände innerhalb der westdeutschen Monopolbourgeoisie, gegen die Eingliederung und die Unterstützung der Westberliner Wirtschaft durch die BRD. So hatte Erhard, neben Adenauer der Sachwalter der Interessen der westdeutschen Montan- und Grundstoffindustrie, es abgelehnt, die Westberliner Firmen bei der Verteilung der Marshall-Plan-Gelder zu berücksichtigen.

Hantelmann, Mitarbeiter beim ehemaligen Deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut (DWI), jetzt Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), Berlin, führt für diese Haltung drei Gründe an:
Erstens wurde WB als Ballast empfunden beim Wiederaufbau des eigenen Staates, zumal man sich von dessen Konsolidierung die "Wiedervereinigung", also die Einverleibung auch der DDR erwartete.
Zweitens wollte die CDU nicht den von der SPD geführten Westberliner Senat stützen.
Drittens wollten die Monopole der verarbeitenden Industrie die Konkurrenz von Westberliner Unternehmen ausschließen – obwohl sie andererseits an WB als Absatzmarkt für ihre Produkte interessiert waren.

Hantelmann fährt fort: "Es gab demnach zahlreiche Faktoren, die insgesamt erheblich gegen die Tendenzen zur wirtschaftlichen Einverleibung Westberlins in die Bundesrepublik wirkten. Dieser Widerspruch ist eine spezifische Erscheinungsform der kapitalistischen Monopolherrschaft in Westberlin. Er bildet den Ausgangspunkt für die Einschätzung der ökonomischen Entwicklung und Perspektive Westberlins. Beide Pole dieses Widerspruchs werden durch ein und dieselbe Politik zur Entfaltung gebracht. Dieser Widerspruch hat antagonistischen Charakter und bildet die unmittelbare Ursache für die Umwandlung Westberlins in einen Stadttorso mit äußerst labiler wirtschaftlicher Existenzbasis." (25a)

Auch nach dem Vierseitigen Abkommen und trotz der zahlreichen von Senat und Monopolen geplanten neuen Funktionen für WB hat diese Einschätzung ihre Gültigkeit nicht verloren.

So stellt Sohl, Präsident des BDI, unter der Überschrift "Die Industrie steht zu Berlin" fest: "Wegen der Standortfragen und Transportwege ist bei der harten internationalen Konkurrenz in manchen Fällen die wirtschaftliche Entscheidung für (West-)Berlin schwieriger als die politische." (25b)

---

24 Hantelmann, S. 30.
25 "Der Sitz von Geschäftsleitungen als 'Steuergeheimnis' ", in: TAGESSPIEGEL vom 13.8.72.
25a Hantelmann, S. 15.
25b H.-G. Sohl: "Die Industrie steht zu Berlin", in: DIE WELT, vom 15.2.72.

Und wenige Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens verkündeten die Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, und die Siemens AG, München-Berlin, Verlagerungspläne. Die IG Metall, Westberlin, vertritt die Auffassung, "daß der Zeitpunkt der Bekanntmachung der Beschlüsse des Hauses Siemens kaum zufällig gewesen sein dürfte und Siemens offensichtlich eine weitere Schwächung der wirtschaftlichen Situation (West-) Berlins beabsichtigt" (26).

KHD überlegte zuerst noch eine Teilstillegung und hat sich Mitte Juli für die Gesamtstillegung entschieden – gegen die Stimmen von Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat (27) – mit der Rechtfertigung, bei dem betreffenden Werk würde "es sich sowieso nur um eine Zulieferproduktion handeln, die man an einem anderen Ort rentabler abwickeln könne" (28).
Die IG Metall hat dazu erklärt, der Neubau einer Verkaufsstätte der KHD "deutet darauf hin, daß dieser Konzern an Westberlin nur als Absatzgebiet, nicht aber als Produktionsraum interessiert ist" (27).

Siemens wird zwei Westberliner Werke aus dem Bereich der medizintechnischen Fertigung, die der Konzern erst kurz zuvor aufgekauft hatte, verlagern, und im Raum Frankfurt, bzw. im Grenzgebiet zur CSSR ansiedeln; den Arbeitern und Angestellten wurde angeboten, mit nach Westdeutschland umzusiedeln. In den Kommentaren der Beschäftigten, des Betriebsrates und der IG Metall wird auf die steuerpolitische Begünstigung dieser Transaktionen hingewiesen: "Mit Hilfe von Steuerpräferenzen und Abschreibungsmöglichkeiten können sie Betriebe aufkaufen, als Konkurrenten ausschalten, die Produktion in sogenannte westdeutsche Notstandsgebiete verlagern, um hier erneut erhebliche Steuererleichterungen in Anspruch zu nehmen." (29)

Diese Verlagerungen zeigen deutlich die Abhängigkeit der Westberliner von der westdeutschen Wirtschaft und den dadurch verschärften Widerspruch zwischen den Profitinteressen der Monopole einerseits und den Interessen der Arbeiter Westberlins an zukunftssicheren Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit in der Stadt andererseits, die durch "internationale Dienstleistungszentren", also z.B. auch Verkaufsstätten, nicht gewahrt sind.

Auch in Zukunft wird – ceteris paribus – mit derartigen Einschränkungen des produktiven Sektors zu rechnen sein, denn – so Cobler – "die politisch bedingten Standortnachteile bestehen fort". Er kommt zu dem Ergebnis: "Einen Investitionsrun auf Westberlin wird es also kaum geben, und die industrielle Expansion, die die Hauptbasis unserer Lebensfähigkeit bleibt, wird auch künftig in erster Linie von den in (West-)Berlin ansässigen Unternehmen getragen werden müssen." (30) Und der Senat geht davon aus, daß – u.a. auch aufgrund der "Standortnachteile" – die wirtschaftliche Entwicklung Westberlins weiterhin von Subventionen abhängig sein werde (31).

Aber der Standort bietet bei einer anderen, vernünftigen Politik gerade den Vorteil, sich nicht einseitig an das staatsmonopolistische System der BRD binden zu müssen, sondern durch die Möglichkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Handels mit der DDR

---

26 In: METALL, 13, vom 20.6.72, Westberlin-Seite.
27 In: METALL, 14, vom 4.7.72, WB-Seite.
28 "KHD-Arbeiter dürfen diesmal die Konzernsuppe nicht auslöffeln", in: DIE WAHRHEIT, vom 10./11.6.72.
29 "Bei Küster & Hartman: Soziale Rechte absichern", in: DIE WAHRHEIT, vom 16.6.72.
30 Cobler a.a.O., S. 500.
31 10. SENATSBERICHT, S. 3.

Westberlin weniger abhängig von der krisenhaften Entwicklung in der BRD und den anderen imperialistischen Staaten zu machen (32).

III. Staatsmonopolistische Regulierung der Westberliner Wirtschaft

Die politisch-ökonomische Standortsituation und die Widerstände der in Westdeutschland dominierenden Monopole gegen eine Integration Westberlins in den westdeutschen Reproduktionsprozeß forderten von Anfang an den Eingriff des Staates als Vertreter der kapitalistischen Gesamtinteressen heraus; denn das imperialistische System kann es sich nicht leisten, in dem zum Vorposten und zum Schaufenster der "freien Welt" bestimmten WB Wirtschaftskrisen oder gar eine große Arbeitslosigkeit offen ausbrechen, bzw. längere Zeit bestehen zu lassen.

So wurde der Versuch unternommen, die direkten wirtschaftlichen Folgen der Einbeziehung Westberlins in die imperialistische BRD – die Absetzbewegung zahlreicher Firmen und die Nichtauslastung der örtlichen Produktionskapazitäten sowie die damit verbundene Arbeitslosigkeit – zu beheben und für die Zukunft auszuschließen.

Der erste staatsmonopolistische Entwicklungsplan für die Westberliner Wirtschaft, der sogenannte Longterm-Plan, wurde 1950 zusammen mit amerikanischen Experten ausgearbeitet. Dieser Plan hatte "angeblich die Absicht, Westberlin zu einer weitestmöglichen Selbsterhaltung aus eigener Kraft, besonders im Hinblick auf die Leistungsbilanz der Stadt, zu befähigen. Westberlin sollte vollständig der westdeutschen Wirtschaft angeschlossen und innerhalb dieser zum entscheidenden Zentrum der Verarbeitungsindustrie werden" (33). Zu diesem Zweck sollte die Westberliner Wirtschaft zugunsten der Industrie umstrukturiert werden: In der Produktion sollten innerhalb von 3-4 Jahren 150.000 (von 200.000 neuzuschaffenden) Arbeitsplätzen neu eingerichtet werden; die Finanzierung der geplanten Neu- und Ersatzinvestitionen war v.a. über Marshall-Plan-Kredite geplant.

Dieses Programm wurde von der damaligen Bundesregierung torpediert, der nach dem 1949 zwischen den USA und der BRD geschlossenen Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit eine wirtschaftliche "Mitverantwortung" in Westberlin eingeräumt worden war (34). "Aufgrund der politischen Konzeption der Bonner Westberlin-Politik war die Selbsterhaltungsfähigkeit Westberlins nicht das Ziel der gegenüber Westberlin betriebenen Wirtschaftspolitik, da sie objektiv eine Grundlage für die dem westdeutschen Imperialismus unerwünschte politische Selbständigkeit der Stadt bilden würden." (35)

In diesem Sinne haben die zur Anwendung gelangten staatsmonopolistischen Regulierungsinstrumente gewirkt: das 1950 vom Bundestag verabschiedete sogenannte Berlin-Hilfe-Gesetz (BHG), später Berlinförderungsgesetz (BFG) zur Förderung der 'privaten' Wirtschaftsaktivitäten und die Subventionierung des Westberliner Haushaltes nach dem 3. Überleitungsgesetz von 1952.

1. Die Subventionierung des Westberliner Haushalts

Das 3. Überleitungsgesetz bezieht Westberlin als "Quasi-Land" in das "Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem" der BRD ein: für den Preis der völligen politischen Unterordnung des Abgeordnetenhauses (z.B. durch die Verpflichtung, Bundesgesetz in einem rein formalen Abstimmungsgang zu übernehmen (36)) und der Aufgabe der Finanzhoheit des Abgeordnetenhauses von Westberlin. Westberlin führt auf der Grundlage des 3. Überleitungsgesetzes die sogenannten Bundessteuern, d.h. die gesamten Zölle und Verbrauchssteuern, sowie einen Anteil am Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer, der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuerumlage an die Bundesregierung ab. Dafür hat die Bundesregierung für die Kosten der Kriegsfolgelasten und notwendigen Zuschüsse zur Sozialversicherung aufzukommen und ist verpflichtet, das Westberliner Haushalts-Defizit mit Zuschüssen und Darlehen abzudecken.

Von 1951 bis 1968 betrugen die Zahlungen der Bundesregierung brutto 74,8 Mrd DM; die Steuern und sonstigen Einnahmen des Bundes aus WB betrugen 24,3 Mrd DM, so daß der Nettozuschuß 50,5 Mrd DM ausmachte, davon waren allerdings 27,8 Mrd DM Transferzahlungen aus der Sozial- und Rentenversicherung (37).

Der Anteil der sogenannten Bundeshilfe wird 1972 mit 3.998 Mio DM an den geplanten Ausgaben in Höhe von 8.334,5 Mio DM über 46 Prozent betragen (38). Allerdings ist zu berücksichtigen, daß – vor allem die Zuschüsse – zweckgebunden für Aufgaben gewährt werden, die aus der Funktion Westberlins im internationalen Klassenkampf resultieren, wie z.B. zur Unterhaltung einer gewaltigen "Polizei"-Truppe, zum Ausgleich für "politisch-geographische Standortnachteile" (Subventionierung des Personen-Flugverkehrs), für den Schnellstraßenring im Zusammenhang mit dem Ausbau Westberlins zur "künftigen Hauptstadt"; der geringere Teil wird verwandt, um die Folgen dieser Politik zu mindern, z.B. die Vergabe der "Familiengründungsdarlehen", wodurch man die Entvölkerung Westberlins stoppen will. Die Bundes-Darlehen werden zur Finanzierung der öffentlichen Bauten und Investitionen verwandt: Sie betrugen von 1956 bis 1963 ca. 3,3 Mrd DM, davon 2,1 Mrd DM für den sozialen Wohnungsbau (39).

Erstmalig hatte 1964 die Bundesregierung unter Erhard eine volle Übernahme der Kosten verweigert, so daß der Westberliner Haushalt seitdem z.T. über eine Verschuldung am Kreditmarkt ausgeglichen wird. Bis 1968 entstand so eine Schuldenlast von 1.242 Mio DM (40), und 1971 allein eine Neuverschuldung von ca. 600 Mio DM (41). Im Wirtschaftsbericht des Senats für das Jahr 1970 heißt es dazu: "Die Wachstumsdivergenz zwischen den laufenden Ausgaben – insbesondere Personalkosten und Schuldendienstausgaben – einerseits und den eigenen laufenden Einnahmen andererseits muß auf längere Sicht zu einer nicht unproblematischen Ausweitung der Neuverschuldung sowie zu einem sinkenden Anteil volkswirtschaftlich notwendiger Ausgaben im investiven Bereich führen." (42)

2. Das "System" der Westberlin-Präferenzen

Die Verabschiedung eines Gesetzes zur Unterstützung der "privaten" Wirtschaft Westberlins (BHG) war von der Westberliner Industrie- und Handelskammer "angeregt" worden, die Maßnahmen zur Förderung des Absatzes der Westberliner Industrieprodukte in

32 Vgl. Autorenkollektiv: "Im Gleichschritt? Zur wirtschaftlichen Situation Westberlins", in: KONSEQUENT, Heft 6, März 1971, S. 24 ff..
33 Hantelmann, S. 13.
34 Vgl. Hantelmann, S. 17.
35 Ders., S. 43.
36 Entfällt.
37 Autorenkollektiv: "Im Gleichschritt? ", S. 29.
38 10. SENATSBERICHT, S. 39.
39 J. Mänicke: "Der wirtschaftliche Status Westberlins", in: KONSEQUENZEN ODER THESEN, ANALYSEN UND DOKUMENTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK, Hamburg 1969, S. 110.
40 Hantelmann, S. 72.
41 10. SENATSBERICHT, S. 39.
42 9. SENATSBERICHT vom 18.5.71, S. 32.

der BRD und der Kapitalakkumulation in Westberlin forderte. In den folgenden Jahren erfuhr das BHG zahlreiche Novellierungen, d.h. der Katalog der Vergünstigungen wurde erweitert. Die Erweiterung erfolgte jedoch jeweils höchst spontan in Reaktion auf neu aufgebrochene Widersprüche – und diese verschärfend, wobei die Wirtschaftsstruktur immer stärker deformiert wurde.

Nach dem BHG von 1950 wurden die westdeutschen Käufer – ab 1952 auch die Westberliner Lieferanten – von der Umsatzsteuer befreit. Die Vergünstigung kam vor allem Unternehmen zugute, die "Filialbetriebe" in WB hatten, und führte zu solchen berücksichtigten Transaktionen wie dem Transport fertiger Jacken und Mäntel nach WB, wo ihnen nur noch Knöpfe angenäht wurden, wofür jedoch – vor der Einführung der Mehrwertsteuer 1968 – die Umsatzsteuer auf den vollen Produktionspreis erstattet wurde. Von dieser Regelung profitierten ganz besonders die Verbrauchsgüterindustrien, vor allem die Zigarettenindustrie, deren Umsatzwerte noch durch spezielle Verbrauchssteuern erhöht werden.

Nachdem 1952 mit dem 3. Überleitungsgesetz das Ziel der staatsmonopolistischen Regulierungsmaßnahmen abgesichert worden war, konnte auch das Ausmaß der Förderung erheblich erweitert werden.

1953 wurde auf – abermalige – Initiative der Westberliner IHK eine 20 %ige Ermäßigung der Einkommens- und Körperschaftssteuer eingeführt, um über die direkte Profitsteigerung die Abwanderung der Betriebe, bzw. auch deren Umwandlung in reine "Filialen", zu stoppen. Auch diese Maßnahme kam besonders den Monopolen zugute, die in Westberlin und Westdeutschland Betriebe hatten: die Berechnungsgrundlage für den Westberlin-Teil des Profits dieser Konzerne war die Lohnsumme, so daß diese Regelung eine geringe organische Zusammensetzung des Kapitals begünstigte und zu der Vernachlässigung notwendiger Ausrüstungsinvestitionen auf Kosten des technischen Fortschritts der Westberliner Produktion wesentlich beitrug.

Ab 1955 wurde auch auf die Lohnsteuer eine 20 %ige Ermäßigung gewährt, um den Lohnrückstand gegenüber der BRD auszugleichen und die Abwanderung qualifizierter Facharbeiter zu verhindern. Allerdings ist auch diese Präferenz eher den Monopolen als den Werktätigen zugute gekommen, da sie lediglich die Nettolöhne auf Staatskosten erhöhte und die Entwicklung der Tarif- und effektiven Bruttolöhne weiterhin hinter der in der BRD zurückblieb (43).

In einer Neufassung des BHG 1959 wurde der Versuch unternommen, die 1958 nach der Westberlin-Note der Sowjetunion alles bisherige übertreffende Absetzbewegung der Monopole aufzuhalten, bzw. rückgängig zu machen:
Investitionen in WB konnten ab diesem Zeitpunkt innerhalb von 3 Jahren bis zu 75 % abgeschrieben werden, was im Endeffekt zum Aufbau und zur Modernisierung nicht der Westberliner, sondern der westdeutschen Wirtschaft beitrug. Denn auch von dieser Regelung profitierten wieder ganz besonders die Konzerne: In der BRD bereits abgeschriebene Anlagen wurden an die Westberliner Filialen 'verkauft' und das durch die neu einsetzende Abschreibung erzielte zinslose Darlehen für den westdeutschen Betrieb verwendete.
Da die erhöhte degressive Abschreibungsmöglichkeit auch für Bauten galt, wurden in der Folge zahlreiche Hotels, Büro- und Geschäftshäuser, wie z.B. das Europa-Center, von "GmbH & Co KG"-Firmen errichtet, für deren Kapitalgeber die steuerlichen Abschreibungsverluste zu einer Senkung ihrer Einkommenssteuerschuld um bis zu 185 % führten (44).

43 Vgl. Fußnote 23.
44 Hantelmann, S. 40.

Ab 1962 wurde noch zusätzlich eine steuerfreie 10 %ige Investitionszulage vergeben. Dies war der Versuch, den seit 1961 verschärft auftretenden Widerspruch zwischen einer völlig mangelhaften Rationalisierung der Produktion einerseits und dem nach dem Fortfall der DDR-Pendler aktu werdenden Arbeitskräfte-Bedarf andererseits zu lösen. Auch diese Maßnahme wirkte konzentrationsfördernd, da den Großbetrieben der größte Anteil zufiel, obwohl "der Anteil kleinerer und mittlerer Betriebe an der Westberliner Industrie relativ groß ist" (45).

Verteilung der Investitionszulagen nach Betriebsgrößenklassen (in Prozent) (45)

	1962	1963	1964	1965	1966
Großbetriebe	70,0	73,8	71,0	72,1	74,0
Mittelbetriebe	20,6	15,8	17,2	17,0	15,3
Kleinbetriebe	7,1	7,4	7,9	7,6	7,2
Kleinstbetriebe	2,3	3,0	3,9	3,3	3,5

Die Ermäßigung der Profitsteuern und auch der Lohnsteuer wurde von 20 auf 30 % erhöht. Außerdem wurden ab 1962 zahlreiche Darlehen – wie Familiengründungsdarlehen – und Zuschüsse z.B. für den Umzug gewährt, um vor allem junge Arbeitskräfte aus der BRD "anzuwerben".

Die Kosten, die den öffentlichen Haushalten in WB und in der BRD – annähernd in den Steuerausfällen erfaßt, (vgl. die Tabelle) – für die verschiedenen Förderungsmaßnahmen des BHG entstanden, waren gewaltig.

Steuerausfälle der öffentlichen Haushalte durch Westberlin-Präferenzen (in Mio DM) (46)

Präferenzierung von	1964	1965	1966	1967	1968 (a)
1. Absatz	573	593	661	650	705
Westberliner Lieferer	224	236	284	280	305
Abnehmer in der BRD	299	312	327	320	350
Erhöhte Freibeträge (a)	40	40	40	40	40
Sonstige Ausfälle (a)	10	10	10	10	10
2. Investitionen	307	308	315	336	325
Sonderabschreibungen	200	200	200	200	200
Darlehenshingabe (a)	50	50	50	50	50
Investitions-Zulage	57	58	65	86	75
3. Einkommen	806	822	833	831	840
Einkommens-Steuer (a)	165	165	165	165	165
Lohnsteuer (a)	290	290	290	290	290
Körperschaftssteuer (a)	55	55	55	55	55
Arbeitnehmer-Zulage	296	312	323	321	330
Steuerausfälle insgesamt	1686	1728	1809	1817	1870
davon für Bund	991	1024	1093	1082	1136

(a) Schätzungen des BMF

Trotz dieser erheblichen Subventionen sind die Erfolge gering geblieben: Der jährliche Produktionszuwachs blieb weiterhin hinter dem der BRD zurück, das Defizit der Westberliner Leistungsbilanz konnte nicht abgebaut werden – und auch der Wanderungssaldo gegenüber der BRD war nach wie vor negativ.

Diese Fakten und zaghafte Versuche des Westberliner Senats unter Albertz (der eine wissenschaftliche Beratungskommission mit der Erarbeitung von Entscheidungsunterlagen

45 Ders. S. 38.
46 Mänicke: "Der wirtschaftliche Status Westberlins", S. 109.

beauftragt hatte), die Perspektiven Westberlins zur Diskussion zu stellen, führten bei Teilen der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu verstärkter Kritik an Art und Umfang der Westberlin-Präferenzen.

Die Folgen waren, daß *erstens* Albertz von Schütz abgelöst wurde und damit sichergestellt war, daß keine Experimente unternommen werden würden, was die Funktion Westberlins für die westdeutsche und die US-amerikanische Monopolbourgeoisie anbelangt.

Und zweitens wurde das BHG erneut novelliert, wobei eine "strukturpolitische Feineinstellung" angestrebt, d.h. das Prinzip der globalen Förderung teilweise aufgegeben wurde:

U.a. wurden die Umsatzsteuer-Präferenzen nach der in WB erfolgten Wertschöpfung gestaffelt (von 4,5 bis 6 %); Sonderabschreibungen und Investitionszulagen auf Bauten wurden von der Nutzung für Produktions-, bzw. für – die neuen wirtschaftspolitischen Schwerpunkte – Forschungs- und Entwicklungszwecke (ab 80 %) abhängig gemacht, aber auch für den Bau von Werkswohnungen gewährt; die Zulagen für die Arbeiter und Angestellten werden in Abhängigkeit von den Bruttolöhnen und -gehältern gezahlt (8 %), hinzugekommen ist die Zahlung von Kindergeld auch im "privatwirtschaftlichen" Sektor (47). Allerdings gibt der Begriff der "Wertschöpfung" Gelegenheit zu mannigfaltigen Interpretationen und dürfte wenig an dem Werkbank-Charakter der Westberliner Produktion ändern, zumal bei allen Innenumsätzen innerhalb der Konzerne ein Nachlaß von 6 % gewährt wird. "Die neuen Bestimmungen werden einer strukturpolitischen Zielsetzung zweifellos eher gerecht ... Andererseits können sie jedoch grundsätzlich nur eine begrenzte Wirkung haben, (solange) die politische Einordnung Westberlins in die Bonner Politik unverändert" bleibt (48).

3. Der private Kapitaltransfer von WB in die BRD

Dazu gehört auch, daß immer noch keine Maßnahmen ergriffen wurden, den ständig wachsenden Kapitaltransfer aus WB zu stoppen.

Privater Kapitaltransfer (in Mio DM) (49)

	1960	1962	1964	1966	1967
Private Mittel	2427	3107	3593	4160	4075
Abschreibungen	980	1190	1385	1645	1715
Ersparnisse der privaten Haushalte	720	1130	1190	2525	2360
Unverteilte Gewinne	727	787	1018		
Öffentliche Mittel	930	832	935	1190	1120
Finanzierung insgesamt	3357	3939	4528	5350	5195
Investitionen	2690	2385	3155	3830	3445
Privater Kapitaltransfer	667	1554	1373	1520	1750
in % d. privaten Mittel	27,5	50,0	38,2	36,2	42,9
in % d. öffentl. Subventionen	33,3	61,6	46,8	42,8	46,1

1966/67 zum Teil geschätzt

Durch diesen unbehinderten regelmäßigen Kapitalabfluß wird WB zu einem "Umverteilungsvehikel mit neokolonialen Zügen" (50), d.h. zur Quelle für die – monopolistische – Akkumulation in Westdeutschland aus Steuermitteln.

47 Der Senator für Wirtschaft: INVESTIEREN – PRODUZIEREN IN BERLIN – Steuer-, Finanzierungs- und sonstige Erleichterungen, Jan. 71.
48 Hantelmann, S. 78.
49 Mänicke, a.a.O., S. 137.
50 Gerhard Kade in einem SPIEGEL-Interview 1968; nach Hantelmann, S. 52.

Dieser Kapitalabfluß wurde 1967 von der Westberliner IHK zur Rechtfertigung der "Bundeshilfe" angeführt, da WB "in erheblichem Umfang durch privaten Kapitaltransfer zur Finanzierung von Investitionen in Westdeutschland beitrage" (51).

In Anbetracht des Kapitalabflusses ist es durchaus verständlich, wenn der Westberliner Senat darauf hinweist, daß die Entwicklung der Westberliner Wirtschaft von Zuschüssen abhängig ist – nachdem ihr in der Vergangenheit die dafür bestimmten Mittel weitgehend entzogen worden sind. Allerdings sollte endlich dafür Sorge getragen werden, daß diese Gelder in WB bleiben und dort tatsächlich für die Entwicklung der Westberliner Produktion verwendet werden.

IV. Folgen der staatsmonopolistischen Westberlin-Politik

Die Politik der globalen Subventionierung jeglichen "Westberlin-Engagements" hat als einzigen Erfolg zu verbuchen, daß es nach 1950 keinen zweiten offenen Ausbruch einer Wirtschaftskrise in WB gab. Dafür hat sich die imperialistische Westberlin-Politik als schleichende Deformation und Degradation der Leistungsfähigkeit und der wirtschaftlichen Struktur dieser Stadt ausgewirkt.

Zwar waren in dem ersten Jahrzehnt einige Erfolge erzielt worden – u.a. durch eine Stärkung und Entwicklung des produktiven Sektors, dessen Anteil von 38,4 % im Jahre 1950 auf 58 % für 1960 gesteigert wurde. Diese strukturelle Verbesserung war jedoch im wesentlichen ohne gleichzeitige Modernisierung der Anlagen und Fertigungstechniken erzielt worden. Nach dem 13. August 1961 wurden die Folgen der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung evident:

- ein nach wie vor zu hoher Anteil des unproduktiven Sektors,
- ein Mangel an – dem technischen Fortschritt gemäßer – Rationalisierung der Produktion und das Zurückbleiben der Ausrüstungsinvestitionen aufgrund der unspezifischen Investitionssubventionierung,
- eine starke Monopolisierung bei gleichzeitiger Existenz von vielen Kleinbetrieben, durch die vor allem die Monopole begünstigende Mittelvergabe-Politik,
- und im Gefolge der anhaltenden Betriebsverlagerungen und der – damit verbundenen – Überalterung der Westberliner Bevölkerung ein Mangel an Arbeitskräften.

Von diesen Auswirkungen soll im folgenden jedoch nur das Verhältnis zwischen produktivem und unproduktivem Sektor sowie zwischen den beiden Abteilungen der Produktion etwas eingehender erörtert werden (52).

1. Die Westberliner "Leistungsbilanz"

Aus einem Vergleich der Waren- und Dienstleistungsbilanzen Westberlins mit der Leistungsbilanz (Groß-)Berlins von 1936 lassen sich die Folgen der im Zuge der Spaltung Deutschlands erfolgten Angliederung der Stadt an das westdeutsche Wirtschaftssystem und der staatsmonopolistischen Wirtschaftslenkung seit 1950 deutlich ablesen:

51 "Was kostet die Hilfe für Berlin?", in: TAGESSPIEGEL vom 20.4.69.
52 Vgl. Fußnote 23.
Als weitere Folge wäre vor allem auch die Größenstruktur der Westberliner Betriebe zu untersuchen.

Leistungsbilanz von Berlin 1936 (in Mrd RM) (53)

Lieferungen/Erträge		Bezüge/Zahlungen	
Industrielle Lieferungen	2,0	Nahrungs- und Genußmittel	1,0
Dienstleistungen	1,8	Industrielle Rohstoffe u. Halbfertig-	
Kapitalerträge	0,2	erzeugnisse	1,3
		Sonstige Rohstoffe, Halbfabrikate u. Fertigwaren	0,4
		Abführung v. Steuern	0,5
		Saldo (Überschuß)	0,8
	4,0		4,0

Waren- und Dienstleistungsbilanz von Westberlin 1971 (in Mrd DM) (54)

Lieferungen	(a)	(b)	Bezüge	
Waren	16,2	18,9	Waren	18,7
davon:			davon: Ernährung	2,67
Tabakwaren, Spirituosen		4,28	Leder, Text. Bekleidung	2,57
elektrotechn. Produkte		4,19	Mineralöl, chem. Erz.	2,35
Leder, Text., Bekleidung		2,25	Eisen, Stahl, NE-Metalle,	
Stahl- u. MB-Erzeugnisse		2,07	Gießerei-Erzeugnisse	1,77
Dienstleistungen	0,6	0,6	elektrotechn. Erz.	1,68
Saldo (Defizit)	3,9	1,2	Stahl-, MB-Erz.	1,46
			Dienstleistungen	2,0
	20,7			20,7

(a) ohne, (b) mit Verbrauchsteuern

Während 1936 für (Groß-)Berlin 53 % der Lieferungen auf gewerbliche Produkte und 47 % auf Dienstleistungen entfielen, beträgt der Anteil des Westberliner Dienstleistungssektors am Außenhandel weniger als 5 %. "Durch die Selbstisolierung und feindselige Politik gegenüber der DDR fehlen der Teilstadt normale Beziehungen, die überregionale Dienstleistungen für ihre Umgebung ermöglichen würden." (55) Während Berlin vor dem Kriege als Hauptstadt des Deutschen Reiches allein schon aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr gegenüber dem übrigen Reich eine Gläubigerposition innehatte, ist die Westberliner "Leistungsbilanz" defizitär – und zwar ständig: Von 1960 bis 1971 betrug das jährliche Defizit zwischen 10 und 20 % der Gesamtbezüge (56). "Der permanent negative Saldo der Westberliner Leistungsbilanz (kann) nicht anders denn als strukturelle Krisenerscheinung, als komprimierter Ausdruck für die Grenzen staatsmonopolistischer Wirtschaftslenkung gewertet werden." (57)

2. Wachstum und Struktur des Westberliner Sozialprodukts

2.1. Wachstum des Westberliner Sozialprodukts

So ist das Wachstum des Westberliner Sozialprodukts ständig hinter dem der BRD zurückgeblieben; es betrug für die Zeit von 1960 bis 1970 für WB (zu Preisen von 1962

53 Hantelmann, S. 10.
54 Quelle: BERLINER STATISTIK, hrsg. vom Statistischen Landesamt Westberlin, Heft 6/1972, S. 217.
55 Hantelmann, S. 44 f..
56 Vgl. Mänicke, a.a.O., S. 133; BERLINER STATISTIK, 6/72, S. 216 f..
57 Hantelmann, S. 44.

und ohne Verbrauchssteuern) nur 47,5 % gegenüber 59,5 % für die BRD und war auch im folgenden Jahr niedriger als das der BRD. (Vgl. Tabelle "Beiträge der Wirtschaftssektoren zum Bruttoinlandsprodukt von Westberlin".)

Vergleiche zwischen WB und der BRD sind allerdings problematisch und wenig aussagekräftig: bei einer reinen Industriestadt wie Westberlin wären höhere Wachstumsraten zu erwarten, als es dem statistischen Durchschnitt von ländlichen und industrialisierten Gebieten der BRD entspricht. In diesem Zusammenhang soll nur auf den Versuch von Mänicke hingewiesen werden, das Westberliner "Wachstums-Soll" aus den branchenspezifischen – westdeutschen – Wachstumsraten entsprechend der Westberliner Branchenstruktur addiert zu berechnen, wonach sich für WB ein Wachstumsverlust von 11,2 % ergibt (59). Auch der Westberliner Senat ist sich dieser Problematik bewußt: Er hat einen 'Gleichschritt' der Wachstumsraten von WB und der BRD nur als Minimal-Ziel formuliert; das sogenannte Maximal-Ziel ist eine Anpassung an den jährlichen Produktionszuwachs von industriellen Ballungsgebieten, wie z.B. Hamburg (60).

Beiträge der Wirtschaftssektoren zum Westberliner Bruttoinlandsprodukt (in Mio DM und (%)) (61)

Sektoren	1936 (a)	1968	1969	1970	1971
Land- und Forstwirtschaft		60	59	60	62
	(0,4)	(0,3)	(0,3)	(0,2)	(0,2)
Warenprod. Gewerbe		11.351	12.701	13.942	14.916
	(43,1)	(53,7)	(54,2)	(54,0)	(53,1)
davon: verab. Gew.		9.286	10.496	11.383	12.050
		(44,1)	(45,1)	(44,4)	(43,3)
Handel und Verkehr		3.476	3.757	4.105	4.407
	(35,2)	(16,4)	(16,0)	(15,9)	(15,7)
Dienstleist.untern.		3.276	3.578	3.949	4.316
	(16,2)	(15,5)	(15,3)	(15,3)	(15,4)
Staat, priv. Haush. usw.		2.994	3.337	3.743	4.406
	(5,1)	(14,2)	(14,2)	(14,5)	(15,7)
Bruttoinlandsprodukt		21.052	23.272	25.619	27.891
Veränderung gegenüber Vorjahr in % – WB		7,8	10,6	10,1	8,9
BRD		8,8	11,7	13,2	10.8

(a) Groß-Berlin

2.2. Struktur des Westberliner Sozialprodukts

Bei der Aufgliederung der Beiträge der einzelnen Sektoren zum Bruttoinlandsprodukt – und dem Vergleich mit 1936 – fällt auf, daß das Leistungsbilanzdefizit wesentlich durch den geringen Außenbeitrag des Dienstleistungssektors verursacht ist: gegenüber 1936 ist der Anteil dieses Sektors an der Entstehung des Bruttoinlandproduktes nur geringfügig gesunken, im Austausch mit dem (wirtschaftlichen) Ausland vermag er jedoch nicht einmal die Bezüge wertmäßig auszugleichen. Die Startbedingungen für das "überregionale, internationale Dienstleistungszentrum" WB sind also nicht allzu günstig!

58 Wolfgang Watter: "Wachstum durch mehr Sicherheit", in: DIE ENTKRAMPFUNG ..., S. 94.
59 Mänicke, a.a.O., S. 111 ff..
60 Autorenkollektiv: "Im Gleichschritt? " S. 36.
61 Quellen: Hantelmann, S. 46; 10. SENATSBERICHT, S. 5; BERLINER STATISTIK, 6/72, S. 213.

Demgegenüber ist der Anteil des Bereiches Handel und Verkehr im Vergleich zu 1936 um über die Hälfte gesunken infolge der periphären Lage Westberlins gegenüber 'seinem' Wirtschaftsgebiet und der Isolierung gegenüber der DDR; trotzdem arbeiten in diesem Bereich noch immer 21,4 % aller Westberliner Erwerbstätigen (62).

Auffällig ist aber vor allem der fast auf das dreifache gestiegene Anteil des Staates (im Vergleich zu dem von 1936), d.h. der Westberliner Verwaltung: "Diese Größe errechnete sich im wesentlichen aus den mittels Verwaltungstätigkeit erzielten Einkommen, also den Gehältern und Versorgungsbezügen. Sie wächst mit Aufblähung des Verwaltungsapparates, hat also überhaupt nichts mit der Entstehung, dafür um so mehr mit der Verwendung des Sozialprodukts zu tun. Daß ausgerechnet diese Komponente des Sozialprodukts, die seinerzeit für die Wirtschaft Berlins, obwohl damals politisches Zentrum und Hauptstadt, kaum eine Rolle spielte, heute ein so starkes Gewicht besitzt, zeigt deutlicher als alles andere die frontstadtbedingte Deformation der Westberliner Wirtschaft." (63)

3. Verwendung des Sozialprodukts

Diese Rolle der Verwaltung im System der staatsmonopolistischen Regulierung der Westberliner Wirtschaft findet auch ihren Ausdruck in der Verwendung des Sozialprodukts: ab 1968 beträgt der Staatskonsum über 20 %.

Verwendung des Sozialproduktes von Westberlin (in Mio DM; Anteil am Bruttosozialprodukt in % in Klammern) (64)

	1968	1969	1970	1971
Privater Verbrauch	13.115 (62,0)	14.346 (61,3)	15.855 (61,6)	17.230 (61,5)
Staatsverbrauch	4.314 (20,4)	4.786 (20,5)	5.382 (20,9)	6.153 (21,9)
Bruttoanlageinvest.	4.134 (19,5)	4.728 (20,2)	5.464 (21,2)	5.990 (21,4)
davon: Ausrüstungsinv.	1.545 (7,3)	1.905 (8,1)	2.175 (8,5)	2.461 (8,8)
Vorratsveränderung	653 (3,1)	565 (2,4)	443 (1,7)	-- 160 (- 0,6)
Inlandsnachfrage	22.216	24.425	27.144	29.213
Außenbeitrag	– 1.044 (–4,9)	– 1.023 (–4,4)	– 1.390 (–5,4)	– 1.182 (–4,2)
Bruttosozialprodukt	21.172	23.402	25.754	28.031

(Der Anteil des privaten Verbrauchs von über 60 % "beruht auf dem relativ großen Gewicht der nicht erwerbsfähigen Bevölkerung in Westberlin" (65).)

Der staatliche Konsum lag damit – bei nur 18 % für 1967 – um 50 % über dem westdeutschen Durchschnitt (65). Daraus wird ersichtlich, welche Bedeutung dem Westberliner Haushalt für die Wirtschaftsaktivität zukommt:

"Neben den Personalausgaben tragen der Sachverbrauch und die Investitionen der Westberliner Verwaltung entscheidend dazu bei, daß rund 93 Prozent der Mittel des Westberliner Haushalts unmittelbar binnenmarktwirksam verausgabt werden. Auf dieser zusätzlich in den Westberliner Wirtschaftskreislauf gelenkten Kaufkraft beruht die Existenz eines großen Teiles des dienstleistenden Sektors, aber auch zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe im produzierenden Bereich und im Handel, die nur bei einem bestimmten Niveau binnenwirtschaftlicher Nachfrage bestehen können." (65) (Daneben sind verschiedene Branchen in Westberlin, wie z.B. die Nachrichtengeräteindustrie, unmittelbar abhängig von Aufträgen der Bundespost und anderer Institutionen der "öffentlichen Hand" (66).)

"Über die Erhaltung der nicht produktiven Sphäre in der Westberliner Wirtschaft entstehen ständig Einkommen und damit eine zahlungsfähige Nachfrage, der kein realisierbares Produkt gegenübersteht. Diese Erscheinung bildet ein wesentliches Element der Westberliner Strukturkrise." (67)

Über die Abschreibungspräferenzen, die zu einem – im Vergleich zur Industrie – größerem Wachstum der Anlageinvestitionen, besonders von Bauten, im nichtproduktiven Sektor führten, ist sogar noch eine zusätzliche Stärkung erfolgt (68). Abgesehen von der strukturellen Verteilung liegt für Westberlin global ein Investitionsrückstand gegenüber der BRD vor: Von 1960 bis 1967 betrug die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote am Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt 19,1 %, davon Ausrüstungsinvestitionen 10,5 %, in der BRD dagegen 25,9 %, bzw. bei den Ausrüstungsinvestitionen 14,5 % (69). Dieser Abstand dürfte auch in den folgenden Jahren – trotz eines Vorsprunges Westberlins 1968 und 1969 – nicht aufgeholt worden sein (70): das hänge nicht zuletzt mit der Struktur der Westberliner Industrie zusammen, "in der konjunkturelle Auf- und Abschwünge mit größeren Ausschlägen registriert werden als in Westdeutschland", meint die Berliner Industriebank AG (71)). (Auf die Wirkung der Westberlin-Subventionen im Konjunkturzyklus kann hier nur verwiesen werden; neben einer den Zyklus verstärkenden ist auch eine dämpfende Wirkung, z.B. über den privaten und staatlichen Konsum, festzustellen.)

4. Struktur der Westberliner Industrie

Für die wirtschaftliche Zukunft Westberlins ist die Tatsache, daß die industrielle Nettoproduktion in wachsendem Maße – hinter der der BRD – zurückbleibt, besonders gravierend. So hatte 1967 der damalige BDI-Präsident Fritz Berg festgestellt: "Solange (West-)Berlin seine Hauptstadtfunktionen nicht wahrnehmen kann, muß es sich vordringlich auf die Aufgabe konzentrieren, seine Industriestadtstruktur weiter zu entwickeln. Denn die Industrie ist nun einmal der Lebensnerv der Stadt." (72) Offensichtlich ist die vor einigen Jahren begonnene "Schwerpunktförderung" der verarbeitenden Industrie zu spät gekommen, ist der "Lebensnerv" bereits abgeschnitten, wie aus dem Vergleich mit der BRD hervorgeht.

62 BERLINER STATISTIK, 4/72, S. 130.
63 Hantelmann, S. 46.
64 Quellen: 10. SENATSBERICHT, S. 6; BERLINER STATISTIK 6/72, S. 215.
65 Hantelmann, S. 68.
66 BERLINER STATISTIK, 4/72, S. 157.
67 Hantelmann, S. 69.
68 Ders. S. 47 f.; vgl. auch Mänicke, S. 124 ff..
69 Mänicke, a.a.O., S. 124.
70 Vgl. Autorenkollektiv: "Im Gleichschritt? ", S. 36.
71 In: DIE BERLINER WIRTSCHAFT, 20. Jahrgang, Heft 16, vom 7.8.70, S. 654.
72 F. Berg: "Vertrauen zu Berlin", a.a.O.

Index der industriellen Nettoproduktion für Westberlin 1965 bis 1971 (73)

A) Wägungsanteil am Gesamtindex in % (Gewicht 1962)

	WB	BRD
Produktionsmittelindustrie (I)	57,2	68,0
Verbrauchsgüterindustrie (II)	42,8	32,0
verarbeitende Industrie insgesamt (ohne Bergbau, Bau und Energie)	100,0	100,0

B) Indexabstand zwischen WB und der BRD in Punkten (Index 1962 = 100, arbeitstäglich)

	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
I.	12	8	13	20	23	26	27
II.	1	1	2	0	0	3	1
I. und II.	7	4	7	12	16	20	19

Besonders auffällig ist dabei die strukturelle Aufgliederung des Rückstandes für die beiden Abteilungen: der hohe – seit 1966 ständig ansteigende – bei der Produktionsmittelindustrie einerseits und der um nur einen Punkt Differenz schwankende für die Konsumgüterindustrie andererseits lassen die Assoziation an einen "Morgenthau-Plan" für WB aufkommen und verdeutlichen den Charakter Westberlins als "verlängerte Werkbank".

"Durch die Politik der Degradation zu einem Anhängsel der westdeutschen Wirtschaft sowie der Isolierung und Feindschaft gegenüber der DDR haben die Westberliner Elektroindustrie und auch die anderen Zweige ihre einstmalige überragende Stellung verloren oder sind sogar zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken." (74) Diese Entwicklung konnte nicht durch solche massiven staatsmonopolistischen Eingriffe aufgehalten werden, wie im Falle der Elektroindustrie ein aus Steuergeldern finanzierter Neubau eines Glühlampenwerkes für Osram (75) – die Elektroindustrie hat seit 1950 ihren Anteil

73 Quelle: BERLINER STATISTIK 4/72, S. 151.
74 Hantelmann: S. 53.
75 Ders., S. 87.

SÜDOSTASIENKORRESPONDENZ

aus dem Inhalt:

Nr. 1: Zur Lage der politischen Gefangenen in Indonesien/Robin Blackburn: Die Wiedergeburt der philippinischen Revolution

Nr. 2: Haben Suhartos Wahlen zu einer Wahl Suhartos geführt? /Investitionspolitik der BRD in Indonesien/Ist Ne Win's Burma sozialistisch? / Die chemische Kriegsführung der US-Imperialisten in Indochina

Nr. 3: Pakistan: Klassenverhältnisse/Berkeley-Mafia: Die Rolle der Universitäten für den US-Imperialismus in Indonesien/Thailand und das US-Engagement

Sonder-Nr.: Japanischer Imperialismus **Sonder-Nr.: Korea**

Sonder-Nr.: Öl und Imperialismus in Ostasien, von M. Caldwell

zu beziehen bei: M. Göbels, 5000 Köln 1, Weißenburgstr. 55
Preis: DM 1,00 PSch-Kto. Hans Wilhelm, 256 664 Köln

INFORMATIONEN UND ANALYSEN

nicht erweitern können – und auch nicht durch die Fusionierung mehrerer in öffentlichem Eigentum befindlicher Maschinenbau-Unternehmen zur Deutschen Industrie-Anlagen-GmbH (DIAG) (76), obwohl der Maschinenbau – zusammen mit Büromaschinenbau – seinen Anteil am Gesamtumsatz seit 1950 um ca. 4 Punkte erhöht hat.

Anteil der einzelnen Industriegruppen am Gesamtumsatz (a) in % (77)

	1950	1960	1969	1970	1971
Produktionsmittelindustrie	50,3	55,3	57,4	58,2	57,9
Elektroindustrie	29,9	28,4	27,9	28,9	29,5
Maschinenbau (incl. Büromaschinenbau	7,9	10,2	10,9	11,2	11,2
Stahlbau	2,7	3,4	3,6	3,3	3,9
Übrige Prod.ind.	9,8	13,3	15,0	15,0	13,3
Verbrauchsgüterindustrie	49,7	44,7	42,6	41,8	42,1
Ernährungsindustrie	18,4	11,9	11,6	11,6	11,8
Tabakverarbeitung	1,5	6,8	7,1	6,9	6,8
Bekleidungsindustrie	13,1	11,0	7,0	6,4	6,3
Chemie	7,0	6,5	8,3	8,2	8,2
Übrige	9,7	8,5	8,6	8,7	9,0
Verarbeitende Industrie	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

(a) 1950 und 1960 einschließlich kumulativer Umsatzsteuer, ab 1969 ohne Mehrwertsteuer / nach technischen Einheiten, ohne Verbrauchssteuern.

In der Zusammensetzung der Abteilung II fällt der gesunkene Anteil der Bekleidungsindustrie am Gesamtumsatz auf, der seit 1960 um nahezu die Hälfte zurückging; das ist ein Anzeichen dafür, in welchem Umfange die Produktion in WB nur der Erzielung von Extraprofiten diente (s. das "Knöpfe"-Beispiel) und daß – spätestens nach dem Fortfall allzu extensiver Mißbrauchs-Möglichkeiten – WB seine ehemalige Rolle als Modezentrum verloren hat.

Anders im Falle der Tabak- und Zigarettenindustrie, die wohl als einzige Industrie fest in WB angesiedelt wurde und für die es zum "Zentrum" geworden ist. Das findet auch seinen Niederschlag in den Warenlieferungen Westberlins, an denen die Tabak- und Spirituosenindustrie einen höheren Anteil als die Elektroindustrie aufweist, wenn auch durch Verbrauchssteuern überhöht. (Vgl. die Tabelle "Waren- und Leistungsbilanz 1971")

V. Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR

Die schleichende Strukturkrise der Westberliner Wirtschaft – geringes Wirtschaftswachstum z.B. wegen der Unterentwicklung des produktiven Sektors, besonders der Abteilung I – ist also durch die imperialistische Westberlin-Politik verursacht, durch die Einbeziehung der Westberliner Wirtschaft in das westdeutsche Wirtschaftssystem und die damit verbundene Konfrontation gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Staaten; das staatsmonopolistische Instrumentarium der Subventionen und Präferenzen hat die Folgen dieser Politik eher verschärft denn gemildert.

Diese Tatsachen müssen berücksichtigt werden, wenn die – wirtschaftlichen – Perspektiven Westberlins nach dem Vierseitigen Abkommen erörtert werden.

76 Autorenkollektiv: "Im Gleichschritt", S. 34.
77 BERLINER STATISTIK, 4/72, S. 154.

So stellt der Westberliner Senat zwar als "wirtschaftspolitisches Hauptziel" eine der westdeutschen vergleichbare Wachstumsrate auf – ohne dabei "ehrgeizigere Wachstumsziele" aus dem Auge zu verlieren – und nennt als "wirtschaftspolitische Kernaufgabe" den "Ausbau der inneren Leistungsfähigkeit" der Westberliner Wirtschaft, vor allem des "verarbeitenden Gewerbes" als "Basis der Wirtschaftskraft" Westberlins, durch Investitions-, Einkommens- und Absatzförderung, dürfte mit dieser Wirtschaftspolitik jedoch – wie bisher – scheitern, solange er sich "bei seinen Überlegungen ... nicht zuletzt vom Grundsatz der Kontinuität leiten" (78) läßt, d.h. solange die bisherige Unterordnung unter den westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht beendet wird zugunsten einer selbständigen Politik und Wirtschaftspolitik für Westberlin.

Dazu gehört zu allererst und vordringlich – schon wegen der "Standortsituation" –, die wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR und den anderen sozialistischen Staaten zu entwickeln.

In den vergangenen Jahren war der Warenaustausch mit diesen Staaten und auch mit dem unmittelbaren Nachbarn Westberlins, der DDR, minimal: Die Westberliner Warenlieferungen in die sozialistischen Staaten blieben selbst hinter denen in die Entwicklungsländer zurück und waren außerdem geringer als die Warenbezüge. Auch im Westberliner Handel mit den RGW-Staaten besteht somit ein Defizit, das von 1960 bis 1970 fast 2 Mrd DM erreichte; es wird im Rahmen des Handels der BRD mit diesen Staaten ausgeglichen. (Dort entstand im gleichen Zeitraum ein Überschuß von 4 Mrd DM) (79)

"Nur durch die Einbeziehung Westberlins in die Gesamtabrechnung des Handels der Bundesrepublik mit der DDR und den jeweiligen osteuropäischen Handelspartnern war es somit möglich, die offensichtliche Aufnahmefähigkeit des Westberliner Marktes für bestimmte Erzeugnisse aus den RGW-Ländern zu nutzen", stellt Mitzscherling vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Westberlin fest. (79) Diese "bestimmten Erzeugnisse" sind vor allem Güter der Ernährungswirtschaft (z.B. Fleisch, Obst, Gemüse, Konserven), die 1970 fast die Hälfte, bzw. ein Drittel der Westberliner Importe aus der DDR, bzw. den anderen sozialistischen Staaten betrugen, daneben Rohstoffe (z.B. Kohlen, Holz) und Halbwaren (chemische Halbwaren); der Anteil dieser Produkte am Westberliner Gesamtverbrauch betrug 1970 ein Viertel des Benzins und machte bei den Importen aus der DDR: bei Eiern ungefähr ein Fünftel, bei Schweinefleisch mehr als ein Drittel, bei Zucker ungefähr die Hälfte und bei Braunkohlebriketts über 90 % aus (80).

Die Westberliner Lieferungen in die RGW-Staaten bestehen zwar vorwiegend aus Halbfabrikaten und industriellen Erzeugnissen (z.B. Textilien, Maschinen, elektrotechnischen Produkten und Pharmazeutika) allerdings ohne besonderen Schwerpunkt. "Der Rückgang in den letzten Jahren bei einzelnen dieser Erzeugnisse, vor allem in den Lieferungen nach Osteuropa, mag einmal zufallsbedingt, doch aber auch darauf zurückzuführen sein, daß die Westberliner Angebotspalette zunehmend nicht mehr den Bezugswünschen der Handelspartner entspricht", erklärt auch Mitzerschling diese Entwicklung (81).

78 10. SENATSBERICHT, S. 13.
79 Peter Mitzscherling: "Prüffeld für Kooperation", in: DIE ENTKRAMPFUNG, S. 101.
80 Ders. S. 101 f..
81 Ders. S. 102.

Wir bitten unsere Abonnenten, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Regionale Verteilung der Westberliner Warenlieferungen und -bezüge 1970 und 1971 (82)

I. Warenlieferungen	in Mio. DM 1970	1971 (a)	Veränder. 1971/70 in v. H.	Anteile 1971 in v. H.
Kapitalistische Industriestaaten	14.076	15.430	10	95
davon: BRD (b)	12.186	13.458	10	83
übrige	1.890	1.982	5	12
Enwicklungsländer	447	445	0	3
Sozialistische Staaten	236	234	1	2
davon: DDR	139	130	– 7	1
(zum Vergl. Streckengesch.) (c)	(228)	(184)		
übrige	97	104	7	1
Warenlieferungen insgesamt	14.759	16.119	9	100
II. Warenbezüge				
Kapitalistische Industriestaaten	16.812	17.956	7	96
davon: BRD	15.692	16.814	7	90
übrige	1,120	1,142	2	6
Entwicklungsländer	137	121	– 12	1
Sozialistische Staaten	545	635	17	3
davon: DDR	408	472	16	2
(zum Vergl. Streckengesch.) (c)	(132)	(102)		
übrige	137	163	19	1
Warenbezüge insgesamt	17.494	18.712	7	100

(a) erste vorläufige Ergebnisse
(b) ohne Verbrauchssteuern
(c) jeweils nur Januar bis November
"Streckengeschäfte" werden von Westberliner Unternehmen abgewickelt, die Waren werden aber direkt zwischen der BRD und der DDR getauscht.

Der Handel mit der DDR macht nur 2 % der gesamten Warenimporte und sogar nur 1 % der gesamten -exporte aus. Zu diesem "Direktaustausch" WBs mit der DDR werden von Westberliner Unternehmen noch sogenannte Streckengeschäfte abgewickelt, bei denen die Waren jedoch direkt zwischen der BRD und der DDR getauscht werden. Diese Streckengeschäfte übertrafen 1970 und 1971 die direkten Westberliner Warenlieferungen in erheblichem Maße. Die Ursachen dafür liegen nahe: Im Laufe der staatsmonopolistischen Westberlin-Politik und damit der Deformation der Produktion zur verlängerten Werkbank hat die Westberliner Industrie immer weniger Exportartikel anzubieten, die international konkurrenzfähig sind.

Die Bedeutung der "Streckengeschäfte" und der Ausgleich des Westberliner Defizits über den BRD-Handel mit der DDR zeigen, welche Rolle die westdeutschen Monopole Westberlin auch nach dem Vierseitigen Abkommen zugedacht haben: Westberlin soll ihnen – außer als Quelle für Extraprofite – zur Erleichterung ihres Warenabsatzes auf den sozialistischen Märkten dienen und andererseits die Importe aus der DDR aufnehmen, davon vor allem Konsumgüter, um die Konkurrenz der Industrieerzeugnisse aus der DDR zu unterbinden.

82 Quelle: 10. SENATSBERICHT, S. 31 f..

Für die Entwicklung der Westberliner Wirtschaft und Industrie ist die Perspektive dann eindeutig: Die Abhängigkeit Westberlins vom westdeutschen Imperialismus würde weiter gefestigt, der Werkbank-Charakter der Produktion würde verstärkt und die Lebensfähigkeit Westberlins würde weiter ausgehöhlt.

Deshalb erfordern die Lebensfähigkeit und die Zukunft Westberlins vor allem die Herstellung normaler Beziehungen zur BRD und zur DDR "auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und des gegenseitigen Vorteils" (83).

Die notwendige – und auch von seiten des Senats und der Westberliner Monopole angestrebte – Ausweitung des Austauschs mit den sozialistischen Staaten setzt die Entwicklung der Westberliner Industrie und Dienstleistungsbereiche und eine Umorientierung und Spezialisierung auf die Bedürfnisse dieser Staaten voraus und kann nur über eine planmäßige, vertraglich gesicherte Kooperation erfolgen, wie sie z.B. im Juli dieses Jahres zwischen der Westberliner Fritz Werner Werkzeugmaschinen GmbH mit einem ungarischen Betrieb abgeschlossen wurde (84). Mit "Funktionen" für Westberlin als "Experimentierfeld der Ost-West-Kooperation" – nach Ansicht von Cobler – oder als "Handels- und Kontaktplatz zwischen Ost und West" – nach Vorstellung des Senats – können diese Aufgaben nicht gelöst werden.

Für die Kooperation Westberlins mit der DDR bieten "Geist und Buchstaben" des Vierseitigen Abkommens eine gute Grundlage und sollten im Interesse der Lebensfähigkeit Westberlins genutzt werden. "Das verpflichtet die gewählten Organe, vor allem den Senat, endlich auch einmal eigene Schritte zu unternehmen und im Gegensatz zur bisherigen Praxis selbständige Initiativen zu ergreifen ... Über die Vereinbarungen hinaus ... müssen sich zwischen Westberlin und der DDR gutnachbarliche Beziehungen entwickeln, muß ein Maximum an wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit erreicht werden." (85)

Diese Forderungen sind jedoch nur im Kampf um die Zurückdrängung des beherrschenden Einflusses der – westdeutschen – Monopole auf die Wirtschaft und auf die Politik Westberlins zu erreichen. Ein wichtiger Schritt in diesem Kampf wird die Erringung der Kontrolle und der Mitbestimmung der Westberliner Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in den Großunternehmen und auf überbetrieblicher, gesamtgesellschaftlicher Ebene sein, so wie sie von der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins gefordert wird (86).

83 Stellungnahme des Büros des PV der SEW zum Vierseitigen Abkommen.
84 "Fritz Werner kooperiert mit Szim", in: TAGESSPIEGEL vom 12.7.72.
85 Stellungnahme ....
86 Siehe "Aktionsprogramm der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins" in: KONSEQUENT 4, Juli 1970, S. 61 f. und passim; Helmut Krause: "Für Arbeiterrechte in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft", in: KONSEQUENT 9/10, April 1972, S. 1 ff; W.-D. Gudopp: "Für Frieden, Demokratie und Sozialismus", in: KONSEQUENT 11, August 72, S. 1 ff..

Sonja Piron

Die Westberliner Arbeiterklasse

Vorbemerkung

Im Rahmen dieses Aufsatzes ist eine gründliche und umfassende Analyse der Lage der Westberliner Werktätigen nicht beabsichtigt. Viele wichtige und aktuelle Informationen sind auch nur schwer oder gar nicht zugänglich.

Uns geht es im folgenden um die wirtschaftlichen und politischen Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse, um die objektiven Voraussetzungen ebenso wie um die derzeitige Entwicklung des Klassenbewußtseins. Wir werden uns in wesentlichen Details vornehmlich auf jenen Teil der Arbeiterklasse beziehen, der in der hier ansässigen Metallindustrie beschäftigt ist. Die politökonomische Relevanz dieses Vorgehens liegt auf der Hand: Die Lage der Industriearbeiter widerspiegelt den Entwicklungsgrad der Klassenkämpfe insofern, als dieser 'Kern der Arbeiterklasse' in der Konfrontation mit dem Kapital eine hervorragende Rolle spielt. An der Stärke und Qualität seiner Kämpfe ist der Grad der Klassenauseinandersetzung insgesamt meßbar. Auf Grund der regionalen Industriestruktur in WB erscheint eine Beschränkung auf die Metallindustrie berechtigt:
Von rund 250 Tausend in der Industrie Beschäftigten arbeiten über 150 Tausend im Metallbereich (2/3 davon allein in der Elektroindustrie). Die chemische Industrie in WB beschäftigt dagegen nur etwa 12 Tausend Arbeiter und Angestellte (1). Die Tarifauseinandersetzungen der jüngsten Zeit zwingen natürlich zu einer Betrachtung beider Bereiche.

Die Metallarbeiter in Westberlin sind in ihrer materiellen und gesellschaftspolitischen Existenz am schärfsten von den staatsmonopolistischen Eingriffen des Bonner Staates bedroht. Ihre Konfrontation mit der imperialistischen WB-Politik ist unmittelbar. Auch wenn die aggressiven Pläne des Imperialismus der Arbeiterklasse weitgehend verborgen bleiben, stehen sie täglich den verschiedenen Resultaten der realisierten Wirtschaftpolitik gegenüber:
Die hemmungslose Ausplünderung der Wirtschaftskraft dieser Stadt vom Profittransfer über Sonderpräferenzen bis zur Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte und zum Abzug moderner Produktionsanlagen trifft besonders die Metallarbeiter und hinterläßt bleibende Erinnerungen. Über 20 Jahre lang hat sich diese Konzernpolitik in einem relativ erfolgreichen Klassenkampf von oben ausgedrückt. Aber die Arbeiterklasse hat ein gutes Gedächtnis: Weder die Zeit nach 1945, noch die 60iger Jahre der Brückenkopf- und Brückenkopf- und Antikommunismuspolitik sind vergessen. Die Funktion dieser Politik gibt sich in dem Maße selbst zu erkennen, wie der Antikommunismus an Substanz und Wirkungsmöglichkeit verliert. Und diese breit angelegte Ideologie des Imperialismus verliert in dem Maße an Wirkungsmöglichkeit, wie die seit langem auf dem Tisch liegenden Alternativen seitens der Sowjetunion, der DDR und der SEW an Realität gewinnen. "Ich habe zum Beispiel die Feststellung machen können", sagte Gerhard Danelius auf einer internationalen Pressekonferenz des Parteivorstandes der SEW am 8.2.1971, "in Gesprächen in Zehlendorf, mit Betriebsräten von AEG Turbine, von Orenstein & Koppel,

1 INDUSTRIE UND HANDELSKAMMER, Jahresbericht 1971, Westberlin, März 1972, S. 172.

daß die Westberliner sehr wohl bereit sind, die politische Bundespräsenz einzutauschen gegen Abmachungen mit der Deutschen Demokratischen Republik, die ihr Leben sichern, die die ständigen Gefahren beseitigen." (2)

Ständig gefährdet sind für die Arbeiter in WB die Arbeitsplätze, die Löhne, Wohnraum und Mieten und die politischen Rechte der Werktätigen. Gefährdet oder nicht verwirklicht, muß man hinzufügen. Die einseitige Subventionspolitik erfährt die Arbeiterklasse als sozusagen exaltiertes Kapitalverhältnis:
Ein wesentlicher Teil des von ihr jeweils geschaffenen Neuwerts wird in der Form von Profittransfer nach Westdeutschland transportiert, während ihnen als "neues" fremdes Kapital Steueraufkommen aus WB und der BRD gegenübertreten. Bis zu einem gewissen Grade liegt darin auch jenes deformierte Klassenbewußtsein begründet, an dem die Spezialisten des Antikommunismus zeitweilig so erfolgreich anknüpfen konnten. Jetzt entwickelt sich daran, nämlich bei der täglichen Erfahrung mit dieser Politik, allmählich wachsendes Kampfbewußtsein, das auf eine geschlossene Front von Konzernen, WB-Senat und US-Imperialismus stößt.

Um die Auseinandersetzungen an dieser Klassenfront vom Standpunkt der Westberliner Arbeiterklasse geht es uns.

Hier soll geprüft und gezeigt werden, welche Faktoren den gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Westberliner Arbeiterklasse bestimmen, wie sich die gegenüber der BRD besonderen Klassenkampfbedingungen ausprägen und welche Aussichten dieser Kampf durch die besonderen politischen und geographischen Realitäten hat.

Die Beschäftigtenstruktur

Die Beschäftigtenzahl der Westberliner Wirtschaft ging von 1960-1967 um 86 000 oder 8,3 Prozent zurück. Dem industriellen Bereich allein wurden 50 000 oder 16,5 Prozent entzogen, davon wiederum über zwei Drittel oder 38 200 der Investitionsgüterindustrie (3). Im "Berliner Forum" 1/72 will Günter Braun von der IHK die Hauptschuld an dieser Entwicklung im Bau der Schutzmauer gefunden haben. (60 000 Arbeitskräfte seien 1961 verlorengegangen – wer hätte damals gedacht, daß 6 % der Westberliner Beschäftigten aus der DDR kamen und die Wirtschaft der Stadt derart von ihrer Arbeit abhing.) Dennoch aber hält diese Entwicklung noch 10 Jahre später an. (Wie die IHK in ihrer eigenen Broschüre zugibt.) Für 1971 wird ein Rückgang der in der Industrie Beschäftigten um 11 259 auf nunmehr 253 687 konstatiert (4).

Die folgende Tabelle soll einen Überblick über die Entwicklung der Erwerbstätigenstruktur in Relationen vermitteln.

2 DIE SEW ZUM WESTBERLIN-PROBLEM, Zeitungsdienst Westberlin 1971, S. 141.
3 Hantelmann: WIRTSCHAFT UNE POLITIK IN WESTBERLIN. DWI-FORSCHUNGSHEFT 3/1970, S. 61.
4 IHK, a.a.O., S. 172.

SOPO 21
erscheint Dezember

Entwicklung der Westberliner Erwerbstätigenstruktur in %

	1966 (5)	1968 (5)	1970 (6)
Produktiver Bereich	45,9	44,9	42,6
davon Industrie	31,3		
Verteilender Bereich	20,2	21,0	21,6
davon Handel	14,6	14,4	15,3
Verkehr und Nahrung	5,7	6,6	6,3
Dienstleistender Bereich	33,9	34,1	35,4
davon priv.wi. Dienstleistungen	17,6		17,6
Verwaltung	16,3		17,8

Als Ausdruck für die zunehmende Konzentration von Kapital in wenigen Händen, sei folgendes angemerkt: Mehr als zwei Drittel aller in der Westberliner Industrie Beschäftigten arbeiten in Betrieben, die direkt oder indirekt zum Siemens- oder zum AEG-Telefunken-Konzern gehören (7). Von den rund 120 000 Beschäftigten im Einzelhandel (davon 73 % Frauen) arbeiten fast 90 000 in weniger als 4 % aller Einzelhandelsbetriebe (8). Allein 10 % oder 12 000 arbeiten in den Westberliner Hertie Waren- und Kaufhäusern (9).

Die wichtigsten Faktoren für die soziale Struktur der Westberliner Bevölkerung sind:
1. Der anhaltende Rückgang der Beschäftigtenzahl, besonders im produzierenden Bereich, hier vor allem in der Investitionsgüterindustrie.
2. Das immer noch relativ niedrige Lohnniveau, "das trotz Steuerermäßigung und Lohnzulage bis 1967 nur etwa den westdeutschen Durchschnitt erreichte, aber hinter dem der vergleichbaren Großstadt Hamburg noch immer um 2 bis 3 Prozent zurückblieb" (10). Darauf wird am Beispiel der Metallindustrie weiter unten genau eingegangen.
3. Die ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung, wonach 1971 immer noch 22 % oder 462 200 über 65jährige Menschen in Westberlin leben (11).
Gerhard Kade, der in den 60iger Jahren an einem wirtschaftlichen Gutachten für den Westberliner Senat mitarbeitete, bemerkt dazu sarkastisch: "Die Lage (West)Berlins läßt insbesondere im Hinblick auf die Bevölkerungsstruktur für die Zukunft nur eine unternehmerische Initiative lohnend erscheinen: das Bestattungswesen." (12)

Das Wesen der allgemeinen Deformation und Degeneration der Westberliner Wirtschaftsstruktur prägt die Lage der betroffenen Arbeiterklasse in der Form extrem hoher Fluktuation und Arbeitsplatzunsicherheit. Das hindert jedoch nicht eine steigende Ausbeutung und Arbeitshetze:
Bei einer Verringerung der Beschäftigtenzahl im Jahre 1971 um 4,2 % erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt immerhin um real 2 %. Im 10. Wirtschaftsbericht des Senats liest sich das so: "Das Nebeneinander von niedrigerem Beschäftigtenstand und steigender Produktion führte zu einer kräftigen Erhöhung der industriellen Arbeitsproduktivität.

5 Hantelmann, a.a.O., S. 69 (nach STATISTISCHES JAHRBUCH, Westberlin 1968).
6 IHK, a.a.O., S. 39.
7 "Zur Lage der Arbeiterklasse in Westberlin" Referat von Horst Schmidt, Mitglied des Büros und Sekretär des Parteivorstandes auf der 11. Tagung des Parteivorstandes der SEW, in: DIE WAHRHEIT, 18.4.72.
8 8. LANDESBEZIRKSKONFERENZ DER GEWERKSCHAFT HANDEL, BANKEN UND VERSICHERUNGEN, 9. April 1972, S. 28.
9 DIE WAHRHEIT, 11.4.72.
10 Hantelmann, a.a.O., S. 64.
11 IHK, a.a.O., S. 179.
12 DER SPIEGEL, Nr. 24/1968, S. 45.

Dabei lag der Anstieg der Produktion je geleistete Arbeitsstunde in der Industrie mit 9,1 v.H. deutlich über dem vergleichbaren Bundeswert (5,7 v.H.)" (13). So beschreibt der Senat die steigende Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten und die wachsenden Profite der Monopole in WB.
Natürlich verschweigen die Konzerne, wie sich für sie die Ausbeutung der Westberliner Arbeiterklasse niederschlägt. Immerhin stiegen die Pro-Kopf-Leistungen der Beschäftigten in den letzten fünf Jahren bei Siemens von 36 000 DM auf 50 000 DM, bei AEG-Telefunken sogar von 29 000 DM auf 60 000 DM und im Westberliner Borsig-Werk stieg die Pro-Kopf-Leistung im Jahre 1971 allein um 66 %, oder von 33 000 DM auf 53 000 DM (14). Bei Borsig wurden dafür im vergangenen Jahr 1 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert, auf der anderen Seite aber auf die verbliebenen Kollegen ein erhöhter moralischer Druck und eine steigende Arbeitshetze ausgeübt.

Und das ist nicht nur in einzelnen Betrieben so! Der Unternehmerverband der Westberliner Metallindustrie gibt in seinem Jahresbericht für 1971 selbst an, daß von Oktober bis Dezember die Beschäftigten um ca. 14 000 bis 16 000 je Monat unter denen des Vorjahres lagen (15). Den Monopolen kommt diese Entwicklung allerdings zugute, sie schreiben es selbst. "Die sinkende Tendenz bei den Kosten und die Steigerung der Arbeitsproduktivität bei rückläufigen Beschäftigtenzahlen – ausscheidende Mitarbeiter wurden seit Mitte 1970 nicht mehr ersetzt (!) – signalisieren bessere Zeiten. Osram beschäftigte Ende 1971 rund 13 300 Mitarbeiter, 9,5 % weniger als im Juni 1970. Gleichzeitig stieg jedoch der Pro-Kopf-Umsatz um 10 % auf 40 000 DM" (16). Bessere Zeiten für die Konzernherren, schlechtere für die Arbeiterklasse werden freimütig angekündigt.

Die materielle Lage der Arbeiterklasse

Das bereits erwähnte niedrige Lohnniveau im Verhältnis zur BRD bleibt ohne Kenntnis der Gewerkschaften in WB unverständlich. Man muß sich klarmachen, daß es der Bourgeoisie in WB gelang, nicht nur die Vereinigung der Arbeiterparteien zu verhindern, sondern auch die einheitlichen Gewerkschaften (FDGB) mit Hilfe versierter Arbeiterverräter zu spalten. Die 1948 als Fraktion innerhalb des FDGB gegründete sogen. UGO (Unabhängige Gewerkschaftsorganisation) ist unmittelbarer Vorgänger des WBer DGB, Sickert Nachfolger von Ernst Scharnowski. Was dem FDGB vorgeworfen wurde, machte die UGO und Teile des späteren DGB zur Maxime ihrer eigenen Strategie: Parteipolitik, allerdings für die Sache der Monopole. Es gelang für die mit dem 1. Mai getarnten "Freiheitkundgebungen" auch breite Massen der Werktätigen zu mobilisieren. Der so entstandene und verankerte DGB machte es gleichzeitig zu seiner Aufgabe, seine erste Aufgabe als Schutzverband zur Erhaltung des Werts der Ware Arbeitskraft hintan zu stellen. Überall, wo Arbeiter ihre Interessen gegen Konzernmaßnahmen kämpferisch durchsetzen wollten, tauchten DGB- neben Senatsvertretern als "Schlichter" auf. Nicht ganz zu Unrecht vermuteten sie überall dort auch Kommunisten, die trotz aller Säuberungswellen nicht ganz unterzukriegen waren.

In den letzten Jahren hat sich jedoch eine Wandlung vollzogen: die kampflosen Tarifabschlüsse in der Großindustrie gehören ebenso der Vergangenheit an wie das politische Stillschweigen oder Mitmachen bei friedensfeindlichen aggressiven Kundgebungen.

13 10. BERICHT DES SENATS ÜBER DIE LAGE DER (WEST) BERLINER WIRTSCHAFT 1972, S. 11.
14 "Zur Lage der Arbeiterklasse...", a.a.O..
15 DIE WAHRHEIT, 15.6.72.
16 DIE BERLINER WIRTSCHAFT, Nr. 14, 7.7.72, S. 631.

Das unterschiedliche Lohnniveau als Folge auch jener langjährigen Gewerkschaftspolitik spielt noch immer eine erhebliche Rolle für den Klassenkampf. Wir wollen es näher untersuchen:

1. Unterschied im Tariflohnniveau

Den Tariflöhnen kommt als kollektiven Arbeitsverträgen besonderes Gewicht innerhalb der Klassenauseinandersetzungen zu, einmal weil die Tariflöhne auch in "schlechten Zeiten" gezahlt werden müssen, zum andern weil deren Form und Höhe Ausdruck der gewerkschaftlichen, also Kampfstärke der Arbeiterklasse sind.

In Westberlin lagen die Tariflöhne jahrelang weit unter denen der Bundesrepublik. Die polit-ökonomische Ursache dafür sind die staatsmonopolistischen Eingriffe, konkret die Zuschüsse aus der westdeutschen Staatskasse zum variablen Kapital. Diese "Regulierung der Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit" (17) sollte eigentlich Arbeitskräfte in Westberlin halten bzw. nach Westberlin ziehen. So die Lohnsteuerpräferenz, welche 1962 angesichts der geschlossenen Grenze zur DDR von 20 auf 30 Prozent erhöht wurde, Überbrückungsgelder und andere Beihilfen sowie eine Lohnzulage. Aber "auch die sich in der Lohntüte des Arbeiters niederschlagenden Vergünstigungen dienen letzten Endes der Aneignung von Monopolprofiten unter den besonderen Bedingungen, unter denen Westberlin durch die aggressive Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber der DDR existiert. Sie bedeuten eine Anhebung der Nettolöhne, somit die Übernahme eines Teiles der Lohnzahlung durch den Staat und gaben den Unternehmern die Möglichkeit, zumindest tendenziell an dem relativ niedrigen Lohnniveau Westberlins festzuhalten." (18)

Resultat dieses Lohnersatzes von staatswegen ist – im Vergleich zur BRD – eine kleinere Schere zwischen tariflichen Brutto- und Nettolöhnen. Der niedrigere Tariflohn brachte die Westberliner Arbeiterklasse gegenüber der westdeutschen in die Rolle einer "Lohndrückerarmee", durchaus vergleichbar mit den erwerbstätigen Frauen. In der metallverarbeitenden Industrie lag noch 1970 der tariflich ausgehandelte Ecklohn (Zeitlohn wie auch Akkordbasis in Pf) in der oft zum Vergleich herangezogenen Stadt Hamburg bei 504 gegenüber Westberlin mit 483 (19). Noch deutlicher wird der Unterschied, wenn wir diejenigen Lohngruppen vergleichen, in die der überwiegende Teil der Arbeiter und Angestellten in der Westberliner Metallindustrie wirklich eingruppiert ist. Leider fehlen hier die aktuellsten Vergleiche, die jüngsten Informationen zeigen jedoch nur begrenzte Veränderungen hinsichtlich der Relationen.

Eine tabellarische Darstellung der IG-Metall, Verwaltungsstelle-Westberlin von 1969 macht folgendes deutlich (20): 84,5 % aller in Westberliner Metallbetrieben Arbeitenden sind in die untersten Lohngruppen von 01 bis 5 (Ecklohn) eingestuft. Allein 32 %, vornehmlich Frauen, werden nach Lohngruppe 02 bezahlt. Die Abweichung der Akkordrichtsätze in dieser Gruppe beträgt 1969 von Westberlin zum Durchschnitt der gesamten BRD 28 Pf je Stunde, zur Vergleichsstadt Hamburg 52 Pf. In der Lohngruppe 1 (vornehmlich ausländische Arbeiter) macht dieselbe Abweichung sogar 35 Pf zum BRD-Schnitt und 58 Pf zu Hamburg aus. Schließlich ist auch bei den Gruppen 4 und 5 mit 12 und 16 Prozent der dort Eingruppierten ein Unterschied von 21 und 11 Pf im Vergleich zu Hamburg ausgewiesen. Die überwiegende Mehrheit der Westberliner Metallarbeiter hat hier also nur die

17 Hantelmann, a.a.O., S. 38.
18 Ebenda, S. 39.
19 GESCHÄFTSBERICHT DER IG-METALL, 1968-70, S. 125.
20 TARIF-INFO II/1969, IGM-Verwaltungsstelle (West) Berlin, Tarifabteilung, vom 7.10.69, Tabelle 5 und 6.

Chance bis zum "einfachen Facharbeiter" (Gruppe 5) zu kommen – 1970 arbeiteten 2/3 der betroffenen Kollegen in Gruppe 01 bis 4 und 70 % der Frauen in 01 und 02 (21) – und gleichzeitig liegen gerade diese tarifvertraglich bindenden Lohngruppen am weitesten unter den vergleichbaren in der BRD, besonders in Ballungszentren. In derselben IG-Metall-Information heißt es dazu:
"Die kritiklose Gegenüberstellung könnte dazu verführen, anzunehmen, daß es zumindest den Arbeitnehmern in der Lohngruppe 8 erheblich besser geht als ihren westdeutschen Kollegen. Doch der Anteil der in dieser Gruppe beschäftigten ist verhältnismäßig gering."
Genauer: Der Anteil der Beschäftigten in den Lohngruppen über 5 ist überhaupt geringer, in Westberlin liegt er außerdem unter dem Bundesdurchschnitt!

Selbst der undifferenzierte mittlere Tariflohnabstand in der Metallindustrie ergab für 1970 noch 5 %, für die Frauenentlohnung sogar 8 % (22). Hier spiegeln sich in der Tat, um mit dem Wirtschaftssenator König zu reden, "die strukturellen Besonderheiten am Berliner Arbeitsmarkt" (23).

Der Tariflohnabstand von Westberlin zu vergleichbaren Ballungszentren im Metallbereich hat sich auch unter den Verbesserungen der letzten 2 Jahre erhalten. Nach der Tarifrunde von 1971 liegt die Tariflohndifferenz beim Ecklohn jetzt mit 542 Pf je Std in Hamburg (1970: 504 Pf) und 519 Pf in Westberlin (1970: 483) bei genau 23 Pf (gegenüber 21 Pf im Jahre 1970) (24). Dieses im Vergleich sogar verschlechterte Verhältnis kommt eben durch eine nur prozentual gleiche Anhebung der Tariflöhne auf Basis ungleicher alter Ecklöhne zustande. Eine gleiche Anhebung der Ecklöhne in Hamburg und Westberlin um 7,5 % im vergangenen Jahr hieß für die Hamburger Arbeiter 38 Pf, für die Westberliner aber nur 36 Pf mehr pro Stunde. Auch die erfolgte Streichung der Lohngruppe 01 darf nur als Teilerfolg gewertet werden, weil der viel größere Teil der Frauen in der ebenso finsteren Niedrig-Lohn-Gruppe 02 eingruppiert ist.

Solange also "die steuerliche Entlastung der Bruttolöhne... wie eine Minderung der Lohnkosten und damit für die Kapitalisten profitsteigernd wirkt" (25), müssen die Arbeiter und Angestellten in Westberlin ihre kollektiven Tarifverträge gegen Monopole und Staat erkämpfen.

2. Der Unterschied in den effektiven Bruttolöhnen

Bekanntlich wird in allen Branchen und Bereichen vom Kapital in differenzierter Weise eine über den gewerkschaftlich erkämpften Löhnen und Gehältern liegende, sogenannte außertarifliche Zulage gezahlt. Daraus entsteht eine Schere zwischen Tarif- und Effektivlöhnen, die der Konkurrenz unter den Arbeitern und Angestellten Vorschub leistet und dem gewerkschaftlichen Kampf schadet. In Ballungszentren der Metallindustrie und nicht zuletzt bei hohem gewerkschaftlichen Organisierungsgrad wird diese Schere eng oder besteht nicht mehr; bei schwacher Organisierung und – extrem – im Dienstleistungsbereich (Handel bis zu 50 %) ist diese Schere besonders breit.

Wenn die Westberliner Arbeiterklasse vom materiellen Standpunkt ihre niedrigen Tariflöhne durch Staatsaufwendungen teilweise ausgleichen konnte, so beweisen die effektiv gezahlten Bruttolöhne und -gehälter die weitreichende Ausplünderung der Westberliner

21 TARIF-INFO III/1970, IGM-Verwaltungsstelle WB, vom 2.3.70.
22 Ebenda.
23 Senator K. König: "Rede zum 10. Bericht des Senats über die Lage der WB Wirtschaft", S. 3.
24 Nach Tabellen, hrsg. v. Bundesvorstand der IG-Metall, Ffm, Abt. Tarifpolitik 1972.
25 KONSEQUENT, Nr. 6, S. 59.

gegenüber ihren westdeutschen Kollegen. Die im Tariflohnniveau detaillierter analysierbaren Ursachen finden hier einen verschärften Ausdruck.

Eben weil in Westberlin qualifizierte Arbeitskräfte unterrepräsentiert sind, die weibliche Erwerbstätigkeit relativ zur BRD verbreiteter ist, der gewerkschaftliche Organisationsgrad durchweg niedriger und der ideologische Druck von seiten des Kapitals und der rechten Sozialdemokratie seit 25 Jahren intensiver und wirkungsvoller ist, mußte der Erfolg der Arbeiterklasse umso geringer sein. Bei großer Kompromißbereitschaft der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Gewerkschaften werden für die Monopolherren Sonderzulagen und Bestechungsgelder teilweise überf' sig. In Westberlin übernahm die bürgerliche Presse unter Anwendung ihres Feindbildes von der DDR diese "Kosten" – nicht ohne selbst gehörig daran zu verdienen.

"Hinzu kommt die gezielte Abwerbung von Facharbeitern und Ingenieuren durch die westdeutschen Konzerne, die Westberlin als *ihren* Arbeitsmarkt betrachten, gewissermaßen als Ersatz für die ihnen seit dem 13. August 1961 verschlossene DDR, mit Hilfe höherer Löhne und Gehälter in den Industriezentren Westdeutschlands: Im Jahre 1968 betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Industriearbeiters in WB 11 080 DM, im Bundesdurchschnitt 11 520 DM, im Durchschnitt von zehn westdeutschen Großstädten 12 900 DM und in Hamburg 13 015 DM." (26) Die IG-Metall bestätigt nach ihren Ermittlungen und Erfahrungen, daß keine "gleichen Verdienstchancen" für die Westberliner bestehen "wie in vergleichbaren Ballungsgebieten... Praktisch dürften die Verhältnisse in Westdeutschland zu einer Verlagerung der Verteilung in höhere Lohngruppen geführt haben" (27), wo in der Regel auch die übertariflichen Zulagen besonders spürbar werden. Sehr deutlich drückt sich das im Anteil der weiblichen Arbeitskräfte an allen abhängig Arbeitenden aus:

	Westberlin	BRD	
1970	35 %		
1971	40 %		laut 10. Senatsbericht (28)
1971	42 %	36 %	laut IHK (29)
1970	43,2 %		laut DGB (30)

Demgegenüber sind jedoch nur 66 541 weibliche Kollegen gegenüber 241 776 männlichen im Westberliner DGB organisiert (30). (Also gut 25 % aller gewerkschaftlich organisierten oder ca. 18 % aller weiblichen abhängig Beschäftigten.)

Auch der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte, die "legal in den Berliner Betrieben beschäftigt sind" – illegal also mehr – stieg von Januar 1971 mit 67 300 auf 75 700 im Januar 1972, der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an allen unselbständig erwerbstätigen stieg damit von 7,6 % auf 8,8 % (31).

Wenn dieser Anteil unter dem in westdeutschen Ballungszentren liegt (bis zu 20 %), so scheint das wesentlich an ungenauen Zahlendarstellungen zu liegen. Erstens wird die Dunkelziffer etwa doppelt so hoch geschätzt, zweitens sind diejenigen ausländischen Arbeitskräfte nicht erfaßt, die nicht unmittelbar aus Türkei, Jugoslawien, Italien etc., sondern auf dem Umweg über die BRD hier ankommen. Wie es im 10. Senatsbericht unverblümt heißt, machen diese ausländischen Kollegen, die "ihre Arbeitsverträge im Bundesgebiet erfüllt

26 Ebenda, S. 65.
27 TARIF-INFO II/69, a.a.O.
28 10. BERICHT DES SENATS..., a.a.O., S. 25.
29 IHK, a.a.O., S. 45.
30 GESCHÄFTSBERICHT DES DGB (WEST) BERLIN, 1969-71, S. 110.
31 10. BERICHT DES SENATS..., a.a.O., S. 25.

haben" immerhin noch einen Anteil an den unselbständig Erwerbstätigen von 17,8 % (!) aus – werden aber statistisch wohl den westdeutschen Arbeitskräften zugeschlagen. Mit anderen Worten: Bereits ohne Dunkelziffer liegt der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte in Westberlin bei 26,6 % und damit weit über dem in vergleichbaren Ballungszentren!

Diese ausländischen Kollegen – wie die lohnabhängigen Frauen ein Indiz für unqualifizierte und einfache Arbeit – werden selten über Tarif bezahlt und leben unter den unwürdigsten, also auch 'anspruchslosesten' Verhältnissen. "Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden die Unternehmer alles versuchen, um sie unter Ausnutzung ihrer Notlage als Lohndrücker einzusetzen. Dazu darf es nicht kommen, und dazu braucht es nicht zu kommen, wenn die Westberliner Arbeiter und Gewerkschafter davon ausgehen, daß es sich hier um Klassengenossen handelt, mit denen es gilt, den gemeinsamen Kampf für gemeinsame Klasseninteressen zu führen." (32) In der letzten Zeit bemüht sich der DGB durch Seminare, besondere Agitationsbroschüren und Flugblätter in den entsprechenden Sprachen, die ausländischen Kollegen in den gemeinsamen Kampf einzubeziehen.

Wir können also feststellen, daß auch das niedrigere Effektivlohnniveau in Westberlin wesentlich an der zurückhaltenden und gezielt zurückgehaltenen Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse liegt. Das wird durch die besondere Erwerbstätigenstruktur nur noch verschärft: immer noch relativ große Aufsplitterung in Handwerks- u.a. Kleinbetriebe, hoher Anteil bekanntlich schwerer organisierbarer weiblicher und kompromittierter ausländischer Kollegen.

Die rechten Flügel von SPD und im DGB trugen ihren Teil bei, die Arbeiterklasse in Westberlin 20 Jahre lang von ihren eigenen Interessen abzulenken und deren Protest bei zahlreichen Konzernmaßnahmen in einen deformierten Zorn gegen die sozialistische DDR umzufunktionieren. So konnten in Westberlin 20 Jahre lang ohne merkbare Betriebsarbeit am Tariftisch miese Kompromisse für massenweise Unorganisierte ausgehandelt und im Zeichen "gemeinsamer Interessen gegen die kommunistische DDR" relativ erfolgreich verkauft werden, so konnten kommunistische Arbeiter und Angestellte ohne großen Widerstand aus Betrieben und Gewerkschaften herausfliegen und so mußte sich schließlich die Lage der Arbeiterklasse in Westberlin zunehmend verschlechtern.

Bei inzwischen angeglichenen Verbraucherpreisen, gleichermaßen steigenden Mieten, Strom-, Gas- und Nahverkehrstarifen läßt sich nur schlußfolgern, daß unter den oben aufgezeigten Bedingungen das Reallohnniveau der Westberliner Arbeiterklasse inzwischen unter dem vergleichbarer Ballungszentren in der BRD liegt. Allerdings ist unter diesen Bedingungen auch eine wachsende Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse herangereift. Sie richtet sich endgültig und unabdingbar gegen den Klassenfeind im Innern. Historisch spiegelt sich diese Entwicklung sogar in Stellungnahmen ideologisch so verwandter Gewerkschaftsführer wie Ernst Scharnowski und Walter Sickert. Als sich 1950 die oben erwähnte UGO zu einem Landesbezirk des DGB umwandelte, konnte Scharnowski unter Zustimmung der anwesenden Delegierten noch für "die Abwehr des östlichen Totalitarismus" hetzen und die Kollegen das Gruseln lehren vor "Sowjet AG oder sogenannten volkseigenen Betrieben", gleichzeitig aber "unsere Freiheit" preisen und "unsere eigenen Produktionsmöglichkeiten" auf "unserem Arbeitsmarkt" durch "unsere Wirtschaftspolitik" in bekannter Klassenverbrüderungsmanier dagegen setzen (33).

Heute, 1972, ist der wohl kaum weniger rechts engagierte Walter Sickert gezwungen, die Forderungen der Kollegen für Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau

32 "Zur Lage der Arbeiterklasse...", a.a.O..
33 BERLINER GEWERKSCHAFTSGESCHICHTE VON 1945-1950, FDGB, UGO, DGB, Hrsg. DGB (West) Berlin 1971, S. 307.

weiterzuleiten und vor IG-Metall-Vertrauensleuten bzw. zu den jüngsten Metall-Konflikten wenigstens verbal zu fordern, daß der Abbau von Forschungs- und Entwicklungsstätten und die anhaltenden Betriebsverlagerungen ein Ende nehmen müßten. Aber Sickert fürchtet wie seine Vorgänger den Klassenkampf und jene Partei, deren permanente Kritik an der imperialistischen WB-Politik immer mehr Echo findet. Er weiß, daß die SEW und ihr Organ, "Die Wahrheit", seit Jahren die Politik der verlängerten Werkbank an jedem Beispiel aufs schärfste verurteilen und er reagiert darauf mit dem alten Kniff von den "Nestbeschmutzern". Ohne die Kommunisten zu erwähnen, schreibt Sickert am 2.8.72 an den Präsidenten der IHK, Walter W. Cobler: "... Häufig wird abwertend von Unternehmen und Betrieben der Berliner Wirtschaft als 'verlängerte Werkbank' gesprochen, wobei untergründig die Qualifizierung der Berliner Arbeitnehmerschaft gemindert erscheint. Die Abwertung von Berliner Unternehmen und Betrieben als verlängerte Werkbank von Unternehmen in der Bundesrepublik kann sicherlich nicht im Interesse der Berliner Unternehmerschaft sein. Ebenso müssen sich die Berliner Gewerkschaften gegen eine damit verbundene Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der Berliner Arbeitnehmerschaft wehren...." (34)

Daß "abwertend" nicht das Benennen der Wirklichkeit, sondern diese Wirklichkeit selbst ist, daß die Arbeiterklasse weder untergründig noch in der Erscheinung, sondern wirklich dequalifiziert ist und daß es vielmehr darauf ankommt, ihre in der Tat viel höhere "Leistungsfähigkeit' für ihre eigenen Interessen einsetzbar zu machen, das scheint Walter Sickert wenig zu interessieren. Eben darum geht es aber der Kommunistischen Partei.

Die SEW analysiert in ihrem Aktionsprogramm die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg in Westberlin und kommt zu der Schlußfolgerung:

"Mit einer solchen Entwicklung wird die Verwandlung Westberlins in eine verlängerte Werkbank der westdeutschen Monopole, in eine industrielle Provinz, nicht anzuhalten sein. Das ist vor allem die Schuld der Herren von Siemens und AEG, die Forschung und Entwicklung, die strukturbestimmende Produktionen von Westberlin nach Westdeutschland verlagerten, je mehr sie dort ins Rüstungsgeschäft einsteigen. Das ist die 'Tradition' des Hauses Siemens. Auch daran zeigt sich der wachsende Widerspruch zwischen den Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung und der Praxis der Konzerngewaltigen, die sich ohne Rücksicht auf Arbeiterinteressen ausschließlich von ihrem Profitstreben leiten lassen....

Die Arbeiter, ihre Betriebsräte und Gewerkschaften werden nur soviel Demokratie erreichen, wie sie sich selbst durch einheitliches Handeln und durch entschlossene Aktionen erkämpfen...." (35)

Im Gegensatz zu Walter Sickert, Klaus Schütz u.a. rechtssozialdemokratischen Kräften vertraut die SEW "auf die Fähigkeiten der Arbeiterklasse, ihre Interessen gegen das staatsmonopolistische System kämpferisch zu vertreten." (36)

In der Struktur und im Niveau der Löhne kommt die wirtschaftliche und politische Schwäche der Arbeiterklasse zum Ausdruck, gleichzeitig aber auch der Hebel zur Überwindung dieser Schwäche:

Mit der faktischen politischen Loslösung WBs von der BRD, muß auch die steuerpolitische Abhängigkeit der WB Arbeiterklasse von Bonn fallen. Das Vierseitige Abkommen über Westberlin ist unterzeichnet, die Loslösung aus dem staatsmonopolistischen Regulierungssystem der BRD muß erst noch erkämpft werden. Für die Westberliner Arbeiterklasse heißt das in diesem Punkt, die untergrabene Tarifautonomie zu verwirklichen.

34 BERLINER NACHRICHTEN, DGB-Pressestelle-Westberlin vom 3.8.72.
35 AKTIONSPROGRAMM DER SEW, S. 9.
36 Ebenda, S. 13.

Die Entfaltung des Arbeitskampfes zum Klassenkampf

"Unsere Partei steht entschlossen an der Seite aller Arbeiter und Gewerkschafter, die für demokratische Rechte eintreten. Wir verstehen die Gewerkschaften nicht als Dienstleistungsbetriebe für Mitglieder, sondern als Kampforganisationen der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital." (37) Das war schon vor Jahrzehnten genau so richtig wie heute. In Westberlin war die Aktualität, weil reale Wirksamkeit dieses Standpunktes aber noch nie so groß.

Seit den Auswirkungen der Rezession von 1966/67 und den Septemberstreiks veränderte der Klassenkampf auch in dieser Stadt sein Gesicht.

Die Industriearbeiter in der Metall- und chemischen Industrie beteiligten sich aktiv an den Tarifauseinandersetzungen. Einmal mehr wurde der unmittelbare ökonomische Kampf zum Auslöser: gegen Entlassungen und Kurzarbeit wehrten sich die Arbeiter mit Warnstreiks, gegen leichtfertige Tarifkompromisse organisierten sie Betriebs- und Vertreterversammlungen. "Als in der letzten Phase der Lohnauseinandersetzungen – in der Metallrunde 1971 – die Unternehmer sich mit einem Trick der gewerkschaftlichen Forderung nach Angleichung der Westberliner Löhne und Gehälter an vergleichbare westdeutsche Tarifgebiete zu entziehen versuchten, um den Zustand aufrechtzuerhalten, daß Westberlin weiter eine Profitoase für sie bleiben sollte, kam es kurzfristig in 20 Westberliner Großbetrieben zu Warnstreiks. Unter dem Eindruck dieser Aktion mußten die Unternehmer die Zusage machen, in der zweiten Januarhälfte 1972 die Verhandlungen darüber aufzunehmen." (38) Zehntausend Arbeiter und Angestellte waren in diesen Tagen an den Warnstreiks beteiligt, über 6 000 traten in Westberlin der IG-Metall bei. "Doch auch hier zeigt sich: Rechtssozialdemokratische Funktionäre in der Gewerkschaftsführung waren nicht bereit, die Kampfbereitschaft zu nutzen, sondern sich lediglich dahinter zu verschanzen und mit den Unternehmern auf der Grundlage der Ergebnisse von Nordbaden/Nordwürttemberg zu verhandeln" (38).

Nachdem der Unternehmerverband "Gesamtmetall" den Arbeitskampf auf Westberlin ausdehnte durch Aussperrung der Daimler- und Solex-Arbeiter, wurden die ausgesprochen politischen Gründe der Bourgeoisie sichtbar. Sie stellte sich offensichtlich nicht nur den Lohnforderungen entgegen, sondern wollte der Arbeiterklasse eine empfindliche Niederlage als Lektion im Klassenkampf bereiten. Zwar hat die Arbeiterklasse in der Metallindustrie in dieser harten Konfrontation bei weitem nicht ihre Kraft und Stärke eingesetzt, die Großbourgeoisie aber konnte ihr Ziel nicht erreichen: Die Arbeiterklasse hat sich nicht geduckt, sie ist wachsamer geworden. "Der Schrei nach Streikverbot ist nicht nur ein eklatanter Angriff auf in harten Kämpfen durchgesetztes Arbeiterrecht, sondern zugleich auch ein Ausdruck der Schwäche der Unternehmerposition in Westberlin. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Schaffung einer einheitlichen, massiven Kampffront der Westberliner Metallarbeiter...", erklärte die SEW (38), als das Großkapital "die Frage der Ausübung des Streikrechts in Westberlin" stellte und laut mit "Nein" beantwortete. Wieder einmal sollte "gerade in Westberlin" die Arbeiterklasse zu besonders sozialpartnerschaftlichem Verhalten gezwungen werden. Der Erfolg für das wachsende Selbstbewußtsein der Kollegen durch ihr offensives und organisiertes Auftreten macht diese Möglichkeit immer mehr zunichte.

Die Protestaktionen der Arbeiter beim Telefunken-Anlagewerk und bei Adrema gegen geplante Verlagerungen von Produktionsabteilungen (als angebliche Folge aus den Tarifkämpfen) und damit verbundene Entlassungen waren geschlossen und einheitlich und

37 "Zur Lage der Arbeiterklasse...", a.a.O., S. 4.
38 KONSEQUENT, Nr. 9/10, S. 104-106.

konnten von niemandem abgeblockt werden. Nicht anders die breite Solidarisierungswelle in der WB-Bevölkerung für die ausgesperrten Daimler-Arbeiter Ende 1971.

Im Westberliner Metallbereich sind allerdings die Löhne und Gehälter bis heute nicht an die vergleichbarer westdeutscher Ballungsgebiete angeglichen. Die vereinbarten Verhandlungen darüber für Feb. 1972 blieben bislang (August '72) erfolglos und wurden zunächst von den Unternehmern vertragswidrig verzögert. Aber "während die Westberliner IG-Metall die Verhandlungen aufgrund der sturen Haltung der Metall-Unternehmer noch immer nicht abschließen konnte, waren die KWU-Kollegen erfolgreich." (39) Den Betriebsräten und Vertrauensleuten der Kraftwerk-Union in Moabit gelang es, die Löhne der KWU-Beschäftigten an das Tarifniveau der KWU-Betriebe in der BRD anzugleichen. Der Stundenlohn der Moabiter Kollegen wird ab 1. Oktober um 25 bis 30 Pfennig erhöht. Das ist ein klarer Erfolg für ein seit Jahren kämpferisches Auftreten der Arbeiter von KWU, für eine breite gewerkschaftliche Organisiertheit und eine starke SEW-Betriebsgruppe.

Für alle anderen Betriebe der WB-Metallindustrie bleibt der Auftrag der 1. Vertreterversammlung der IG-Metall auf dem Tisch: Volle Angleichung der Löhne an die in vergleichbaren Tarifgebieten Westdeutschland – mindestens aber 23 Pf pro Stunde mehr! Das KWU-Beispiel hat bewiesen, daß die Metallbosse diese Mindestforderung zahlen können.

"Arbeitskampf der Chemie mit neuen Varianten", schrieb der "Abend" am 26.6.71. Während in Nordrhein, Hessen, Hamburg und Westfalen über mehrere Wochen gestreikt wurde (40), scheiterten auch in WB die Tarifverhandlungen und wenige Tage später die Schlichtungsversuche. Auf einer Kundgebung der IG-Chemie im DGB-Haus in der Keithstraße forderten die Chemie-Arbeiter:
- Kontrolle und Mitbestimmung statt Monopoldiktat,
- Solidarität mit den westdeutschen Chemiearbeitern,
- für aktive Lohnpolitik – Kampf dem Lohndiktat,
- gleicher Lohn für Frauen,
- mit der Gewerkschaft gegen die Chemie-Konzerne (41).

Erstmals von einer breiten Mobilisierung der Kollegen getragen, forderte die IG-Chemie-WB neben der 12 %igen Lohnerhöhung auch die Angleichung der Löhne und Gehälter an vergleichbare westdeutsche Tarifgebiete. Als der Bonner Vermittlungsvorschlag mit knapper Mehrheit vom IG-Chemie-Hauptvorstand angenommen wurde, äußerte die Westberliner Verwaltungsstelle ihre "Mißbilligung" und trat die Tarifkommission aus Protest geschlossen zurück.

Auch in Westberliner Chemiebetrieben war es zu Streikaktionen gekommen, auch hier setzte sich die Überzeugung durch, daß gerade in Westberlin gekämpft werden muß und die gegenteilige These von Sickert und anderen in die Rumpelkammer gehört (42). Allen Rechts- und Linksopportunisten zum Trotz setzt sich bei den Arbeitern die in Westberlin am konsequentesten von der SEW geforderte "Kontrolle und Mitbestimmung der Belegschaften, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften" immer mehr durch. Erstrecken sollen sich diese Arbeiterrechte:
"– auf alle Seiten der Tätigkeit des Unternehmens:
auf die Produktion, die Preispolitik, Höhe und Verwendung der Gewinne, Festlegung der Dividenden, der Rücklagen, der Zuweisung an Sonderfonds und der Investitionen.

39 DIE WAHRHEIT, 8.8.72, S. 5.
40 Siehe INFORMATIONSBERICHT Nr. 7 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main.
41 DIE WAHRHEIT, 1.7.71.
42 DIE WAHRHEIT, 8.7.71.

– auf alle personalpolitischen Entscheidungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Berufsausbildung und Fortbildungswesen sowie auf das Vetorecht gegen Entlassungen, Lohnrückstufungen, soziale Verschlechterungen, Betriebsstillegungen und -verlagerungen." (43)

Ohne Kontrolle und Mitbestimmung können hart erkämpfte Erfolge durch die Politik von Monopolen und Staat immer wieder zunichte gemacht werden. Die Kollegen aus den Westberliner Metall- und Chemiebetrieben haben aus den Tarifkämpfen von 1971 gerade in dieser Hinsicht viel gelernt.

In einer Mitteilung der Westberliner IG-Chemie zu den diesjährigen Tarifauseinandersetzungen heißt es:
"Wir haben die Jahre 1970 und 1971 noch nicht vergessen und aus diesen beiden Jahren noch eine Rechnung mit den Arbeitgebern offen." (44) Deshalb will die Westberliner IG-Chemie das Hamburger Ergebnis von 6,4 % auch nicht einfach übernehmen, sondern auf "Heller und Pfennig" abrechnen. Deshalb scheiterten am 10. Mai dieses Jahres die Tarifverhandlungen in Westberlin. Deshalb wehren sich die Chemie-Arbeiter gegen die Einmischung der (wörtlich im IG-Chemie-Flugblatt) "Scharfmacher vom Dienst aus der Bundesrepublik".

Weder der Vertragsbruch der Unternehmer von 1970 noch der faule Kompromiß von 1971 sind vergessen. Die Arbeiter von Schering und Eternit haben 1971 nicht gestreikt und die Funktionärskonferenz der IG-Chemie-Westberlin nicht protestiert, damit sich in diesem Jahr dasselbe wiederhole. Die Arbeiter wissen sehr gut, daß die Chemie-Bosse mehr zahlen können, wenn es gelingt, sie dazu zu zwingen. Schließlich haben selbst die Statistischen Ämter von Wiesbaden und WB errechnet, wie sich die Anteile der Löhne und Gehälter zu den übrigen Kosten der chemischen Industrie verhalten (45):

	BRD	Westberlin
Lohnkosten 1971	8,99 %	8,08 %
Lohn- und Gehaltskosten	21,8 %	19,90 %
dagegen Umsatzzuwachs Januar 1971	+ 12 %	+ 20,80 %
Umsatzzuwachs 1971	6 %	8 %

Die IG-Chemie schrieb: "Dieses Jahr gibt es keinen Bonner Kompromiß, dieses Jahr sind wir selbst verantwortlich. Unsere Forderung lautet schlicht und für jeden verständlich: Keine weitere Benachteiligung gegenüber den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik. Wir kaufen nicht mit Prozent, sondern mit Mark und Pfennig." Am 30. Mai gelang es mit Streikdrohungen allein, tatsächlich das Hamburger Ergebnis in Mark und Pfennig vertragsfest zu machen. 7 % Lohnerhöhungen in Westberlin entsprechen in absoluten Zahlen den 6,4 % von Hamburg. Allerdings ist die Ursache für diese verschiedenen Prozente bei gleichen Summen noch wirksam, nämlich niedrigere Tariflöhne für die Chemiearbeiter in WB gegenüber ihren Hamburger Kollegen. Und noch etwas müssen die Westberliner Chemiearbeiter sich erkämpfen: die Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter um effektiv 7 %. Die Unternehmer werden natürlich versuchen, die Lohnerhöhungen auf die Effektivverdienste anzurechnen. Auch in kleineren und traditionell friedlicheren Tarifbereichen ist es in den letzten Jahren zu heftigen Arbeitskämpfen gekommen. Hier seien nur die der Westberliner Wirtschaftsstruktur nach wichtigen, von ÖTV, BSE und HBV erreichten Branchen und Bereiche erwähnt. Die entschiedenen Tarifauseinandersetzungen der BEA-Stewardessen und der Krankenschwestern, der Banken- und Versicherungsangestellten und die betrieblichen Konflikte bei den Texaco-Tankstellen, in den Hertie-Kaufhäusern u.a. signalisieren die Ausweitung der Kampfbereitschaft. Die Wirkungen der letzten scharfen Tarifkämpfe schlagen sich in den wachsenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und deren zunehmenden Einfluß auf Betriebsebene nieder.

43 KONSEQUENT, Nr. 4, S. 61/62. Vgl. zur Mitbestimmung auch H. May: "Zur Diskussion über Fragen der Mitbestimmung", in: SOPO 14/15, Dez. 1971, S. 129 ff..
44 DIE WAHRHEIT, 25.5.72.
45 Ebenda.

In den Jahren 1970 bis Ende 1971 stiegen die Mitgliederzahlen im Westberliner DGB um fast 12 500 auf insgesamt 241 776. Allein 9 000 neue Mitglieder wurden im WB-DGB während der überall harten Tarifkämpfe im Jahre 1971 aufgenommen. Den mit Abstand größten Erfolg hatte auch hier die IG-Metall mit 10 000 neuen Mitgliedern in zwei Jahren, davon 6 000 1971. Die IG-Metall erreichte damit einen Mitgliederstand von fast 75 000, die IG-Chemie von 5 500 (darunter 900 neue Mitglieder) (46).

Selbst kleinere Gewerkschaften wie die HBV (Handel, Banken und Versicherungen), deren Bedeutung allerdings besonders in Westberlin schon vom Umfang des Organisationsbereiches größer ist als in der BRD, steigerten im Jahre 1971 ihre Organisationsstärke. In Westberlin wuchs die HBV sprunghaft um 750 Mitglieder und vertritt Anfang 1972 5 400 Organisierte (47).

Selbstverständlich sagen die Zahlen allein wenig, als Ausdruck der zuvor behandelten Tarifkämpfe bestätigen sie jedoch den Eindruck einer wachsenden Stärke der Gewerkschaften. Im Geschäftsbericht des DGB-Westberlin sticht das Jahr 1971 ebenfalls gegenüber den vorherigen heraus. Im Aktionskalender liest sich das so (Auszüge) (48):

2. 4. : Neuer Manteltarifvertrag für die IGM-Angestellten
30. 6.- 6. 7. : Tarifkonflikt Chemie!
24. 8. : Tarifkonflikt Chemie – Berlin-Vereinbarung
32. 9. : ÖTV-Kritik am Gesamtentwurf (des DGB) über paritätische Mitbestimmung.
20. 10. : IGM-Tarifverhandlungen
16./18.11.
24.11.-15.12. : Tarifstreit Metall
25./26.11. : Daimler-Benz – Stillegung
16. 12. : "Metall – Tarifkonflikt beigelegt"
16. 12. : Tarifstreit der BEA-Stewardessen/ÖTV

Wir können ergänzen, was dort unterlassen wurde oder zeitlich darüber hinausgeht (49):

AEG-Telefunken-Anlagewerk:
April '71: Protestaktionen, verbunden mit Unterschriftensammlung für bessere Arbeitsbedingungen
Sept. '71: Proteststreik gegen Entlassungen
15. 12. 71: Warnstreiks in Produktionsabteilungen gegen das Lohn"angebot" der Unternehmer bei den Tarifverhandlungen.

AEG-Telefunken-Röhrenwerk:
Okt. '70: Streik in der Abt. Senderöhren gegen Produktionsverlagerungen.

AEG-Turbine:
Jan. '69: Streik aller Arbeiter und Angestellten gegen Verlagerungsabsichten des Konzerns. Demonstration vor dem Betrieb.
6. 2. 69: Proteststreik der mechanischen Fertigung gegen Lohnraub
2. 10. 70: Proteststreik gegen soziale Verschlechterungen. Forderung nach 15 % für den neuen Tarif und Ablehnung des Lohnkompromisses.
15. 12. 71: Warnstreiks gegen das Unternehmer"angebot" bei den Tarifverhandlungen.

46 GESCHÄFTSBERICHT DES DGB (West) Berlin, a.a.O., S. 22-24.
47 8. LANDESBEZIRKSKONFERENZ DER HBV, a.a.O..
48 GESCHÄFTSBERICHT DES DGB (West) Bln., a.a.O., S. 47.

Adrema:
29. 10. 71: Streik gegen Produktionsverlagerungen und Entlassungen.

Über die kämpferischen Aktionen der KWU-Arbeiter wäre eine gesonderte Darstellung notwendig. Sie haben schon Mitte der 60iger Jahre den Kampf gegen Siemens- und AEG-Pläne aufgenommen und ihre entschlossene Haltung hat 1968/69 einen Teil der Verlagerungen verhindert. Die Turbine existiert noch in Westberlin und wenigstens kleinere Gasturbinen werden hier noch produziert. Aber die Kette der Streikmaßnahmen gegen immer neue Verlagerungspläne und für höhere Sozialleistungen reißt nicht ab. Die gewerkschaftliche (90 %iger Organisationsgrad) und politische Kampfentschlossenheit der Arbeiter wächst. Die KWU ist ein hervorragendes Beispiel für die Maßnahmen von Staat und Monopolen gegen die Interessen aller Werktätigen und die KWU-Arbeiter sind hervorragende Kämpfer für ihre Klasseninteressen.

Betriebsrätewahlen 1972

Der Erfolg für die Arbeiter und Angestellten bei den teilweise noch nicht ausgewerteten Betriebsrätewahlen steht fest: Er ist ein Ausdruck für das wachsende Selbst- und Kampfbewußtsein.

In knapp der Hälfte der Westberliner Metallbetriebe, in denen neue Betriebsräte gewählt werden, liegt das Ergebnis vor: 90 Prozent der Arbeiter und 60 Prozent der Angestellten, die als Betriebsräte gewählt wurden, gehören der IG-Metall an. Noch 1968 bei den letzten Betriebsrätewahlen waren nur 43 Prozent der Angestellten Mitglieder der IGM. Alle Betriebsratsmitglieder stellt die IG-Metall im Siemens-Prozeßgerätewerk (früher Askania), bei Bosch-Photokino, bei NCR, bei der Berliner Kupferraffinerie u.a. Weitere wichtige Ergebnisse: Bei Loewe Opta sind 9 der 11 Gewählten IG-Metall-Mitglieder, bei Siemens-ZN 15 von 19, im AEG-Anlagewerk 14 von 15, bei AEG-Ackerstraße 13 von 15 (2 DAG-Mitglieder), bei Krone 22 von 23 usw. Besonders eindringlich im Zusammenhang mit der Tarifauseinandersetzung ist der Erfolg bei Hasse & Wrede und bei Daimler-Benz-Salzufer: Alle Betriebsratsmitgliedern gehören der IG-Metall an (50).

Die HBV konnte nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ihre Betriebsratsmitglieder verdreifachen, jedoch liegen noch keine ausgewiesenen Westberliner Ergebnisse vor. In den Kaufhauskonzernen Horten, Neckermann, Quelle, Woolworth u.a., insgesamt 10 Großbetrieben, stellt die HBV 75 % der Gesamtbetriebsräte. Die DAG erreichte mit 29 Sitzen nur 22 %. Von den insgesamt 208 Betriebsräten bei Neckermann gehören 167, also 80 %, der HBV an; den Gesamtbetriebsrat dieses Konzerns stellt die HBV allein.

Im Bereich der Banken und Versicherungen hat sich nach den letzten Tarifauseinandersetzungen die Zahl der HBV-Betriebsräte verdoppelt. Waren es 1968 nur 525, so wurden in diesem Jahr 1 317 HBV-Organisierte in den Betriebsrat gewählt. Das entspricht einem Anteil an allen Betriebsräten in diesem Bereich von 48 % (51).

Die Gewerkschaft NGG (Nahrung, Gaststätten, Genuß) stellte nach den Ergebnissen bis Ende Juni in der Westberliner Ernährungsindustrie 85 % (gegenüber 75 % im Jahre 1968) der gewählten Betriebsräte (52).

Diese Betriebsräte, zusammen mit den Vertrauensleuten und allen anderen Kollegen, wer-

49 DIE WAHRHEIT, 1. Mai 1972.
50 METALL, Zeitung der IGM, Nr. 12/72.
51 AUSBLICK, Zeitschrift der HBV, Nr. 6 und 7/8, 1972.
52 DIE WAHRHEIT, 23.6.72.

den in der Lage sein, in den nächsten Jahren unter günstigeren äußeren Bedingungen das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten weiter zu verbessern. Die Unternehmer wissen das sehr genau: Nicht zufällig nimmt gerade in der letzten Zeit die antigewerkschaftliche Propaganda und der Druck auf fortschrittliche Betriebsräte und Vertrauensleute von dieser Seite massiv zu. Den schwindenden Einfluß der DAG sollen zunehmende Repressalien und neue Spaltungsmanöver wettmachen.

Die Beispiel gebende Wirkung des Sozialismus

Der in der Tat "besondere Standort" Westberlins hat auf diesem geographisch relativ kleinen Fleck der Erde eine internationale Klassenfront in Bewegung gebracht. Weil der Imperialismus von Washington über Bonn bis zum Westberliner Senat ein präzises Interesse an WB als "Vorposten" des imperialistischen Systems hat, stehen die internationalen Kräfte des Sozialismus von Moskau über die Hauptstadt der DDR bis zur SEW auf der anderen Seite der Klassenfront. Innerhalb dieser historischen Logik sind einige wirkliche und viele scheinbare Erfolge des Imperialismus in Westberlin zu suchen.

"Das sozialistische Weltsystem, der siegreiche Sozialismus übt einen tiefgreifenden Einfluß auf die innere Entwicklung des Kapitalismus der Gegenwart aus. Die Tatsache, daß im imperialistischen Teil der Welt heute Staatsmacht und Monopolmacht eng miteinander verflochten sind, daß sich ein staatsmonopolistisches Herrschaftssystem herausgebildet hat – das ist ein Resultat ökonomischer und politischer Faktoren. Und ganz besonders wirkt sich hierbei aus, daß der Imperialismus auf allen Gebieten mit dem Sozialismus konfrontiert ist und auf diese veränderten Existenzbedingungen reagiert. ... Das heißt, heute sind es bereits nicht mehr allein die inneren Bewegungsgesetze des Imperialismus, die seine Entwicklung bestimmen. Mehr und mehr nimmt der Sozialismus Einfluß auf die inneren Prozesse in der kapitalistischen Welt. Der Imperialismus ist gezwungen, bei allen seinen Entscheidungen – ob auf politischem Gebiet, bei Lohnkämpfen und sozial-politischen Auseinandersetzungen oder bei ökonomischen Maßnahmen – das Wirken des Sozialismus zu berücksichtigen." (53)

Der Zugang zu politischem Klassenbewußtsein kann nur über die Massenwirksamkeit des Imperialismus auf der einen und des Sozialismus auf der anderen Seite gefunden werden. Gerade diese Wirksamkeit, und nicht der objektive Klasseninhalt des jeweiligen Systems, ist aber gebunden an viele sichtbare Äußerlichkeiten und Erscheinungen. Der objektive Klasseninhalt wird nur auf diejenigen wirken, deren politischer Standpunkt entsprechend weit entwickelt ist. Das kann in Westberlin auch heute nur für eine Minderheit, eben die Kommunisten, geltend gemacht werden, wenngleich deren Zahl und Wirkungsradius gewachsen sind.

Wie bedeutend die Veränderungen im internationalen politischen Kräfteverhältnis für die Klassenauseinandersetzungen in WB sind, ist an der veränderten Wirkungsweise des hier in unmittelbarer Nähe erfolgten Aufbaus des Sozialismus in der DDR meßbar. Das Westberlin-Abkommen ist letztlich Resultat einer nicht mehr rückgängig zu machenden Entwicklung, ist die Anerkennung des Sieges der sozialistischen Gesellschaftsordnung in einem Teil Deutschlands. Die westlichen Alliierten und in deren Gefolge der Bonner Staat und Westberliner Senat müssen zahllose Retouchen an ihrem Feindbild machen. Für sie

53 GESELLSCHAFT OHNE ZUKUNFT, 33 Fragen und Antworten zum Imperialismus der BRD, Berlin, Dietz 1972. S. 12.
Siehe auch: Engels: "Grundsätze des Kommunismus", in: MEW 4, S. 374; Lenin: "Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR (B), Dez. 1920, in: WERKE 31, S. 452.

hat sich der Feind natürlich nicht verändert, aber seine zunehmende Stärke und Ausstrahlungskraft verändert das Bild des Sozialismus in den Augen der Werktätigen. Je größer und sichtbarer die Erfolge dort, umso komplizierter wird die Gegenpropaganda des Kapitals und des rechten Sozialdemokratismus hier. Auch wenn sie die Identifizierung der Arbeiterklasse mit der sozialistischen DDR weithin noch verhindern können, so vermögen sie doch nichts gegen die Wirkung des Sozialismus durch sein Beispiel.

Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins hat von diesem Klassenstandpunkt aus seit ihrem Bestehen gutnachbarliche Beziehungen zur DDR gefordert:
"Gewonnen wäre (damit) die Chance, die Erfolge und die Erfahrungen der Arbeitermacht der Deutschen Demokratischen Republik für den Kampf der Arbeiter Westberlins für demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu nutzen..." (54) Aber wie kann die Arbeiterklasse in WB den Erfolg und die Erfahrungen der Arbeitermacht in der DDR nutzen? Gerade hier wirkte der Sozialismus, zum Feind der Menschheit manikürt, in umgekehrter Richtung:
Um ihn zu schwächen, sollte die Arbeiterklasse geschwächt werden. Seine Gegenwart galt Monopolen und Staat als Erklärung für jeden Mißstand der eigenen Politik. Sein Aufblühen sollte der Arbeiterklasse Grund zur Kompromißbereitschaft sein. Diese in den Gegenreaktionen der Herrschenden zum Ausdruck kommende Wirkung des Sozialismus auf die Westberliner Arbeiterklasse wurde von rechtssozialdemokratischen Politikern und Gewerkschaftsfunktionären mit getragen. Sie verhinderten eine aktive Lohnpolitik, sie hielten die Arbeiter und Angestellten zur Duldsamkeit an, sie lehrten den realen Sozialismus als Feind der Menschheit zu betrachten.

Mit zunehmender Aggressivität des imperialistischen Systems verliert es auch an Massenwirksamkeit. Mit den nicht mehr wegzuleugnenden Erfolgen und Leistungen der sozialistischen DDR gewinnt die positive Ausstrahlungskraft des Sozialismus auf die werktätige Bevölkerung. Mit den verschärften wirtschaftlichen und politischen Klassenauseinandersetzungen in Westberlin selbst besinnt sich die Arbeiterklasse immer deutlicher auf den wirklichen Feind im Innern.

Die unmittelbare Nähe des Sozialismus zu WB und seine Erreichbarkeit durch die neuen Besuchsregelungen kann langfristig im Kampf der Arbeiter Westberlin für die Zurückdrängung der Macht der Monopole nur nützlich sein. Die WB-Arbeiterklasse hat in diesem Kampf starke Verbündete!

Die Aktionseinheit

In Westberlin, das selbst Produkt der imperialistischen Spaltungspolitik ist, hat die Arbeiterklasse gründliche und tiefgreifende Erfahrungen mit der Spaltung ihrer Kampfkraft gemacht. Die Erfolge der jüngsten Zeit wie jeder Erfolg der internationalen Arbeiterklasse haben die Notwendigkeit einer geschlossen handelnden Arbeiterklasse ihr selbst wieder vor Augen geführt. Über die Tarifkämpfe und deren politische Wirksamkeit hinaus, hat die Arbeiterklasse in WB mit den "Traditionen" ihrer Feinde zum 1. Mai gebrochen und zu ihren eigenen Arbeitertraditionen zurückgefunden. Unter der führenden Rolle der kommunistischen Partei wurden seit 1968 in WB aus den "Freiheitskundgebungen" wieder echte Kampftage. Es begann mit einer Gegenkundgebung zur reaktionären Mai-Veranstaltung des Westberliner DGB unter freiem Himmel.

Auch 1969 riefen demokratische und sozialistische Kräfte aus den Gewerkschaften, Hochschulen und Universitäten, Jugendorganisationen und Schülergruppen alle Werktätigen

54 KONSEQUENT 4, S. 56.

zur Wiederherstellung der echten Traditionen des Arbeitermai nach Kreuzberg und Neukölln auf. Diese im wesentlichen von fortschrittlichen Gewerkschaftern getragene Kundgebung übte einen erheblichen Druck auf die rechte DGB-Spitze aus. Inzwischen hatten jene Freiheitskundgebungen auf dem Platz der Republik ihre frühere Anziehungskraft für die Werktätigen verloren: die meisten blieben zuhause und der Platz sah entsprechend dünn besucht aus. Aus diesen Gründen stand 1970 der 1. Mai in Westberlin zum ersten Mal unter gewerkschaftlichen Losungen.
"Zum ersten Mal seit vielen Jahren fand wieder eine gewerkschaftliche Maidemonstration und -kundgebung statt. Welch eine unüberbrückbare Kluft zwischen dem Meer von Roten Fahnen und progressiven Losungen auf den Stellplätzen der Gewerkschaften und auf dem Kennedy-Platz und den jämmerlichen Reden von Sickert, Schütz und Leber, die sich kaum von den Frontstadtkundgebungen der Vergangenheit unterschieden." (55)

Aber wieder sprachen rechte Sozialdemokraten und Feinde des Friedens, wieder wurden sozialpartnerschaftliche Sprüche geklopft und selbst auf Angriffe gegen die DDR wollten diese Redner nicht verzichten. Der Platz vor dem Schöneberger Rathaus war diesmal aber mit Roten Fahnen überflutet und den Phrasen drangen mehr Buh-Rufe als Beifallskundgebungen entgegen. Die Konsequenzen der Westberliner DGB-Spitze sind bekannt: Der nächste und der übernächste 1. Mai wurden im geschlossenen Saal als Feierstunde verbracht, "mediengerecht", wie Walter Sickert das nannte. Die Arbeiter bleiben draußen. 1971 trafen sich bereits 25 Tausend zur Kampfdemonstration in Kreuzberg und Neukölln. 1972 waren es 70 000, die hinter dem Aufruf des Mai-Komitees, in dem Betriebsräte sowie Vertreter zahlreicher demokratischer und sozialistischer Organisationen zusammenarbeiteten für "Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt" eine echte gewerkschaftliche Kampfkundgebung durchführten. Dieser 1. Mai ist ein bedeutender Ausdruck für die Bereitschaft und Fähigkeit der Arbeiterklasse, ihre Reihen weiter zu festigen und schließlich ihre Gegner zu besiegen.

Die kämpferischen Vertreter in den Gewerkschaften und vor allem die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse haben es verstanden, dem gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeiterklasse wesentliche Einsichten über ihre Lage und Aufgaben zugänglich zu machen.

Die "nächsten, dringenden und wichtigen Aufgaben" für den Klassenkampf werden von der SEW bei der 11. Tagung des Parteivorstandes klar gestellt:
"1. Die Schaffung einer breiten Front für Frieden und Sicherheit, für die Ratifizierung und Realisierung der Verträge von Moskau und Warschau und damit für die Verwirklichung der vierseitigen Vereinbarungen über Westberlin...
2. Die Konzentration der Kräfte der Arbeiterklasse, ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit und Weltanschauung,
für Demokratie und Fortschritt – gegen Monopolmacht und Reaktion,
für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen,
für eine aktive Lohnpolitik, für Preisstabilität,
für Mieterschutz und Mietpreisbindung –
gegen Miet- und Preiswucher,
für Arbeiterrechte in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft –
gegen die Machtkonzentration des Kapitals." (56)

55 PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES II. PARTEITAGES DER SEW, 1970, Rede des Parteivorsitzenden Gerhard Danelius, S. 14.
56 Gerhard Danelius: "Marxismus-Leninismus – Weltanschauung der Arbeiterklasse", Schlußwort auf der 11. Tagung des Parteivorstandes der SEW, in: DIE WAHRHEIT, 20.4.72, S. 3.

Die Feinde der Arbeiterklasse und des Fortschritts sind in die Enge getrieben, aus der sie ihren immer noch erheblichen und gefährlichen Einfluß in nächster Zeit ausüben werden. Die Aggressivität nimmt keinesfalls ab, sie erscheint verschärft in verändertem Gewand. Um ihre Aktionseinheit weiterzuentfalten, muß sich die Arbeiterklasse besonders mit der Ideologie des Sozialdemokratismus auseinandersetzen. Die SEW scheut diese Auseinandersetzung nicht, denn: "Heute haben die rechten SPD-Führer die Lehre aus der Zeit des Faschismus schon längst wieder vergessen und versäumen keine Gelegenheit, den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei mit verschiedenen antikommunistischen 'Begründungen' die Zusammenarbeit mit Kommunisten zu untersagen. Sie tun dies in ihrem Dokument 'Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus' vom 26. Februar 1971 paradoxerweise ausdrücklich im Zusammenhang mit der Entspannungspolitik und den Verträgen von Moskau und Warschau..." (57)

Gerade die Verträge von Moskau und Warschau, gerade das vierseitige Abkommen über Westberlin sind als Resultate des internationalen Klassenkampfes in seiner Form der Systemkonkurrenz ein Beitrag für den Kampf der westdeutschen und Westberliner Arbeiterklasse. Sie sind auch ein Beitrag zur Stärkung der Aktionseinheit.

Während die rechte sozialdemokratische Führung über das breite und tiefe Interesse der Arbeiterklasse an den Verträgen und dem Abkommen erschrickt und sich stattdessen auf die Hauptpartei des Monopolkapitals stützt, haben die Kommunisten in Westdeutschland und Westberlin alle demokratischen und friedliebenden Kräfte für den Kampf um die Verträge und das Abkommen aufgerufen. Aus allen wichtigen Gewerkschaften und Betrieben drang die Forderung nach sofortiger Ratifizierung. Der 1. Mai 1972 wurde besonders in Westberlin zum Höhepunkt dieser Kampagne für die Grundinteressen der Werktätigen nach Frieden und Sicherheit.

Es sind wiederum Kommunisten, die jetzt davor warnen, bei der papiernen Ratifizierung und dem Inkrafttreten des Westberlin-Abkommens stehenzubleiben. Internationale Vereinbarungen werden von imperialistischen Strategen ebenso umgangen oder gebrochen wie die eigene Verfassung. Das lehrt gerade die Geschichte dieser Stadt.

"Das Westberlin-Abkommen mit Leben erfüllen" heißt denn auch etwas grundsätzlich anderes, ob es Staats- und Monopolvertreter aussprechen oder die Partei der Arbeiterklasse. Westberliner Senat und IHK meinen in arger Selbsttäuschung alte Träume in liberaler Hülle nach einem "überregionalen Zentrum privater und öffentlicher Dienstleistungen mit internationaler Ausstrahlung "verwirklichen zu können (58). Die Kommunisten und alle demokratischen Kräfte in dieser Stadt meinen die Lebensinteressen der 800 000 Lohnarbeiter, meinen die Sicherung der Arbeitsplätze durch das endlich zu verwirklichende Recht auf Arbeit (59), meinen die in der Verfassung garantierte Mitbestimmung der Werktätigen in Betrieb und Gesellschaft (60). Mit dem Vierseitigen Abkommen haben sich die Kampfbedingungen gegen die staatsmonopolistischen Eingriffe von Bonn, also der Ursache aller wirtschaftlichen, politischen und sozialen Übel in Westberlin verbessert. Wirksam dagegen kämpfen kann allerdings nur eine geschlossene Arbeiterklasse.

57 Ebenda, S. 4.
58 BERLINER FORUM, Hrsg. Presse- u. Informationsamt d. Landes (West) Berlin, Nr. 1/1972, S. 51.
59 Vgl. Art. 12 der Verfassung.
60 Vgl. Art. 17 der Verfassung.

Kyiochi Maekawa

Die allseitige Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die hohe Akkumulation des Monopolkapitals in Japan *

Der staatsmonopolistische Kapitalismus (SMK) besteht dort, wo unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Kraft des einzelnen Monopolkapitals nicht mehr ausreicht, die wirtschaftliche Herrschaft aufrechtzuerhalten bzw. zu verstärken, so daß die Einmischung des Staates in die ökonomischen Belange notwendig wird. Daher ist die allseitige Entfaltung des SMK nach dem zweiten Weltkrieg innerlich eng verbunden mit der verschärften allgemeinen Krise des Kapitalismus in der Nachkriegszeit.

Unter den Bedingungen der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nach dem letzten Weltkrieg und besonders unter dem ständigen Anwachsen der Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung in ganz Asien mußte das Monopolkapital in Japan und den USA angesichts der Tatsache, daß der japanische Reproduktionsmechanismus durch den Krieg zerstört war, alle Mittel aufbieten, um Japan – in Abhängigkeit von den USA – zu einem reorganisierten und verstärkten monopolkapitalistischen Land wiederzubeleben. Zu diesem Zweck war eine Kapitalakkumulation erforderlich, die mit einer anormal hohen Exploitationsrate gekoppelt war und viel rapider und kontinuierlicher erfolgen sollte als in anderen kapitalistischen Ländern oder auch als im japanischen Kapitalismus der Vorkriegszeit. Der japanische Monopolkapitalismus der Nachkriegszeit – durch solche Bedingungen bestimmt – erfüllte seine Aufgabe mittels der allseitigen Entfaltung der Funktionen des SMK mit Bravour. Er errichtete in diesem Prozeß die Herrschaft der Riesenmonopole, deren Kernstück die Schwer- und Chemieindustrie bildete. Durch die ganze Nachkriegszeit hindurch bestand die hauptsächliche Aufgabe des vom US-Imperialismus abhängigen japanischen Staates in der Bildung und Stärkung der Monopole sowie in der beschleunigten Kapitalakkumulation. Einer der Grundpfeiler der Staatspolitik stellte die systematische Sicherung der neuen Akkumulationsquellen für die japanischen Monopole dar, denen durch den tollkühnen Aggressionskrieg solche wirksamen Quellen der Kapitalakkumulation wie Ausplünderung der Kolonien und staatliche Ausbeutung mittels der Militärproduktion verlorengegangen waren.

In der vorliegenden Arbeit wird versucht, vorerst die internationale Position und die Haupteigenschaften des japanischen SMK klarzustellen, um dann die allseitige Entfaltung seiner ökonomischen Funktionen und die hohe Akkumulation des Monopolkapitals in ihrer Konkretheit zu betrachten.

* Der nachstehende Beitrag ist der letzte einer Reihe von Aufsätzen von Prof. Kyoichi Maekawa, Doshisha-Universität, Kyoto, die sich mit der Entwicklung des japanischen Kapitalismus befassen: "Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus und die Herrschaft der Monopole", in: SOPO 18, Juni 1972, S. 1-20; "Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung", in: SOPO 19, August 1972, S. 29-40.

1. Haupteigenschaften des japanischen staatsmonopolistischen Kapitalismus und sein Entfaltungsprozeß

Den SMK nach dem zweiten Weltkrieg kennzeichnet, daß sein Charakter als internationales reaktionäres System mit den USA an der Spitze in den Vordergrund trat, um dem sozialistischen Weltsystem, der nationalen Befreiungsbewegung sowie der demokratischen Volksbewegung, die nach dem Krieg zusehends ihre Kräfte erhöhten, in allen (d.h. militärischen, politischen und wirtschaftlichen) Fronten entgegenzutreten. Diese Tatsache fällt auf, wenn man bedenkt, daß zur Bildung und Entwicklung des SMK vor dem zweiten Weltkrieg die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten, also die imperialistischen Kriege, den unmittelbaren Anlaß boten. Demnach handelt es sich in der Nachkriegszeit um keinen "vorübergehenden SMK" mehr, der sich auf eine bestimmte kriegerische Periode begrenzt. Es geht vielmehr um einen permanenten SMK, der mit einem militärischen Charakter versehen ist und auf der militärischen Konfrontation der von den USA angeführten imperialistischen Staaten mit dem Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung basiert. Zweitens schuf die Finanzoligarchie der USA zwischen dem SMK einzelner Länder komplizierte Beziehungen der internationalen Zusammenarbeit, der Herrschaft und Abhängigkeit. Der Export des Staatskapitals in Form von ökonomischer oder militärischer Hilfe beispielsweise macht eine Besonderheit der Nachkriegszeit im Vergleich zum simplen Kapitalexport vor dem Krieg aus. Außerdem werden internationale Handels- und Zahlungsorganisationen wie IMF, OECD etc. als Mittel der internationalen Herrschaft der Finanzoligarchie der USA verwendet.

Unter derartigen welthistorischen Bedingungen und internationalen Verhältnissen stechen folgende Punkte als hauptsächliche Besonderheiten des japanischen SMK der Nachkriegszeit hervor. Erstens handelt es sich bei ihm um einen von den USA abhängigen SMK. Zweitens hat er die Funktion, beim militaristisch-imperialistischen Wiederbeleben des japanischen Monopolkapitals ökonomische Seitenstütze zu geben. Drittens wird der Aspekt der verstärkten Ausbeutung und Ausplünderung des Volks in Vordergrund geschoben, um eine solche Wiederbelebung des Monopolkapitals zu begünstigen und den Wachstumsboom zu beschleunigen. Steuern, staatliche Investitionen, staatliche Kredite, Kredite der Zentralbank usf. werden zum Wachstumsboom des Monopolkapitals und seiner hohen Akkumulation ausgiebig benutzt, wodurch die chronische Hypertrophie des Staatshaushalts und der Kredite der Zentralbank entstand, während das Volk unter schwerer Steuerbelastung, hohen Preisen und Inflation leiden muß. Solche nackte Ausplünderung der Massen und solch hohe Kapitalakkumulation waren vor dem Krieg nur für eine Kriegswirtschaft charakteristisch. Sie wurden jedoch zu permanenten Erscheinungen der heutigen Zeit. Viertens akkumuliert die von der Staatsmacht ausgeführte Plünderung der Massen Mehrprofite und Finanzmittel in Monopolunternehmen bzw. Staatsapparaten. Und diese Mehrprofite und Finanzmittel werden von den herrschenden Gruppen unter sich und ihren Dienern verteilt, was einerseits zum Schmarotzertum und zur Korruption führt und andererseits die Apologetik und Lobpreisung des SMK entstehen läßt. Die Geldmittel werden zwecks solcher Machenschaften, die zur Verlängerung der Lebensdauer des SMK dienen sollen, verwendet wie z.B. zur Korruption, Schiebung, Bestechung von Gewerkschaftsführern, Spaltung der Arbeiterfront, Förderung der "bourgeoisen Arbeiterpartei" usf. (1)

Nun aber zeigt der japanische SMK mit den oben angeführten Grundcharakteristika im

1 Vgl. Schima, Yasuhiko: "Das Leninsche Werk über den Imperialismus und der staatsmonopolistische Kapitalismus", in: KEIZAI, Sondernummer, Dezember 1967.

Prozeß der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Funktionen bestimmte zeitliche Änderungen. Vor allem kann man feststellen, daß der japanische SMK in der Nachkriegszeit besonders nach der Einführung der Dodgeschen Finanzpolitik im Jahre 1949 seinen von den USA abhängigen SMK-Mechanismus sowie seiner SMK-Funktion festgelegt hat. Mit der Bestimmung der einheitlichen Wechselrate von 1 US-Dollar zu 360 Yen orientierte man sich auf den Import des ausländischen Kapitals und die Rationalisierung und übernahm die Anleihe von der Weltbank und der Washingtoner Export-Import-Bank (EXIM). Diese Maßnahmen bildeten die wichtigsten Stützen für die Wiederbelebung und Stärkung des Monopolkapitals in Schwerpunktindustrien wie Eisen- und Stahlerzeugung, Stromerzeugung, Schiffbau, Düngemittelindustrie usf. In den 50-er Jahren spielte die 'Gegenseitige Sicherheitshilfe' (MSA) zur Stärkung und Wiederbelebung des Monopolkapitals eine große Rolle. Zur gleichen Zeit wurde für staatliche Unternehmen wie Staatseisenbahn usw. das System der staatlichen Investition und Kreditgewährung errichtet, sowie für kommunale Betriebe das Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit eingeführt. Somit wurde eine organische Verbindung des staatlichen zentralen Finanzsystems mit der kommunalen Finanz hergestellt. Auf der Grundlage der japanisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Krieg, auf der Grundlage des Separatfriedens in San-Franzisko und des US-japanischen Sicherheitsvertrages nämlich, entstand das System des SMK im Nachkriegsjapan, wobei die Wiederbelebung und Festigung des Monopolkapitals die Hauptaufgabe des SMK in den 50-er Jahren ausmachte.

In den 60-er Jahren wies der japanische SMK weitere neue Eigenschaften auf. In dieser Periode verschärfte sich bereits die Dollar-Krise. Daher wurde die Unterstützung der Maßnahmen zur Dollar-Verteidigung eine der Aufgaben des SMK. Diese Aufgabe wurde in Gestalt der Politik für die Liberalisierung des Außenhandels und Devisenausgleichs in Angriff genommen. In diesem Zusammenhang ging es um die Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Monopolkapitals. Gleichzeitig wurde die Orientierung des Landes im Rahmen des 1960 revidierten Sicherheitsvertrages und auf Grund der "wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den USA und Japan" auf die Militarisierung der Wirtschaft mittels des 2. und 3. Verteidigungsplans sowie auf die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südkorea und Taiwan fixiert. Außerdem löste der japanische SMK die USA in ihrer Wirtschaftshilfe für südostasiatische Länder ab, unterstrich den Aspekt der ökonomischen Expansion des japanischen Monopolkapitals und ging zur offenen Unterstützung derartig expansionistischer Bestrebungen über.

Die strategische Konzeption des SMK in dieser Dekade offenbarte sich in konzentrierter Form im "Plan zur Verdoppelung des Nationaleinkommens" (1960), dem "Plan zur Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft" (1967) und anderen langfristigen strategischen Gedanken, die die sogenannten strategischen Industriezweige in den Mittelpunkt stellten, die Schwer- und Chemieindustrie vorrangig entwickeln und dadurch die Hochakkumulation des Monopolkapitals beschleunigen sollten. Diese Strategie enthielt ferner solche Punkte wie Förderung der industriellen Grundlage, "Modernisierung" der kleinen und mittleren Betriebe und der Zirkulation, strukturelle Verbesserung der Landwirtschaft, Realisierung der offenen Fluktuation der Arbeitskräfte etc. Auf solche Weise entwickelte sich verstärkt die abhängige Bindung des japanischen Monopolkapitals zu den USA, und das "hohe Wachstum" des Monopolkapitals wurde in einem solchen Tempo verwirklicht, wie es in keinen anderen Ländern beobachtet wurde.

Im Prozeß der Kapitalakkumulation und des "hohen Wachstums" trug der japanische SMK große Widersprüche in sich, die sich ständig verschärften. Sie kamen langsam zur Oberfläche und wurden von der zweiten Hälfte der 60-er Jahre an bis in die 70-er Jahre hinein in der Gestalt von hohen Preisen, Umweltverschmutzung etc., als neue Formen der Verelendung nämlich, sichtbar.

Mit der Entfaltung des aggressiven reaktionären Aspekts wurde besonders in der zweiten Hälfte der 60-er Jahre, als die US-Aggression in Vietnam immer mehr eskaliert wurde, die militaristisch-imperialistische Wiederbelebung des japanischen Monopolkapitalismus im raschen Tempo vorangetrieben. Gleichzeitig verschärften sich die wirtschaftlichen Widersprüche zwischen Japan und den USA, als die Dollar-Krise in der zweiten Hälfte der 60-er Jahre vertieft wurde. Vor diesem Hintergrunde kam immer deutlicher zum Ausdruck, daß das japanische Monopolkapital seine eigenen Forderungen zu realisieren sucht, obwohl der SMK Japans solche Forderungen der USA wie Unterstützung der amerikanischen Maßnahmen zur Verteidigung des Dollars, Liberalisierung des Außenhandels und des Kapitalimports usf., was u.a. das "gemeinsame Kommunique der japanischen und der US-Regierung" 1969 dokumentierte, mit vertrat. In den 70-er Jahren wurden, wie es beim "neuen Plan zur Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft" (1970) der Fall war, solche Perspektiven des Monopolkapitals aufgestellt, bei denen mit einem höheren Wirtschaftswachstum gerechnet wird und die aggressive, auf die Ausplünderung des Volkes zielende Ambition zum Ausdruck kommt.

Durch die Explosion von Widersprüchen, die sich während des Wachstumsprozesses des Weltkapitalismus in den 60-er Jahren verschärften, und insbesondere wegen des ökonomischen Scheiterns des US-Imperialismus versagte die strategische Konzeption für das höhere Wachstum in den 70-er Jahren, wie sie im "neuen Plan zur Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft" zusammengefaßt ist, im Verlaufe eines einzigen Jahres. Unter den neuen Bedingungen im In- und Ausland wird das japanische Monopolkapital zur Reorganisation des SMK gezwungen. (2)

In der bisherigen Betrachtung wurden die Hauptbesonderheiten des japanischen SMK und sein Entwicklungsprozeß in der Nachkriegszeit behandelt. Dabei wurde festgestellt, daß in den Abhängigkeitsbeziehungen Japans zu den USA bestimmte Änderungen zu verzeichnen sind, daß die militaristisch-imperialistische Wiederbelebung des japanischen Monopolkapitals besonders in der zweiten Hälfte der 60-er Jahre rasch gefördert wurde und daß beim Sichtbarwerden der bisher akkumulierten Widersprüche der aggressive, auf die Ausplünderung der Volksmassen zielende Charakter des japanischen SMK immer deutlicher wurde.

2. Die wirtschaftlichen Funktionen des japanischen staatsmonopolistischen Kapitalismus und die hohe Akkumulation des Monopolkapitals

Im vorangehenden Kapitel wurde gezeigt, daß sich der japanische SMK nach dem zweiten Weltkrieg vor allem mit den Aufgaben, die Monopole wiederzubeleben, zu festigen und zu diesem Zweck die Kapitalakkumulation, also den Wachstumsboom, intensiv voranzutreiben, allseitig entwickelt hat.

Hierbei wurde die Kapitalakkumulation durch begünstigende Funktionen der Staatsfinanzen in den Vordergrund geschoben. D.h. staatliche Investition, staatliche Kreditgewährung, Steuerbegünstigung für das Monopolkapital, ferner die Höherstrukturierung der Industrie mit den strategischen Zweigen im Mittelpunkt, Kapitalbereitstellung durch staatliche Kreditorgane etc. sollen die hohe Akkumulation des Monopolkapitals, das hohe Wachstum nämlich, unterstützen und beschleunigen. Es ist selbstverständlich, daß derartige Hilfeleistungen des Staates für die Monopole letzten Endes nur durch die staatliche Ausplünderung der werktätigen Massen ermöglicht wurden. Ungleiche und schwere Steuerbelastung für die Massen, erweiterte Herausgabe der Banknoten, inflatorische Ausplünderung durch öffentliche Anleihen (Preiserhöhung), ausplünderische Verwendung der Postsparkasse u.a., Sozialversicherungen im Staatshaushalt etc. dienten dazu. Wie der kapitalistische Staatsplan, der sich über die gesamten Bereiche der Volkswirtschaft ausstreckt, ersichtlich macht, wurde die Tendenz stärker, im Interesse der Monopole die Funktion der kapitalistischen "Rationalisierung" der ganzen Volkswirtschaft auszuüben. Dies zeigt sich beispielsweise in Förderungsmaßnahmen der Industriegrundlagen, im nationalen Entwicklungsplan, bei dem die administrative und finanzielle Funktion der kommunalen Einheiten in das Gesamtsystem des SMK aufgenommen wird, was die örtlichen Entwicklungspläne festlegen, in "Modernisierungsmaßnahmen" der kleinen und mittleren Betriebe für das hohe Wachstum des Monopolkapitals, Herrschaft der Landwirtschaft durch die Monopole vermöge der Strukturverbesserung der Agrarwirtschaft, in "Modernisierung" des Zirkulationssystems, in Maßnahmen zur Bereitstellung der Arbeitskräfte durch das Flüssigmachen der in der Landwirtschaft fixierten Arbeitskräfte etc. Gleichzeitig nehmen eine Reihe von Maßnahmen des Staates, die zur Aufrechterhaltung und Stützung des niedrigen Lohnsystems getroffen werden, einen wichtigen Platz ein. Mit der in Riesenschritten vorangetriebenen Produktionskonzentration übernimmt der SMK solche Aufgaben wie Exportunterstützung (durch die Japanische Export-Import-Bank, langfristige Kredite usf.), Kapitalexport (Yen-Anleihe, Fonds für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit überseeischen Ländern etc.), Erschließung und Sicherstellung von Energie- und Industrierohstoffen oder auch Förderung der monopolistischen Konzentration usw.

In der vorliegenden Arbeit ist es unmöglich, alle derartigen ökonomischen Funktionen des japanischen SMK nach dem Krieg konkret zu analysieren. Daher wird im folgenden versucht, solche Grundformen der staatlichen Wirtschaftsaktivitäten wie riesige staatliche Investition und Kreditgewährung durch staatliche Finanzmittel für staatliche Unternehmen, Beschaffung der Kredite durch staatliche Kreditinstitutionen oder auch staatliche Wirtschaftsplanung über den ganzen Bereich der Volkswirtschaft und die Stützung des niedrigen Lohnsystems durch den Staat schwerpunktmäßig zu behandeln.

2.1. Riesige Investition und Darlehen für staatliche Unternehmen im Interesse der Monopole

Eine der Schwerpunktmaßnahmen des SMK für die Sicherung der Kapitalakkumulation der Monopole besteht darin, unter der Bezeichnung "öffentliches Investment" bzw. "Vervollständigen des Sozialkapitals", für Großbauvorhaben und Steigerung der Arbeitsproduktivität in den, die monopolistischen Hauptproduktionsprozesse unterstützenden Hilfszweigen wie Transport- und Nachrichtenwesen, Wohnungsbau, Wasserversorgung, Straßen- und Hafenbau usw. eine riesige Summe von staatlichen Finanzmitteln zu investieren. Darüber hinaus verstärkt der Staat unter dem Vorwand des "national interest" – was nichts anderes bedeutet als das Interesse der Monopole – seine wirtschaftliche Einmischung im Bereich der Erschließung von Energie- und Industrierohstoffen, sowie der Entwicklung des Flugzeugbaus. In solchen Gebieten, in denen für private Monopolunternehmen bzw. finanzmonopolistische Gruppen "unzumutbar" hohe Investitions- und Betriebskosten erforderlich würden, respektive die Investitionen nicht ganz rentabel sein würden, stützen sie sich auf die staatlichen Maßnahmen. Die wesentlichen Formen der staatlichen Wirtschaftsaktivitäten in den genannten Gebieten sind riesige staatliche Investitionen für Aktien und Effekten der staatlichen Korporationen (KOSHA), der speziellen Aktiengesellschaften und der speziellen Körperschaften (KODAN), sowie Darlehen von staatlichen Mitteln. Im folgenden wird nun an Hand der Kollektivarbeit von japanischen Ökonomen,

2 Vgl. vor allem Symposium: "Der japanische staatsmonopolistische Kapitalismus in der erschütternden Zeit", in: KEIZAI, Januar-Heft 1972.

"Monopolunternehmen in Japan", insbesondere ihrer Einleitung, "Monopole im gegenwärtigen Japan" (Bd. 1), untersucht, welche Funktionen die staatlichen Unternehmen in den genannten Zweigen ausüben und welche Rolle sie dort spielen.

2.1.1. Staatliche Korporationen (KOSHA)

Es bestehen drei staatliche Korporationen: Japanische Staatseisenbahn, Japanische Telefon- und Telegrafen-Korporation und Japanische Monopolkorporation. Der Staat besitzt 100 % ihrer Aktien. Es handelt sich somit bei ihnen um reine staatliche Unternehmen. Daß sie eine besondere organisatorische Gestalt annehmen und bei ihrer Betriebstätigkeit bestimmte Selbständigkeit beibehalten, geschieht mit dem Ziel, den Einfluß der finanzmonopolistischen Gruppen auf diese Unternehmen geltend zu machen.

2.1.1.1. Japanische Staatseisenbahn (KOKUTETSU)

Das größte Staatsunternehmen, KOKUTETSU, sichert dem Monopolkapital den Gütertransport zu einem ihm günstigen Transporttarif, befördert die Arbeitskräfte als "menschliche Ausbeutungsobjekte" und bemüht sich, durch die beschleunigte Zirkulation mit Hilfe des kapitalistischen Fortschritts in Wissenschaft und Technik den neuesten Forderungen der Monopole zu entsprechen. Daher investiert der Staat immense Beträge bzw. gewährt aus seinen Mitteln hohe Kredite für die Staatseisenbahn, während der Fahrpreis auf Kosten der Werktätigen erhöht wird und ein "Rationalisierungsplan", der Massenentlassungen der staatlichen Eisenbahner einschließt, durchgeführt wird.

2.1.1.2. Japanische Telefon- und Telegrafenkorporation (DENDENKOSHA)

Das zweite staatsmonopolistische Mammutunternehmen, die Telefon- und Telegrafenkorporation, verwirklicht gegenwärtig das nationale Netzwerk des automatischen Direktwählsystems zur Erhöhung der Kommunikationsgeschwindigkeit. Insbesondere wird ein spezielles Nachrichtenübertragungssystem für die japanischen Monopole sowie die in Japan stationierten US-Streitkräfte ausgebaut. Im Interesse der Monopole ist im Gebührensystem eine Begünstigung für Teilnehmer mit großer Anschlußzahl eingebaut, wobei die Kosten der "Modernisierung" des Nachrichtenwesens vor allem durch die Steigerung der Gebühren, durch den Übernahmezwang der Korporationsobligationen für Einzelteilnehmer, respektive durch die Massenentlassungen vorsehenden "Rationalisierungsmaßnahmen" ausgeglichen werden sollen.

2.1.1.3. Japanische Monopolkorporation (SENBAIKOSHA)

Dieses staatliche Monopolunternehmen stellt nichts anderes dar als einen staatlichen Ausplünderungsapparat, der kraft seines Monopols an Tabak u.a. den in seinem Wesen der Steuer gleichenden Monopolgewinn (nach einer Kalkulation betrug er 1968 ca. 430 Mrd. 281 Mio Yen) erzielt. Der hohe Monopolgewinn bildet eine der Hauptquellen für die staatlichen Investitionen bzw. Kredite, die zur Stützung der Monopole ausgegeben werden.

2.1.2. Spezielle staatliche Aktiengesellschaften

Neben den staatlichen Korporationen existieren solche Staatsunternehmen, deren Aktien zum überwiegenden Teil in den Händen des Staates liegen und die die Gestalt spezieller Aktiengesellschaften einnehmen. Die Aktiengesellschaft zur Erschließung der Stromquellen beispielsweise baut riesige Wasser- bzw. Wärmekraftwerke, die dann an private Stromerzeugungsgesellschaften verkauft werden. Dadurch wird gesichert, daß die Monopole, die große Energieverbraucher sind, billigen Strom geliefert bekommen. Weiter gibt es

solche staatlichen Unternehmen in Form der speziellen Aktiengesellschaften, wie die Gesellschaft zur Erschließung der Ölfelder, die Gesellschaft zur Erschließung des Meeresbodens oder auch die Japanische Aktiengesellschaft für Flugzeugbau. Sie nehmen im Interesse der Monopole die risikenreichen Vorhaben auf sich.

2.1.3. Staatliche Körperschaften (KODAN)

Ein Teil von staatlichen Unternehmen nimmt die Form einer speziellen Körperschaft, KODAN, an. Repräsentativ sind die staatliche Körperschaft für Straßenbau und die für Wohnungsbau. Die erstere baut das nationale Netz der japanischen Autobahn, und damit wird der Waren- und Militärtransport beschleunigt, was im Interesse der Monopole liegt. Als größte Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft erfüllt die letztere eine gewisse soziale Funktion. Im wesentlichen aber dient sie auch den Monopolen durch die rationelle und effektive Verteilung der Arbeitskräfte – der Exploitationsobjekte der Monopole.

Die staatlichen Unternehmen, die verschiedene, komplizierte Formen wie Korporationen, Aktiengesellschaften, Körperschaften usf. einnehmen, fungieren ferner als große Binnenmärkte für Monopolerzeugnisse, was nicht übersehen werden darf. Sie sind beste Kunden der Monopolunternehmen in der Eisen- u. Stahlindustrie, Zement-, Elektroindustrie oder auch Bauindustrie usf., und sie tragen dadurch zur Verwirklichung der hohen Monopolprofite bei.

2.2. Beschaffung der Kredite durch staatliche Finanzinstitutionen

Eine andere Schwerpunktmaßnahme, die zur Sicherung der monopolistischen Kapitalakkumulation vom SMK getroffen wird, besteht darin, mittels staatlicher Finanzinstitutionen hauptsächlich die Finanz- bzw. Kreditorgane der alten ZAIBATSU-Gruppen zu unterstützen und den Monopolen langfristige und mit niedrigem Zinssatz versehene Fonds für Kapitalakkumulation zukommen zu lassen. Bis auf winzige persönliche Ersparnisse werden alle ruhenden Mittel mobilisiert. Der Staat gibt dabei durch seine Finanzen oder über seine Finanz- und Kreditorgane planmäßig Unterstützungen für die Kapitalakkumulation der Monopole. Diese Maßnahme spielte bei der Reorganisation und Festigung des japanischen Monopolkapitalismus in der Nachkriegszeit die wichtigste Rolle. Daher wird im folgenden wieder an Hand des oben erwähnten Kapitels, "Monopole im gegenwärtigen Japan", dargelegt, wie die Beschaffung der Kredite durch staatliche Finanzinstitutionen zur Fondsmobilisierung für die Kapitalakkumulation der Monopole beitrug.

2.2.1. Die japanische Zentralbank (NIPPON GINKO)

Unter den staatlichen Finanzinstitutionen Japans spielt die japanische Zentralbank als Notenbank die zentrale Rolle. Von 1945 bis 1948, als sich der japanische Monopolkapitalismus reorganisierte, verursachte sie durch übermäßige Herausgabe der Banknoten, die notwendig wurde, weil die an Privatunternehmen zur Kriegsproduktion gewährten Regierungsdarlehen nicht mehr einzutreiben waren und sie Staatsanleihen übernehmen mußte eine Inflation und ermöglichte mittels der sprunghaften Steigerung der Preise eine Ausplünderung der Massen ungeheuren Ausmaßes. Die Regierung stellte den Monopolen für ihre Investitionsvorhaben Geldmittel langfristig und zu niedrigem Zinssatz zur Verfügung, indem das staatliche Kreditinstitut für Wiederaufbau (FUKUKOO KIN'YUU KINKO) das Geld aus dem Sonderkonto für das Gegenleistungsmittel anwies und öffentliche Anleihen ausstellte, wobei der größte Teil der Rückzahlungen durch die Entwertung der Banknoten infolge der Nachkriegsinflation faktisch in Regierungssubventionen verwandelt wurde. Nach dieser Periode garantierte die Zentralbank mittels Kapitaldarlehen an die Stadtbanken (Privatbanken) deren Darlehensüberschuß (over loan), was zur hohen Kapitalakkumulation und -mobilisation für die Monopole beitrug. Jedoch nahm dadurch das Gewicht des

Zentralbank-Darlehens, den Bar- und Spareinlagen der Stadtbanken gegenüber, Jahr für Jahr zu. Im Zusammenhang mit dem Zentralbank-Darlehen an die Stadtbanken geschieht die Zinssatzregelung. D.h. die Differenz zwischen dem niedrigen Zinssatz beim Zentralbank-Darlehen und dem Zinssatz für das Stadtbanken-Darlehen trägt faktisch den Charakter des Zinszuflusses vom Staat an die Stadtbanken. Die Darlehenssteuerung mittels der Zinssatzregelung der Zentralbank und der open-market-operation reguliert in einem gewissen Umfang die Produktion und Zirkulation von Waren (insbesondere bei der Konjunkturregulierung) und dient zur Festigung der monopolistischen Herrschaft, indem sie die Aufrechterhaltungsmechanismen der Produktions- und Absatzkartelle der privaten Monopole ergänzt.

2.2.2. Japanische Entwicklungsbank und Export-Import-Bank

Diese beiden Institutionen sind Nachfolgeorgane des staatlichen Kreditinstituts für Wiederaufbau und spielten eine bedeutende Rolle bei der Gewährung langfristiger Kredite an die Monopole zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Diesen Regierungskreditinstituten sind aus dem Sonderkonto für Produktionsinvestment zinsfreie Staatsmittel zur Verfügung gestellt. Durch diese Mittel wird die Gewährung langfristiger, niedrig verzinster Kredite für die Monopole gesichert. Es sind natürlich die Vertreter der Regierungsbürokratie und der Industrie- und Finanzmonopole, die die Verwaltung dieser beiden Institutionen im wesentlichen in die Hand nehmen.

2.2.3. Staatliche Kreditbanken (KIN'YUU KOOKO)

Neben den oben erwähnten Einrichtungen bestehen staatliche Kreditorgane in Form der öffentlichen Kassen (KOOKO), die den kleinen und mittleren Unternehmen bzw. Kleinproduzenten in der Industrie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischereiwirtschaft Kredit gewähren oder auch den Werktätigen bei ihrer Baufinanzierung helfen. Wichtig sind u.a. die Kreditbank für Mittel- und Kleinunternehmer sowie die Volkskreditbank. Sie sind jedoch nicht für Einrichtungen zu halten, die die Interessen der Werktätigen und kleinen bzw. mittleren Unternehmen schützen. Die Kreditbank für Mittel- und Kleinunternehmer dient dazu, dem Staat anstelle der Monopole, die eigentlich den in ihrem Produktionsprozeß beteiligten mittleren und kleinen Unternehmen Investitionsdarlehen gewähren müßten, immense Summen aufzubürden. Anstatt das für das werktätige Volk akute und schwierige Wohnungsproblem durch Lohnerhöhung oder durch den umfangreichen Bau von billigen Wohnungen mit dem Staatsmittel zu lösen, treibt die Volkskreditbank die Werktätigen zum Bau des Eigenheims und somit in den Zustand von Sklaven ihrer Schulden.

In diesem Zusammenhang muß man die Darlehensbedingungen bei den staatlichen Kreditinstituten, insbesondere die des Zinssatzes, sehen. Der Zinssatz bei der Export-Import-Bank, die hauptsächlich Kapitalexport und Export der Betriebsanlagen vornimmt, beträgt 4,0 bis 4,5%. Die Entwicklungsbank, deren Hauptanliegen Investitionsvorhaben der Monopole in der Schwer- und Chemieindustrie sind, verlangt einen Zinssatz von 6,5%. Die Darlehen der Volkskreditbank und der Kreditbank für Mittel- und Kleinunternehmer werden dagegen mit einem Zinssatz von 8,4 % belastet.

Wie aus der Darstellung hervorgeht, bildete die Beschaffung der Kredite durch den Staat einen Hebel zum Vorantreiben der hohen Akkumulation des japanischen Monopolkapitals in der Nachkriegszeit.

2.3. Staatliche Wirtschaftspläne zur kapitalistischen "Rationalisierung" der gesamten Volkswirtschaft

Die Funktion des Staates, die Kapitalakkumulation der Monopole tatkräftige zu unterstützen, wird im Prozeß der Wiederbelebung und Festigung der Nachkriegsmonopole

immer mehr in den Vordergrund geschoben. Dabei ist die Tendenz, daß der Staat an Stelle der Monopole die kapitalistische "Rationalisierung" der gesamten Volkswirtschaft vorantreibt, neu und charakteristisch für die Nachkriegszeit.

Der japanische Kapitalismus trat bereits um 1955, getragen durch die Finanz- und Kreditpolitik des japanischen Staates und gestützt durch die Einführung von Kapital und Technik aus den USA, in die Etappe des "hohen Wachstums". Im Dezember 1955 wurde der "Fünfjahrplan zur Verselbständigung der japanischen Wirtschaft" verabschiedet, dem der "Neue Langfristige Wirtschaftsplan" im Dezember 1957 folgte. Das "hohe Wachstum" in der zweiten Hälfte der 50-er Jahre war ein Prozeß, in dem sich die eigentliche Schwer- und Chemieindustrie, welche im Vergleich zur Vorkriegszeit und kleinen bzw. mittleren Industrieunternehmen sowie der Landwirtschaft gegenüber ungleich umfangreicher ist, im schnellen Tempo herausbildete.

Im November 1960 wurde der "Plan zur Verdoppelung des Nationaleinkommens" aufgestellt. Von nun an findet die staatliche Einmischung in die Wirtschaft nicht mehr in Form sporadischer, einzelner wirtschaftspolitischer Maßnahmen statt, sondern wird auf der Grundlage solcher kapitalistischer Staatspläne praktiziert, die sich über die ganzen Gebiete der Volkswirtschaft erstrecken. Der genannte Plan 1960 setzte sich das Ziel, in den folgenden 10 Jahren den realen Umfang des Bruttosozialprodukts zu verdoppeln und gleichzeitig das aus dem vorangehenden hohen Wachstum entstandene Gefälle im Einkommen, Lohn oder auch in der wirtschaftsgeographischen Entwicklung angeblich zu berichtigen. Seinem Wesen nach sollte der Plan jedoch der Forderung der USA nach Liberalisierung des Außenhandels und Kapitalimports entsprechen, unter Beteiligung an der US-Aggression in Vietnam das hohe Wachstum des Monopolkapitalismus weiterführen und dadurch die ökonomische Grundlage zur Wiederbelebung des Militarismus und Imperialismus in Abhängigkeit vom US-Imperialismus festigen. Der Plan unterstrich die Notwendigkeit solcher Industrie- und Landesentwicklungspolitik, die zur Fortsetzung der seit 1955 andauernden rapiden Entfaltung der Schwer- und Chemieindustrie, die Rückständigkeit der Landwirtschaft und der kleinen und mittleren Industriebetriebe sowie das inzwischen auftretende ökonomische Gefälle einzelner Gebiete korrigieren solle. Dieser Orientierung entsprechend wurden das Grundgesetz der Landwirtschaft (zur Strukturverbesserung der Landwirtschaft) im Juni 1961, das Gesetz zur Förderung der Modernisierung von kleinen und mittleren Unternehmen im März 1963 und das Grundgesetz für kleine und mittlere Unternehmen im Juli 1963 verabschiedet. Eine Reihe strukturpolitischer Maßnahmen in bezug auf die Landwirtschaft und auf kleine und mittlere Industriebetriebe wurden auf den Tagesplan gesetzt. Im November 1962 beschloß der Ministerrat den in der Nachkriegszeit ersten "Plan zur allseitigen Landesentwicklung". Der "Plan zur Verdopplung des Nationaleinkommens" legte also den Weg zur Reorganisierung der ganzen Wirtschaftsbereiche und zur Erschließung des ganzen Landes unter den Bedingungen des erneuerten Sicherheitsvertrags zwischen Japan und den USA frei, damit sich das Monopolkapital auf der Grundlage der frisch entstandenen Schwer- und Chemieindustrie weiterentwickeln könne.

Im Januar 1965 wurde der "mittelfristige Wirtschaftsplan" beschlossen, und im März 1967, als sich die Entwicklungstendenz des Hochwachstums in der zweiten Hälfte der 60-er Jahre verfestigte, trat der "sozial-ökonomische Entwicklungsplan" mit der ehrgeizigen Perspektive des japanischen Monopolkapitals auf die Bühne. Die dringliche Aufgabe dieses Plans lag darin, "angesichts der totalen Internationalisierung die Wirtschaftsstruktur energisch zu reorganisieren", d.h. mit dem Ziel der "Effektivitätssteigerung" die gesamte Wirtschaft Japans zu "reorganisieren". Aber was bedeutet hier die "Effektivitätssteigerung der Wirtschaft"? Der Plan schlug vor, zur "Steigerung der Wirtschafts-

effektivität" das Hauptgewicht der Industriestruktur von den Sektoren mit niedriger Arbeitsproduktivität auf die mit hoher Arbeitsproduktivität zu verlagern, in ein und demselben Sektor diejenigen Unternehmen mit niedriger Arbeitsproduktivität aufzulösen, um den Einfluß derjenigen mit hoher Produktivität zu vergrößern, und in diesen Unternehmen mittels von "Rationalisierungsmaßnahmen" die Produktivität noch mehr zu erhöhen. Demnach ist die "Effektivitätssteigerung der Wirtschaft" eben ein Vorwand des monopolkapitalistischen Staats, mit der allseitigen "Rationalisierung" der Volkswirtschaft zu beginnen. In der Planperiode (Fiskaljahr 1967 – 1971) lag die Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts weit über der geplanten Ziffer von 8,2%. Das in US-Dollar umgerechnete Bruttosozialprodukt Japans ließ bereits 1968 das von Westdeutschland hinter sich. In diesem Jahr stand Japan mit seinem Bruttosozialprodukt auf dem zweiten Platz in der kapitalistischen Welt, obzwar die Differenz zu den USA immer noch beträchtlich war. Dieser "Erfolg" wurde nur durch die Opfer des werktätigen Volkes erzielt, was sich u.a. symptomatisch darin ausdrückt, daß der japanische Durchschnittslohn einem Drittel des nordamerikanischen und die durchschnittliche Kalorieaufnahme dem Niveau Pakistans entsprach.

Das japanische Monopolkapital, das in solcher Weise eine riesige Wirtschaftskraft auf den engen japanischen Inseln aufgebaut hatte, bereitete zur Realisierung des weiteren "Wachstumsbooms" in den 70-er Jahren zwei neue Pläne vor: der "neue Plan zur allseitigen Landesentwicklung" und der "neue sozial-ökonomische Entwicklungsplan". Die Pläne zielen auf die militaristisch-imperialistische Weiterentwicklung des japanischen Monopolkapitals in Abhängigkeit von dem US-Imperialismus und nach der Orientierung des "gemeinsamen Kommuniques der japanischen und der US-Regierung" vom November 1969, wobei solche auch für die Monopole nicht mehr übersehbaren Probleme der Umweltverschmutzung, Wohnungsnot und Verkehrsschwierigkeit durch die Maßnahmen zum Umweltschutz, zur Förderung der Wohnungsbauindustrie und zum Städte- und Straßenbau eingedämmt werden sollten.

Wie bereits erwähnt, war der "Plan zur allseitigen Landesentwicklung" vom November 1962 der erste derartige Plan zur wirtschaftlichen Erschließung des ganzen Landes und wurde entworfen, um die Ziele des "Plans zur Verdoppelung des Nationaleinkommens" von der Seite der ökonomischen Erschließung des Landes zu unterstützen. Er gab der Benutzung des Landes durch die US-Streitkräfte und die japanischen Selbstverteidigungskorps auf Grund des Sicherheitsvertrages und US-japanischen Verwaltungsabkommens den Vorzug, beraubte das Volk des Bodens und Wassers unter der Bezeichnung von "Korrektur des wirtschaftsgeographischen Gefälles", nutzte die öffentlichen Investitionen und die Finanz- und Kreditpolitik des Staates aus und festigte die Grundlage der Kapitalakkumulation des Monopolkapitals mit dem Schwerpunkt auf den vier Industriegebieten und dem Megalopolis an der pazifischen Küste. Laut dem Plan sollte durch die wirtschaftliche Entwicklung das geographisch bedingte ökonomische Gefälle berichtigt und der Wohlstand der Bevölkerung gesteigert werden. In praxi aber wurde die ökonomische Erschließung im Interesse des Monopolkapitals über den Plan hinaus verwirklicht, während die Lebensbedingungen des werktätigen Volkes durch Pollution, Verkehrsschwierigkeiten, Umweltzerstörung, extrem hohe bzw. extrem niedrige Bevölkerungsdichte usf. aufs äußerste verschlechtert wurden. Diesen sehr problematischen Zustand vom Standpunkt des Monopolkapitals aus einzudämmen und gleichzeitig das ganze Land nach Wunsch der Monopole allseitig zu erschließen, ist die Politik, die im "neuen Plan zur allseitigen Landesentwicklung", den der Ministerrat im Mai 1969 beschloß, fixiert wurde.

Der neue Plan zur allseitigen Landesentwicklung basiert auf einem außergewöhnlichen Entschluß des japanischen Monopolkapitals. Auf nur 1,2% der gesamten Landesoberfläche, die die Städte ausmachen, konzentrieren sich 48% der japanischen Bevölkerung. Ferner wohnen von diesen Stadtbewohnern 58% in Tokio, Osaka, Nagoya und in ihrer Umgebung mit maximal 50 km Entfernung. Gleichzeitig wandern die Dorfbewohner in ständigem Strom in die Städte. Der Plan will diese Situation – überdicht bevölkerter Städte und menschenleerer Dörfer – im wesentlichen ändern und eine sprunghafte Entwicklung der Landeswirtschaft verwirklichen. Bei dem neuen Landesentwicklungsplan soll das bisherige schwerpunktmäßige Entwicklungsverfahren vervollständigt werden. So sieht der Plan vor, die japanischen Inseln in 7 Hauptblöcke einzuteilen. Es sind dies Hokkaido, Nordost-Japan, Metropol, Mittel-Japan, Osaka-Kobe-Gebiet, Chugoku-Shikoku-Block und Kyushu-Block. Auf die Hauptstadt jeden Blocks werden nun die zentralen Kontrollfunktionen – d.h. Funktionen des Monopolkapitals und seines Staates zur Herrschaft und Ausplünderung – konzentriert. Mit der Landeshauptstadt, Tokio, im Mittelpunkt wird zwischen den einzelnen Blockhauptstädten auf Grund der Verbindungen durch Fluglinien, neue Super-Expreß-Linien und Autobahnen die Hauptachse der japanischen Inseln geschaffen. Gleichzeitig wird das nationale Netzwerk des Nachrichtenwesens sowie das nationale Verkehrssystem ausgebaut, welches dem neuen Zeitalter der informationstechnischen Revolution entspricht. Und durch solche Maßnahmen unterstützt, wird dann der sich über das ganze Land erstreckende Entwicklungsplan effektiv auf einzelne Gebiete angewandt.

Der neue Plan zur allseitigen Landesentwicklung ist auf die reorganisierte Ausnutzung der japanischen Inseln durch das Monopolkapital gerichtet. Der neue sozial-ökonomische Entwicklungsplan dagegen, der im Mai 1970 durch das Kabinett beschlossen wurde, legt die Grundorientierung der Wirtschaftspolitik des japanischen Monopolkapitals in den 70-er Jahren fest. Die Planperiode erstreckt sich über die erste Hälfte der 70-er Jahre von 1970 bis 1975. Für diese Zeit wird eine durchschnittliche Jahreswachstumsrate der japanischen Wirtschaft von 10,6% proklamiert, wobei diese Ziffer wesentlich höher liegt als bei allen anderen Wirtschaftsplänen der japanischen Regierung. Mit dem Plan soll also ein noch höheres Wachstum des Monopolkapitals als in den 50-er und 60-er Jahren verwirklicht werden. Charakteristischerweise ist das Hauptziel des Plans die "Internationalisierung der japanischen Wirtschaft", d.h. die "Liberalisierung" des Außenhandels und Kapitalimports soll gründlich durchgeführt werden, so daß vor allem für südostasiatische Länder umfangreiche ökonomische Zusammenarbeit und Kapitalexport vorgesehen sind.

Der neue sozial-ökonomische Entwicklungsplan enthält 4 Aufgaben und 5 wirtschafts- und finanzpolitische Schwerpunktmaßnahmen. Mit der ersten Aufgabe, "die Wirtschaft aus dem internationalen Standpunkt her effektivieren" und eine "neue außenwirtschaftliche Politik aufzustellen", wird die Notwendigkeit unterstrichen, daß der Außenhandel erweitert und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland intensiviert werden muß. Wesentlich ist aber die Forderung, die internationale Konkurrenzfähigkeit des japanischen Monopolkapitals höher denn je zu steigern und die Wirtschaftsexpansion im Ausland vorzubereiten. Dieser Forderung entsprechend wird erwartet, daß das Monopolkapital mittels seiner einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen die Arbeiterklasse angreift und die Reorganisation der Landwirtschaft und der mittleren und kleinen Industriebetriebe – durch Förderung der Oberschicht und Verzicht auf die Mittel- und Unterschicht – gewaltsam durchführt. All die nicht rentablen Bereiche der japanischen Wirtschaft werden nun einfach beseitigt, nur die international konkurrenzfähigen Zweige aufbewahrt und solche hoffnungsvollen neuen Gebiete wie Informations-, Atom-, Wohnungsbau-, Umweltschutzindustrie, Erschließung des Meeresbodens usf. gefördert, während der Platz der nicht rentablen Bereiche durch Import ausgefüllt werden soll. Diese Aufgabe sowie die Politik zu ihrer Realisierung bilden den Kern dieses neuen Plans. Die Regierung und das Monopolkapital sind gewillt, mit allen Mitteln diese Aufgabe zu erfüllen.

Die zweite Planaufgabe lautet: "Stabilisierung der Preise". Hierbei erwähnt der Plan mit keinem einzigen Wort den Hauptgrund der Preissteigerung, nämlich die wirtschaftliche

Herrschaft des japanischen und US-Monopolkapitals sowie das inflationistische hohe Wachstum der japanischen Wirtschaft. Nur abstrakte Phrasen werden präsentiert und gründliche politische Maßnahmen umgangen.

Bezüglich des dritten Punktes, "beschleunigte Gesellschaftserschließung", behauptet der Plan, ohne die Schuldfrage für die von der monopolkapitalistischen Hochwachstumspolitik herrührenden sozial-ökonomischen Probleme wie Umweltverschmutzung u.ä. zu untersuchen, daß das Prinzip, "höherer Wohlstand, höhere Last", gelte, so daß erhöhte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und andere Belastungen der Werktätigen bereits vorangekündigt sind.

Es wird als vierte Aufgabe die "Kultivierung der Entwicklungsbasis" unterstrichen. Um ein optimales Wirtschaftswachstum über eine lange Zeit zu gewährleisten, soll es notwendig sein, nach der langfristigen Konzeption des neuen Plans zur allseitigen Landesentwicklung die Entwicklungsgrundlage zu fördern. Damit wird die allseitige Ausnutzung der japanischen Inseln durch das Monopolkapital gemeint. Darüber hinaus sollen Maßnahmen getroffen werden, die dem Monopolkapital nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in überseeischen Ländern seine Energie- und Industrierohstoffe sicherstellen als erforderliche materielle Grundlage des Hochwachstums in den 70-er Jahren. Ferner werden Überlegungen angestellt, die das Schritthalten mit der Informations-, Atomenergieindustrie etc., die Entwicklung der strategisch wichtigen Industrietechnik oder auch die Erschließung von neuen Bereichen für das Monopolkapital ermöglichen sollen. Zum Schluß behandelt der Plan sogar das Problem der Erziehung und Bildung, auf daß dem Monopolkapital gehorsame Arbeiter herangezogen werden.

Der neue sozial-ökonomische Entwicklungsplan verschweigt bewußt die Tatsache, daß die Militarisierung der Wirtschaft vorangetrieben wird. Mit dem koreanischen Krieg begann die Militarisierung der japanischen Wirtschaft, die danach kontinuierlich fortgeführt wurde, so daß in den 70-er Jahren ein weiterer Sprung auf eine Stufe der Ausrüstung gewagt werden soll, die kurz vor der nuklearen Bewaffnung des Landes liegt. Der 4. Verteidigungsplan beginnt 1972 mit einer Plansumme von 6 Billionen Yen für weitere 5 Jahre. Parallel dazu wird das japanische Monopolkapital sehr rasch in die Militärindustrie vordringen und seine Abhängigkeit von der Militärproduktion schnell erhöht werden (3).

Der neue sozial-ökonomische Entwicklungsplan, der die strategische Orientierung des japanischen staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) verdeutlichte, versagte bereits nach einem Jahr auf der ganzen Linie. Das internationale Währungssystem, welches bisher als Organ des internationalen SMK mit den USA an der Spitze das hohe Wachstum in den einzelnen kapitalistischen Ländern der Nachkriegszeit unterstützte, geriet anläßlich der Dollar-Krise in eine Krisensituation. Angesichts des Dollar-Schocks und der Produktionskürzungen sowie der Vertiefung der "Depression" auf Grund der Überproduktion ist das japanische Monopolkapital gegenwärtig zur Korrektur seiner Politik für die 70-er Jahre und zur Reorganisation des SMK gezwungen. Unter diesen Bedingungen will das Monopolkapital Japans von nun an seine imperialistische Expansion verstärken, den Außenhandel weiter liberalisieren, die Kapitalliberalisierung durchführen, die Militärausgaben noch erhöhen, die Steuern erhöhen und die inflationistische Ausplünderung des werktätigen Volkes noch drastischer vorantreiben.

2.4. Staatliche Maßnahmen zur Stützung und Aufrechterhaltung des niedrigen Lohnsystems

Die Politik des japanischen SMK zur Unterstützung der Kapitalakkumulation der Monopole offenbart sich in der Entwicklung staatlicher Maßnahmen zur Stützung und Aufrechterhaltung des Systems von niedrigen Löhnen.

Die erste Maßnahme zur Stützung und Aufrechterhaltung der niedrigen Löhne besteht in der künstlichen Schaffung der relativen Überbevölkerung durch die Praktizierung der Wirtschaftspläne, die auf die kapitalistische "Rationalisierung" der Volkswirtschaft zielen. Bisher lagen die Schwerpunkte der Wirtschaftspläne auf "Höherstrukturierung der Industrie" (Entwicklung der Schwer- und Chemieindustrie, Auslese der "untergehenden" Industriezweige, Auslese der Kleinbauern durch die Politik zur "Verbesserung" der landwirtschaftlichen Struktur, "Modernisierungsmaßnahmen" der mittleren und kleinen Industrieunternehmen etc.), "Reorganisation des Industriesystems" (Konzentration der Unternehmen, Fusionierung, Umorganisierung der Gruppen und Zuliefererbetriebe usf.) sowie "Rationalisierung der Betriebsführung". Es handelte sich hierbei hauptsächlich um "rationelles" Umverteilen des Kapitals und der Arbeitskräfte im Interesse der Monopole. Dies bedeutet aber gleichzeitig nichts anderes als eine Maßnahme, kraft derer die relative Überbevölkerung herbeigeführt wird. Diese staatliche Maßnahme stützt das vorhandene System der niedrigen Löhne in Koordination mit der Regierungspolitik zum "Flüssigmachen der Arbeitskräfte" mittels des "Beschäftigungsgesetzes", das dem Arbeitskräftemangel entgegenwirken soll.

Die weiteren Maßnahmen bestehen in Aberkennung bzw. Einschränkung des Streikrechtes und Kollektivverhandlungsrechtes für die Mitarbeiter der staatlichen bzw. kommunalen Organe sowie der öffentlichen Dienste. Dazu laufen parallel die Einrichtung des Amtes für Personalfragen, das bezüglich des Lohn- und Gehaltsystems der staatlichen Organe Anweisungsrecht hat, sowie die Einführung des Schlichtungssystems durch die Arbeitskommission der öffentlichen Unternehmen. Solche Maßnahmen sollen die Gewerkschaften der staatlichen und kommunalen Organe, die in der japanischen Gewerkschaftsbewegung eine führende Rolle übernahmen, schwächen, das Recht der Arbeiter und Angestellten, um bessere Löhne und Gehälter gewerkschaftliche Kämpfe durchzuführen, einschränken, und mittels des Anweisungsrechtes des Amtes für Personalfragen die Abhängigkeit der Lohnverhandlung von einer dritten Partei festlegen, was insgesamt bei der Aufrechterhaltung der niedrigen Löhne der japanischen Arbeiterklasse eine bedeutende Rolle spielt.

In den letzten Jahren wurde die Konzeption der sogenannten "Einkommenspolitik" vorgeschlagen, die den Mechanismus der Regulierung der Löhne auch für die Arbeiter in der nicht öffentlichen Industrie verstärken soll. Hierbei wird eine "fiktive Relation" zwischen Lohn und Preis propagiert – das fortschreitende Wirtschaftswachstum setze die Arbeitslosigkeit herab und erhöhe die Löhne und die Zunahme der Steigerungsrate des Lohns ziehe die Zunahme der Rate der Preiserhöhung nach sich. Die Einkommenspolitik ist nichts anderes als die Lohnregulierungspolitik auf staatlicher Ebene, die praktiziert wird, indem man unter Vorwand dieser "fiktiven Relation" die Steigerung des Nominallohns drosseln und den Reallohn einfrieren will (4).

Die bisherige Betrachtung zeigte deutlich, daß die hohe Akkumulation des japanischen Monopolkapitals in der Nachkriegszeit – während der allseitigen Entfaltung der Politik des SMK, die vor allem in den staatlichen "Wirtschaftsplänen" zu sehen war, bedingt durch die Abhängigkeit der "öffentlichen" Sektoren von den staatlichen Unternehmen bzw. gemeinnützigen Korporationen, mit Hilfe der Ausplünderung der Staatskasse oder auch der staatlichen Stützung des niedrigen Lohnsystems – realisiert wurde.

3 Zu diesem Abschnitt vgl. Yazawa, Takashi: " 'Wirtschaftspläne' des Monopolkapitals", in: ZEN'EI, Juli-Heft, 1970.

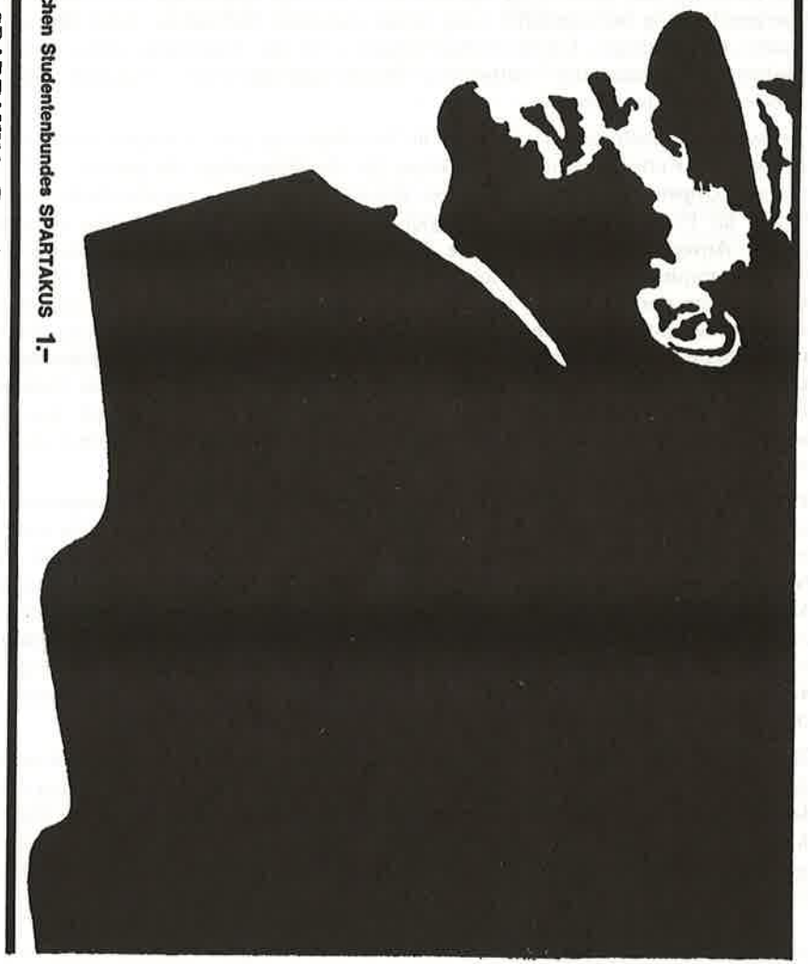
4 Vgl. "Die Monopole im gegenwärtigen Japan" a.a.O..

Bestellungen an MSB SPARTAKUS-Bundesvorstand, 53 Bonn, Sternenburgstr. 73

rote blätter

SPARTAKUS-Politik aus erster Hand
Information
Dokumentation
Argumentation
Theorie

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS 1,-



Kurzanalysen, Berichte

Dockerstreik in Großbritannien

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und gegen das reaktionäre Gewerkschaftsgesetz

I. Die Krise des britischen Imperialismus

Eine hohe Inflationsrate bei gleichzeitigem stagnierendem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit sind Anzeichen für die strukturelle Krise des britischen Imperialismus. Die zunehmende Schärfe der Klassenauseinandersetzungen drückt sich in einer wachsenden Zahl von Streiks aus: in den ersten sechs Monaten 1972 gingen 15.460.000 Arbeitstage durch Streik verloren, das sind weit mehr als im gesamten Jahr 1971.

1. Die Ursachen der Krise

Die Krise des britischen Imperialismus, die sich Ende der sechziger Jahre erheblich verschärft hat, besteht seit langem und ist Ausdruck des Verlustes seiner einstigen Vormachtstellung. Die frühere Werkstatt der Welt wurde schon Anfang des Jahrhunderts in der Industrieproduktion von den USA und dem Deutschen Reich überholt. Ab Ende des 19. Jahrhunderts versuchte der britische Imperialismus den durch den Verlust seines industriellen Weltmonopols erlittenen Rückschlag durch die Festigung seiner Position als Bank- und Handelszentrale, begleitet von einem übermäßig hohen Kapitalexport, abzuschwächen. "Im Zeitraum von 1906 bis 1912 flossen jährlich im Durchschnitt 150 Millionen Pfund Kapital aus England ins britische Empire und Ausland, aber nur noch 39 Millionen Pfund in die britische Wirtschaft." (1) Die weitaus höheren Profite aus dem Ausland wurden dort auch zum größten Teil wieder reinvestiert, die Kapitalakkumulation in Großbritannien, die immer mehr aus den inneren Resourcen der britischen Volkswirtschaft bestritten werden mußte, ging ebenso wie der technische Fortschritt im Vergleich zu den imperialistischen Konkurrenten nur mühsam voran. Die "Vorherrschaft des britischen Finanzkapitals brach jedoch nach dem 2. Weltkrieg mit dem Zerfall des Kolonialreiches endgültig zusammen. Kreditfinanzierte Rüstungsimporte in Milliardenhöhe hatten das frühere Gläubigerland in einen Schuldnerstaat verwandelt." (2) Der Versuch Großbritanniens, seine imperialistische Herrschaftsposition zu erhalten, scheiterte an dem Widerspruch zwischen imperialem Anspruch und beschränkter ökonomischer Potenz: "Für seine längst überfällige Rolle als Weltbankier zahlt Großbritannien mit einer wachsenden Verschuldung beim internationalen Finanzkapital, die seinen politischen Handlungsspielraum immer mehr einengen." (3)

---

1 Joachim Gruner: GROSSBRITANNIEN UND DIE EWG, DWI-Forschungsheft, 4/1970, Berlin (DDR), S. 19/20.

2 Paul Oehlke: "Zur politisch-ökonomischen Bedeutung des Gewerkschaftsgesetzes in Großbritannien", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 4/1971, Köln, S. 385.

3 D. Albers. W. Goldschmidt, P. Oehlke: KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, Frankreich – Italien – Großbritannien, Hamburg 1971, S. 198.

Die Hauptinstrumente zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaftspositionen, übermäßige – vor allem überseeische – Rüstungsausgaben und hoher Kapitalexport, halten die Inlandsinvestitionen der britischen Industrie gering und sind damit in letzter Instanz auch Ursache der seit Jahren anhaltenden Stagflation. Der hohe Kapitalexport, der in den letzten Jahren 25 bis 33 % der inländischen Neuinvestitionen betrug, behindert heute wie damals die überfällige Modernisierung der britischen Industrie, die die Produktivität und damit die Warenexporte steigern könnte und so zur Behebung der chronischen Währungs- und Zahlungsbilanzkrisen beitragen könnte.

Die übermäßigen Militärausgaben, "die zwischen 1952 und 1956 etwa 10 % des Bruttosozialproduktes gegenüber 6 % in den übrigen NATO-Staaten ausmachten und etwa 11 % der Produktionskapazität der metallverarbeitenden Industrie absorbierten," (4) werden heute zunehmend anachronistisch. Denn die britischen Kapitalexporte fließen immer weniger in die Commonwealthgebiete (und übrigens auch in die EFTA-Länder), sondern verstärkt in die EWG-Länder und die USA. Der veränderten Lage hatte die Regierung Wilson mit dem "Abbau der Positionen östlich des Suez" Rechnung getragen, der von der Tory-Regierung mit Rücksicht auf NATO und USA aber wieder eingeschränkt wurde.

Die niedrige Investitionsquote, deren Anteil am Bruttosozialprodukt fast ein Drittel unter dem westdeutschen liegt, führte zu einem ständig sinkendem Wirtschaftswachstum (1970: 1,5 %). Bei einer entsprechend zurückbleibenden Produktivität und gleichzeitig ständig steigenden Inflationsraten (ca. 9 %) stiegen die Exportpreise. Der Mangel an Exporterlösen verstärkte wiederum die durch hohen Kapitalexport und überseeische Rüstungsausgaben verursachten Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Die alternative Stärkung und Senkung der Nachfrage in einer Stop-Go-Politik, das traditionelle Instrumentarium der bürgerlichen Ökonomen, konnte die Krise nicht beheben. Die bei den immer häufiger werdenden Pfundkrisen auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragene deflationistische Politik wollte mit erhöhten Zinssätzen und Verbrauchssteuern den Kapitalabfluß hemmen, den Inlandsmarkt begrenzen und so den Warenexport beschleunigen. Doch die Lösung des währungspolitischen Dilemmas auf Kosten des wirtschaftlichen Wachstums verschärfte die Stagflation lediglich. Der erwünschte Exportboom in den Top-Stop-Phasen blieb wegen der zu geringen Produktivität und der verteuerten Investitionskredite aus, die Inflationsrate wuchs weiter. In den Go-Phasen des zyklischen Aufschwungs förderte die gesteigerte Nachfrage Importe und Inflationen, was wiederum die Zahlungsbilanz verschlechterte. Das Kapital floß in Länder mit höherem Zinsniveau ab.

Daß die Krise sich in den letzten Jahren noch verschärft hat, zeigen folgende Daten: Während in den sechziger Jahren die Arbeitslosigkeit am Ende der Stop-Phasen die 500.000-Grenze knapp überschritt, wurden es im Winter 1971/72 über 1 Million, obwohl ab Juli 71 wieder eine wachstumsorientierte Politik betrieben wurde. Mit 930.123 konnte im August 1972 die höchste August-Arbeitslosigkeit seit 1939 erreicht werden; dabei ist zu beachten, daß die Arbeitslosigkeit im Sommer erfahrungsgemäß wesentlich niedriger ist als im Winter. Die Inflationsrate der Verbraucherpreise, die aus den oben erwähnten Gründen vor allen Dingen in den Go-Phasen steigt, betrug von August 1970 bis August 1971, also auf dem Höhepunkt der letzten Stop-Phase, nie erreichte 10 %.

2. Die Offensive des Kapitals

Diesen Problemen hofft das britische Kapital mit einer strategischen Neuorientierung begegnen zu können, mit dem von der Arbeiterbewegung kräftig bekämpften EWG-

4 Paul Oehlke, a.a.O., S. 386.

Beitritt. Die Tory-Regierung glaubt,

- "mit einer verstärkten internationalen staatsmonopolistischen Regulierung...Zahlungsbilanz und Währung dauerhafter verbessern und das System des britischen Kapitalismus insgesamt stabilisieren zu können" (5);
- bessere Kapitalverwertungsbedingungen und Chancen für Expansion durch die Integration in einen sich relativ schnell entwickelnden wirtschaftlichen Großraum mit binnenmarktähnlichen Verhältnissen zu schaffen;
- durch Teilnahme an multinationalen Konzernen besser mit den US-Trusts konkurrieren zu können;
- daß die eintretende Verschärfung des Konkurrenzkampfes die britische Wirtschaftsstruktur den modernen Erfordernissen entsprechend verändert: Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der eigenen Monopole, eine verstärkte Konzentration auf die "modernen" Industriezweige und damit eine quasi naturwüchsige Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts;
- daß Großbritannien durch die Integration in die EWG-Politik des kollektiven Neokolonialismus die kostspielige Sicherung seiner Commonwealth-Positionen effektivieren kann.

Die Regierung Heath versucht unter allen Umständen, die britische Wirtschaft konkurrenzfähig in die EWG einzubringen. Die "lame-duck"-Politik der Tories, das heißt die bewußte Liquidierung von weniger rentablen Betrieben durch Verweigerung von Krediten und Steuervergünstigungen, die, wie bei UCS (Upper Clyde Shipbuilding Yards = Werft bei Glasgow), die strukturelle Arbeitslosigkeit fühlbar verschärft, ist Ausdruck dieses Zieles. Schrumpfung ganzer Industriezweige (wie z.B. Schiffsbau, stahlerzeugende Industrie, Kohlenindustrie usw.) sowie Förderung der Monopolisierungsprozesse sind weitere Mittel dieser Politik. Entscheidend ist aber die Niederhaltung der Arbeiterklasse durch eine reaktionäre Einkommenspolitik, sogenannte Produktivitätsabkommen und eine Antigewerkschaftsgesetzgebung, die als ein System von Maßnahmen zu verstehen sind und erst im Zusammenwirken ihre volle Effektivität erhalten. Diese Maßnahmen sind schon von der Wilson-Regierung entwickelt worden, und sie werden nun von den Tories in verschärfter Form angewendet.

Die Tory-Regierung hat 7 % als Höchstgrenze für jährliche Lohnerhöhungen festgesetzt, was bei einer Inflationsrate von ca. 9 % und dem konsequent betriebenen Abbau der Sozialleistungen einer erheblichen Kürzung des Realeinkommens der Arbeiterklasse gleichkommt. Sie versucht gerade im öffentlichen Sektor diese Richtlinie strikt einzuhalten, um so beispielhaft Maßstäbe für die Lohnentwicklung im privaten Sektor zu setzen. Nach den Niederlagen der Elektrizitäts- und Postarbeiter Anfang 1971 gelang den Bergarbeitern der entscheidende Durchbruch gegen die Einkommenspolitik der Tories. Mit ihrem sechswöchigen Streik (Anfang 1972) errangen sie nicht nur eine 20-prozentige Lohnerhöhung, sondern lösten eine einheitliche Klassenaktion der gesamten britischen Arbeiterklasse aus, was in den nachfolgenden Wochen zu einer großen Lohnoffensive führte (5a).

Eine zweite gewichtige Waffe in den Händen der Unternehmer sind die sogenannten Produktivitätsabkommen, deren Gefährlichkeit von der Arbeiterklasse und vielen ihrer Gewerkschaften zunächst gar nicht durchschaut worden war. Mit einer einmaligen erheblichen Erhöhung des Grundlohns, die allerdings bald von der Inflation aufgefressen war, wurden den Arbeitern wichtige Errungenschaften abgekauft. Der in Großbritannien

5 Joachim Gruner, a.a.O., S. 57.

5a Vgl. dazu: Paul Oehlke: "Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien", in: SOPO 17, April 72, S. 1 ff.

weit verbreitete Stücklohn ("pay by result") soll durch einen Zeitlohn mit von einer scheinbar wissenschaftlichen Arbeitsplatzbewertung abhängigen quantifizierbaren Leistungsnormen ("Measured Dy Word" = MDW) ersetzt werden, um die Früchte des technischen Fortschrittes nicht den Arbeitern, sondern den Profiten zukommen zu lassen. Die hart erkämpften Kontrollrechte der Shop Stewards (im Betrieb gewählte Arbeitervertreter mit imperativem Mandat) über Fließbandgeschwindigkeiten, Arbeitsteilung, Einstellungen, Entlassungen u.ä., d.h. die vollständige Verfügung über die Ware Arbeitskraft, werden mit dieser einmaligen Erhöhung des Grundlohnes abgekauft. Eine starke Erhöhung der Arbeitsintensität und damit der Ausbeutungsrate sowie – und das ist das gefährlichste – der Entlassungen ist die Folge. Da während der meist sehr langen Laufzeit dieser Produktivitätsabkommen nicht gestreikt werden darf, beseitigen sie das traditionelle gewerkschaftliche Verhandlungssystem, das Recht der Arbeiter, ihre kollektive Stärke zu benutzen, um ihre Löhne den Inflationsraten, vergleichbaren Löhnen oder den Profitsteigerungen anzupassen.

Inzwischen ist die überwiegende Mehrheit der britischen Gewerkschafter nur dann noch bereit, Produktivitätsabkommen zu schließen, wenn Sicherheitsklauseln gegen Entlassungen, Abbau der gewerkschaftlichen Rechte usw. eingebaut sind. Von einem wachsenden Teil der britischen Arbeiter werden sie, vor allem wegen der vielen Entlassungen, kategorisch abgelehnt. Es haben viele Streiks (im Bergbau, bei Ford usw.) während der Laufzeit von Produktivitätsabkommen stattgefunden und seit dem "work-in" bei den Upper-Clyde-Shipbuilding-Yards sind neue Kampfformen gegen Arbeitslosigkeit entwickelt worden. Dort hatten schottische Werftarbeiter die Stillegung von Teilen der Werft und die Entlassung von 6.000 Kollegen verhindert, indem sie den Abtransport der Produktionsmittel verhinderten und die Produktion unter der Leitung der zum größten Teil kommunistischen Shop Stewards weiterlaufen ließen. Eine Welle von erfolgreichen "work-ins" folgte. Das Scheitern eines "work-ins" in der Motorradfabrik von BSA in Birmingham zeigte, daß in Betrieben mit vielen Produktionseinheiten, die in Massenfertigung mit einer kurzen Fertigungszeit hergestellt werden, ein "sit-in" die adäquate Kampfform gewesen wäre (6). Eine ganze Lawine von erfolgreichen "sit-ins" gegen Entlassungen, aber auch für Lohnerhöhungen, beweist das. Seit dem "work-in" bei UCS haben über hundert "sit-ins" stattgefunden, davon allein 32 in Manchester (7). "Sit-ins" haben den Vorteil, daß Streikbrecher keine Chance haben, die Belegschaft ständig zusammenbleibt, deshalb schwerer zu spalten ist und daß die Unternehmer keine Aussperrungen vornehmen können. Das "work-in", nur im Kampf gegen Entlassungen verwendbar, demonstriert sehr eindringlich das Grundrecht der Arbeiterklasse auf Arbeit sowie die historische Übergangszeit der Beseitigung der Unternehmerherrschaft. Auf jeden Fall haben die Besetzungen eine Welle der Solidarität hervorgerufen und den Kampf auf eine neue Stufe gehoben.

3. Das reaktionäre Antigewerkschaftsgesetz

Die schärfste Waffe der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterschaft ist das Antigewerkschaftsgesetz, zynisch Gesetz über die industriellen Beziehungen (Industrial Relations Act) genannt, dessen wichtigste Bestimmungen hier kurz aufgeführt werden sollen: "1. Alle Gewerkschaften müssen, um überhaupt gesetzlich anerkannt zu werden, sich bei

6 Vgl. Ken Coates: "Fabrikbesetzungen in Großbritannien", in: EXPRESS INTERNATIONAL vom 18.2.72, S. 8.

7 Vgl. Finley Hart: "New Forms of Struggle", in: LABOUR MONTHLY, 8/1972, S. 376.

einer staatlichen Registratur registrieren lassen. Als Aufnahmebedingung kann der Regierungsregistrator jeder Gewerkschaft irgendwelche Klauseln vorschreiben, die in das registrierte Gewerkschaftsstatut aufgenommen werden müssen. Weiterhin kann er bei einem Gericht die Aberkennung der Registrierung einer Gewerkschaft verlangen.
2. Tarifverträge sind rechtlich bindend und ihre Einhaltung gerichtlich erzwingbar.
3. Sollten nach Ausschöpfung aller Instanzenwege dennoch "offizielle" Streikaktionen drohen, kann der Arbeitsminister ein Nationales Arbeitsgericht (NIRC) anrufen, um diese wegen Gefährdung der wirtschaftlichen Lage, der öffentlichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit für 60 Tage aufzuschieben. Nach diesen 60 Tagen kann der Arbeitsminister eine Urabstimmung über eine Frage anordnen, die vom Arbeitsministerium formuliert worden ist, und kann so einen Streik noch länger aufschieben.
4. Strafandrohungen gegen sogenannte "unfaire Arbeitskämpfe" (= unfair industrial actions): Bei Organisierung, Ausrufung, Vorbereitung, finanzieller Unterstützung oder Androhung eines Streiks oder einer anderen "irregulären industriellen Aktion" wie Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit, Ablehnen von Überstunden oder Dienst nach Vorschrift sind folgende Strafen vorgesehen: a) Für Gewerkschafter oder andere Individuen: Geldstrafen bis zu 3.300 Mark verbunden mit der Androhung von Gefängnis oder Beschlagnahme von Eigentum. b) Für registrierte Gewerkschaften: Geldstrafen bis zu 825.000 DM verbunden mit der Androhung von Gefängnis oder Beschlagnahme des Gewerkschaftseigentums. c) Für nicht registrierte Gewerkschaften: Schadenersetzung ohne Höchstgrenze, Beschlagnahme von Eigentum, hohe Gefängnisstrafen. Die Regierung entzieht den nicht registrierten Gewerkschaften jeglichen Schutz des Gewerkschaftsgesetzes, soweit davon überhaupt noch etwas übriggeblieben ist.
5. Regelungen, nach denen nur Gewerkschaftsmitglieder in einem bestimmten Betrieb arbeiten dürfen (closed shop), werden illegal." (8)

Schon die Wilson-Regierung hatte versucht ein ähnliches, wenn auch nicht so scharfes Gesetz einzuführen, war aber am Widerstand des linken Parteiflügels, der Gewerkschaften und ihrer eigenen sozialen Basis gescheitert. Wie damals wird der Widerstand auch heute durch das inoffizielle Verbindungskomitee zur Verteidigung der Gewerkschaften (Liaison Committee for the Defence of Trade Unions) angeleitet. In ihm sind Shop Stewards und Gewerkschaftsfunktionäre organisiert, die die Mehrheit der britischen Arbeiterklasse vertreten. Die Kommunistische Partei hat hier einen sehr starken Einfluß. Nach riesigen Demonstrationen (etwa 200.000 Arbeiter demonstrierten im Februar 1971 in London) und politischen Massenstreiks (3 Millionen folgten den Aufrufen des Verbindungskomitees, der Transportarbeitergewerkschaft TGWU und der Metallarbeitergewerkschaft AUEW) wurde auf dem Kongreß des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften (TUC) ein Generalstreik gegen das Inkrafttreten des Tory-Gesetzes nur knapp angelehnt. Man einigte sich auf folgende Strategie, um das Gesetz zu unterlaufen: keine Registrierung einer Gewerkschaft bei der staatlichen Registratur, Boykott der durch das Gesetz geschaffenen Behörden und Gerichte, Verweigerung der Zahlung von Geldstrafen und Negierung aller Beschlüsse des Arbeitsgerichtes. Der TUC erklärte sich bereit, möglicherweise entstehende Unkosten für einzelne Gewerkschaften zu übernehmen, die Kampagne gegen das Gesetz fortzuführen und Druck auf die Labour Party auszuüben, es bei der nächsten Regierungsübernahme ersatzlos abzuschaffen.

Zu einer ersten wichtigen Anwendung kam das Gesetz im Frühjahr 72 beim Lohnkampf der Eisenbahner. Der Nationale Arbeitsgerichtshof (NIRC), der fast ausschließlich mit

8 Dieter Raulf: "Der Kampf der britischen Linken", in: MARBURGER BLÄTTER, 6/7/1971, Marburg, S. 16.

Aufsichtsratsvorsitzenden, bekannten Tories, früheren Kolonialoffizieren und jetzt ins Management abgewanderten früheren rechten Gewerkschaftsbürokraten besetzt ist, ordnete eine 14tägige Abkühlungsphase an. Trotzdem kam es während dieser Phase zu Bummelstreiks der Lokomotivführer; das Gericht wagte nicht einzuschreiten. Am Ende der Abkühlungsphase mußten die Gewerkschaften eine Urabstimmung über die vom Gerichtshof absichtlich mißverständlich formulierte Frage, ob die Eisenbahner weitere Streikaktionen befürworteten, durchführen. Das Abstimmungsergebnis ließ die Verordnung der Urabstimmung zu einem Bumerang für die Tory-Regierung werden: eine – in dieser Höhe überraschende – überwältigende Mehrheit stimmte für Streik, der aber aufgrund von kurz vorher gemachten weitgehenden Zugeständnissen nicht stattfand. Die Tories konnten jedoch ihre Einkommenspolitik ein weiteres Mal nicht durchsetzen. Die zweifelsohne größte Auseinandersetzung mit dem Antigewerkschaftsgesetz bahnte sich gleichzeitig in der Dockindustrie an.

II. Die Situation in der Dockindustrie

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien und die dadurch bedingt steigende Unsicherheit für den Arbeitsplatz großer Teile der Arbeiterklasse trifft vor allem einen der traditionell militantesten Teile der britischen Arbeiterklasse, die Dockarbeiter. Am Beispiel der Dockindustrie lassen sich Probleme aufzeigen, wie sie für große Teile der britischen Industrie zutreffen: konfrontiert mit den Erfordernissen des technischen Fortschritts sollen die notwendigen Veränderungen zur Sicherung und Steigerung der Profite der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter durchgeführt werden.

Setzt man die Zahl der Streiktage ins Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten, so stehen die Dockarbeiter in den Jahren nach dem Kriege und nach 1960 wieder an der Spitze aller Streikstatistiken.

Selbst die ständige Reduktion der Zahl der Dockarbeiter hat ihre Militanz bis heute nicht schmälern können.

1956 waren noch fast 79.000 Arbeiter in den Docks beschäftigt, 1967 nur noch 57.000 und 1970 noch 44.000 Arbeiter. Im Januar 1970 kündigte George Cattel, der Vorsitzende des National Ports Modernization Committee, an, daß es bis 1975 weniger als 35.000 Docker in Großbritannien gäbe (9). Ursachen dieser ständigen Freisetzung von Arbeitskräften in den Docks ist vor allem die sogenannte Containerrevolution.

Konnten bisher pro Mann 30 Tonnen Fracht in der Woche entladen werden, so bewirkte die Einführung des Containersystem einen Anstieg auf 600 Tonnen Fracht. Dies bedeutet also eine 20fache Mehrleistung bei gleicher Arbeitskraft.

Eine gewisse Sicherung für die Dockarbeiter bedeutet das von der Labour-Regierung nach dem Kriege verworfene Rahmengesetz für Dockarbeit (Dock Labour Scheme-1947). Dieses Gesetz besagt, daß nur lizensierte Unternehmer Docker anstellen dürfen, denen ein bestimmter Mindestlohn zusteht. Es ist festgelegt, welche Häfen und welche Tätigkeit unter dieses Gesetz fallen. Ein Ansteigen oder eine Abnahme der Größe der in einem Register eingetragenen Arbeiterschaft bedarf zweiseitiger Abkommen zwischen Gewerkschafts- und Unternehmerseite. Die Docker haben unter diesem Gesetz die Möglichkeit einer paritätischen Mitbestimmung über eine Reihe wichtiger Fragen, vor allem aber über die Fragen von Einstellungen und Entlassungen. Darüber wacht eine paritätisch zusammengesetzte Dockarbeiterbehörde, die lokale Zweigstellen in allen Häfen hat. Die Unternehmer haben immer versucht, diese Einschränkung ihrer Machtbefugnisse rückgängig zu machen, und sie konnten auch mit Erfolg eine Ausweitung dieser Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die Labour-Regierung im Hafengesetz von 1969 verhindern (10).

Jedoch stellten die Unternehmer im Gegensatz zu den Forderungen der Gewerkschaft stets nur ca. 70-80 % der registrierten Docker an. Und auch von diesen 70-80 % war nur ein Viertel dauernd beschäftigt, der Rest wurde nach jeweiliger Nachfrage für kurze Zeit angeheuert. Da der wöchentlich garantierte Mindestlohn noch unter dem Grundlohn lag und die Gelegenheitsarbeiter weder Krankengeld noch Altersrente bekamen, bestand für den größten Teil der Dockarbeiter eine sozial unsichere Situation (11).

Der Devlin-Report

Um aus diesem Dilemma der Gelegenheitsarbeiten herauszuführen, vor allem aber um die Hauptprobleme der Dockindustrie, die Bewältigung der Erfordernisse der technischen Umwälzungen und die häufigen Streiks zu lösen, legte eine von der Regierung eingesetzte Kommission unter Lord Devlin 1965 einen Untersuchungsbericht vor (12).

Die Vorschläge von Devlin sahen in der ersten Phase eine Abschaffung des Systems der Gelegenheitsarbeit, verbunden mit der Sicherung eines Minimallohns, eines Krankengeldes und einer Altersrente, vor. Wurde die Abschaffung der Gelegenheitsarbeit von den Dokkern begrüßt, so bedeutete die zweite Phase der Devlin-Vorschläge eine ernsthafte Bedrohung der bisherigen Positionen der Docker. Ähnlich wie alle Produktivitätsabkommen in der britischen Industrie versuchen diese Maßnahmen durch eine Steigerung der Arbeitsintensität, Abschaffung bisheriger Kontrollrechte der Arbeiter und einer Änderung des Lohnsystems die Produktivität, sprich die Profite des Kapitals zu erhöhen. Kurzgesagt sehen die Vorschläge die Einführung der Schicht- und Wochenendarbeit, eine effektivere Arbeitsorganisation, die Erlangung höherer Arbeitsdisziplin und eine Abschaffung des Stücklohnsystems zugunsten eines Zeitlohnsystems vor, um bei der Einführung des Containersystems einen Lohnanstieg zu vermeiden. Vor allem aber sollte auch versucht werden, die paritätischen Beratungsgremien über das Arbeitskräftepotential, also eine Mitbestimmungs- und Kontrollposition der Arbeiter, zu liquidieren. Dafür wurden bestimmte Sicherheitsgarantien für die Arbeitsplätze der Docker versprochen, die sich später als irreal erwiesen (13). Devlins Erwartung einer Entwicklung "des gegenseitigen Vertrauens und voll Harmonie" in der Dockindustrie hat sich nach Durchführung der ersten vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erfüllen können. Die Devlin-Reformen haben nicht die Militanz und Solidarität der Dockarbeiter untergraben können.

Schon bei der Durchführung der ersten Devlin-Vorschläge fand 1967 ein neunwöchiger inoffizieller Streik statt, um eine bessere materielle Absicherung zu erreichen. Eine Reihe von Auseinandersetzungen fanden in den großen Häfen statt, als die Arbeiter zur Festigung ihrer betrieblichen gewerkschaftlichen Positionen Shop Stewards wählten und um ihre Anerkennung durch die Unternehmer kämpfen mußten.

---

9 Bill Dunn: DOCKS! THE FIGHT FOR JOBS, London 1972.

10 Vgl. Tony Topham: "The Ports Bill, Joint Control and Rationalization", in: TRADE UNION REGISTER, London 1970, S. 153 ff.

11 Vgl. KLASSENKÄMPFE IN WESTEUROPA, a.a.O., S. 239.

12 FINAL REPORT OF THE COMMITTEE OF INQUIRY under the Rt. Hon. Lord Devlin into certain matters concerning the Port Transport Industry, London 1965, Cmnd. 2734.

13 Vgl. B. Nicholson: "The First Year of Devlin: a Review of the Docks", in: TRADE UNION REGISTER, London 1969, S. 211 ff.

Die Shop-Steward-Komitees gingen im wesentlichen aus den bisherigen inoffiziellen Hafenarbeiterkomitees hervor, die nach dem 2. Weltkrieg auf Initiative der militanten, vor allem der kommunistischen Arbeiter entstanden waren. Die Shop-Steward-Komitees vereinigten Mitglieder verschiedener Gewerkschaften in den Docks und trugen wesentlich dazu bei, trotz zwischengewerkschaftlicher Konflikte eine solidarische Haltung in den Kämpfen zu entwickeln. Der größte Teil der Dockarbeiter gehört der Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) an, ein kleinerer Teil, vor allem in London, einer eigenen Dockergewerkschaft, der "National Association of Stevedores and Dockers" (NASD). Dieser Dockergewerkschaft, oft auch "Blue Union" genannt, schlossen sich in der Zeit der schärfsten antikommunistischen Führung unter Deakin in der Transportarbeitergewerkschaft, in der es von 1949 bis 1968 für Kommunisten verboten war, Funktionen zu bekleiden, viele militante Docker an. Diese Dockergewerkschaft gehört bis heute zu den am demokratischsten strukturierten Gewerkschaften, in der beispielsweise alle hauptamtlichen Funktionäre auch von den Mitgliedern gewählt werden. Auf nationaler Ebene bildeten die Shop Stewards in den einzelnen Häfen ein inoffizielles Nationales Shop-Stewards-Komitee (National Ports Shop Stewards' Committee), das zu einem wirksamen Instrument der Vereinheitlichung des Kampfes auf nationaler Ebene wurde.

Charakteristisch gerade für die Dockarbeiter als einem der kampferfahrensten Teile der britischen Arbeiterbewegung ist ihre einheitliche Haltung, die die bürgerliche Presse oft als "übertriebenen Sinn für Solidarität" hinzustellen versucht, die aber als Erfahrung vieler und harter Kämpfe entwickelt wurde und in dem gewerkschaftlichen Slogan "Unity is Strength" (Einheit ist Stärke) zum Ausdruck kommt.

Der hohe Grad der gewerkschaftlichen Militanz führte auch zu entsprechenden materiellen Erfolgen. 1968 stieg der Durchschnittsverdienst der Docker auf schätzungsweise Pfund Sterling 30 (240 DM) wöchentlich. Im Ergebnis des Streiks 1967 kamen die Liverpooler Arbeiter sogar auf Durchschnittsverdienste von Pfund Sterling 35 (280 DM). 1968 klagten die Unternehmer, daß die Lohnkosten seit den ersten Devlin-Maßnahmen im Gegensatz zur Produktivität zwischen 30 und 40 % gesteigen seien. Sie forderten von der Regierung für die Durchführung der zweiten Phase des Devlin-Plans Lohnleitlinien. Im Juli 1970 stellte ein nationaler Dockerstreik mit der Forderung nach einem neuen erhöhten Grundlohn den Anreiz der Produktivitätsabkommen und somit die Effektivität der zweiten Phase des Devlin-Planes in Frage. Das Kompromißergebnis des Streiks konnte jedoch die Einführung der weiteren Maßnahmen des Devlin-Planes nicht verhindern. Immer stärker mußten sich jedoch die Aktionen der Dockarbeiter gegen die Auswirkungen der Rationalisierungsmaßnahmen der Regierung richten. Ein eintägiger Streik von 30.000 Dockern im März 1970 richtete sich gegen die negativen Rationalisierungsauswirkungen und machte als Alternative zur gegenwärtigen Politik der Labour-Regierung die vollständige Nationalisierung der Dockindustrie mit paritätisch besetzten Vertretungsorganen deutlich.

Trotz der Versprechungen der Regierung, die Arbeitsplätze durch die Durchführung der Devlin-Vorschläge zu sichern, verloren schon während der Durchführung der ersten Phase 13.000 Dockarbeiter ihren Job:

Häfen:	registrierte Dockarbeiter 1969	1970	Abnahme um
London	18.259	16.573	9,2 %
Liverpool	11.430	10.789	7,0 %
Hull	3.544	3.126	12,0 %
Manchester	1.959	1.861	5,0 %
Südküste (einschl. Southampton)	1.851	1.728	7,0 %
alle Häfen	48.785	44.588	9,0 %

Quelle: Bill Dunn: DOCKS! THE FIGHT FOR JOBS, London 1972.

Die obige Tabelle zeigt, daß in den Jahren 1969/70 die Zahl der Beschäftigten in den größten britischen Häfen ständig gesunken ist – im übrigen bei einer ständigen Steigerung der Leistung der Häfen.

Um ein zusätzliches Mittel zur Reduzierung der Arbeitskräfte zu gewinnen, führten die Dockunternehmer 1971 als Anreiz zu einem freiwilligen Ausscheiden für Dockarbeiter eine Abfindungszahlung bis zu Pfund Sterling 2.330 (fast 19.000 DM) ein (14). Da das Durchschnittsalter der Dockarbeiter überdurchschnittlich hoch liegt, ist die Zahl derjenigen, die von dieser Möglichkeit des Ausscheidens aus der Dockertätigkeit Gebrauch machen, relativ hoch (15). Obwohl seit den Vorschlägen von Devlin die Gelegenheitsarbeit ebenso wie die Nichtbeschäftigung von registrierten Dockern der Vergangenheit angehören sollte, gibt es immer noch (bis September 1972) einen ständigen Stamm von nichtbeschäftigten Dockern, die in ein Register für zeitweilig Nichtbeschäftigte (Temporarily Unattached Register – TUR) eingetragen sind. Dieser Stamm von arbeitslosen Dockern, im August 1972 waren es 1.700, erhält nur einen Mindestlohn von 20 Pfund (ca. 160 DM) die Woche und kann von den Unternehmern immer als eine disziplinierend wirkende Reservegruppe benutzt werden.

Die Zahl der Beschäftigten ist in den Docks in den letzten fünf Jahren um 20.000 Mann gesunken. Nach Schätzungen des Nationalen Hafenrates (National Ports Council) wird sie in den nächsten drei Jahren um weitere 10.000 verkleinert werden (16). Hauptursache ist, wie schon an anderer Stelle erwähnt wurde, die immer zahlreichere Errichtung von Container-Docks, deren Auswirkungen in immer stärkerem Maße spürbar sind. Schätzungsweise werden 90 % des Handels zwischen Großbritannien und Australien und 80 % des Handels zwischen Großbritannien und den Atlantikhäfen der USA in Containern abgefertigt werden, was für die alten Häfen eine Verminderung des Umschlags von 50 % bedeutet (17).

Mit der Entwicklung immer neuer Container-Docks fördern die Unternehmer die Entwicklung von nichtregistrierten, d.h. nicht dem Rahmengesetz für Hafenarbeit (Dock Labour Scheme) unterliegenden Häfen wie Felixstowe, Shoreham, Newhaven, Dover und viele andere. Durch zusätzliche Abkommen über Entladen und Transport der Container zwischen den Container-Schiffahrtsgesellschaften und Transportunternehmern und der britischen Eisenbahn nehmen sie weitere Arbeitsbereiche aus dem traditionellen, durch das Rahmengesetz geschützten Dockbereich heraus. Die Motive der Unternehmer sind eindeutig.

Während innerhalb des traditionellen Dockbereichs sich die Arbeiter eine bestimmte Lohnhöhe in harten Auseinandersetzungen erkämpft haben, werden in den neuen Container-Docks bedeutend weniger und billigere Arbeitskräfte eingestellt. Außerdem haben außerhalb des traditionellen Hafenbereichs die im Rahmengesetz für Hafenarbeit festgelegten relativen Sicherheitsgarantien, wie die gemeinsame Kontrolle über Einstellungen und Entlassungen durch paritätisch besetzte Gremien, keine Gültigkeit. Die Unternehmer und die Regierung haben damit auch die Möglichkeit, Hafenarbeiter gegen Hafenarbeiter und Eisenbahner und andere Transportarbeiter gegen die Docker auszuspielen. Im Prinzip eine Methode, die nach der Devise "teile und herrsche" immer schon von der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse angewandt wurde.

---

14 Dunn, a.a.O., S. 3.
15 Vgl. STATISTIK ZUR ALTERSSTRUKTUR DER DOCKARBEITER BEI TOPHAM, a.a.O., S. 161.
16 THE TIMES, 17.8.1972, S. 13.
17 Dunn, a.a.O., S. 5.

Die bürgerliche Presse versucht, die Dockarbeiter oft als Maschinenstürmer darzustellen, die sich gegen den notwendigen technischen Fortschritt zur Wehr setzen und zudem nur ihre berufsegoistischen Interessen vertreten. Dabei wird verschwiegen, daß die Docker sich keineswegs gegen die Ablösung der alten, oft sehr gefährlichen Entladungsmethoden durch das moderne und rationellere Containerverfahren wehren. Ihr Kampf richtet sich vielmehr gegen die vom kapitalistischen Profitprinzip diktierten, inhumanen Methoden bei der Einführung technischer Neuerungen, mit denen versucht wird, die traditionelle Kampfkraft der Dockarbeiter zu untergraben, um den technischen Fortschritt nicht zugunsten humanerer Arbeitsbedingungen für die Arbeiter sondern zugunsten der Profitsteigerungen im Interesse der nichtarbeitenden Dockeigentümer anzuwenden.

Die zentralen Forderungen der Dockarbeiter zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze sind deshalb: keine Entlassungen; alle Container-Häfen müssen unter das Rahmengesetz für Dockarbeit fallen und nur registrierte Arbeiter dürfen beschäftigt werden; Beendigung des Systems der zeitweiligen Nichtbeschäftigung (TUR); eine 30-Stundenwoche, mehr Urlaub und eine frühzeitigere und höhere Rente. Sie sehen dabei, daß der Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen verbunden werden muß mit dem Kampf um Verstaatlichung der Dockindustrie und der Schiffahrt.

III. Der Kampf der Dockarbeiter

In einem Flugblatt des Londoner Hafen-Shop-Stewards-Komitee, das im Frühjahr 1972 verteilt wurde, heißt es: "Eure Shop Stewards haben ständig darauf hingewiesen, daß die größte Bedrohung für die Arbeitsplätze der Dockarbeiter – neben allen neuen Ent- und Beladungsmethoden, die in den meisten Fällen weniger Arbeitskräfte mit höheren Leistungen bedeuten – die Anstellung von nichtregistrierten Arbeitskräften in den Häfen bedeutet. Die Shop Stewards glauben, daß diesen nichtregistrierten Unternehmen der volle Kampf erklärt werden muß, wenn wir unsere Arbeitsplätze behalten wollen."

Das Nationale Hafen-Shop-Stewards-Komitee hatte beschlossen, die ständig zunehmenden Containerfirmen, die durch Anstellung nichtregistrierter, billigerer Arbeitskräfte sich höhere Profite versprachen, durch Kampfmaßnahmen zu zwingen, nur registrierte Docker anzustellen. Die Liverpooler Dockarbeiter begannen mit den Verteidigungsmaßnahmen, indem sie durch Aufstellen von Streikposten bei zwei Containerfirmen die Verrichtung jeglicher Arbeit verhinderten. Durch diesen Boykott (blacking) der zwei Depots sollte ein Containerunternehmen nach dem anderen gezwungen werden, den Forderungen der Dockarbeiter nachzukommen. Im Juni 1972 waren es schließlich 87 Containerfirmen, die durch den Boykott der Arbeiter betroffen waren (18).

1. Der Konflikt mit dem Antigewerkschaftsgesetz (19)

Die Gegner des Antigewerkschaftsgesetzes hatten immer darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz von der Tory-Regierung geschaffen wurde, um den offenen Angriff auf den Lebensstandart der Arbeiterklasse und die demokratischen Rechte im Interesse der herrschenden Klasse durchführen zu können. Sie hatten dabei die von rechten Gewerkschaftsfunktionären verbreitete Illusion bekämpft, dieses Gesetz käme niemals zur Anwendung. Die Entwicklung bestätigte ihre Einschätzung.

18 Mündliche Mitteilung von Bernie Steer, Sekretär des Nationalen Hafen-Shop-Stewards-Komitee, 9.6.72.

19 Der folgende Bericht wurde im wesentlichen nach Schilderungen des LABOUR RESEARCH, Juni-August 1972 und des MORNING STAR zusammengestellt.

Einige Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes klagten die zwei durch die Boykottmaßnahmen betroffenen Containerfirmen Heatons und Bishops Wharf bei den neugeschaffenen Nationalen Arbeitsgerichtshof (NIRC). Das Gericht gab der Klage statt und forderte die Transportarbeitergewerkschaft (TGWU-Transport und General Workers' Union) als die größte Gewerkschaft unter den Dockarbeitern auf, eine Beendigung der Boykottmaßnahmen durch ihre Mitglieder und Shop Stewards anzuweisen. Grundlage dieser Entscheidung war die Auffassung des Gerichts, daß die Gewerkschaft für die Aktionen der Shop Stewards als ihre gewerkschaftlichen Funktionäre in den Betrieben verantwortlich sei: Dabei berief sich das Gericht auf die gewerkschaftliche Satzung und das Handbuch für Shop Stewards der TGWU, in denen ausgeführt wird, daß die Shop Stewards die volle Unterstützung und den Schutz der Gewerkschaft erhalten. Damit zeigt sich auch in diesem Gerichtsurteil ein wesentliches Ziel des Antigewerkschaftsgesetzes, nämlich die Gewerkschaften zu einer Selbstdisziplinierung ihrer militanten Basis zu zwingen, um damit das Rückgrat der organisierten Gewerkschaftsbewegung zu treffen.

Die TGWU erschien gemäß den TUC-Beschlüssen über die Nichtzusammenarbeit mit den durch das Gesetz geschaffenen Institutionen weder bei der Gerichtsverhandlung noch folgte sie der gerichtlichen Anordnung. Das Gericht verurteilte daraufhin die Transportarbeitergewerkschaft zu einer Strafe von 5.000 Pfund (ca. 40.000 DM). Eine Massenversammlung der Liverpooler Dockarbeiter unterstützte einmütig die Haltung der TGWU und beschloß, trotz der Strafe gegen die Gewerkschaft den Boykott fortzusetzen. Der Arbeitsgerichtshof reagierte darauf mit einer weiteren Strafe von diesmal 50.000 Pfund (ca. 400.000 DM) und drohte, falls die Strafe nicht gezahlt würde, folge ein Erlaß über eine Vermögensbeschlagnahmung.

Offensichtlich eingeschüchtert durch diese Eskalation der gerichtlichen Sanktionsmaßnahmen versuchten einige Gewerkschaftsfunktionäre der TGWU die Shop Stewards zu einer Aufgabe des Boykotts zu bewegen, um eine weitere Zuspitzung zu vermeiden. Eine solche Kapitulation wurde aber von den Liverpooler Shop Stewards zurückgewiesen. Stattdessen begannen in einer Reihe weiterer Häfen wie London, Hull und Manchester die Dockarbeiter mit den gleichen Kampfmaßnahmen gegen die nichtregistrierten Containerfirmen.

Eine Schwächung dieser sich ausweitenden Kampffront der Dockarbeiter und darüberhinaus der gesamten Gewerkschaftsbewegung bedeutete in dieser Situation das Zurückweichen des TUC-Generalrates (Trades Union Congress – britischer Dachverband der Gewerkschaften), der auf seiner Sitzung am 26. April eine Empfehlung an die TGWU beschloß, die Strafe zu zahlen. Vic Feather, der Generalsekretär des TUC, erklärte, es sei Hauptziel der Gewerkschaften, eine Neuwahl zu erzwingen, um durch eine Labour-Regierung das Gesetz revidieren zu lassen. Der "Morning Star", die Tageszeitung der KPGB, stellte dazu fest: "Feathers Erklärung, daß die Durchsetzung einer Neuwahl die Priorität der TUC-Politik sei, zeigt, wie falsch der Rückzug des TUC-Generalrates im Kampf gegen das Antigewerkschaftsgesetz ist. Denn dieses Gesetz ist der Kern der Tory-Politik, und jede Schwächung des Kampfes gegen das Gesetz hilft der Regierung, im Amt zu bleiben. Durch den Beschluß, sich vor dem Arbeitsgericht zu verteidigen und die Strafe zu zahlen, verletzt der Generalrat die Beschlüsse, die von den Delegierten im letzten Jahr gefaßt wurden, nämlich nicht mit dem Gesetz oder seinen Institutionen zusammenzuarbeiten... Eine Neuwahl zu erzwingen muß bedeuten, die Regierung auf allen Ebenen zu bekämpfen." (2.5.72)

Eine Reihe von Gewerkschaften, unter anderem die Bergarbeitergewerkschaft (NUM) und die Metallarbeitergewerkschaft (AUEW), kritisierten scharf diesen Beschluß des TUC-Generalrates und bezeichneten ihn als einen beschämenden Verstoß gegen die Beschlüsse

des letzten Gewerkschaftskongresses. Das Koordinationskomitee für die Verteidigung der Gewerkschaften (Liaison Committee for Defence of Trade Unions), das jahrelang die militante Opposition gegen das Antigewerkschaftsgesetz geführt hatte, rief auf, die 1. Mai-Demonstrationen unter anderem unter folgenden Losungen zu stellen:
"Nichtzahlung der Geldstrafen durch die TGWU: keine disziplinarischen Maßnahmen der TGWU gegen Mitglieder in den Docks; sofortige Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses."

Der Vorsitzende des Koordinationsausschusses erinnerte daran, daß eine größere Streikbewegung die Verabschiedung des Gesetzes hätte verhindern können. Er schlußfolgerte daraus: "Nur eine schnelle Mobilisierung der gewerkschaftlichen Basis und Massenaktionen kann die Regierung zum Halt bringen und den Generalrat zwingen, die beschlossene TUC-Politik auszuführen." (20) Obwohl am 1. Mai Zehntausende von Arbeitern in Streiks und gewerkschaftlichen Demonstrationen ihre Zustimmung zu den vom Koordinationskomitee formulierten Forderungen zum Ausdruck brachten (der 1. Mai ist in Großbritannien kein gesetzlicher Feiertag), folgte die TGWU-Führung in ihrer Sitzung am 1. Mai dem Beschluß des TUC-Generalrates. Mit nur einer Stimme Mehrheit beschloß die Exekutive der TGWU, die Strafe "unter starkem Protest" zu zahlen. Gleichzeitig forderte die Gewerkschaftsexekutive die Zurückerstattung des Geldes vom TUC und drohte im Falle einer Weigerung mit der Einbehaltung der Mitgliedsgelder. Ebenso verlangte sie, einer ähnlichen Forderung des Koordinationsausschusses und der Metallarbeitergewerkschaft entsprechend, die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, auf dem erneut eine gemeinsame Politik aller Gewerkschaften unter den jetzigen Bedingungen diskutiert und festgelegt werden sollte. Als der Gerichtshof am 3. Mai wieder zusammentrat erschien die TGWU erstmalig vor Gericht. Das Zurückweichen der TGWU-Führung und die Akzeptierung der Linie der rechten Mehrheit im TUC-Generalrat ist von umso größerer Bedeutung, da die Transportarbeitergewerkschaft nicht nur die größte britische Gewerkschaft ist, sondern vor allem seit der Wahl von Jack Jones als Generalsekretär zu den progressivsten Gewerkschaften gezählt werden muß (21).

Ein Beispiel für eine konsequente Verfolgung der TUC-Beschlüsse und damit der prinzipiellen Ablehnung der Zusammenarbeit mit Institutionen des Antigewerkschaftsgesetzes demonstrierte zur gleichen Zeit die Metallarbeitergewerkschaft (AUEW), deren Sektion der technischen Angestellten (TASS, früher DATA) in einen Konflikt über das Recht der vollen gewerkschaftlichen Organisierung in einem Betrieb einbezogen wurde, der dann vor das Nationale Arbeitsgericht kam. Die TASS ignorierte mit voller Unterstützung der AUEW-Exekutive sämtliche Beschlüsse und Anweisungen des Gerichtes und konnte durch Kampfmaßnahmen ihrer Mitglieder in dem Betrieb die Auseinandersetzung zu ihren Gunsten entscheiden.

In der Mitgliedschaft der Transportarbeitergewerkschaft, in den Docks und den Shop-Stewards-Komitees stieß die Entscheidung der TGWU-Führung auf harte Kritik. Auf Versammlungen der Dockarbeiter wurde beschlossen, den Boykott bestimmter Containerfirmen in vollem Umfang fortzusetzen. Umso mehr begrüßt wurde hingegen der Beschluß der Delegiertenkonferenz der in der TGWU organisierten Dockarbeiter, der einen Streik zur Unterstützung der Forderungen nach besserem Mindestlohn, mehr Urlaub und nach einem verbindlichen Abkommen über das Entladen der Container durch registrierte Arbeiter mit einer Warnfrist von 28 Tagen ankündigte.

20 MORNING STAR, 1.5.72.

21 Nach einer inoffiziellen Mitteilung eines Gewerkschaftsfunktionärs der TGWU hat die Haltung von Jack Jones in der fraglichen Sitzung der Exekutive den Ausschlag für die Entscheidung gegeben. Eine Untersuchung der politischen innergewerkschaftlichen Entwicklung kann an dieser Stelle jedoch nicht geleistet werden.

Als der Gerichshof erkannte, daß die Kampfentschlossenheit der Dockarbeiter nach wie vor ungebrochen war, verlangte er von der TGWU harte Maßnahmen gegen die Shop Stewards. Der NIRC teilte der Gewerkschaft anmaßend mit, daß die Liverpooler Stewards bei einer Fortsetzung des Boykotts sich "des Vertrauens der Gewerkschaft und ihres Amtes unwürdig erweisen würden". Obwohl das Gericht realistisch voraussah, daß ein Entzug der gewerkschaftlichen Zustimmung für die Shop Stewards "zu einem Streik und damit zu einem großen Schaden für die Wirtschaft führen könnte", sei dies nur ein kurzfristiges Risiko. Wichtiger sei, meinte das Gericht, "daß wir ein ordentliches System der industriellen Beziehungen herstellen" (22).

2. Die Vereinheitlichung des Kampfes

In den Kampf der Dockarbeiter gegen das Antigewerkschaftsgesetz alle Teile der Arbeiterklasse einzubeziehen, durch Druck die Gewerkschaftsführungen zu einer konsequenten, militanten Politik gegen das Gesetz zu zwingen und eine einheitliche Kampffront zu errichten – das waren die zentralen Aufgaben, die sich für die britische Arbeiterbewegung stellten.

Eine Mehrheit im TUC-Generalrat hatte trotz dieser Situation die Einberufung eines Sonderkongresses abgelehnt.

Das Koordinationskomitee für die Verteidigung der Gewerkschaften, das schon im Kampf gegen die Gesetzesvorlage die wichtigste Rolle in der Zusammenfassung aller militanten Kräfte der Gewerkschaftsbewegung gespielt hatte, veranstaltete am 10. Juni eine nationale Konferenz, auf der über die oben genannten Aufgaben diskutiert und beschlossen werden sollte. In den Fabriken und Bergwerken, in den Schiffswerften und auf den Docks wurden von den Gewerkschaften Delegierte zu dieser Konferenz in London gewählt. Über 1.200 Delegierte aus 91 Shop-Stewards-Komitees, 50 Trades Councils (lokale Gewerkschaftskartelle), 31 Distriktkomitees der Gewerkschaften und über 300 Gewerkschaftsgruppen repräsentierten die kampferfahrensten und militantesten Teile der britischen Arbeiterbewegung. Shop Stewards von den Upper-Clyde-Schiffswerften und aus dem Bergbau werteten die Erfahrungen der zwei bedeutendsten und erfolgreichsten Aktionen der britischen Arbeiterklasse in den letzten Jahren aus. Vertreter der Dockarbeiter, Eisenbahner und der TASS-Mitglieder berichteten der Konferenz über ihre Erfahrungen mit dem Antigewerkschaftsgesetz und riefen zur aktiven Solidarität auf.

Entgegen den Empfehlungen einiger trotzkistischer "Ratgeber" der Arbeiterbewegung, die den Hauptwiderspruch gerne zwischen der gewerkschaftlichen Basis und einer "Gewerkschaftsbürokratie" konstruieren, machte die Konferenz deutlich, daß es aktuelles Ziel der militanten Gewerkschafter ist, die Gewerkschaftsführungen durch den Druck der organisierten Bewegung zu einer konsequenten Opposition gegen das Antigewerkschaftsgesetz zu zwingen und den politischen Einfluß des rechten Flügels innerhalb der Arbeiterbewegung zurückzudrängen.

Die Konferenz verabschiedete eine Erklärung, in der die Analyse der gegenwärtigen Situation mit der Bestimmung der nächsten Kampfziele verbunden wird:
"Das Antigewerkschaftsgesetz wird in genau der Weise angewandt, wie das Koordinationskomitee es warnend vorhergesehen hat. Sein Ziel wird immer offensichtlicher, nämlich die Gewerkschaftsbewegung zu lähmen, ihre Fähigkeit, die Interessen der Gewerkschafter zu

22 THE TIMES, 13.5.72.

schützen und durchzusetzen, zu zerstören und vor allem die Shop Stewards jeglicher Macht zu berauben mit dem Ziel, sie in zahme Puppen einer zentralisierten Bürokratie zu verwandeln. In dieser Situation ist das Zurückweichen der Mehrheit des TUC-Generalrates ein Verrat an den Interessen der Bewegung. Zu diesem Zeitpunkt großer Gefahr für die Existenz unabhängiger Gewerkschaften ... ist diese Konferenz von Delegierten aus Shop-Stewards-Komitees, Gewerkschaftsgruppen und Trades Councils entschlossen, alles in ihrer Kraft liegende bei der Mobilisierung einer Bewegung in einem umfassenden Kampf gegen das Antigewerkschaftsgesetz zu tun, um es bis zum Zeitpunkt seiner Aufhebung unwirksam zu machen. Die Schwerpunkte einer solchen Kampagne müssen sein:
1. jegliche Einmischung in industrielle Angelegenheiten oder Anweisungen an Gewerkschaften oder Gewerkschafter durch irgendwelche Institutionen des Gesetzes zu ignorieren und standzuhalten;
2. Solidaritätsmaßnahmen einschließlich von Arbeitskampfaktionen mit den Gewerkschaften, Shop-Stewards- oder Arbeitergruppen zu organisieren, die durch den Staat angegriffen sind;
3. die gesamte Bewegung mit allen Formen des Kampfes einschließlich nationaler Streikaktionen gegen das Gesetz einzubeziehen."

Die Erklärung hebt vor allem die standhafte Haltung der Dockarbeiter im Kampf gegen das Gesetz hervor. Die Delegierten versichern weiter, die Führungen aller Gewerkschaften unter Druck zu setzen, um die beschlossene Politik der Nichtzusammenarbeit mit den Institutionen des Gesetzes durchzuführen. In diesem Zusammenhang fordern sie erneut die Einberufung eines Sonderkongresses des TUC und die Beendigung jeglicher Gespräche und Formen aller Zusammenarbeit mit der Regierung. Abschließend ruft die Konferenz zu nationalen Streikaktionen am Tag des TUC-Kongresses auf, um die Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen das Gesetz deutlich zu machen (23).

3. Erste Erfolge

Wenige Tage nach der Konferenz kam es zu einer Auseinandersetzung, die sich zu der bisher größten Machtprobe zwischen Regierung und Gericht und den Dockarbeitern seit der Wirksamkeit des Antigewerkschaftsgesetzes entwickelte.

Ein Containerunternehmen, das durch die Docker boykottiert wurde, reichte gegen drei leitende Shop Stewards, u.a. gegen die Kommunisten Bernie Steer, Sekretär und Vic Turner, Vorsitzender des Nationalen Hafen-Shop-Stewards-Komitees, eine Klage beim Nationalen Arbeitsgerichtshof ein. Die Arbeiter weigerten sich jedoch vor Gericht zu erscheinen, das sie anwies, die Boykottmaßnahmen sofort zu beenden.

Die Shop Stewards ignorierten nach wie vor die gerichtlichen Anweisungen, Als sich erneut die Dock-Delegierten der TGWU trafen, streikten am 14. Juni 30.000 der 42.000 britischen Dockarbeiter, um ihre Bereitschaft zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu demonstrieren. Die Konferenz entsprach jedoch nicht diesem eindeutigen Votum, sondern schob die Streikaktionen um weitere sechs Wochen heraus.

Überraschend faßte zur gleichen Zeit ein Berufungsgericht den Beschluß, die bisherige 55.000 Pfund-Strafe gegen die TGWU zu widerrufen, wobei das Gericht entgegengesetzt zum NIRC argumentierte, die Gewerkschaften seien für die Aktionen ihrer Shop Stewards nicht verantwortlich.

Nach dieser Entscheidung des Berufungsgerichtes, durch die das NIRC wahrscheinlich seine Autorität verletzt fühlte und durch den wachsenden Widerstand der Dockarbeiter

23 MORNING STAR, 12.6.72.

herausgefordert, entschied der Gerichtshof, hart durchzugreifen und die Festnahme der drei Dockerführer anzuordnen. In einer Erklärung zu diesem Beschluß glaubte der Vorsitzende des Gerichtes, Sir John Donaldson, sich mit seinem aristokratischen Humor über ein Transparent mit der Aufschrift "Steht auf ihr Arbeiter" (Arise ye Workers), das die Dockarbeiter bei den Streiks mit sich führten, mokieren zu müssen. Er kommentierte, es sei "ein wenig altmodisch" und "sehr unpassend".

Die Dockarbeiter demonstrierten nach der Herausforderung des NIRC dem arroganten Sir John die Aktualität der Losung. Zur Unterstützung der durch Verhaftung bedrohten drei Londoner Shop Stewards wurde die Arbeit in allen wichtigen Häfen niedergelegt. Die Dockergewerkschaft NASD erklärte den Streik für offiziell. Arbeiter des großen Autokonzerns British Leyland solidarisierten sich spontan durch Arbeitsniederlegungen. In unzähligen Betrieben drohten die Belegschaften mit Streik im Falle einer Verhaftung der drei Gewerkschafter.

Der Boykott des Containerunternehmens wurde fortgesetzt. Tausende von Dockarbeitern versammelten sich an dem Containerdepot zur Unterstützung der Streikposten und, um den Gerichtsvollzieher, der die Verhaftung durchführen sollte, zu empfangen. Die spontanen, machtvollen Solidaritätsaktionen zeigten ein schnelles Ergebnis: statt des Gerichtsvollziehers kam die Nachricht, die Haftbefehle seien aufgehoben. Die Arbeiter hatten damit der Regierung und dem Gericht eine empfindliche Niederlage bereitet.

Falsch wäre es sicherlich, die Aufhebung der 55.000 Pfund-Strafe und der Haftbefehle durch das Berufungsgericht mit der Existenz einer letztlich doch "unabhängigen, unparteiischen" Justiz zu erklären. Offensichtlich handelt es sich bei diesem unterschiedlichen Vorgehen um zwei verschiedene Taktiken der herrschenden Klasse. Versucht das Nationale Arbeitsgericht, (NIRC) durch drakonische Maßnahmen den Widerstand der Arbeiter zu brechen und die Gewerkschaftsführungen zu einer Disziplinierung der Shop Stewards zu zwingen, so handelt es sich bei der Entscheidung des Berufungsgerichts um die Absicht, den Konflikt mit der solidarisch reagierenden Arbeiterklasse nicht durch eine weitere Eskalation von staatlichen Maßnahmen zu verschärfen, sondern die Gewerkschaftsführungen durch ihre flexiblere Taktik zu einer Aufgabe der Politik der strikten Nichtzusammenarbeit mit den Institutionen des Antigewerkschaftsgesetzes zu gewinnen.

Wichtig für die Arbeiterklasse war jedoch vor allem die erneute Erfahrung, daß durch eine konsequente Haltung gegenüber dem reaktionären Gesetz und durch einheitliches Handeln die Regierung zu Zugeständnissen gezwungen werden kann.

An den darauffolgenden Tagen erzielten die Dockarbeiter weitere Erfolge im Kampf um ihr Recht auf Arbeit. Die Containerfirmen Chobham Farm und Bishops Wharf stimmten in einem Abkommen zu, daß sämtliche Containerarbeiten in Zukunft von registrierten Dockern verrichtet würden und den jetzigen Arbeitskräften andere Arbeitsplätze garantiert seien. Damit wurde auch erneut deutlich, daß die Dockarbeiter ihre Arbeitsplätze nicht auf Kosten anderer Arbeitergruppen erhalten wollen, sondern daß der Kampf um das Recht auf Arbeit im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegt.

4. Der Sieg über die Tory-Regierung

Kein Dockarbeiter hatte sich wohl nach dem ersten Erfolg im Kampf gegen das Antigewerkschaftsgesetz der Illusion hingegeben, die Tory-Regierung ließe nun das Gesetz in der Schublade liegen. Nachdem einige Wochen später ein Containerunternehmen erneut ein Verbot der Boykottmaßnahmen vom NIRC gefordert hatte und die Dockarbeiter sich selbstverständlich wiederum weigerten, den Anordnungen dieses Gerichtes Folge zu lei-

sten, erließ das Arbeitsgericht am 21. Juli einen Haftbefehl gegen fünf Führer der Dockarbeiter, unter ihnen wieder Bernie Steer und Vic Turner vom Nationalen Hafen-Shop-Stewards-Komitee. Einige Stunden nach Bekanntwerden der Nachricht marschierten Tausende von Dockarbeitern aus den Häfen und protestierten gegen die Verhaftung. Am Abend streikten 26.000 Docker. Am nächsten Tag standen sämtliche britische Häfen still. Die Arbeiter kündigten an, bis zur Freilassung ihrer Kollegen zu streiken.

Die ersten Reaktionen bewiesen, daß die Regierung ihr Ziel nicht erreicht hatte, die Docker zu isolieren und die öffentliche Meinung gegen sie zu wenden, um dann dem Gericht Spielraum zu geben, die gesamte Macht des Antigewerkschaftsgesetzes gegen sie anzuwenden. Die LKW-Fahrer, die von Containerfirmen beschäftigt waren und von denen einige in der Auseinandersetzung um Arbeitsplätze gegen den Kampf der Docker aufgetreten waren, solidarisierten sich spontan und traten gemeinsam mit ihren Kollegen in den Docks in den Streik. Diese Reaktion beweist am deutlichsten das Scheitern der Taktik der Regierung.

Die Kommunistische Partei rief in einer ersten Erklärung zu sofortiger aktiver Solidarität auf. Die fünf Dockarbeiter hätten nichts anderes getan, als die beschlossene Politik der organisierten Gewerkschaftsbewegung auszuführen. "Der TUC muß die volle Stärke der gesamten Bewegung mobilisieren einschließlich nationaler Streikaktionen. In dieser Auseinandersetzung kann und muß die Arbeiterklasse siegreich sein." (24)

Der stellvertretende Generalsekretär der Metallarbeitergewerkschaft, Ernie Roberts, rief zu einheitlichen Kampfaktionen auf: "Wenn Gewerkschafter durch das kapitalistische Gesetz angegriffen sind, ist es Zeit für alle Arbeiter, unabhängig von allen Differenzen zur Verteidigung zusammenzustehen." (25)

Es setzte eine enorme Solidarisierungswelle in allen Teilen Großbritanniens ein. Am Wochenende waren sämtliche Dockarbeiter, die Beschäftigten bei allen nationalen Tageszeitungen, die gesamte Arbeiterschaft in den walisischen Bergwerken und Stahlwerken, die Londoner Busfahrer und Arbeiter aus allen Bereichen der Industrie in den Streik getreten. Am Anfang der nächsten Woche verbreiterte sich die Streikwelle in immer größeren Bereichen der Industrie. Selbst Teile der Londoner Lehrerschaft traten in den Ausstand.

Der Aufruf zur Solidarität fand ebenso ein internationales Echo. Französische, westdeutsche und niederländische Hafenarbeiter beschlossen, britische Schiffe zu boykottieren. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITWF) rief ihre sechs Millionen Mitglieder auf, die Streikaktionen der britischen Kollegen zu unterstützen.

Nachdem am Dienstag Tausende von Arbeitern in einer Massendemonstration zum Sitz des Nationalen Arbeitsgerichts zogen und die Freilassung ihrer fünf Kollegen forderten, beschloß am Mittwoch auf Antrag von Hugh Scanlon, dem Präsidenten der AUEW, der Generalrat des TUC, am kommenden Montag den Generalstreik auszurufen, falls die Docker nicht aus dem Gefängnis entlassen würden.

Einige Stunden später gab das Nationale Arbeitsgericht in einer mit langen juristischen Erläuterungen versehene Erklärung bekannt, die fünf Docker würden sofort auf freien Fuß gesetzt. Tausende von Arbeitern, von denen viele aus allen Teilen des Landes kamen und Tag und Nacht vor dem Pentonville-Gefängnis demonstriert hatten, empfingen die fünf befreiten Dockarbeiter. Diese wurden in einem Triumphzug durch die Straßen getragen, die Internationale singend.

---

24 MORNING STAR, 22.7.72.
25 Ebenda.

Die reaktionäre Tory-Regierung hatte nichts unversucht gelassen, diese Niederlage zu vermeiden. Vor allem hatte sie versucht, die Solidarität und Einheit im Kampf der britischen Arbeiter zu untergraben. Die 'Fleet-Street-Presse' bezeichnete die Dockführer als "Bolschewisten". Ein scharfsinniger Tory-Abgeordneter hatte – allerdings keine sehr originelle Leistung – herausgefunden, daß die ganzen Streikaktionen "eine rote Verschwörung" seien. Die britische Arbeiterklasse hatte diese Spaltungsversuche erfolgreich abgewehrt. Für sie war die Erkenntnis der Notwendigkeit der Einheit eine Erfahrung, die sie in vielen Kämpfen gesammelt hatte. Lawrence Daly, der Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft, unterstrich in einem Artikel im "Morning Star" diese Erfahrung: "Ich stimme voll der Erklärung Bernie Steers zu, der bei seiner Entlassung sagte, 'wir wären immer noch im Gefängnis, wenn es nicht diese Aktionen der Arbeiterklasse gegeben hätte.' Einheit war der Schlüssel des Sieges in unserem eigenen Streik Anfang des Jahres, und sie war ebenso Schlüssel zum Erfolg im Fall der fünf Docker."

Die Rolle der Kommunisten und vor allem ihrer Tageszeitung, dem "Morning Star", für die Entwicklung der Einheit und Militanz der Arbeiterklasse wird von weiten Teilen der organisierten Arbeiterbewegung anerkannt. Nachdem der "Morning Star" während des Höhepunktes der Streikbewegung drei Tage nicht erscheinen konnte, wurde auf Gewerkschaftsversammlungen, von leitenden Gewerkschaftsfunktionären und vielen Shop Stewards gefordert, das Erscheinen des "Morning Stars" als einziger Tageszeitung während jeder Streikbewegung zu gewährleisten, da dies die beste Unterstützung für die Streikenden sei.

An dem Tag, an dem die Regierung ihre Niederlage eingestehen mußte und die fünf Docker auf freien Fuß gesetzt wurden, wurde jedoch gleichzeitig durch die Entscheidung des Obersten Gerichts des Oberhauses (Law Lords) deutlich, daß der Kampf gegen das Antigewerkschaftsgesetz noch längst nicht zu einem endgültigen Erfolg geführt hatte. Die Lord-Richter erneuerten durch Aufhebung der Entscheidung des Berufungsgerichtes vom Juni die 55.000-Pfund-Strafe gegen die TGWU.

Der TUC-Generalrat hatte nach der Freilassung der Docker die Ankündigung des Generalstreiks zurückgezogen.

Nicht zuletzt durch das Urteil der Lord-Richter bestärkt, forderten jedoch die Bergarbeitergewerkschaft (NUM) und viele Shop-Stewards-Komitees, dennoch, diesen Streik gegen das Antigewerkschaftsgesetz durchzuführen. In einer Einschätzung des erfolgreichen Kampfes zur Befreiung der Dockerführer zog der "Morning Star" die notwendigen Schlußfolgerungen für den weiteren Kampf:
"Die 'Pentonville-Fünf' sind zu Recht wie Helden bei ihrer Befreiung begrüßt worden. Sie sind mutig für die gewerkschaftlichen Prinzipien eingetreten...

Indem die TGWU vor Gericht erschien, hat sie sich keinen Gefallen erwiesen, sondern sich harte Strafen und hohe Kosten eingehandelt. Wenn der TUC und die TGWU entsprechend den Beschlüssen des letzten Gewerkschaftskongresses gehandelt hätten, wäre das Gesetz schon vollständig vernichtet. Die letzten Tage haben den Weg, um dies zu erreichen, gezeigt: durch den Einsatz der ungeheuren Stärke der Arbeiterklasse im Streik... In jeder Fabrik, an jedem Arbeitsplatz, in jeder Organisation der Arbeiterklasse sollte der Druck auf den TUC verstärkt werden, um solche Aktionen durchzuführen und sämtliche Gespräche mit den Tories abzubrechen."

5. Beginn und Verlauf des Dockerstreiks

Einen Tag nach der Freilassung der fünf Shop-Stewards fand eine Konferenz der Dock-Delegierten der TGWU statt. Zur Abstimmung stand der Report eines Komitees, das unter dem gemeinsamen Vorsitz von Lord Aldington und Jack Jones (Generalsekretär der

TGWU) eine Kompromißlösung ausgearbeitet hatte, die einen Streik der Docker verhindern sollte. Dieser Report sah eine Erhöhung der Abfindungszahlungen für freiwillig ausscheidende Docker von 2.300 auf 4.000 Pfund sowie einen kompletten Einstellungsstopp vor. Die Abschaffung des Registers für zeitweilig Nichtbeschäftigte (TUR) und die Eingliederung der unter dieses Register fallenden Docker in die Transportunternehmen der Häfen wurde lediglich empfohlen, jedoch nicht abgesichert. Die anderen Hauptforderungen, die das Nationale Hafen-Shop-Stewards-Komitee aufgestellt hat, Schutz vor Entlassungen, Recht auf Arbeit in Containerdepots für registrierte Docker und Eingliederung der nichtregistrierten Häfen unter das "Dock Labour Scheme", waren nicht erfüllt worden. So lehnten die Delegierten den Report trotz eindringlicher Appelle von Jack Jones mit 38 zu 28 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) ab. Ihre Kampfbereitschaft war noch zusätzlich durch den Erfolg der erkämpften Freilassung der fünf Shop Stewards sowie durch ihre Empörung über die Entscheidung des Oberhauses, nun doch die 55.000 Pfund Strafe gegen die TGWU zu verhängen, erheblich gesteigert worden.

Die Streikfront stand in allen registrierten Häfen vom ersten Tag an geschlossen. Die Internationale Transportföderation rief zum Boykott aller britischen Schiffe auf und dieser Aufruf wurde überall, in Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen und Schweden befolgt. Am 9.8.72 kamen Gewerkschaftsvertreter aus Holland, Belgien und Dänemark nach London und bekräftigten ihre Solidarität und Unterstützung. Nur in der BRD wurde gegen den Willen vieler Hafenarbeiter Streikbrucharbeit verrichtet. Die ÖTV begründete das damit, daß sie "an die Friedenspflicht gebunden" sei (26).

In Großbritannien weigerten sich die Eisenbahner in den Eisenbahnhäfen, zusätzliche Arbeit zu übernehmen, um die Docker nicht zu schwächen. Die Docker aus den großen Häfen, vor allem aus Hull und London, fuhren zu Tausenden in die kleinen nichtregistrierten Häfen wie Ramsgate, Folkstone, Sandwich und Richborough, um dort wirksame Streikposten gegen Streikbrecher aufzubauen. Diese bestanden zu einem nicht unwesentlichen Teil aus Schülern und Studenten, die dort ihre Ferienarbeit verrichteten. Auf der Fahrt in diese Häfen wurden die gemieteten Busse der Docker von der Polizei gestoppt und oft an der Weiterfahrt gehindert. Viele Bus-Unternehmen weigerten sich, Busse an die "fliegenden Streikposten" zu vermieten. Daß die Docker aus Hull daraufhin aus ihrem eigenen, ohnehin sehr knappen Streikfonds einen Bus kauften, um damit einen Transportdienst für ihre Streikposten zu errichten, mag ein Indiz für ihre Kampfbereitschaft sein. Diese war im Laufe des Streiks durch die Erfahrungen, die die Streikenden über die Funktion des bürgerlichen Staates und seiner Organe, wie Militär, Polizei und Justiz machten, weiter angewachsen. Obwohl Tory-Minister MacMillan zunächst beteuert hatte, daß die Regierung keinen nationalen Notstand ausrufen wolle (27), tat sie es dann doch: seit dem 10.8.72 flog die britische Luftwaffe Güter zu den Orkney und den Shetland Inseln (westlich von Schottland), nachdem sich Docker in Glasgow geweigert hatten, die Fährschiffe zu beladen. Die Unterstützung, die der Staat in Großbritannien an die Familien streikender Arbeiter auszahlen muß (die meisten britischen Gewerkschaften sind nicht in der Lage, Streikgelder zu zahlen), wurde den Dockern an der Merseyside von den Behörden gestrichen. Sie hätten die Arbeit wieder aufgenommen und seien deshalb nicht berechtigt, die Familienunterstützung zu empfangen. Die Docker hatten lediglich ein Schiff mit Medikamenten entladen sowie die Ausschiffung eines Schiffes, das 600 Kinder aus sozial schwachen Familien in den Urlaub bringen sollte, ermöglicht. Das hierfür empfangene Geld hatten sie, um zu dokumentieren, daß sie sich keineswegs als Streikbrecher verstanden, an Wohltätigkeitsfonds überwiesen. Daß der Staat diese

26 Vgl. UNSERE ZEIT – Zeitung der DKP, 1.9.72, S. 8.
27 Vgl. THE TIMES, 28.7.72.

humanitär motivierte kurze Wiederaufnahme der Arbeit mit der Entziehung der Familienunterstützung bestrafte, verbitterte die Docker so, daß sie in Bootle das Hauptbüro des Sozialamtes stürmten.

Diese Aktion wie andere Zusammenstöße der Streikposten und der Polizei nutzte die bürgerliche Fleet-Street-Presse zu einer verleumderischen Hetzkampagne gegen die Docker, um sie vom Rest der britischen Arbeitsplätze zu isolieren. Ihnen wurde unsoziales Handeln vorgeworfen, da sie sich weigerten, Versorgungsgüter für die Großbritannien vorgelagerten nördlichen Inseln und Ölbohrtürme zu verladen. In Wirklichkeit hatten die Docker in Aberdeen freiwillig diese notwendigen Versorgungsgüter verladen und dabei ausdrücklich auf jede Bezahlung verzichtet. Sie stoppten die Verladung erst, als die Behörden ihnen auf Grund dieser Arbeit die Familienunterstützung entzogen. Eine riesige Aufmachung erfuhr in der bürgerlichen Presse eine Anti-Streik-Demonstration von 30 Hausfrauen. Auf diese Weise lenkte sie die Aufmerksamkeit von denen ab, die für die Vernichtung von Unmengen von Obst und Gemüse wirklich verantwortlich waren: Auf einem Treffen des Aldington/Jones-Komitees weigerte sich ein Teil der Transportunternehmer weiterhin, registrierte Docker einzustellen. So verlegte die TGWO die geplante Delegiertenkonferenz, die den Streik hätte beenden können.

6. Streikabschluß

Diese Delegiertenkonferenz fand am 16.8.72 statt, nahm die zweite, überarbeitete Fassung mit 53 zu 30 Stimmen an und votierte damit für eine Beendigung des Streiks. Das Abstimmungsergebnis ist aber insofern irreführend, als die 30 Nein-Stimmen 30.000 Docker, die 53 Ja-Stimmen lediglich knapp 15.000 Docker repräsentierten. Alle Delegierten der kleinen, nicht registrierten Häfen, die sich auf der letzten Delegiertenkonferenz der Stimme enthalten hatten, stimmten nun gegen die Weiterführung des Streiks.

Das Nationale Hafen-Shop-Stewards-Komitee erließ Stunden später einen Aufruf, weiterzustreiken, da der Report nur Versprechungen, jedoch keine Garantien zur Erfüllung ihrer 4 Hauptforderungen enthalte:

1. Der Report spricht zwar von einem Schutz gegen Entlassungen und von der Verpflichtung, Arbeiter aus stillgelegten Betrieben auf die anderen zu verteilen, aber die folgenden 3 Punkte zeigen, daß das kaum mehr als ein Versprechen ist, um die Docker zu täuschen:

a) Die Zahl der Docker ist in den letzten Jahren trotz aller Versprechungen von 61.000 auf 45.000 (oder weniger) zusammengeschrumpft.

b) Einige der größten Container-Unternehmen haben aus ihrer Ablehnung des Reports nie einen Hehl gemacht.

c) Das 'National Ports Council' hat am gleichen Tag, an dem die Delegiertenkonferenz stattfand, bekanntgegeben, daß in spätestens drei Jahren mindestens 10.000 Entlassungen notwendig werden (28). Dafür wurde zynisch die Schaffung von 290 Arbeitsplätzen innerhalb des nächsten Jahres angekündigt.

2. Die nichtregistrierten Häfen werden nicht wie gefordert, unter das 'Dock Labour Scheme' gebracht. Es ist lediglich eine Untersuchung durch das 'National Ports Council', eben jene Körperschaft, die die weiteren 10.000 Entlassungen angekündigt hat, versprochen worden.

3. Einige Container-Unternehmen weigern sich immer noch, registrierte Docker einzustellen. Der Report gibt keine Garantien gegen den Widerstand der Unternehmer.

4. Die Abschaffung des Registers für zeitweilig Unbeschäftigte wird weiterhin nur empfohlen. Es bestehen allerdings Anhaltspunkte dafür, daß dies auch geschehen wird.

28 Vgl. THE TIMES, 17.8.72.

Nach der Entscheidung der TGWU-Delegierten-Konferenz stürmten verbitterte Docker eine Pressekonferenz von Jack Jones, stellten ihn zur Rede und zwangen die bürgerliche Presse zum Verlassen des Saales. Selbst die kommunistischen Führer der Shop Stewards, Bernie Steer und Vic Turner konnten einige Docker nicht davon abhalten, Jack Jones tätlich anzugreifen. Die bürgerliche Presse nutzte diese Vorfälle zu einer Hetzkampagne ohne gleichen, so daß der Inhalt des Aldington/Jones-Reports immer mehr in den Hintergrund der öffentlichen Diskussion rückte. Ablehnung des Reports wurde mit Befürwortung der Tätlichkeiten gegen Jack Jones gleichgestellt, Burnie Steer und Vic Turner als 'bolschewistische Aufwiegler' zu Gewalttätigkeiten verteufelt, um so die Stimmung gegen die radikalen Gewerkschafter anzuheizen.

Dies war nicht ohne Einfluß auf die etwa 60 %-Mehrheitsentscheidung für Beendigung des Streiks, die am folgenden Tage auf Urabstimmungen in Hull und Leeds fiel. Die meisten kleineren Häfen votierten auch für die Wiederaufnahme der Arbeit. Das konsequente Eintreten für den Report durch Jack Jones selbst mag hierbei auch eine Rolle gespielt haben. Denn Jack Jones hatte nach jahrelanger reaktionärer, antikommunistischer Führung den Vorsitz der TGWU übernommen, im März 71 zu einem politischen Streik gegen das Anti-Gewerkschaftsgesetz aufgerufen und in fast jeder Rede die Notwendigkeit der innergewerkschaftlichen Demokratie und der Teilnahme der Shop Stewards an den Entscheidungsprozessen gefordert. Er genießt bei vielen Dockern deshalb eine Menge Respekt und Autorität. Die berechtigte Kritik, die viele aktive Gewerkschafter an seiner Person wegen seines Verhaltens gegenüber dem NiRC leisteten, wird sich wohl nach den Auswirkungen des jetzt geschlossenen Abkommens verstärken. Nach den Entscheidungen von London und Hull machten die Docker aus Liverpool, wo 8.000 einstimmig (!) für die Weiterführung des Streiks gestimmt hätten, und aus Manchester ihre ursprüngliche Entscheidung wieder rückgängig. So wurde der Streik zu einem Zeitpunkt beendet, als er für die britische Wirtschaft stärker spürbar wurde und ständig wachsende Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluß zeigte.

Der erzielte Abschluß bedeutet zwar ganz bestimmt keinen Sieg für die Unternehmer und ihre Regierung, läßt aber wichtige Forderungen der Docker unerfüllt und wird damit keineswegs zum Rückgang der Auseinandersetzungen in der Dockindustrie führen. Diese Einschätzung bewahrheitete sich schon am ersten Tage der Wiederaufnahme der Arbeit, an dem die Union Cold Store Company 87 registrierte Docker entließ. Vor einem anderen Betrieb dieser Firma, der sich weiterhin weigert, registrierte Docker einzustellen, zogen erneut Streikposten auf, um den Boykott dieses Betriebes zu gewährleisten. Genau diese Art von Aktion hatte jedoch den Konflikt ausgelöst.

Klaus Pickshaus

Adressenänderung bitte rechtzeitig angeben

Die chilenische Auslandsschuld als entscheidender Hebel des Imperialismus

Eine der schwerwiegendsten und noch lang anhaltenden Bürden, die die Unidad Popular im Bereich der Ökonomie von den vorangehenden Regierungen zu übernehmen hatte, ist die öffentliche Auslandsverschuldung, über deren exakte Höhe der Finanzminister jüngst noch keine definitiven Angaben machen konnte, als er sie vorläufig mit 3,85 Mrd. Dollar bezifferte. Jeder Chilene ist also mit etwa 400 Dollar dem Ausland gegenüber verschuldet.

Der Schuldendienst dieser ungeheuren Summe verschlingt jährlich etwa 400 Mio. Dollar (1971: 380 Mio.), zu deren Zahlung Chile aus verschiedenen Gründen nicht mehr fähig war, sodaß Präsident Allende im November 71 den Zahlungssuspens ankündigte. Die Hauptmomente der akuten Verminderung der Devisenvorräte (Ende 1970: 340 Mio., Ende 71: 30 Mio.) sind: Absinken des Kupferpreises auf dem Weltmarkt (1970 57,8 cents/pound, 1971: 45,5), Verteuerung von Importen aufgrund der Abwertung des Dollars sowie eine falsche Expansionspolitik im Kupferbergbau seitens der Frei-Regierung. Schon diese drei Posten verursachten 1971 Einnahmerückgänge in Höhe von 280 Mio. Dollar (110, 120 und 50 resp.). Außerdem wurden die herkömmlichen Importkreditquellen der internationalen Institutionen auf Druck der USA systematisch eingeengt: Verfügte Chile Ende 1970 über 220 Mio Dollar Kredite, so standen Anfang 1972 nur noch 25 Mio zur Verfügung. Gleichzeitig mußten sich aufgrund der Expansion der Lebensmittelnachfrage (etw. 13 %) deren Importe erhöhen, da die landwirtschaftliche Produktion nur um 2,7 % erhöht werden konnte. Somit schloß die Zahlungsbilanz 1971 insgesamt mit einem Defizit von etwa 300 Mio. Dollar ab.

Das Wirtschaftsprogramm der UP wäre 1972 und auch in den folgenden Jahren erheblich beeinträchtigt worden, wenn weiterhin der Schuldendienst hätte geleistet werden müssen, der etwa 35 % der Deviseneinnahmen absorbiert. Daher schlug die chilenische Regierung den im 'Club von Paris' versammelten Gläubigerländern einen Zahlungsaufschub bis Ende 1974 vor (1,25 Mrd. Dollar ab November 1971). Die imperialistischen Hauptmächte reagieren auf diesen Antrag, indem sie stand-by Kredite des IMF (Internationaler Währungsfonds) anbieten. Die chilenische Regierung lehnte aufgrund der drückenden Bedingungen eines solchen Kredits ab; sie ist – laut Allende – nicht bereit, über ihr Regierungsprogramm und die Souveränität des Landes zu verhandeln.

Während sich die Verhandlungen in Paris seit Februar hinschleppen, versuchten US-amerikanische Privatinteressen (vor allem die nun auch in bürgerlichen chilenischen Kreisen völlig 'kompromittierte' ITT), die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Der chilenische Standpunkt wurde durch Solidaritätserklärungen seitens der übrigen Andenpaktländer (außer Bolivien) und Spaniens bekräftigt.* Am 19. April gingen die Auseinanderset-

* In weiteren Beiträgen wäre zu klären, was sich hinter den Kulissen abspielt, wären Analysen der Rolle der BRD, Japans etc. zu geben.
Für die Linke in der BRD und Westberlin ist es notwendig, die Position der BRD in diesen Umschuldungsverhandlungen zu ermitteln und gegebenenfalls eine K a m p a g n e z u r U n t e r s t ü t z u n g d e r U n i d a d P o p u l a r in den nächsten Monaten zu führen. Hier käme es darauf an, auf die Diskrepanz zwischen den heuchlerischen "entwicklungspolitischen" Deklarationen von Eppler und Co einerseits und den Forderungen der Bundesregierung andererseits hinzuweisen. Zu erinnern ist auch daran, daß die Jusos die Unterstützung der UP zu einem Hauptprogrammpunkt ihrer Internationalismusarbeit erhoben haben.

zungen vorläufig zuende und folgende Vereinbarungen wurden getroffen (die 'eigentlichen' Verhandlungen beginnen erst jetzt, nachdem in Paris der allgemeine Rahmen abgesteckt worden ist):

1. Chile wird die Refinanzierung von 70 % seiner Schuldendienstleistungen, die im Zeitraum vom 1.11.71 bis 31.12.72 fällig gewesen wären, gewährt.
2. Der Betrag wird in 13 halbjährigen Quoten ab 1.1.75 bezahlt (die letzte Rate wird am 1.1.81 fällig).
3. Die Höhe der Zinsen der Refinanzierungskredite wird zwischen Chile und den Gläubigerländern bilateral ausgehandelt.
4. Ende 1972 werden die Gläubiger-Länder über die für 1973 fällige Auslandsschuld erneut verhandeln.

Zur Bewertung dieses Ergebnisses muß davon ausgegangen werden, daß zumindest 1972 die chilenische Zahlungsbilanz in einer Höhe von etwa 300 Mio. Dollar gestützt wird. Diese Tatsache wurde sogar von der reaktionären chilenischen Presse als 'Triumpf für die Regierung' ("El Mercurio" vom 21.4.) gewertet, während Außenminister Almeyda für das Zustandekommen der Einigung einen Vertrauensbeweis in die Regierung zu erkennen glaubt. Wirtschaftsminister Vuskovic beurteilt das Ergebnis etwas nüchterner; "Trotz der Erleichterung...ist die Situation der Zahlungsbilanz die prinzipielle Beschränkung auf dem Weg der Realisierung des Regierungsprogramms..", was heißt: eine dauerhaftere Lösung ist nur in der Erhöhung und Diversifizierung der Exporte zu suchen.

Der chilenischen Bitte nach Aufschub der Schuldendienstleistungen bis Ende 1974 (1,25 Mrd. Dollar) wurde nicht stattgegeben, sondern nur für 1972, mit der 'wohlwollenden' Zusage, Ende dieses Jahres über einen weiteren Aufschub für 1973 (zus. 600 Mio. Dollar) zu verhandeln. In einem halben Jahr beginnen also bereits wiederum Verhandlungen, in denen sich Chile erneut dem Diktat seiner imperialistischen Gläubiger unterwerfen muß.

Des weiteren verpflichtete sich die Regierung zur Anerkennung und Rückzahlung seiner gesamten Auslandsschuld sowie zu einer gerechten Entschädigung aller nationalisierten ausländischen Unternehmen, chilenischem und internationalem Recht gemäß. Gerade die letztgenannte Zusage wird einen Hebel für weitere ökonomische Aggressionen seitens der US-Imperialisten bieten. Deutlich wird dies in den 'Verhandlungen' um die Entschädigung der nationalisierten Kupfergesellschaften. Auf Antrag der Kennecott wurde bereits nach amerikanischen (New Yorker) Recht Eigentum der CORFO (oberste chilenische Entwicklungsbehörde) und CODELCO (chilenische Kupferbehörde) in den USA beschlagnahmt, um die als zu niedrig angesehene Entschädigung auszugleichen, welche ausschließlich nach chilenischem Recht festgesetzt werden kann (Art. 17 der Verfassung). Diesem Modus hatten sich die Kupfergesellschaften anfangs unterworfen. Verwirrend sind in dieser Hinsicht widersprüchliche Äußerungen maßgeblicher Funktionäre der Regierung zu der Pariser Klausel. Während beispielsweise der Außenminister die obige Formel unterstrich, wird ihr von Allende sowie vor internationalen Foren wie der UNCTAD III und der OAS explizit widersprochen. Dadurch wird den USA Gelegenheit zu Erpressungsmanövern geboten, zumal sich die internationalen Kredithähne erst dann wieder öffnen werden, wenn die jeweiligen bilateralen Verhandlungen abgeschlossen sind – und das wird sich im Falle der USA (Gläubiger von 60 % der chilenischen Auslandsschuld) lange verschleppen lassen. Erschwerend wird sich die dem Kongreß von Allende vorgelegten Gesetzesvorlage zur Nationalisierung der ITT auswirken, deren Entschädigung sicherlich als zu niedrig reklamiert wird. Vorsorglich hat dieser Konzern der OPIC (einer Regierungsagentur zur Versicherung gegen Enteignungen im Ausland) seine Forderungen angekündigt, wordurch das Weiße Haus direkt unter Druck gesetzt wird, da es die OPIC-Gelder vom US-Kongreß bewilligen lassen muß.

Die "New York Times" (vom 24.4.) wertet die 'Verständigkeit' der USA als "Stärkung ...der Position der gemäßigten Sektoren in der marxistischen Regierung... Wenn sie (die Gläubiger) Chile abgewiesen oder für jegliche chilenische Regierung unakzeptable Bedingungen gestellt hätten, würden sie die extreme Linke (?) mit einem mächtigen Argument versehen, sich endgültig an den Sowjetblock um Hilfe zu wenden". Wer immer die 'extreme Linke' in den Augen der NYT sein mag, so ist doch ein Editorial der KP-Tageszeitung "El Siglo" (vom 16.3.) bemerkenswert. Unter der Überschrift "Die Verhandlungen über die Auslandsschuld sind Aufgabe der Massen" wird zunächst festgestellt, daß es unverantwortlich sei, die Zahlungen völlig einzustellen, da diese Politik zu einer Isolierung Chiles vom kapitalistischen Weltmarkt führen würde. Weiter heißt es dann: "Und sollte dies eines Tages notwendig sein, so muß es das Ergebnis einer großen Diskussion und einer Bewußtwerdung der Massen sein, die zu der Überzeugung führen, daß eine solche Maßnahme notwendig ist und daß sie (die Massen) sich bewußt den Opfern unterwerfen, die sie hervorrufen wird". Zumindest wird damit die Hartnäckigkeit des chilenischen Standpunkts in der Ablehnung eines stand-by Kredits unterstrichen, aber auch die Möglichkeit einer totalen Zahlungseinstellung in Erwägung gezogen. Ob diese Haltung als Warnung die Verhandlungsstrategie der USA geändert haben mag oder ob vielmehr innerimperialistische Widersprüche sowie der zu antizipierende internationale Protest (schließlich wird in Santiago zur Zeit die Unctad III abgehalten) dafür ausschlaggebend gewesen sein mögen, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Zweifelsohne werden die USA weiterhin auf allen Ebenen versuchen, Chile zu isolieren und ökonomisch unter Druck setzen zu, um die Volksregierung zu Fall zu bringen.

Wolfgang Ehrhardt

(Santiago de Chile, Anfang Mai 1972)

Anfang Oktober erscheint im VSA der Band II der Reihe

Studien zur Klassenanalyse

Projekt Klassenanalyse

LENINISMUS – neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus ?

Zum Verhältnis von Marxscher Theorie, Klassenanalyse und revolutionärer Taktik bei W. I. Lenin

An Hand aller in deutscher Sprache zugänglichen Schriften Lenins wird in diesem Text versucht, den Zusammenhang zwischen Lenins Marx-Rezeption, seiner Anwendung der Marxschen Theorie auf die historische Entwicklung in Rußland von 1894 bis 1923 und der daraus hervorgehenden Konzeption revolutionärer Taktik darzustellen. Nach der systematischen Interpretation der Anwendung der Marxschen Theorie durch Marx selber auf die politisch-ökonomischen Verhältnisse Frankreichs 1848 bis 1871 in Band I dieser Reihe – *„Zur Taktik der proletarischen Partei"* – ist diese Interpretation des politisch-theoretischen Gesamtwerks von Lenin ein weiterer Versuch, das methodische Problem der Klassenanalyse zu lösen.

2 Halbbände, zusammen ca. 800 Seiten
Preis komplett DM 25,– –
ISBN 3–87975–101–3
Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag

VSA Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung
1 Westberlin 21, Postfach 130

Die neue Röderberg-Reihe:
Vom Start weg ein Erfolg
(Wenn Sie Titel und Preise beachten, wissen Sie warum)

Produktion 72/73

Röderberg Taschenbücher

Revolution und Literatur
13 Einzelstudien: Der Begriff des Revolutionären und die Gestaltung des Revolutionärs in der sozialistischen Gegenwartsliteratur
560 S., 3,50 DM

Franz Mehring:
Aufsätze zur deutschen Literaturgeschichte
446 S., 2,90 DM

Frank Norris:
Gier nach Gold
376 S., 2,90 DM

Friedrich Wolf:
Professor Mamlock
1,20 DM

Spinoza:
Ethik
452 S., 2,90 DM

Altchinesische Fabeln
1,20 DM

Artikel aus der von Diderot und d'Alembert herausgegebenen französischen Enzyklopädie
960 S., 6,50 DM

Claus Träger:
Studien zur Theorie des sozialistischen Realismus und der marxistisch-leninistischen Literaturwissenschaft
ca. 400 S., ca. 2,90 DM

J. R. Becher:
Als namenloses Lied
ca. 272 S., ca. 2,40 DM

Anatoli Lunatscharski:
Faust und die Stadt
Faust-Essays und Lesedrama.
ca. 288 S., ca. 2,90 DM

Tschechow:
Erzählungen
ca. 350 S., ca. 2,90 DM

Meyerhold/Tairow/
Wachtangow: Theateroktober
Zur Entwicklung des sowjetischen Theaters
ca. 460 S., ca. 2,90 DM

1973

Tretjakow:
Gedichte, Prosa, Briefe
ca. 256 S., ca. 2,90 DM

Deutsch-französische Jahrbücher
Erschienen 1844 mit Beiträgen von Marx, Engels, Heine, Jacoby, Heß, Herwegh u. a.
ca. 350 S., ca. 2,90 DM

Abriß der russischen Literaturgeschichte
Von den Anfängen bis 1917
ca. 400 S., ca. 4,50 DM

Kubanische Literatur im Überblick
Die erste kubanische Literaturgeschichte im deutschen Sprachgebiet
ca. 160 S., ca. 1,70 DM

Revolutionsbriefe 1848/49
ca. 400 S., ca. 2,90 DM

Kurt Batt:
Anna Seghers — Materialien zu einer Biographie
Mit 80 Bilddokumenten
ca. 240 S., ca. 3,50 DM

Henri Barbusse:
Briefe von der Front
ca. 340 S., ca. 2,90 DM

Erik Neutsch: Geschichten
ca. 200 S., ca. 2,40 DM

Anthologie kubanischer Erzählungen
ca. 370 S., 2,90 DM

Bruno Apitz:
Nackt unter Wölfen
2,90 DM

Maxim Gorki: Der Einsiedler
Erzählungen
2,90 DM

Diskussion, Besprechung

Lehrerausbildung und politischer Kampf

Anmerkungen zu einigen zentralen materialistisch-curricularen Problemen

In letzter Zeit hat unter fortschrittlichen Studenten die Diskussion über Bedingungen und politische Perspektiven der Reform der Lehrerausbildung merklich zugenommen. Dies war um so notwendiger, als von Seiten der Kultusbürokratien der Länder verstärkte Anstrengungen zur "Neuordnung" der Lehrerausbildung unternommen werden – kaum ein Kultusminister, der nicht neuerdings seinen restriktiven Lehramtsgesetz-Entwurf vorweisen könnte. Allerdings verläuft die studentische Diskussion nicht frei von Einseitigkeiten und Verzerrungen, was beides einem bewußt geführtem Hochschulkampf gegen Formierungs-, Reglementierungs- und Disziplinierungsbestrebungen nicht zuträglich ist. Kurt Hartwigs Aufsatz über Lehrerausbildung in der SOPO (1) beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit wissenschaftsinhaltlichen Fragen. Dabei verabsolutiert er jedoch die fachwissenschaftliche Ausbildungskomponente und die kognitive Dimension der Lehrerausbildung und leistet damit objektiv "seminarmarxistischen" Tendenzen Vorschub, die von der *umfassenden* Entfaltung des *praktischen* Kampfes gegen die Formierung abhalten (2).
Unser Aufsatz stellt den Versuch dar, über die Kritik an falschen oder einseitig entwickelten Positionen bei Hartwig zu einer Klärung mehrerer wichtiger Fragen zu kommen, die für den Kampf der demokratischen und sozialistischen Studenten um eine fortschrittliche Lehrerausbildung von Bedeutung sind. Keineswegs wird damit der Anspruch auf umfassende Klärung verfolgt. Das würde den hier gesteckten Rahmen sprengen.

1. Was heißt demokratische Berufspraxis?

Die im Bereich der Lehrerausbildung an den Hochschulen geführten studentischen Kämpfe werden sinnvollerweise ihren wesentlichen Zielpunkt nicht im Hochschulbetrieb selber haben. Die Masse der Studenten absolviert ihr Studium, um ihre Arbeitskraft – als objektive Funktion der Ausbildung – qualifiziert im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß zu verkaufen. Von diesem Funktionszusammenhang bleiben auch die um die Ausbildung selbst geführten politischen Auseinandersetzungen nicht unberührt – ja, die Entwicklung

1 Kurt Hartwig: "Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse. Zu einigen Problemen der 'integrierten' Lehrerausbildung", in: SOPO, Heft 17, S. 69-81 (im folgenden mit "Hartwig, S. ..." zitiert).

2 Die ersten Wirkungen zeitigten sich auf der letzten Konferenz des Projektbereichs Lehrerausbildung im VDS Ende Juni dieses Jahres, als ein auf Grundlage des Hartwig-Aufsatzes erstelltes Papier dazu führte, daß in der Diskussion der aktuelle Stellenwert des politischen Kampfes gegen die neuesten, reglementierenden Lehramtsgesetz-Entwürfe völlig falsch eingeschätzt wurde, der Kampf gegen die Studienformierung nicht als Kampfaufgabe des Tages erkannt wurde.

der Studentenbewegung zur Politik der "gewerkschaftlichen Orientierung" ist ohne die Betrachtung des Verhältnisses von Wissenschaft und Berufsfeldveränderungen (genauer: gesellschaftliche Funktion und Lage der wissenschaftlich-technischen Intelligenz) nicht zu verstehen (3). Ausbildung ist nicht Selbstzweck, sondern bezieht sich auf die gesellschaftlich-praktische Umsetzung der in ihr vermittelten Qualifikationen. Dieser objektive Zusammenhang von Ausbildung und Praxis – der Hinweis Hartwigs, "daß Wissenschaft selbst eine besondere Praxis darstellt" (4), führt zu rein erkenntnistheoretischen Zuordnungen und erhält nicht das *studienspezifische* Praxisproblem – begründet für den Lehrerstudenten das perspektivische Berufsfeld des Lehrers als relevante praktische Bestimmung seines Qualifikationsprozesses. In dem Maße, wie jedoch der berufliche Einsatz der angeeigneten Qualifikationen *ökonomisch* bestimmt ist und wie im Zuge politischen Kampfes das notwendige Qualifikationsspektrum erweitert wird, in dem Maße wird eine die herrschenden Anforderungen transzendierende Schulpraxis weiter zu fassen sein, als es die unmittelbaren Berufsverrichtungen angeben. Sie wird theoretisch und praktisch ihre gesellschaftlichen Bezugsbereiche mit einbeziehen müssen.

Demokratische Berufspraxis des Lehrers heißt, den demokratischen Kampf in der Schulpraxis zu führen. Damit ist im Begriff bereits angedeutet, daß die wesentlichen Bestimmungsdimensionen einer demokratischen Schulpraxis nicht aus immanenten Bedingungen des Schulsystems zu entnehmen sind. Vielmehr bestimmt sie sich aus der Dialektik von konkreten Berufsbedingungen und der Einordnung in den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um demokratische Veränderungen in der Gesellschaft insgesamt. Die im demokratischen Kampf angelegte Strategie wird sich ebenso aus den jeweils konkreten Widersprüchen zu entfalten haben.

Demokratische Lehrerpraxis muß auf folgendes gerichtet sein:
– auf die Gewährleistung gleicher Ausbildungsmöglichkeiten für alle – und damit gegen die Benachteiligung der Arbeiterkinder durch den bestehenden Schulbetrieb;
– auf die Demokratisierung schulischer Entscheidungsprozesse;
– und schließlich auf die Bekämpfung reaktionärer Unterrichtsinhalte, auf die Praktizierung inhaltlich-fortschrittlicher Ansätze, die der Masse der Schüler als perspektivisch Lohnabhängigen eine umfassende Qualifikation vermitteln, ihnen ihre Interessenlage verdeutlichen und sie zur organisierten Wahrnehmung ihrer materiellen und politischen Interessen gegen das Großkapital und seiner politischen Kräfte hinführen. Eine solchermaßen verstandene fortschrittliche Lehrertätigkeit erschöpft sich nicht in der bloßen Vermittlung von fortschrittlichem "Unterrichtsstoff" – womit demokratische Berufspraxis auf den ideologischen Kampf beschränkt wäre –, sondern umfaßt ein breites Spektrum von Funktionen: gruppendynamische Handhabung der Lerngruppe zwecks Kompensation klassenunspezifischer Rivalitäten unter Schülern; Kampf gegen rigide Selektionsinstrumente; politische Elternberatung; Kampf gegen die materielle Schulmisere; Kampf gegen die Diskriminierung fortschrittlicher Kollegen usw. Eine demokratische Schulpraxis ist komplex dimensioniert, sie umfaßt ebenso die inhaltliche Demokratisierung von Ausbildungsgängen wie die Veränderung restriktiver politischer Schulverhältnisse. Es ist also keineswegs so, daß "erst die Systematik einer materialistisch fundierten Einzelwissenschaft... die Ableitung konkreter emanzipatorischer Aufgaben der Berufspraxis (zuläßt)" (5). Dies würde die kognitive Dimension der Lehrertätigkeit verabsolutieren und zu einem voluntaristischen Ansatz führen – wie die moralisierende Gegenüberstellung von proletarischer und bürgerlicher Erkenntnisstufe bei Hartwig zeigt (6). Vielmehr bedarf es einer marxistischen Analyse des *Gesamt*spektrums der Lehrerfunktionen, in deren Rahmen einzelne Wissenschaftsbereiche ihre politisch-didaktische Umsetzung erst sinnvoll entwickeln können.

3 Vgl. v.a. St. Lehndorff / G. Faure / R. Oppermann. "Gewerkschaftliche Orientierung des demokratischen Massenkampfes an den Hochschulen", in: EINSCHÄTZUNG, STRATEGIE, DOKUMENTE, Marburg 1972.
4 Hartwig, S. 75.
5 Hartwig, S. 80.

Demokratische Lehrerpraxis beruht auf der Entfaltung fortschrittlicher Interessen bei Lehrern und Schülern an aufbrechenden objektiven Widersprüchen, die sie in ihrer Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß erfahren. Dies macht einen Blick auf die objektiven Entwicklungstendenzen des Schulsystems notwendig:

Die beruflichen Anforderungen an den Lehrer verändern sich wesentlich im Zusammenhang mit ökonomisch bestimmten technischen und sozialen Entwicklungen, die ihren Niederschlag im Funktions- und Strukturwandel des Schulwesens – in der "Schulreform" – finden. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, der Stand der ökonomischen Konzentration sowie die Intervention des Staates im Interesse des Großkapitals bedingen eine wachsende Tendenz zur Technisierung und Organisierung aller Abläufe des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses. Dies schlägt sich nieder in der Struktur der zunehmend notwendigen Arbeitsqualifikationen:
– Arbeitsplatzspezifische Fähigkeiten werden durch "prozeßunabhängige" Qualifikationen ersetzt. So mußte beispielsweise ein Buchhalter bisher über die einzelnen Rechnungsvorgänge genauestens Bescheid wissen. Beim Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen kommt es jedoch auf die Kenntnis von Buchungsprogrammen und der Bedienung der Apparaturen an, das heißt auf eine gewisse "technische Sensibilität".
– Statt Fertigkeiten werden mehr und mehr Kenntnisse verlangt. Verrichtungen, die bisher von der Hand – vermittelt über Werkzeuge – auszuführen waren, werden tendenziell von Maschinen und Automaten übernommen. Die menschliche Tätigkeit verhält sich nur noch vermittelnd zu ihrem Produkt. Daneben bildet sich ein breites Feld gering qualifizierter Automationstätigkeiten heraus (sog. "Lückenbüßer" der Automation). Gleichzeitig wächst der Bedarf an technisch und wissenschaftlich ausgebildeten Kadern. Die wissenschaftlichen Tätigkeiten unterliegen selbst der Spezialisierung, Arbeitsteilung und Arbeitsplanung, usw..
– Umstellungsbereitschaft und Umlernfähigkeit gewinnen angesichts der schnellen Umstrukturierung der Arbeitsplätze zunehmende Relevanz (7).

Diese Veränderungen der Arbeitsstruktur führen im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung des Kapitalismus dazu, daß Sozialisationsinstanzen, die an unmittelbar erfahrbaren bzw. verwertbaren Qualifikationen orientiert sind – speziell Familie und privatkapitalistischer Betrieb – die Ausbildungsfunktionen in wachsendem Umfang dem allgemeinen Schulwesen übertragen. Indiz hierfür ist die Verbreitung der Vorschulerziehung ebenso wie die Verlängerung der durchschnittlichen Schulbesuchsdauer (8) sowie die Tendenz zur Integration der Berufsausbildung in das staatliche Schul- und Hochschulwesen. Freilich vollzieht sich diese Entwicklung der zunehmenden Institutionalisierung und Zentralisierung des gesellschaftlichen Ausbildungsprozesses im Schulwesen widersprüchlich: Ihr steht das Interesse des Kapitals an der Aufrechterhaltung der betrieblichen Ausbildung, d.h. der Verbindung von Ausbildung und Ausbeutung, entgegen: zudem ist

6 Vgl. S. 79.
7 Vgl. Kern/Schumann: INDUSTRIEARBEIT UND ARBEITERBEWUSSTSEIN, Frankfurt 1970.
8 Der Bildungsrat beispielsweise (STRUKTURPLAN FÜR DAS BILDUNGSWESEN, Stuttgart 1970) konstatiert einen Erweiterungsbedarf an Schülerplätzen für den Pflichtschulbereich von ca. 3,5 Mill. bis 1980, vgl. S. 297.

jede Erweiterung der Schulausbildung mit höheren Bildungsausgaben verbunden, was für das Gesamtkapital eine Schmälerung seiner Profitrate impliziert. Gemäß den neuen Qualifikationsanforderungen unterliegt das Schulwesen einer verschärften Rationalisierung.

So werden – vor allem in ländlichen Gebieten – kleine Schulen zu größeren Schulkomplexen zusammengefaßt, die eine effektivere Ausnutzung von Räumen und sonstigen Sachmitteln ermöglichen sowie ein breiteres Angebot an Unterrichtsfächern zwecks Spezialisierung bieten können; die bisherigen vagen Rahmenrichtlinien für den Unterricht werden mehr und mehr ersetzt durch zentral geplante Rahmencurricula und standardisierte Tests, die die Lernziele des jeweiligen Unterrichts determinieren; die Aufgaben von Lehrern werden tendenziell stärker aufgeteilt zwischen den Schulassistenten, die für Verwaltungsaufgaben zuständig sind, Tutoren, die die persönliche Schülerberatung vorzunehmen haben, Kleingruppen- und Großgruppenlehrern, Spezialisten für den Einsatz von Tests, usw.; häufige Leistungskontrollen durch "objektivierte" Tests sollen auf die Straffung der Schulbesuchsdauer wirken, ebenso wie Kurssysteme, in denen die Schüler je nach erbrachter Leistung umgestuft werden auf verschiedene Lernniveaus; auf Schüler wie Lehrer wird über die Einführung zentral kontrollierter Verfahren zur Messung und zum Vergleich des Lernerfolgs einzelner Schüler wie ganzer Lerngruppen und Schulen ein permanenter, fremdgesteuerter Leistungszwang zukommen. Vorherrschende Tendenz in der Schulpolitik ist dabei die Orientierung der Ausbildungsgänge an den kurzfristigen Verwertungsinteressen des Großkapitals – entgegen dem Bedürfnis der Masse der Auszubildenden an einer umfassenden Qualifikation.

Unter diesen restriktiven politischen und materiellen Bedingungen kann nicht die Rede davon sein, daß der Kampf um eine Qualifizierung zu "Mobilität, Kooperationsfähigkeit, rationalem Problemlösungsverhalten" lediglich "zum besseren und reibungsloseren Verkauf der Ware Arbeitskraft" (9) führt. Wenn tatsächlich die herrschende Qualifikationstendenz im Spätkapitalismus eine Dequalifikation der Arbeitskraft beinhaltet (10), dann wird jeder Kampf für umfassende Qualifikation, indem er gegen das staatsmonopolkapitalistische System geführt werden muß, notwendig seinen ökonomischen Charakter überwinden. Dies ist allerdings eine Aufgabe der bewußten Aktualisierung. Demokratische Forderungen, die abstrakt in das Spektrum kurz- und langfristiger Kapitalinteressen einzuordnen wären, entwickeln sich im Zuge verschärfter Auseinandersetzungen objektiv weiter. Die Unfähigkeit des Staates, Wissenschaft und Ausbildung im langfristigen Interesse der Konzerne umfassend zu entwickeln, und die daraus resultierenden politischen Widersprüche führen zu verstärkter politischer Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte. Demokratische Berufspraxis der Lehrer sieht sich einer – in einzelnen Maßnahmen jedoch anarchischen – Totalität von politischen Reglementierungen gegenüber. Bereits hieraus folgt, daß eine fortschrittliche Schulpraxis ökonomische, politische und ideologische Momente als Einheit umfassen muß, will sie ihre zuvor skizzierte Kampfperspektive wahrnehmen.

2. Curriculumtheoretische Überlegungen

2.1. Die Vielfalt des Qualifikationsspektrums

Im Kampf um eine berufspraxisorientierte wissenschaftliche Lehrerausbildung reicht es

9 Hartwig, S. 74.
10 Ebenda.

nicht aus, bei globalen Zielvorstellungen, wie etwa die der "Emanzipation" (11) oder auch die der "Befähigung zur revolutionären Berufspraxis" (12), stehen zu bleiben. Dies kann sich die bürgerliche Erziehungswissenschaft im unbewußten Vertrauen darauf, daß die herrschende Ideologie die Ideologie der Herrschenden ist, noch am ehesten leisten (13). Und selbst sie ist mehr und mehr darauf angewiesen, detaillierte Ziele zur Effektivierung des Lernprozesses zu formulieren (14). In der bürgerlichen Erziehungswissenschaft ist erkannt worden, daß geplante Veränderungen im Sozialisationsbereich sich nicht in pauschalen Globalzielen deduzieren lassen (15). Um so relevanter ist es für die demokratischen und sozialistischen Kräfte in der BRD, die allgemeinen Kampfziele "Demokratisierung" usw. durch detaillierte und das gesamte notwendige Spektrum umfassende Teilziele zu konkretisieren (16).

Diese Teilziele dürfen nicht eine formale Zersplitterung bedeuten, sondern sollen die konkrete Vielfalt ebenso wie die Einheit aller Lerndimensionen darstellen und die Perspektiven des Kampfes detailliert inhaltlich miteinbeziehen. In der Didaktik der DDR wird unter dem Begriff "Einheit von Bildung und Erziehung" und "polytechnischer Erziehung" die Notwendigkeit gefaßt, die Ausbildung *aller* Persönlichkeitsdimensionen – die Dimensionen der kognitiven Leistungen, der emotionalen Beziehungen, der Aktivität der Lernenden – bewußt anzustreben und dies nicht voneinander isoliert, sondern integriert zu betreiben. "Es ist bekannt, daß verstandesmäßige Einsichten erst dann zur inneren Überzeugtheit führen bzw. daß dieser Weg von Einsichten zu Überzeugungen sehr erleichtert wird, wenn reiche und tiefe Erlebnisse diesen Prozeß begleiten." (17) Die Integration aller Qualifikationsdimensionen ist nicht nur für die Entfaltung der Produktivkräfte von methodischer Relevanz, sondern auch für die Ausbildung der Lehrer daraufhin, daß sie befähigt werden, den demokratischen Kampf in der Berufspraxis aufzunehmen. Das heißt, es müssen die historisch notwendigen affektiven und sozial-handlungsbezogenen Qualifikationen im Zusammenhang mit kognitiven gleichermaßen entwickelt werden, bzw. es müssen Kampfpositionen geschaffen werden, die das Erreichen dieser Ziele erleichtern. Engels führte im Anti-Dühring treffend gegen die einseitige Betonung der kognitiven Dimension an: "Die bloße Erkenntnis, und ginge sie weiter und tiefer als die der bürger-

11 Ein globales Ziel, das mit Beginn der Studentenbewegung ein gegen die herrschenden Verhältnisse gerichtetes Kampfziel beinhaltete, mittlerweile zu einer formalen Hülse geworden ist und in den unterschiedlichsten Schriften gebraucht wird. Vergl. MITTEILUNGEN DER KOMMISSION ZUR REFORM DER HESSISCHEN BILDUNGSPLÄNE, Heft 3c, April 1971.
12 Vgl. F. Huisken: "Der Lehrer, dient er der Mündigkeit oder der Emanzipation?" unveröffentlichtes Manuskript 1969.
13 In den bisherigen Richtlinien für den Schulunterricht werden dementsprechend Ziele angegeben, wie Erziehung zu "geistig-sittlichen Dasein..., das durch Ordnungen, Gebote und eigenes Gewissen gehalten ist" (NIEDERSÄCHSISCHE RICHTLINIEN FÜR VOLKSSCHULEN, 1956), die für die konkrete Ausgestaltung des Unterrichts kein brauchbares Kriterium sein konnten; letztendlich entsprach jedoch das Ergebnis des Unterrichts den herrschenden Intentionen "volkstümlicher Bildung".
14 Als ein Beispiel aus der Fülle derartiger Literatur in letzter Zeit: Mager: LERNZIELE UND PROGRAMMIERTER UNTERRICHT, Weinheim 1969.
15 Vgl. H. Meyer: "Das ungelöste Deduktionsproblem in der Curriculumforschung", in: Achtenhagen/Meyer (Hrsg.): CURRICULUMREVISION – MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN, München 1971.
16 Dies kann und darf nicht zu den undialektischen Auswüchsen operationalisierter Lernzielbestimmungen etwa auf der Grundlage von Taxonomien führen.
17 Vgl. Autorenkollektiv: LEHRPLANWERK UND UNTERRICHTSGESTALTUNG, Berlin 1970, S. 82.

lichen Ökonomie, genügt nicht, um gesellschaftliche Mächte der Herrschaft der Gesellschaft zu unterwerfen. Dazu gehört vor allem eine gesellschaftliche Tat."

Es wäre natürlich illusionär zu glauben, bei bloß formaler Berücksichtigung der verhaltensbezogenen, der kognitiven und emotionalen Prozesse sei bereits eine "systemverändernde pädagogische Innovation" (18) angelegt. Es reicht nicht aus, Ziele anzugeben wie "die schulischen und gesellschaftlichen Bedingungen und innovativen Möglichkeiten des Unterrichts differenziert wahrzunehmen..., in Konfliktsituationen mit Schülern und Kollegen ... relativ angstfrei, sicher und flexibel reagieren zu können..., (über) Rollendistanz, ... intrinsische Berufsmotivation... (und) Risikobereitschaft... (zu verfügen)" (19). Vielmehr muß die inhaltliche Bestimmung aller Zieldimensionen aus den konkreten Erfordernissen des Kampfes der Arbeiterklasse und des Kampfes der fortschrittlichen Lehrer an ihrer Seite abgeleitet, mit entsprechenden Inhalten und Lernmethoden verbunden und im praktischen Zusammenhang mit dem Kämpfen entwickelt werden. So können die curricularen Forderungen von Sozialisten im Bereich der Lehrerausbildung z.B. nicht "Risikobereitschaft" beinhalten, sondern als eine fortschrittliche Konkretion die Bereitschaft, die Illusion eines möglichen "geruhsames Beamtendasein" in überfüllten Klassen und bei ständiger politischer Repression des Schuldirektoriums aufzugeben und Kampfmaßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Ausbildungsbedingungen der zukünftig lohnabhängigen Schüler entsprechend ihren objektiven Interessen zu verändern. An diesem Beispiel wird bereits deutlich, daß alle analytisch unterschiedenen Dimensionen der Qualifikation in jeweils spezifischer Form gleichermaßen, wenn auch nicht gleichgewichtig notwendig sind, um eine Situation praktisch-politisch fortschrittlich zu verändern: Neben spezifischen Kenntnissen von Bildungsplanungsdaten, Einsichten in deren widersprüchliche politisch-ökonomische Bestimmtheit – die Auskunft geben über die materielle Schulmisere – ist es gleichermaßen notwendig, generell psychisch in der Lage zu sein, entgegen der eigenen Sozialisation, die darauf abzielt, sich den herrschenden Verhältnissen zu unterwerfen, zu kämpfen und speziell etwa die Einschätzung von Kräfteverhältnissen in das eigene Handeln einfließen zu lassen. Diese unterschiedlichen Dimensionen der Qualifikation müßten auf die verschiedenen Situationen der Praxis des Lehrers und auch der Lehrerstudenten als curriculare Ziele aufgestellt werden, denn selbst die Leitung des Unterrichtsprozesses oder die Entscheidung über Lernziele sind für politisch fortschrittliche Lehrer nicht rein kognitiv zu bewältigen.

In diesem Kontext findet man bei Hartwig (20) zwar formal einige Aufschlüsselungen von Inhalten, aber man sucht vergebens nach allseitigen Zielvorstellungen. So scheint für ihn lediglich die kognitive Dimension relevant zu sein, und dies auch nur auf der rein stofflichen Ebene, ohne Bestimmung der Intentionen. Er zählt lediglich *Kenntnis*bereiche für Deutschlehrer auf, wie z.B. "Kenntnis des dialektischen und historischen Materialismus, real-soziologischer Analysen, empirisch-soziologischer Sozialisationsprozesse..." (21). Von handlungsbezogenen und emotionalen Aspekten der Qualifikation des Lehrers – geschweige denn von der Notwendigkeit, alle diese Dimensionen integral miteinander verbunden zu erlernen – ist keine Spur zu finden. Lenin kritisierte das isolierte kognitive Aneignen der Wissenschaft sehr heftig: "... Diese Leute, die nur gelernt und gelesen hätten, was in den kommunistischen Büchern und Broschüren steht, würden sich als unfähig erweisen, alle diese Kenntnisse zusammenzufassen, und würden nicht so handeln

18 Frech/Reichwein: "Lehrerbildung: Verführung zur Anpassung oder Befähigung zur Innovation", in: BETRIFFT: ERZIEHUNG 12/1971.
19 Ebenda, S. 24.
20 Hartwig, S. 77, S. 79, S. 80.
21 Hartwig, S. 80.

können, wie es der Kommunismus wirklich verlangt. ... Ohne Arbeit, ohne Kampf ist das aus den kommunistischen Broschüren und Werken geschöpfte Bücherwissen über den Kommunismus keinen Pfifferling wert" (22).

Die qualitative Verkürzung des Qualifikationsspektrums, die analytisch heute nicht einmal mehr von der bürgerlichen Wissenschaft betrieben wird (23) – findet man noch in den Ausbildungscurriculumentwürfen von Bildungsrat, Kultusministerien usw. wieder. Bereits jetzt liegen jedoch Untersuchungen vor, die verdeutlichen, daß rein kognitiv angelagerte Einstellungen etwa zum "dynamischen Begabungsbegriff" oder zum "sozial-integrativen Führungsstil" bei Lehrern unter dem Anpassungsdruck der Berufstätigkeit abgebaut werden (24). Diese Ineffektivität der bisherigen Ausbildung wird sicherlich – auch angesichts des analytischen Erkenntnisstandes der bürgerlichen Wissenschaft – in den neuesten Lehrerausbildungskonzeptionen der Kultusministerien in der Art aufzufangen versucht, daß verstärkt durch isoliertes Verhaltenstraining à la micro-teaching die Funktionabilität des ausgebildeten Lehrers gesteigert wird. Es liegt auch im Sinne der Formierungsbestrebungen, den "Realitätsschock" bei Referendaren und Junglehrern mit Eintritt in die Schulpraxis abzubauen.

Wieviel mehr müssen die fortschrittlichen Studenten ein Interesse daran haben, diesen "Realitätsschock" zu überwinden? Hängt doch daran die Entfaltung des demokratischen Kampfes in den Schulen oder der Rückfall in politische Apathie – angesichts scheinbar unüberwindbarer schulpolitischer Disziplinierung. Für die demokratische und sozialistische Bewegung im Ausbildungssektor darf es in diesem Kontext der Formulierung von Lernzielen nicht allein beim Appell bleiben, nicht hinter dem formalen Erkenntnisstand der bürgerlichen Wissenschaft zurückzufallen, sondern es gilt über die inhaltliche Erkenntnis historisch notwendiger Qualifikationen und deren Benennung in allen Dimensionen der Fähigkeiten eines demokratischen Lehrers hinaus, Situationen, die eine Integration der Dimensionen für jetziges und späteres Handeln ermöglichen, zu formulieren und zu propagieren. Im Kampf an Hochschule und Schule müssen daran orientiert *Positionen* geschaffen werden, die in der Lage sind, den Lehrer- (Studenten) entsprechend den historischen Notwendigkeiten *politisch* partiell weiter zu qualifizieren und damit den Kampf auch als Lehrer weiter voranzutreiben.

Eine geschlossene Ausbildungskonzeption, die von der Notwendigkeit der Veränderung dieser Gesellschaft auf den Sozialismus hin ausgeht und als Totalität umsetzbar ist, muß schon aufgrund der gegenwärtig herrschenden Verhältnisse reines abstraktes Modell bleiben. In den Aktivitäten für eine fortschrittliche Lehrerausbildung werden notwendigerweise Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Diese Schwerpunkte variieren sicherlich nach den je vorfindbaren Bedingungen. Entscheidend dafür, komplette Lernzielkataloge in ihrer Funktion auf die konkrete Situation zu beziehen, sind die *politischen* Bestimmungen des Ausbildungskampfes.

22 Lenin: ÜBER VOLKSBILDUNG, Berlin 1970, S. 326.
23 Vgl. Dimensionen der Intentionalität bei W. Schulz, in: Heimann / Otto / Schulz: UNTERRICHT – ANALYSE UND PLANUNG, Hannover 1968; vgl. das taxonomische Modell von Bloom, in: Krathwohl; "Der Gebrauch der Taxonomie von Lernzielen", in: Achtenhagen / Meyer, a.a.O..
24 E. Liebhart: "Sozialisation im Beruf", in: KÖLNER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIOLOGIE UND SOZIALPSYCHOLOGIE, Jg. 1970, S. 715-736;
Koch/Pfeifer: "Sozialpsychologische Aspekte einer Reform der Lehrerausbildung", in: DIE DEUTSCHE SCHULE, Nr. 7/8, 1971, S. 435-449.

2.2. Curriculum als Prozeß

Der Terminus Curriculum wird in der herrschenden Literatur meist als die Gesamtheit aller geplanten Mittel und Maßnahmen aufgefaßt, die auf den Auszubildenden einwirken sollen. Dabei wird implizit von einem undialektischen Verhältnis des Lernenden zur Lernumgebung ausgegangen; lediglich den geplanten Lernschritten wird Gewicht beigemessen, und Äußerungen von Eigenaktivität der Lernenden werden als Störvariablen betrachtet.

Um den Lernprozeß und seine Resultate wissenschaftlich zu erfassen, ist es notwendig, aus der Feststellung, daß das organisierte Lernen nur einen Bruchteil des gesamten Lernens eines Menschen ausmacht – dies gilt grundsätzlich für den Studenten ebenso wie für den dreijährigen Vorschüler –, die Konsequenz zu ziehen, die Borniertheit von bloßen Studienordnungen oder Lehrplänen als Kriterium des Lernens aufzubrechen und stattdessen von einer historisch-materialistischen Analyse der sozialen Herkunft, der perspektivischen Klassenlage und der konkreten subjektiven Barrieren der jeweiligen Auszubildenden sowie der objektiven Lernbedingungen auszugehen. Dies ermöglicht bereits Aussagen über die entscheidenden gesellschaftlichen Prozesse und Verhältnisse, die den Lernenden – hier den Lehrerstudenten – beeinflussen, so daß hier Möglichkeiten für geplante Lernprozesse gegeben sind, z.B. Verschleierungen der realen gesellschaftlichen Verhältnisse aufzubrechen; andererseits ist hier auch der objektive Hintergrund gegeben, von dem aus sich die Aktivitäten der Studenten selbst auf den Lernprozeß konstituieren. Dies vollzieht sich nicht nur in augenfälligen Handlungen, wie etwa in Seminarkritik, sondern geht meist kaum merklich durch Motivationsstärke, fehlende Gedächtnisleistung, oder andere Merkmale in die Lernsituation ein. Diese dialektischen Beziehungen von Lerneinflüssen und Aktivitäten des Lernenden bestehen immer, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung.

Ein großer Anteil des Gelernten wird ohnehin in solchen bewußt nicht geplanten Prozessen erworben. So vor allem emotionale Momente, die nur sehr selten als gezielte Lernaktivitäten angegangen werden, sondern sich bei den Interaktionen in speziellen sozialen Situationen allmählich herausbilden. Das Moment der Eigenaktivität des Lernenden kann und muß von Sozialisten natürlich auch bewußt gelenkt werden. So führt Lenin über den kommunistischen Jugendverband an, er solle "seine praktische Tätigkeit ... gestalten, daß diese Jugend, indem sie lernt, sich organisiert, sich zusammenschließt und kämpft, sich selbst und alle diejenigen erzieht, die in ihr den Führer sehen" (25). Für eine demokratische Lehrerausbildung hieße die Anwendung des Prinzips der bewußten aktiven Einflußnahme der Lernenden auf den eigenen Lernprozeß, daß die Masse der Lehrerstudenten selbst aktiv in den demokratischen Kampf einbezogen wird und durch Kampferfahrungen selbst qualifiziert wird für den Kampf im späteren Berufsfeld der Schule. Dies würde dazu führen, daß sie komplexe Fähigkeiten erwerben, sei es, den Klassengegner nicht nur abstrakt zu thematisieren, sondern ihn in seinen *konkreten* Handlungen immer deutlicher zu erkennen und kennenzulernen, sei es, die konkreten Bedürfnisse der Schüler politisch in der Schulpraxis aufgreifen zu können. Hoernle betont dies Prinzip im Kampf um den Sozialismus sogar als ausschließliches: "Man kann nicht zur Aktivität erziehen außer durch Aktivität. Politisch erziehen heißt nicht politisch reden, sondern in das politische Handeln einführen" (26). Damit ist auch die Dialektik von Methoden und Zielen angesprochen. Nur mit der ihr adäquaten inhaltlichen und intentionalen Zielsetzung kann eine Methode des Lernens fruchtbar sein, und nur das Finden der dazugehörigen Lernmethoden kann

25 Lenin: ÜBER VOLKSBILDUNG, Berlin 1970, S. 331.
26 E. Hoernle: GRUNDFRAGEN PROLETARISCHER ERZIEHUNG, Darmstadt 1969, S. 130.

konsequent ein Lernziel verwirklichen (27). Nicht ohne Grund hat Lenin – um ein extremes Beispiel zu nehmen – gegen die rigiden, teils terroristischen Paukmethoden der zaristischen Schule heftig polemisiert (28).

In dem Ausbildungskampf für eine Qualifikation zu demokratischen Lehrerverhalten sind Methoden zu entwickeln, die die praktische Auseinandersetzung mit kognitiven und emotionalen Dimensionen verknüpfen. Dies ist kein Vorgang in der Schreibstube, sondern er entwickelt sich im Zusammenhang des praktischen Kampfes im Ausbildungssektor. Ein Teilschritt zu zieladäquaten Methoden wäre etwa die Abschaffung reiner Wissensklausuren, die im Zusammenhang mit Aktionen gegen unwissenschaftliche und verschulte Studiengänge durchzusetzen ist. Auch die Forderung nach "forschendem Lernen" oder "projektorientiertem Studium" wäre in diesem Sinne als Kampfposition auszubauen.

2.3. Zum Theorie-Praxis-Verhältnis

In den herrschenden Konzeptionen zur Reform der Lehrerausbildung (29) manifestiert sich ein enggefaßtes Praxisverständnis: Mit Praxis ist das unmittelbare Handeln des Lehrers im Zusammenhang mit dem Unterricht gemeint. In den Konzeptionen selbst taucht dann Praxis in Gestalt von schulpraktischen Studien auf und im Gefolge der Konzepte wird gefordert, "daß die schulpraktischen Studien integrierende Momente der Curricula aller an der Lehrerausbildung beteiligten Fachbereiche werden" (30). Oder es wird seitens der bürgerlichen Wissenschaft gefolgert, daß eine "Theorie des pädagogischen Verhaltens" für die Lehrerausbildung zu entwickeln sei (31). Hartwig kritisiert zu Recht, daß hier ein bornierter Praxisbegriff eingeht. Die Frage der gesellschaftlich-politischen Dimension von Wissenschaft und damit die Frage nach dem Verhältnis von Struktur und Inhalt der bürgerlichen Wissenschaft, ihren Grenzen, werden nicht gestellt, geschweige denn beantwortet. Allerdings gilt es auch, den Zusammenhang von Praxisorientierung und Aufsplitterung der bürgerlichen Wissenschaft als "prozessierenden Widerspruch" zu begreifen (32).

27 Vgl. Autorenkollektiv: LEHRPLANWERK ..., a.a.O., S. 34ff.;
A.S. Makarenko: EINE AUSWAHL, Berlin 1971, S. 90;
Heimann / Otto / Schulz, a.a.O..
28 Lenin, a.a.O., S. 327.
29 Konzeptionen des Bildungsrats und Wissenschaftsrats (beide abgedruckt in: MATERIALIEN ZUR LEHRERAUSBILDUNG (1), HOPOMAT 4, hrsg. vom VDS); "Frankenthaler Empfehlungen der KMK" (ebenda); "Dritter Entwurf für den Bildungsgesamtplan und ein Bildungsbudget", in: VDS-HOPOMAT 9 – im "Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission" vom 5.11.71 sind Angaben über die Lehrerausbildung infolge aktueller SPD-CDU-Differenzen weitgehend offengelassen –; DISKUSSIONSENTWURF ZUR NEUORDNUNG DER LEHRERAUSBILDUNG. BILDUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN 1A/71, hrsg. vom Hess. Kultusminister; "Entwurf für ein Abkommen zwischen den Ländern über die Vereinheitlichung der Lehrerausbildung" (abgedr. in AGLA-MAT/AKTUELL vom 15.12.71); mittlerweile kursieren so ziemlich aus jedem Bundesland Lehramtsgesetz-Entwürfe. Die "Vereinheitlichung" der Lehrerausbildung ist in der KMK heruntergeschraubt worden zu einem in Arbeit befindlichen Anerkennungs-Abkommen jeweiliger differierender Lehrertypen.
30 F. Roth / A. Jellinek: "Die Integration schulpraktischer Studien in der Ausbildung der Lehrer", in: STELLUNGNAHMEN ZUM DISKUSSIONSENTWURF, BILDUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN 3S/71, hrsg. vom Hess. Kultusminister, S. 2.
31 H.-K. Beckmann: "Das Verhältnis von Theorie und Praxis als Kernfrage für eine Reform der Lehrerausbildung, in: LEHRERAUSBILDUNG AUF DEM WEGE ZUR INTEGRATION, ZEITSCHRIFT FÜR PÄDAGOGIK, 10. Beiheft, S. 169.
32 Vgl. Abschnitt 3.7.

Gegenüber einem rein phänomenologischen Begriff gesellschaftlicher Tätigkeit, der für bürgerliche Reformmodelle der Lehrerausbildung kennzeichnend ist, wird es notwendig sein, für die Entwicklung einer fortschrittlichen Lehrerausbildung den Praxisbezug studentischen Lernens materialistisch zu spezifizieren.

Theorie und Praxis sind zunächst Erkenntniskategorien, wobei Praxis "auf die unmittelbare Veränderung der objektiven Wirklichkeit (ausgeht)", und Theorie "die Umgestaltung und Entwicklung eines Systems von Begriffen und Erkenntnissen über die Wirklichkeit (darstellt)" (33). Praxis schließt demzufolge jede wirkliche Tätigkeit auch im Bereich des ideologischen Überbaus der Gesellschaft ein. Das historisch bewegende Moment der Gesellschaft ist jedoch der Prozeß der materiellen Produktion und Reproduktion. "Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt" (34). Erst über die Entfaltung der materiellen Produktivkräfte und das Sprengen historisch überlebter Produktionsverhältnisse erfolgt die tatsächliche Veränderung der Wirklichkeit hin zu einer neuen gesellschaftlichen Qualität. *Umwälzende* Praxis besteht wesentlich in der materiellen Arbeit. Diese Hervorhebung des historisch-materialistischen Begriffs von Praxis gegenüber dem phänomenologischen ist notwendig, wenn die Ausrichtung der Lehrerausbildung letztendlich auf einen Kampf um die tatsächliche Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft zum politischen Kriterium gemacht werden soll. Denn erst diese Differenzierung gestattet Aussagen über die im Berufspraxisbezug objektiv angelegten politischen Perspektiven des Ausbildungskampfes.

Im Zuge der Verwissenschaftlichung und Vergesellschaftung der materiellen Tätigkeit verändert sich auch ihre sinnlich-gesellschaftliche Form. Mit der Zunahme von Arbeiten vor, neben und hinter dem Fertigungsprozeß gehört zur materiellen Tätigkeit längst nicht mehr allein die körperlich-gegenständliche Arbeit (35). Geistige Tätigkeiten der Organisierung, Forschung und Entwicklung im Bereich des materiellen Produktionsprozesses der Gesellschaft sind ebenfalls als materielle Tätigkeiten im historisch-materialistischen Sinne einzustufen, denn "in immer höherem Grade stellen die Produktivkräfte die Vergegenständlichung theoretischer, wissenschaftlicher Erkenntnisse dar" (36). Allerdings ist in zweierlei Beziehung der Entwicklungsprozeß der materiellen Basis der Gesellschaft differenziert auf das hier behandelte Theorie- und Praxisproblem zu beziehen: einmal in Bezug auf den Grad an Subsumtion der jeweiligen Tätigkeit unter das Kapital, womit die Entfaltung der kapitalistisch – im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital – bestimmten Widersprüche in ihrer konkreten Form zusammenhängt. Zum anderen ergeben sich im Falle geistiger Arbeit im Bereich des materiellen Produktions- und Reproduktionsprozesses besondere Probleme des Auseinanderklaffens von objektiver gesellschaftlicher Lage und subjektiven Vorstellungen, die daraus erwachsen.

Setzen wir diese Überlegungen auf das Berufsfeld des Lehrers um: Die oben skizzierten Veränderungen der gesellschaftlich notwendigen Qualifikationsstruktur führen unter den ökonomischen Bedingungen der BRD zu einer zunehmenden Institutionalisierung und Konzentration der Ausbildung im staatlichen Schulwesen. Mit der steigenden Relevanz der vom Schulwesen wahrgenommenen Qualifikationsfunktion für den Akkumulationsprozeß des Kapitals und den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft wird das Schulwesen umgekehrt von den kapitalistischen Zügen verschärfter Arbeitsteilung, materieller Restriktion und politisch-ideologischer Steuerung geprägt. Das Schulwesen wird zu einem

33 G. Stiehler: DIALEKTIK UND PRAXIS, Berlin 1968, S. 26.
34 K. Marx: "Vorwort", ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, in: MEW 19.
35 Vgl. H. Steiner: SOZIALE STRUKTURVERÄNDERUNGEN IM MODERNEN KAPITALISMUS, Berlin 1967.
36 Stiehler, a.a.O., S. 74.

interdependenten Faktor im Reproduktionsprozeß des Kapitals, es bildet sich ein enger funktionaler Zusammenhang von Schulsystem und materiellem Produktions- und Reproduktionsprozeß heraus, ohne daß die Schule direkt dem Kapital subsumiert würde, sondern gerade wegen der notwendig allgemeinen Qualifikationsleistungen vom Staat verwaltet wird. Gleichzeitig nimmt das Schulwesen seinen Platz im ideologischen Bereich der Gesellschaft ein. Die Lehrertätigkeit ist als allgemein qualifizierende materielle und ideologische Tätigkeit zugleich. Dies heißt: Der Berufspraxisbezug in der Lehrerausbildung stellt nicht im Selbstlauf eine praktische, fortschrittliche Orientierung auf die materiell und politisch umwälzenden Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung her. Andererseits ist der Berufspraxisbezug von Relevanz, um einem solchen fortschrittlichen Qualifizierungsprozeß materielle Wirksamkeit zu verleihen. Es ist eben der praktisch Tätige, der die Wirklichkeit verändert und als erkennend Tätiger sie theoretisch erschließt. Die Ausrichtung der Lehrerausbildung auf eine demokratische Berufspraxis macht die *praktische wie theoretische* Gestaltung des Lernprozesses, und zwar auf eine im materialistischen Sinne erweiterte Praxis bezogen, notwendig. "Erweiterte Praxis" geht dann in die Lehrerausbildung ein als materialistische Analyse und subjektive Erfahrung der perspektivischen Schulfunktion – wobei die kognitiven Funktionen des Lehrers einzuordnen wären in das Gesamtspektrum seiner Tätigkeit – im Verhältnis zum Produktions- und Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft, als wissenschaftliche Parteinahme für konsequente Demokratisierung und als praktischer Kampf an der Seite der Arbeiterklasse. Dies macht die Einbringung der marxistischen Wissenschaft in den Ausbildungsprozeß notwendig. Und zwar in der integrierten Analyse der Totalität der Sozialisationsfunktion des Lehrers und ihrer konkreten wie abstrakten politisch-ökonomischen Bedingungen. Und dies macht die subjektive Einbeziehung der Lehrerstudenten in den praktischen Kampf um Demokratisierung erforderlich, ausgehend von der Erfahrung des Zusammenhangs von aktueller Studien- und perspektivischer Berufssituation.

Es stehen sich nicht Berufspraxis und marxistische Wissenschaft gegenüber, wie dies Hartwig suggeriert (37). Vielmehr besteht eine Einheit von umwälzender, eben revolutionärer Praxis – die ihren jeweils konkreten Anfang nehmen muß – und marxistischer Wissenschaft; eine Einheit, die im politischen Kampf subjektiv zu aktualisieren ist.

2.4. Das Arbeitsschulprinzip in der Lehrerausbildung

Die bereits erwähnte Untersuchung von Liebhart zur beruflichen Sozialisation des Lehrers (38) bestätigte die zentrale Hypothese des Autors, daß bei der Ausbildung von Gymnasiallehrern, bei der "das Erlernen berufsbezogener Einstellungen und Normen nicht aufgrund praxisrelevanter Kenntnisse erfolgt ... , die Entwicklung eines realitätsorientierten Berufsbildes und Leitbildes vom Beruf nicht möglich ist. Dies (läßt) erwarten, daß aus dem 'Idealisten der Studienjahre' mit seinen Illusionen bezüglich der Wandelbarkeit von Institutionen und des Spielraumes individueller Initiativen relativ schnell der 'Anpassungsvirtuose der Praxis' ... (wird)" (39).

In einer gesellschaftlichen Situation, die durch zunehmende Relevanz des Ausbildungs-

37 Wie etwa durch die Formulierung: "Praxis – das ist nicht nur die konkrete Berufspraxis, die zum Zwecke der Ausbildung von Lehrern 'erkundet' und ins Studium einbezogen werden muß, sondern Praxis ist in den marxistischen Wissenschaften eine z e n t r a l e w i s s e n s c h a f t l i c h e K a t e g o r i e." (Hervorg. bei Hartwig), Hartwig S. 77. Es stehen sich also ein Praxisbereich und eine Kategorie gegenüber!
38 Vgl. Fußnote 24.
39 Liebhart, a.a.O., S. 715f..

sektors für die materielle und ideologische Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse gekennzeichnet ist, kann es der herrschenden Klasse und ihren politischen Agenturen nicht gleichgültig sein, wenn die Lehrer bei ihrer Tätigkeit nicht einmal psychisch in der Lage sind, durch Verarbeitung der Erkenntnisse der "modernen" bürgerlichen Sozialwissenschaften eine Effektivierung des Unterrichts individuell zu betreiben – bei gleichzeitig sozio-ökonomischen Restriktionen des Bildungswesens. Eine derartige individuelle Effektivierung wäre etwa durch das Verinnerlichen des "dynamischen Begabungsbegriffs" durch den Lehrer zu leisten, was sich wiederum in hohen Leistungserwartungen gegenüber den Schülern niederschlägt, die erwiesenermaßen bei gleichbleibenden materiellen Schulbedingungen zu realen Leistungssteigerungen führen (40).

Darauf, daß dieses Zurückfallen des Lehrers hinter bereits erworbene Einstellungen in der ersten Phase des Berufseintritts zu wesentlichen Teilen auf die rein theoretische Ausbildung ohne Berufspraxisbezug zurückzuführen ist, wird in der pädagogischen Reformliteratur häufig hingewiesen. Bereits Mitte der sechziger Jahre – ehe empirische Untersuchungen dies belegten – wurde in der pädagogischen Diskussion die bisherige theoretisch abgehobene zweiphasige Lehrerausbildung kritisiert (41). Das Verhältnis von Theorie und Praxis – hier natürlich bloß phänomenologisch im Sinne von Praxis als erzieherische Tätigkeit und Theorie als die der Tätigkeit zugrundeliegenden Normen und Gesetzmäßigkeiten (42) – soll danach enger aufeinander bezogen werden; die theoretischen Kenntnisse sollen besser erworben und behalten werden, indem sie mit praktischer Anschauung verbunden werden. In der pädagogischen Diskussion wurde dieses Prinzip, fundamentale Erfahrungen durch Tätigkeit zu erwerben, unter dem Schlagwort "Arbeitsschule" bereits vom Herbartianer W. Götze (43) und später vor allem von Kerschensteiner für den Schulbereich gefordert. Der Realisierung dieser psychologisch begründbaren Methode zur Effektivitätssteigerung des Lernens – schon über hundert Jahre von Pädagogen angestrebt – werden gegenwärtig an einigen Stellen des Reformprozesses gewisse institutionelle Möglichkeiten auch für die Lehrerausbildung geschaffen, wie z.B. durch die Verankerung didaktischer Zentren im Hochschulrahmengesetz und in den Länderhochschulgesetzen, durch gewissen Austausch von Lehrenden der Ausbildungsinstitutionen von erster und zweiter Phase, u.ä.. Gleichzeitig mit der Effektivierung der Lernleistungen ist die Vermittlung ideologischer Momente durch die praktische Betätigung als bloßer Methode verbunden (44), ohne daß die reale Praxis als materielle Tätigkeit zu wirklicher gesellschaftlicher Veränderung in die Ausbildungssituation integriert wird bzw. überhaupt analytisch erfaßt wird (45). So wird zwar von Beckmann postuliert, das Ziel der Lehrerausbildung sei "Gestaltung und Veränderung von Praxis" (46). Dem wird aber nicht eine Theorie, die die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung begreifbar macht, zugrundegelegt. Sondern unter Theorie wird ein Sammelsurium von "kritischer Seite" und "instrumentaler Seite" von Theorie (47) verstanden, die dann bei der Realisierung

40 Vgl. Rosenthal / Jacobson: PYGMALION IM KLASSENZIMMER, Weinheim 1971.
41 Vgl. H.-K. Beckmann (Hrsg.): ZUR REFORM DES PÄDAGOGISCHEN STUDIUMS UND DER LEHRERAUSBILDUNG, Weinheim 1969, insbes. S. 253 ff..
42 Vgl. Klafki u.a.: FUNKKOLLEG ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT III, Frankfurt 1970, S. 173ff..
43 K. Odenbach: DIE DEUTSCHE ARBEITSSCHULE, Braunschweig 1965, S. 22.
44 H. Karras: DIE GRUNDGEDANKEN DER SOZIALISTISCHEN PÄDAGOGIK, Berlin 1958 (nachgedruckt Hannover 1971), S. 108. Dies gilt nicht nur für das Prinzip der Arbeitserziehung in der Schule, sondern für alle Ausbildungsbereiche.
45 Vgl. Beckmann, a.a.O., wo unter Praxis lediglich das konkrete Verhalten des Lehrers in der Schule verstanden wird, s. insbes. S. 167f..
46 Ebenda, S. 169.
47 Ebenda.

in der Lehrerausbildung als detailliert aufgeschlüsselter Pool für die Lernzielauswahl fungieren. Notwendig gibt es dabei für eine rein erkenntnistheoretisch gefaßte Praxis keine wissenschaftlichen Auswahlkriterien, so daß einer Funktionalisierung für die Qualifikationsanforderungen der herrschenden Klasse Vorschub geleistet wird. Die bürgerlich-erziehungswissenschaftlichen Forderungen, als idealistische konzipiert, nach "distanzierter Wahrnehmung der eigenen Rolle" (48) bleiben auf der Strecke. Dies wurde plastisch von Beckmann selbst dargestellt, indem er die zu verändernden Funktionen des Lehrers inhaltlich lediglich auf ein besseres Funktionieren entsprechend den veränderten herrschenden Notwendigkeiten bezieht. So wird nicht etwa der Kampf gegen die Selektion in der kapitalistischen Schule propagiert, sondern die Selektionsfunktion des Lehrers wird durch "objektivierte" Verfahren zu effektivieren versucht und weitergehend verschleiert, indem gesagt wird, "Beurteilung" solle die Grundlage sein, "um dem jungen Menschen auf seinem spezifischen Bildungsweg weiterzuhelfen" (49). Diese Konzeption eines engeren Theorie-Praxis-Bezugs läuft auf einen Ausbildungsprozeß hinaus, der lediglich eine intensivere Anschauung des Tätigkeitsfeldes mit einbezieht. "Rollendistanz" soll im Sinne der Entfaltung "funktionsgerechter" Lehrerinitiative den herrschenden Schulbetrieb effektiver machen.

Daß diese Form des Praxisbezug die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft nicht ausbügelt, kann nicht bestritten werden. Die Frage bleibt jedoch, welche Konsequenzen sich für den demokratischen Ausbildungskampf aus diesem Problemkomplex ergeben. Die Kenntnisnahme der Erscheinungsformen der kapitalistischen Gesellschaft in der Schule bietet, bei entsprechender theoretischer Vermittlung – was nur die marxistische Wissenschaft leisten kann – eher die Möglichkeit, den Lehrerstudenten das Wesen dieser Gesellschaftsformation für ihren perspektivischen sozialen Ort konkret vor Augen zu führen – zumal der Kampf im Ausbildungswesen nicht mehr auf obsolete Strukturen, wie etwa die rein fachwissenschaftlicher Studiengänge für Lehrer, gerichtet werden muß. Von daher gibt es einen graduellen Unterschied zwischen einer theoretisch abgehobenen bürgerlichen Lehrerausbildung und einer bürgerlichen Ausbildung, die durch intensiver vorbereitete Praktika, mehr Fachdidaktik und Erziehungswissenschaft stärker auf *die Tätigkeit des Lehrers überhaupt* bezogen wird.

Die theoretischen Grenzen der bürgerlichen Wissenschaft werden allerdings nicht transzendiert, wenn im Zusammenhang der Erörterung praxis-relevanter Momente in der Lehrerausbildung Wissenschaft – wohlgemerkt per se, nicht als praktischer Kampf gegen bornierte Wissenschaft – als Praxis eingestuft wird (50). Dies hieße, Praxis als positivistische Kategorie – abgehoben vom konkreten Problem – zu behandeln, zu abstrahieren von der Ausbildungsrelevanz praktischer Auseinandersetzungen in der Ausbildung. Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft liefert – auf das Theorie-Praxis-Problem des Studiums bezogen – ja erst die materiellen Beziehungen, aus denen heraus die praktischen Kämpfe im Wissenschaftsbereich – um Mitbestimmung und demokratische Kontrolle, für "Marx an die Hochschule", usw. – erst die objektive Möglichkeit erhalten, einen materiell relevanten politischen Beitrag zu den Kämpfen der Arbeiterklasse zu liefern. Und hieran ist auch die Aktualisierung fortschrittlicher Momente für die Lehrerausbildung über den Wissenschaftskampf geknüpft. An der Hochschule muß gerade jetzt angesichts herrschender Studienreformbestrebungen bei den Wissenschaftsinhalten

48 DISKUSSIONSENTWURF ZUR NEUORDNUNG DER LEHRERAUSBILDUNG, a.a.O., S. 7.
49 Beckmann, a.a.O., S. 168.
50 Hartwig, S. 75.

und -methoden, der Wissenschaftsorganisation und den -institutionen im einzelnen bestimmt werden, inwieweit sie Ansätze für die Entfaltung materieller Praxis, die für den Lehrerberuf und die Ausbildung relevant ist, bieten.

2.5. Das Prinzip der polytechnischen Erziehung

Marx zeigte im "Kapital" *auch* an der Analyse der Formen der Arbeitsteilung im historischen Verlauf und der daraus resultierenden totalen Dequalifikation des einzelnen Arbeiters – bei enormem Qualifikationsanstiegs des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters durch die große Industrie – die Notwendigkeit auf, die private Herrschaft über die materielle Produktion abzuschaffen, da sie die "allseitige Beweglichkeit des Arbeiters" nicht ermöglichen könne, obgleich die Produktivkraftentwicklung dies zunehmend erzwinge. "Sie (die große Industrie) macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind" (51).

Die Konkretisierungen des allgemeinen polytechnischen Erziehungsprinzips lauten: umfassende, vor allem technische und naturwissenschaftliche Ausbildung für alle zu schaffen, um aktiv die materielle Produktion weiterentwickeln zu können und jeden zur Leitungstätigkeit zu befähigen; dies darf nicht auf enge Fächergrenzen beschränkt werden, sondern soll in alle Lernbereiche als Prinzip eingehen; und als zentrales Bestimmungsmoment: die Verbindung von Unterricht mit produktiver Arbeit, also die Integration von Lernen und materieller Praxis (52). Polytechnische Erziehung zielt auf die Ausbildung allseitig entwickelter Persönlichkeiten; als Erziehungsprinzip ist es selbst bereits ein Moment, das die bornierten bürgerlichen Lernstrukturen überwunden hat. Das gilt auch für die Überwindung des bürgerlichen Prinzips des "Lernens durch Tätigkeit". Das praktisch verändernde Tun ist das zentrale Kriterium auch für die inhaltliche Bestimmung des Lernens und ist selbst ein entscheidendes Lernprinzip: bei der Organisation von Lernen in diesem Sinne ist also anstelle formalen Kenntniserwerbs die verändernde Tätigkeit auch für die Lernenden als notwendige Tätigkeit erfahrbar zu machen, um sie damit in die Lage zu versetzen, ihre Qualifikationen *bewußt* anzueignen, in der Praxis anzuwenden und durch die Praxis weiterzuentwickeln (53). Damit wird auch die Distanz von Wirklichkeit und Ausbildungsinstitution überwunden.

Das Prinzip der polytechnischen Erziehung unter kapitalistischen Verhältnissen kann nur als Moment des politischen Kampfes gegen bürgerliche Ausbildungsstrukturen realisiert werden. Für die Lehrerausbildung ist dieser Zusammenhang partiell bereits unter gegenwärtigen Verhältnissen herzustellen, insofern durch den Kampf an der Hochschule bereits die zentralen objektiven Bestimmungsmomente der späteren Tätigkeit in der Schule übertragbar sind. Der Kampf bedeutet eine veränderte Grundlage des Lernens, die nur durch den Marxismus als praktischer Wissenschaft theoretisch fundiert werden kann. Das inhaltliche Resultat dieses Prinzips kann nur ein "Aktivieren aller produktiven und rezeptiven, aller rationalen, emotionalen und willensmäßigen Kräfte der Persönlichkeit" (54)

51 K. Marx: KAPITAL Bd 1, MEW Bd. 23, S. 512.
52 Vgl. Karras, a.a.O., S. 106ff..
53 Vgl. Autorenkollektiv: LEHRPLANWERK ..., a.a.O., S. 89.
54 Ebenda, S. 89.

sein, da das Verbundensein des ganzen Menschen mit der materiellen Praxis den Zugang zur Ausbildung *aller* Qualifikationsdimensionen notwendig gleichzeitig erforderlich macht. Das Prinzip der Einheit von Praxis und Lernen verlangt eine Theorie, die in sich diese veränderten Strukturen wissenschaftlich entwickeln kann: die marxistische Wissenschaft. Sie allein ist in der Lage, die theoretische Bestimmung des Kampfes zu leisten, denn sie hat die bornierten bürgerlichen Strukturen bereits überwunden; sie ist praktisch-parteilich, sie entfaltet die historischen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten; sie ist theoretisch wie praktisch zugleich, indem sie die kapitalistische Produktionsweise als historische zu erklären und als Handlungsanleitung zu überwinden vermag. Die marxistische Wissenschaft kann nur als komplexe theoretische Totalität existieren. "Man kann an dieser aus einem Guß geformten Philosophie des Marxismus nicht eine einzige grundlegende These, nicht einen einzigen wesentlichen Teil wegnehmen, ohne sich von der objektiven Wahrheit zu entfernen, ohne der bürgerlich-reaktionären Lüge in die Fänge zu geraten" (55).

Der Versuch, auf marxistischer Grundlage verschiedene Einzelwissenschaften zu konstituieren, hätte notwendig die Verkürzung des Marxismus zufolge. Von daher kann es nicht, wie Hartwig behauptet (56), "marxistische Einzelwissenschaft" geben, sondern nur bürgerliche Einzelwissenschaften oder die marxistische Wissenschaft. Selbstverständlich konkretisiert sich die marxistische Wissenschaft auf ihren jeweiligen Gegenstand, auch in der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft. Abgehobene Erkenntnisstrukturen wird sie jedoch niemals entwickeln können.

Nehmen wir das Beispiel der von Hartwig herangezogenen Soziolinguistik (57): Die marxistische Kritik an dem bürgerlichen Code-System wird sich niemals in der abstrakten Gegenüberstellung bürgerlichen und proletarischen Intelligenzbegriffs erschöpfen können – dies wäre Ideologiekritik. Vielmehr muß diese Analyse integriert werden mit einer politischen Ökonomie des Qualifikationsprozesses der Gesellschaft. Damit wird auch die spezifische Umsetzung der marxistischen Wissenschaft auf das jeweils konkret-praktische Problem notwendig, z.B. auf die historische Bedingtheit und gesellschaftliche Funktion der sprachkompensatorischen Erziehung. Wo bleibt hier die "Einzelwissenschaft", zudem noch in der Verabsolutierung ihrer einzelwissenschaftlichen Konstitution? Die Komplexität der marxistischen Wissenschaft beruht auf ihrem materiellen Fundament, nämlich der komplexen gesellschaftlichen Praxis, der die sich befreiende Arbeiterklasse gegenübersteht und deren Teil sie zugleich ist. In der Leugnung dieser Komplexität ist es nur konsequent, wenn Hartwig schon eine "marxistische Einzelwissenschaft" für möglich hält, daß er ihre Entstehung idealistisch verfälscht: "die *Kategorie* der Praxis bildet die materialistische (!) Grundlage, aus der Marx das ganze System der Begriffsbildung abgeleitet hat" (58). Der Marxismus: als positivistisches Kategoriensystem!

2.6. Projektstudium

Das Projektstudium wird in der gegenwärtigen hochschulpolitischen Diskussion entweder als fortschrittliche Negation des bisherigen Studienablaufs eingestuft (59) oder als neue Variante der Bourgeoisie, die Ausbildung der Arbeitskraft zu verbessern (60) und damit den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals Rechnung zu tragen.

55 Lenin: MATERIALISMUS UND EMPIRIOKRITIZISMUS, Leipzig 1970, S. 394.
56 Hartwig, S. 80ff..
57 Hartwig, S. 76.
58 Hartwig, S. 78.
59 Vgl. D. Otten: "6 Thesen zum Thema Projektstudium in der Lehrerausbildung", in: INFO 3 des vds-Projektbereichs Ausbildung, 1970.
60 Vgl., K. Wehkamp: "Zur Einschätzung des Bremer Modells", in: ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF 5, 1972.

Am weitesten entwickelt sind die Konzeptionen des Bremer Projektstudiums (61) – insbesondere für die Lehrerausbildung, die hier kurz bezüglich ihrer Konzeption des Verhältnisses von Theorie und Praxis diskutiert werden soll. Das Projektstudium wird analog der polytechnischen Erziehung aus dem "schnellen technischen Umwälzungsprozeß der Produktivkräfte" begründet. Insofern zielt es auf Mobilität der Arbeitskraft. Es soll also zentral auf die zukünftige Berufspraxis vorbereiten. Daraus folgt der Zwang "zur ständigen Überschreitung der Fachgrenzen". Ebenso soll durch das Projektstudium die Verwertung der wissenschaftlichen Ergebnisse für jeden wissenschaftlich Tätigen bewußt gemacht werden und gezielt gelenkt werden. Dies wird unter dem neben "Berufspraxisbezug" und "Interdisziplinarität" stehenden dritten Bremer Bestimmungsmoment, dem "Problembezug", als dem "Ausgehen von einer gesellschaftlich relevanten Problemstellung" gefaßt.

Der qualitative Unterschied gegenüber dem rein phänomenologisch verstandenen Berufspraxisbezug und der – wie unter 2.4. dargelegt – daraus resultierenden Anpassungsfunktion an herrschende Anforderungen besteht in dem Ansatz, Berufspraxisbezug im Zusammenhang mit der Reflexion eines gesellschaftlich relevanten Problems zu betreiben. Wenn man "gesellschaftlich relevant" nicht nur formal, wie in den ersten Planungspapieren, faßt, sondern als "politische Stellungnahme" (62) begreift, dann ist der Versuch unternommen, für eine wissenschaftliche Praxisveränderung auszubilden und damit das "kalkulierte Risiko" (63) der herrschenden gesellschaftlichen Kräfte bei den für sie notwendigen Bestrebungen nach berufs-praktischen Studien gegen sie zu wenden.

Die Forderung nach Interdisziplinarität und Methodenpluralismus ist als Ausdruck der Tatsache zu verstehen, daß das Projektstudium *konzipiert* ist für die Realisierung in der bürgerlichen Gesellschaft und damit die Strukturen und Inhalte nicht abstrakt negieren kann, die den herrschenden Lehrbetrieb kennzeichnen, sondern diese aufnimmt und in der konkret-praktischen Überwindung ihres Widerspruch zum komplexen Praxisgegenstand – und das heißt: in der materialistischen Kritik der herrschenden Wissenschaft – aus ihrer Verkürzung weiter zu entwickeln versucht (64). Zur Interdisziplinarität gehört ein Vorgehen in kooperativen Arbeits- und Lernformen. Dies bietet den strukturellen Ansatz, ein notwendiges Moment des antimonopolistischen Kampfes zu entwickeln, nämlich den kollektiven Kampf. Auch hier kann Interdisziplinarität ebenso wie der Berufspraxisbezug nur inhaltlich *im Zusammenhang mit dem praktisch-politischen Kampf* eine wirksame Position darstellen. Dies ist in der *Konzeption* des Projektstudiums – als das Konzept einer staatlichen Instanz – nicht aufgenommen.

Der Prozeß des Projektstudiums impliziert forschendes Lernen, d.h. ein aktives Lernen, bei dem, wenn es nicht methodisch verkürzt werden soll, das Lernziel mit dem Lernprinzip übereinstimmen muß und dementsprechend, auf bewußte gesellschaftliche Aktivität gerichtet, diese selbst vorangetrieben wird. Ein Moment, das es in diesem Sinne zu wenden gilt, ist die für forschendes Lernen konstitutive Mitbestimmung der Lernenden über ihren Lern- und Forschungsprozeß.

61 Zur Lehrerbildung an der Uni Bremen, BETRIFFT: ERZIEHUNG 9/1971, S. 24ff.; vgl. A. Nevermann: 2. Kapitel des Buches ERZIEHUNG DER ERZIEHER, Manuskript 1972; C. Händle: LEHRERAUSBILDUNG UND BERUFSPRAXIS, Weinheim 1972; Beck / Drechsel / Müller / Vollmer: "Diskussionsentwurf zu erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Studiengangsanteilen in der Lehrerbildung an der Universität Bremen", unveröffentl. Manuskript.

62 A. Nevermann, a.a.O., S. 13.

63 Ebenda.

64 Vgl. Lenins Ausführungen in: Lenin: ÜBER VOLKSBILDUNG, a.a.O., S. 327.

Daß das gegenwärtige Bremer Projektstudium von der praktischen Einlösung der meist nur erkenntnistheoretisch fundierten Forderungen noch weit entfernt ist, läßt sich etwa daran aufzeigen, daß eine Schwerpunktverlagerung der realen Konzipierung zu kognitiven, rein aufklärerischen Momenten erfolgt ist. Dies läßt sich sowohl in den curricularen Vorstellungen nachvollziehen (65), als auch in der häufigen Bestimmung von Projekten darin, daß sie die "gesellschaftlichen und historischen Konstituierungsbedingungen" der Wissenschaft aufhellen sollen, wobei die praktische Aktivität der Veränderung zugunsten reiner Ideologiekritik verloren geht bzw. gar nicht angegangen wird. Dieses absehbare Scheitern der Realisierung des Projektstudiums findet seine Ursachen in dessen objektiver und subjektiver Konfrontation mit den materiellen und politischen Momenten des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs. Allein ein *politisch-organisierter* Bezugsrahmen wird die aus dieser Konfrontation resultierende zwangsläufige Integration des Projektstudiums in den bürgerlichen Lehrbetrieb – und damit dessen totale Aufhebung als Projektstudium – überwinden können. Als aktuelle Aufgabe für die Studenten wird es darauf ankommen, den Kampf gegen die Bremer Senatsbeschlüsse für eine zweiphasige Lehrerausbildung und für das Berufsverbot gegen Marxisten als Projektstudium für ein Projektstudium – eben als Einheit von Praxis und Lernen – zu führen.

2.7. Das Moment der konkreten Situationsorientierung in der bürgerlichen Wissenschaft

Das Moment der konkreten Situationsorientierung des wissenschaftlichen Qualifizierungsprozesses, d.h. der engen Verknüpfung von (theoretischem) Erkenntnisprozeß und (praktischem) Anwendungsbereich, ist auch von der bürgerlichen Wissenschaft entwickelt worden. Besonders wird dies in den Lehrerausbildungskonzeptionen deutlich. Seine objektiven Ursachen findet diese Entwicklung in der Tendenz zur zunehmenden Verwissenschaftlichung von Arbeitsfeldern, die – in der Konstitution eines *unmittelbaren* Zusammenhangs von wissenschaftlicher Erkenntnis und (materiellem) Arbeitsprozeß – gemeinhin komplexer dimensioniert sind, als es eine bürgerliche Einzelwissenschaft mit entwickelter Eigensystematik leisten könnte. Hieraus resultiert der – ökonomisch vermittelte – zutage getretene Anspruch, daß "Praxis ... nicht nur als Anwendungsfeld der Theorie (gesehen sein darf), sondern ... als ihr Gegenstand gesehen werden und Teil der wissenschaftlichen Betrachtung sein (muß)" (66). Daraus sollen kritische Impulse für die Praxis erwachsen.

Der Praxisbezug der bürgerlichen Wissenschaft ist jedoch wesentlich derjenige positivistischer Rechtfertigungslehre (67). Die im bürgerlichen Wissenschaftsprozeß herausgebildete Wissenschaftsteilung und -zersplitterung ist eine notwendige Form gesellschaftlicher Arbeitsteilung im Kapitalismus. Entwickelte Fachsystematik und konkrete Situationsorientierung geraten in Widerspruch zueinander; über den auch die ausgeklügelsten Versuche, die Einzeldisziplinen miteinander als praxisorientierten Erkenntnisprozeß zu integrieren (68), nicht hinweghelfen können.

Gleichwohl erwachsen aus diesem Widerspruch objektiv Impulse, die den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb transzendieren. Der Gegensatz von einzelwissenschaftlicher Zersplitterung und praxisorientierter Wissenschaftsintegration verharrt nicht statisch (69), sondern

65 Vgl. Beck / Drechsel / Müller / Vollmer, a.a.O..

66 DISKUSSIONSENTWURF ZUR NEUORDNUNG DER LEHRERAUSBILDUNG, a.a.O., S. 26.

67 Wie Hartwig zu Recht bemerkt. Vgl. S. 76.

68 Vgl. Roth / Jellinek, a.a.O..

69 Hartwig, S. 77, in der Frage des Verhältnisses von Sprachwissenschaft und Schulpraxis.

– aus der *immanenten* Entfaltung der bürgerlichen Wissenschaft erwachsen – drängt zu seiner historischen Aufhebung in der Überwindung der bürgerlichen Wissenschaft selbst als historisch bedingter Wissenschaft. Dieser Widerspruch ist ein Widerspruch von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, wo bereits beim gegebenen Stand der Hochschuldidaktik der herrschende Wissenschaftsbetrieb zur "Fessel" (Marx) für die historisch notwendige Entfaltung praxisvermittelter und praxisreflektierender Wissenschaft geworden ist.

Von der moralischen Anklage des Unvermögens der bürgerlichen Wissenschaft, ein dialektisches Theorie-Praxis-Verhältnis zu entwickeln, muß der politische Kampf der bewußtesten Studenten übergehen zu einem *politischen* Aufgreifen und qualitativen Wenden der aus der bürgerlichen Wissenschaft heraus aufbrechenden und sie selbst transzendierenden Wissenschaftsmomente.

3. Der Kampf gegen die Formierung der Lehrerausbildung

Fortschrittliche Ansätze im Ausbildungskampf werden nicht isoliert von den objektiven Ausbildungsbedingungen praktisch realisiert werden können. In diesem Zusammenhang gewinnt die Auseinandersetzung mit Formierungsbestrebungen des monopolkapitalistischen Staates und Eingriffen des organisierten Großkapitals in den Ausbildungsprozeß an Relevanz: Zum einen sind diese Maßnahmen selbst Ausdruck von Entwicklungstendenzen der gesellschaftlichen Arbeitsplatzstruktur, beinhalten also – innerlich widersprüchlich – funktionale Beziehungen zwischen dem Ausbildungsprozeß und dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß insgesamt. Zum anderen ist das staatsmonopolistische System, basierend auf den Verwertungszwängen des Kapitals, unfähig, Wissenschaft und Ausbildung in der Weise umfassend zu entwickeln, daß dem im kapitalistischen Produktionsprozeß entfalteten Stand der materiellen Produktivkräfte selbst Rechnung getragen würde. Formierungsbestrebungen verschärfen materiell und politisch die Ausbildungssituation, sie sind bereits gegen die ökonomischen Ausbildungsinteressen der Studierenden gerichtet, die auf die Aneignung der subjektiven Voraussetzungen für den optimalen späteren Verkauf der Ware Arbeitskraft zielen. An diesen ökonomischen Widersprüchen wird sich der gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem gerichtete politische Kampf entfalten müssen, soll er die Masse der Auszubildenden erfassen und soll der Ausbildungskampf nicht isoliert vom politischen Kampf aller demokratischen und sozialistischen Kräfte, insbesondere isoliert von den Kämpfen der Arbeiterklasse geführt werden.

3.1. Die widersprüchliche Formierung der Lehrerausbildung

Die offiziellen Reformkonzepte zur Lehrerausbildung weisen folgende einheitliche Grundzüge auf (70):

- Lehrerausbildung differenziert sich nicht mehr nach Schultypen (Hauptschule, Gymnasium usw.), sondern im wesentlichen nach Schulstufen (Primarstufe, Sekundarstufe-I, Sekundarstufe-II – Lehrer);
- Lehrerausbildung gliedert sich einheitlich in Studium und Vorbereitungsdienst;
- die reguläre Studienzeit beträgt sechs Semester;
- die Zahl der zu studierenden Fächer wird reduziert;
- es existieren ein einfaches und ein erweitertes Lehramt (mit verlängerter Ausbildungszeit;
- das Studium umfaßt erziehungswissenschaftliche (einschließlich gesellschaftswissenschaftliche), fachwissenschaftliche, fachdidaktische und berufspraktische Studien; das Studium soll stärker praxisbezogen sein; die einzelnen Ausbildungselemente sollen aufeinander bezogen werden.

70 Vgl. Fußnote 29.

Ein zentrales Merkmal der offiziellen Reformkonzepte zur Lehrerausbildung ist die Einführung des Stufenlehrers, das heißt die Ausbildung der Lehrer in der Regel nicht für bestimmte Schularten, sondern für den "horizontalen Schuleinsatz" schwerpunktmäßig in bestimmten Jahrgangsstufen. Diese Umstrukturierung ist keineswegs allein auf die Einführung von Gesamtschulen zurückzuführen – das zeigt bereits die Tatsache, daß das Stufenprinzip in der Lehrerausbildung auch von den CDU-Kultusministerien vertreten wird, die gemeinhin die Einführung der Gesamtschule als Regelschule ablehnen. Vielmehr geht es in erster Linie um eine Spezialisierung der Lehrer, die den *stufenmäßig* verschiedenen sich herauskristallisierenden Funktionen des Schulwesens entspricht.

Die Differenzierung nach Schulstufen erfolgt, um die Lehrer künftig auf eine horizontalselektierende Unterrichtstätigkeit vorzubereiten, das heißt – schematisiert –, daß der Primarstufenlehrer "fördert", der Sekundarstufe-I-Lehrer Auslese betreibt und der Sekundarstufe-II-Lehrer spezialisiert (71). Darüber hinaus soll durch das Stufenprinzip – wobei gewisse Überschneidungen gegeben sind - die Mobilität der Lehrer erhöht werden, so daß Lehrerengpässe in einem Altersbereich durch Umgruppierungen im Lehrereinsatz flexibler als bisher vorgenommen werden können.

Den veränderten Berufsanforderungen entspricht die stärkere Praxisorientierung der Lehrerausbildung (z.B. Einbeziehung der Fachdidaktik) ebenso wie die Spezialisierungsmöglichkeiten auf Medienkunde, Testanwendung, Schullaufbahnberatung usw. Den vermehrten sozialen Regulierungsfunktionen soll speziell der Aufbau der erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Studien entsprechen (bis zu 1/2 des Studiums).

Die "wissenschaftliche Erhellung von Sozialisationsprozessen in ihren psychischen und sozialen Voraussetzungen" (72), allgemeiner die Verwissenschaftlichung der Lehrerausbildung bleibt jedoch purer Anspruch angesichts der ökonomisch bedingten Beschränkung der regulären Studienzeit auf sechs Semester. Dieser hier zum Ausdruck kommenden Verschulungstendenz entspricht auch die Einbeziehung von Verhaltenstraining-Konzepten in die Lehrerausbildung (73). Gleichzeitig bleibt die berufsperspektivische Integration der Ausbildungselemente auf dem Papier stehen – mit der Beibehaltung institutionell und inhaltlich getrennter Ausbildungsphasen wird sie auch offen nicht angestrebt –, wenn zum Zwecke der flexibel zentralistischen Lenkung des Ausbildungsbedarfs die Studiengänge in mehr oder minder austauschbare Qualifikations-"Baukästen" zergliedert werden. Eng damit verknüpft ist die Hierarchisierung der Lehrerschaft durch ein auf das "einfache Lehramt" aufgesetztes "erweitertes Lehramt" (74). Diese Hierarchie überlagert die Stufen-Hierarchie, bei der beispielsweise ein Zwei-Fächer-Studium für Sekundarstufe-I einem Ein-Fach-Studium für die Sekundarstufe-II entsprechen soll. Die überkommene Spaltung der Lehrerschaft soll also auch beim Stufenprinzip bestehen – allerdings versehen mit neuen Etiketten.

Werden diese restriktiven Tendenzen den offiziellen Bekundungen zur Lehrerausbildungsreform gegenübergestellt, so muß konstatiert werden, daß von einer wissenschaftlichen Berufsqualifizierung der Lehrer auch künftig keine Rede sein kann. Solchermaßen qualifizierte Hochschul- und Ausbildungsseminarabsolventen werden kaum in der Lage sein, in

71 Vgl. DISKUSSIONSENTWURF ZUR NEUORDNUNG DER LEHRERAUSBILDUNG, a.a.O., S. 47ff..
72 "Wissenschaftsrat", S. 11, in: HOPOMAT 4, a.a.O..
73 Vgl. DISKUSSIONSENTWURF ..., a.a.O., S. 28.
74 Im Bildungsgesamtplan, 3. Entwurf, sind bereits die Kapazitäten für Lehrerstudenten nach Fachbereichen aufgeschlüsselt auf 3- und 4-jährige Studiengänge verteilt. Vgl. HOPOMAT 9, a.a.O., S. 237ff..

ihrer Berufspraxis wissenschaftliche Kriterien anzulegen und den Schülern eine umfassende Ausbildung zu vermitteln, die ihren materiellen und politischen Interessen als perspektivisch Lohnabhängigen entspricht. Jede mit der Formierung der Lehrerausbildung intendierte Integrationsstrategie (75) wird durch ihre eigenen Bedingungen zum Stolpern gebracht.

3.2. Kampfansätze

Indem die herrschende Reform der Lehrerausbildung in sich widersprüchlich ist und bezüglich einiger Ausbildungsaspekte im Keim fortschrittliche Elemente enthält, bietet sie Ansatzpunkte im Kampf für eine fortschrittliche Lehrerausbildung. Diese ist zunächst nicht nach Formalstrukturen usw. zu charakterisieren, sondern vielmehr danach – unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen und den gegebenen politischen Kräfteverhältnis – ob sie Qualifikationen für eine demokratische Berufspraxis, für den demokratischen Kampf vermittelt. Solche Qualifikationen können nur in der Einheit von Theorie und Praxis, und zwar in der Einheit von fachlich-kritischer Qualifizierung und politischem Kampf, angeeignet werden.

Indem die Vermittlung von Fähigkeiten für eine demokratische Berufspraxis erkämpft wird, müssen zugleich im Kampf solche Fähigkeiten angeeignet werden. Kampfprinzipien sind in diesem Sinne immer auch Ausbildungsprinzipien. Demgemäß ist der Kampf um eine fortschrittliche Lehrerausbildung niemals ein Kampf um abstrakte Ausbildungsmodelle, sondern der politische Prozeß, der *in sich* eine fortschrittliche Ausbildung realisiert. Der Hochschulkampf um eine demokratische Reform der Lehrerstudiengänge muß damit folgende Momente für die Lehrerstudenten einbegreifen:

a. *Die Einheit von fachlich-kritischer Qualifizierung und praktischem Kampf*

Im demokratischen Hochschulkampf, der an den Ausbildungsinteressen der Masse der Studenten ansetzt, ist die Einheit von fachlich-kritischer Qualifizierung und praktischem Kampf bereits angelegt, wenn auch latent: der Kampf setzt an bei der unmittelbaren Ausbildungssituation, bei den tatsächlichen Erfahrungen der Studenten, bei den Wissenschaftsinhalten, die konkret die Lehrveranstaltungen bestimmen – und hier spielt die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft in der Tat eine erhebliche Rolle –, und versucht, den Widerspruch zwischen Ausbildungsinteressen der Masse der Studenten und den Verwertungs- und Herrschaftsinteressen von Monopolkapital und Staat zu thematisieren und politisch zu entfalten. Dies ist freilich erst der *Anspruch* des gewerkschaftlich orientierten Hochschulkampfes; ein Anspruch, der in den täglichen Kämpfen neu realisiert und weitergetrieben werden muß. Vorerst muß konstatiert werden, daß die Einheit von fachlicher

75 Das hessische Konzept liefert dazu genügend Anhaltspunkte: "Bewußte Wahrnehmung der eigenen Rolle und Bewußtmachen des Sozialisationsprozesses als Rollensozialisation für die Schüler bauen auf der Fähigkeit zur Analyse der historisch-gesellschaftlichen Bedingungen der Struktur der Schule auf ... . Erst auf diesem Hintergrund lassen sich innerhalb des sozialen Systems die Analyse der Interaktionen zwischen Einzelnen und Kollektiven auf Gruppenstruktur, Gruppenprozesse, Rollensysteme und Konflikte so anlegen, daß spezifische Strategien zur Veränderung im Sinne der Emanzipation an Bedingungen des vorgegebenen Systems anknüpfen". DISKUSSIONSENTWURF ..., a.a.O., S. 7. In der ausschließlichen Betonung der kognitiven Dimension von Ausbildung treffen sich der Kultusminister-Diskussionsentwurf mit Beckmann – "...wobei der Grad der Veränderung von Praxis auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Implikationen jeweils bewußt gemacht werden muß ...", Beckmann, a.a.O., S. 169 (Hervorh. A.K./H.-R.K.) – und Hartwig. Vgl. Abschnitt 2.1..

Qualifizierung und praktischem Kampf vielfach abstrakt bleibt. Diese Einheit sieht vielfach noch so aus, daß sie sich für eine Minderheit politisch aktiver Studenten als personelle herstellt. Ihre eigentliche Entfaltung erfolgt jedoch erst im gewerkschaftlich orientierten *Massen*kampf, der politisches Bewußtsein an den fortschrittlichen Interessen der Masse der Studenten manifestiert.

Dabei wird es auf die Etablierung von Kampf-"Instrumenten" ankommen, die sich für die Herstellung der Einheit von fachlich-kritischer Qualifizierung und praktischem Kampf eignen. Exemplarisch sei dies an der Seminarkritik angerissen:

Es kommt darauf an, *Seminarkollektive* als Kommunikations- und Kampfplattformen der sozialistischen Studenten für die politische Arbeit in einzelnen Lehrveranstaltungen aufzubauen. Diese Seminarkollektive dürfen die an den angewandten Inhalten und Verfahrensweisen der bürgerlichen Wissenschaft in der jeweiligen Lehrveranstaltung nicht nur Ideologiekritik üben oder *abstrakt* den Standpunkt der Arbeiterklasse anlegen, sondern sie müssen eine materialistische Kritik im Zusammenhang bringen mit dem berufsperspektivischen Stellenwert des jeweiligen Seminars usw. Seminarkollektive bilden durch ihren Vorbereitungscharakter in sich selbst Gegenseminare, die den behandelten Gegenstand insgesamt als Gegenwissenschaft zu entfalten hätten. Sie hätten den Kampf um die Verankerung der marxistischen Wissenschaft an den Hochschulen für die jeweilige Lehrveranstaltung zu konkretisieren; aufzuweisen beispielsweise in der Erziehungswissenschaft, daß letzten Endes nur die marxistische Wissenschaft in der Entfaltung der politischen Ökonomie der Ausbildung, in der Entwicklung einer materialistischen Didaktik, in der Aufarbeitung der Geschichte der Lehrerbewegung im Kontext der Arbeiterbewegung der Entwicklung des Schulsystems usw. die realen Bedingungen der künftigen Berufspraxis aufzeigen und richtige Handlungsorientierungen für den demokratischen Schulkampf geben kann. Diese Konkretion der marxistischen Wissenschaft ist freilich auch eine Frage der konkreten Dialektik von Theorieentwicklung und praktisch-politischem Kampf.

Der Ausbau von Kampf"instrumenten" ist nicht zu trennen von der breiten Absicherung und der damit verbundenen Weiterentwicklung des Kampfes selbst: So in der Erringung von Mitbestimmungspositionen in allen Lehr-, Forschungs-, Haushalts- und Berufungsfragen; so in der Verankerung marxistischer und anderer fortschrittlicher Wissenschaftler an den Hochschulen durch Berufungskämpfe.

b. *Die Herstellung des Zusammenhangs zwischen Studiensituation und Berufssituation,*

das heißt die Vermittlung der Erfahrung unzulänglicher Qualifizierung, der Erfahrung der Unsicherheit des Studienplatzes, der Erfahrung ungenügender materieller Absicherung des Studiums mit der Berufsperspektive als Lehrer: Vermittlung mit der Verschärfung der Arbeitsbedingungen, mit der Erfahrung der Anarchie der Schulentwicklung, mit der Erfahrung zentralistischer Kontrolle und politischer Disziplinierung.

Dieser Zusammenhang wird aktuell besonders aufzurollen sein im Kampf gegen die undemokratischen Berufsverbote im öffentlichen Dienst, und gegen die Militarisierung der Unterrichtsinhalte (Wehrkundeerlasse).

c. *Die Herstellung der praktischen Interessengemeinsamkeit mit der Masse der Schüler als zukünftig Lohnabhängigen*.

Dies impliziert insbesondere die Erfahrung, daß die Wahrnehmung eigener Interessen als Lehrer letztendlich nur im Kampfbündnis mit der Arbeiterklasse erfolgen kann. Allein die Herstellung einer solchen *praktischen* Interessengemeinsamkeit – die Ausdruck gleichgerichteter objektiver Interessen ist – kann ein Abgleiten in ständische Forderungen und resignativ-entpolitisierende Tendenzen (die mit Eintritt in die Berufspraxis auftreten) verhindern.

3.3. Kampfpositionen

Die Entfaltung des Massenkampfes wirft das Problem der Kampfpositionen auf: Das Problem der Erringung von Positionen, die dem weitertreibenden, auf die sozialistische Perspektive hin orientierten Kampf theoretische und praktische Impulse verleihen und bessere Ausgangsbedingungen für die weitere politische und ideologische Entfaltung der Kämpfe schaffen. Im konkreten Fall ist dies eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses, der angesprochenen Interessen und damit der Entfaltungsmöglichkeiten einer massenhaften demokratischen und sozialistischen Opposition.

Die bisherigen Überlegungen haben dargelegt, daß die Wahrnehmung der Ausbildungsinteressen der Lehrerstudenten, ansetzend an der ökonomischen Seite, gegen das staatsmonopolistische Verwertungs- und Herrschaftssystem gerichtet ist. Die bewußte Ausschöpfung und Realisierung objektiv fortschrittlicher Momente in der Lehrerausbildung bedarf jedoch einer sich selbst konkret im Zusammenhang mit dem politischen Kampf entwickelnden und für die Unterdrückten und Ausgebeuteten klar Partei ergreifenden wissenschaftlichen Orientierung, eben der Orientierung, die allein die marxistische Wissenschaft vermitteln kann – sowie einer *politischen Organisierung* der Kämpfe, die im Marxismus ihren theoretischen und in den Kämpfen der Arbeiterklasse ihren praktischen Kern realisiert.

Es ließen sich eine ganze Reihe von Elementen in der Reform der Lehrerausbildung aufweisen, die als Kampfpositionen genutzt werden können und damit objektiv über eine Funktionalisierung der Ausbildung für die Verwertungs- und Herrschaftsinteressen der Großkonzerne hinausweisen. So z.B. die Integration von Universitäts- und PH-Ausbildung (tendenzielle Herstellung der Kampfeinheit in der Lehrerschaft), so die Intensivierung gesellschaftswissenschaftlicher Elemente (Thematisierung der Kritik bürgerlichen Wissenschaft unmittelbar am sozialen Bezug der Ausbildung), so die stärkere Praxisorientierung des Studiums (Abbau akademistischen Wissenschaftsbetriebs). Der letzte Punkt zeigt allerdings auch die Ambivalenz solcher Elemente: Die stärkere Praxisorientierung des Studiums soll im Sinne der Formierungskonzeptionen gleichzeitig das Studium verschulen, die Lehrinhalte auf ihre reibungslose, unmittelbar praktische Verwendbarkeit abstellen, und damit die kritischen Momente von Wissenschaft eliminieren. Diese Ambivalenz wird jedoch nicht im Lament über sie, sondern nur im praktisch-politischen Kampf fortschrittlich aufgehoben werden können.

Nicht selten – gerade von linkssektiererischen Kräften – wird die Einführung des *Projektstudiums* als reine systemimmanente Maßnahme abgestempelt (76). Diese Kritik läßt sich – zu Recht – daran festmachen, daß mit "Projektstudium" noch nichts über die wissenschafts*kritische* Dimension von Ausbildung ausgesagt ist. Jedoch wird in der Kritik diese Seite verabsolutiert. Es wird der praktisch-hochschulpolitische Zusammenhang der Studienreform übersehen. Und der umfaßt mehr als den bloßen Aspekt der unmittelbar thematisierbaren Lehrinhalte. So widerspricht das projektorientierte Studium mehreren objektiven Tendenzen im Formierungsprozeß von Wissenschaft und Ausbildung: Den Tendenzen zur quantitativen Verengung und Hierarchisierung des Studiums, zur Einführung "objektivierter" Lern-, Lehr- und Kontrollverfahren, zur Zentralisierung der curricularen Entscheidungsinstanzen, zur Auslagerung der Forschung aus den Hochschulen. Angesichts dieser Tendenzen dürfte klar sein, daß der demokratische Kampf um die Verankerung des Projektstudiums an den Hochschulen Momente in sich birgt, die geeignet sind, den Verwertungshorizont der Monopole und den Herrschaftshorizont ihres Staates zu transzendieren. Es kommt darauf an, in den politischen Auseinandersetzungen an den Hochschulen das Projektstudium – und sei es bereits in Teilmomenten – als

76 Auch Hartwig muß in diesem Punkt hier eingereiht werden. Vgl. S. 74.

Kampfposition gegen eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse des Großkapitals zu verankern und als *politisches* Lernprinzip zu nutzen.

Jenen seminaristischen Tendenzen ist entschieden zu widersprechen, die da sagen, daß "der Dualismus von Theorie und Praxis ... nur überwindbar durch eine Theorie (ist), deren Grundkategorie die materialistische Kategorie der Praxis selbst ist" (77). Die Einheit von Theorie und Praxis wird eben durch *keine* Theorie hergestellt, sondern nur durch die *Integration* von marxistischer Theorie und umwälzender praktischer Tätigkeit.

Astrid Kaiser, Hans-Rainer Kaiser

77 Hartwig, S. 80.

INTERNATIONALE
DIALOG
ZEITSCHRIFT

Vierteljahresschrift für die Begegnung und die Zusammenarbeit von Marxisten, Humanisten und Christen

Herausgegeben von Karl Rahner und Herbert Vorgrimler in Verbindung mit einem internationalen wissenschaftlichen Gremium

Ziele:

Klärung gemeinsamer Interessen – Dokumentation der Zusammenarbeit im Engagement für den Frieden und eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – Profilierung der Eigenständigkeit aller Partner

Themen des Jahrgangs 1972:

1: Sozialismus und Religion
2: Pädagogik der Veränderung
3: Humane Familienplanung
4: Kritik der politischen Theologie

Für 1973 u.a. vorgesehen: Entwicklungspolitik, Bedürfnisse und Konsum

Bezug: Einzelheft (96 Seiten) 11,– DM, im Abonnement 9,50 DM, im Studentenabonnement 8,80 DM.

Verlangen Sie ein kostenloses Probeheft beim Verlag der Internationalen Dialogzeitschrift, 78 Freiburg i.Br., Tennenbacherstr. 4.

kürbiskern

Buch, Presse, Film Funk, Fernsehen, Bildende Kunst, Grafik, Design, Theater, Kritik, Pop-Musik, Buchhandel, Urheberrecht, Vertragsmuster (Verlag, WDR, SWF, VS)

Martin Walser im Kürbiskern 4/72:

" Angesichts der antidemokratischen Marktentwicklung in unseren Arbeitsbereichen ist Hoffnung nur noch in der Gewerkschaft. Der selber bedrohte persönliche, väterliche oder brüderliche Verleger kann uns vor dieser Marktentwicklung nicht schützen, so wenig wie die maßgeschneiderten Selbsthilfeorganisation einzelner besonders Tüchtiger; das sind tatsächlich nur Ablenkungen von der Lage. Das 19. Jahrhundert ist vorbei, 1984 steht uns ins Haus, angerichtet von einer Hand voll Machtfirmen, die ganz oben ein Herz und eine Seele sind und unten lassen sie in Konkurrenz machen. Auf unsere Kosten. Warten wir nicht zu lang. Erinnern wir uns des 1. Beispiels einer fast schon totalen Meinungsmache anläßlich eines Weihnachtsaufsatzes von Heinrich Böll. Es hat wirklich keinen Sinn, bis 1984 zu warten.

Martin Walser, Erdmute Beha, Helmut M. Braem, Klaus Eder, Martius Gerteeser, Reinhard Hauff, Friedrich Hitzer, E. Jansen, Werner Kließ, Christel u. Theo König, Ursula Krechel, Franz Xaver Kroetz, Friedhelm Kron, Anna Maass (Pseud.), Hannelore Messow, Carl Nissen, Albrecht G. von Olenhusen, Philippe Pilliod, E.A. Rauter, Monika Sperr, Siegfried Schenkel, Eckart Spoo, Erasmus Schöfer, Conrad Schuhler, Peter Wilke

Abhängigkeit in der Kulturindustrie

8000 München 13, Hohenzollernstraße 144, Tel. 0811/303 783
Erscheint vierteljährlich (Dez./März/Juni/Sept.). Einzelheft DM 4.80, Jahresabonnement DM 16.– zuzüglich Porto und MWSt. Erhältlich im Buchhandel.

4/72

Klassenkämpfe in Frankreich heute

Im Gegensatz zu den meisten Publikationen über die aktuellen Klassenkämpfe in Frankreich wendet sich Lothar Peters Buch (1) nicht vorwiegend an linke Intellektuelle und Studenten, sondern eher an junge Arbeiter, Lehrlinge und klassenbewußte Gewerkschafter. Im Vorwort des Herausgebers heißt es dazu: "Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Widersprüche des monopolkapitalistischen Systems in der BRD in letzter Zeit nicht nur breiteren Teilen der jüngeren Intelligenz, sondern auch der fortschrittlichen Gewerkschafter bewußt werden, gewinnen die Erfahrungen der Klassenkämpfe in anderen kapitalistischen Ländern Europas an Bedeutung" /5/. Wenn es auch nicht mehr ganz zutrifft, wenn dort an anderer Stelle behauptet wird, daß "Darstellungen aus der Sicht der Gewerkschaftsbewegung und der marxistischen Parteien, die auf konkretem Informationsmaterial beruhen, weitgehend fehlen", so trägt diese Arbeit gewiß mit dazu bei, die verbreitete Legende vom Verrat der traditionellen französischen Arbeiterorganisationen, vor allem der FKP und der Gewerkschaft CGT, an der sozialistischen Revolution eindeutig zu widerlegen.

Entsprechend den Intentionen von Herausgeber und Verfasser ist das Buch in einer leicht verständlichen Sprache geschrieben und vermittelt wichtige Grundinformationen über die gesellschaftliche Entwicklung Frankreichs. Was zunächst vielleicht lediglich als didaktisches Prinzip erscheint, erweist sich bald auch als methodischer Vorzug; die Klassenkämpfe in Frankreich heute werden als Ausdruck "einer schweren sozialen und wirtschaftlichen Krise" des französischen staatsmonopolistischen Kapitalismus seit der Machtübernahme de Gaulles /7/ begriffen.

Dies gilt zumindest für das erste Kapitel /7-42/, das sich mit der gesellschaftlichen Situation Frankreichs in der V. Republik und der Massenstreikbewegung 1968 befaßt. (Ihm geht übrigens ein vom Herausgeber in den Anhang verwiesener summarischer Überblick über die Geschichte der Klassenkämpfe in Frankreich von der Pariser Kommune bis zur V. Republik thematisch voraus). Peter skizziert zunächst die wirtschaftliche und soziale Lage in Frankreich seit Anfang der 60er Jahre. Er beschreibt wichtige Aspekte des Prozesses von Konzentration und Zentralisation des Kapitals als Ausdruck der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion, der mit der erweiterten Reproduktion des Kapitals eng verbundenen ökonomischen Funktion des Staates und der mit beiden durch den Klassenkampf verknüpften sozial-ökonomischen Lage der Arbeiterklasse (2).

Das Ergebnis wird mit den Worten des Generalsekretärs der FKP, Waldeck-Rochet, zusammengefaßt: "Die sogenannte Gesundung der Wirtschaft, die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der französischen Industrie, die im Zusammenhang mit dem Gemeinsamen Markt und der Öffnung der Grenzen als notwendig hingestellt wurde, wurden nur mit Hilfe von Maßnahmen vorbereitet, die das Tempo der Akkumulation des Kapitals verschärfen und

---

1 Besprechung von Lothar Peter: KLASSENKÄMPFE IN FRANKREICH HEUTE, Band 1 der Serie "Klassenkämpfe im kapitalistischen Europa" herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, 1972. Im folgenden werden Zitate durch einfache Seitenangaben in Querstrichen nachgewiesen.

2 Kritisch zu betrachten bleiben hier allerdings die wenig zuverlässigen Quellenangaben, die auch in einer nicht in erster Linie für wissenschaftliche Zwecke geschriebenen Arbeit hätten präziser und zutreffender sein müssen.

das Lebensniveau der Arbeiter opfern. Die Expansion war um den Preis des Kampfes gegen die Lebensinteressen der Volksmassen gedacht." /17/ Hervorzuheben ist, daß Peter die Massenstreiks vom Mai-Juni 1968 nicht einfach als "soziale Explosion" innerhalb einer ansonsten kontinuierlichen gesellschaftlichen Entwicklung, sondern als "Gipfelpunkt einer Periode von Klassenkämpfen" begreift, die schon etwa um das Jahr 1965 begann /17-24/. Diese Einsicht verhindert es keineswegs, die Rolle der Studentenrevolte Anfang Mai 1968 korrekt einzuschätzen, sie ist vielmehr die Voraussetzung dazu: "Die Barrikadenkämpfe der ersten Maiwoche zwischen Studenten und CRS (Bereitschaftspolizei – W.G.) im Pariser Universitätsviertel, dem Quartier Latin, enthüllten die ganze Brutalität des monopolistischen Staates gegen alle Tendenzen der politischen Opposition. Sie waren zugleich das auslösende Moment der kurz darauf einsetzenden Massenstreikbewegung der französischen Arbeiterklasse, deren Arbeits- und Lebensbedingungen durch zehn Jahre gaullistischer Herrschaft unerträglich geworden waren." /24/ Peter weist den entscheidenden Einfluß der kommunistisch-sozialistischen Massengewerkschaft CGT auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse im Mai-Juni 1968 detailliert nach. Er zeigt vor allem auch, wie die heute allgemein als besonders radikal geltende ehemals katholisch orientierte Gewerkschaft CFDT zwischen reformistischen und linksradikalen Positionen hin und her schwankte. Eingehend wird die Funktion gewisser ultralinker Gruppierungen erörtert, deren Phrasen und Aktionen zu Recht als "abenteuerlich, verantwortungslos und arbeiterfeindlich" bezeichnet werden /33/. Es gibt unzählige Beweise dafür, wie reaktionäre Kreise dieses Verhalten benutzt haben, um politisch weniger bewußte Teile der Arbeiterklasse zu irritieren und zahlreiche Angehörige der Mittelschichten mit dem Schreckensbild anarchistischen Terrors gegen die streikenden Arbeiter aufzubringen. Dies trug letztlich mit dazu bei, die innere Geschlossenheit der Arbeiterklasse und das notwendige Bündnis mit Teilen des Kleinbürgertums zu untergraben und damit den Erfolg dieser größten Massenstreikbewegung Frankreichs in relativ bescheidenen Grenzen zu halten. Es wäre freilich eine grobe Vereinfachung und zugleich eine Überschätzung dieser Gruppen, wollte man sie allein für die partielle Niederlage der Mai-Juni-Bewegung verantwortlich machen.

Peter verweist, neben der schwankenden Haltung der CFDT, vor allem auf die in vieler Hinsicht opportunistische Taktik der aus Sozialisten und Liberalen damals lose zusammengefügten Linksföderation FGDS, die zwar jedes konkrete Bündnis mit den Kommunisten ablehnte, aber dennoch deren Wahlunterstützung für die von ihr vorgeschlagenen Spitzenkandidaten Mitterand (FGDS) und Mendès-France (damals PSU) verlangte und dadurch eine gemeinsame sozialistische Alternative der Linken verhinderte.

Allerdings wird man auch die Taktik der FKP nicht in jeder Hinsicht für fehlerfrei halten können, wie Peter es zu tun scheint. Er zitiert den Generalsekretär der FKP, Waldeck-Rochet, der folgende Einschätzung gab: "In Wirklichkeit war die mögliche Wahl im Mai folgende: Entweder so vorzugehen, daß der Streik zur Befriedigung der wesentlichen Forderungen der Arbeitenden führt und gleichzeitig auf politischer Ebene die Aktionen für demokratische Veränderungen im Rahmen der Verfassungsmäßigkeit fortzusetzen. Das war die Haltung unserer Partei. Oder direkt auf eine Kraftprobe zuzusteuern, das heißt, zum Aufstand zu schreiten, selbst zum bewaffneten Kampf zu greifen, um die Macht mit Gewalt zu stürzen. Das war die abenteuerliche Haltung einiger ultralinker Gruppierungen. Aber da sich die Streitkräfte und Unterdrückungskräfte auf Seiten der etablierten Macht befanden und die riesige Masse des Volkes solch einem Abenteuer feindselig gegenüberstand, ist es klar, daß das Beschreiten dieses Weges einfach bedeutet hätte, die Arbeiter auf die Schlachtbank zu führen und die Niederschlagung der Arbeiterklasse und ihrer führenden Kraft, der Kommunistischen Partei, zu bewirken". /33/ Angesichts der konkreten Machtverhältnisse war es sicher richtig, alles zu vermeiden, was der herrschenden Klasse als Vorwand für die Anwendung militärischer Gewalt hätte

dienen können. Andererseits geht aus dieser Einschätzung hervor, was auch die Analyse des Wahlergebnisses vom Ende Juni beweist: es ist der FKP nicht gelungen, die für eine erfolgreiche Weiterführung des Kampfes erforderliche Vermittlung von ökonomischen und politischen Forderungen zu leisten; beide Ebenen blieben weitgehend miteinander unverbunden. Weder der CGT noch der FKP ist es gelungen, die Dynamik der Streikbewegung für eine wesentliche Machtveränderung innerhalb der Betriebe zu nutzen. Hier hätte die Forderung nach konkreten Arbeiterkontrollrechten in den Betrieben die reale Basis für eine politische Machtveränderung erheblich verstärken können und der Arbeiterklasse eine überzeugende Perspektive geboten. Die gegenüber der isolierten Selbstverwaltungslosung der CFDT richtige Betonung der Frage nach der Macht im Staate blieb für viele Arbeiter abstrakt, weil sie nicht unmittelbar mit der Frage nach der Macht in den Betrieben verknüpft war (3). So konnte die unbestreitbar politisierende Wirkung der Fabrikbesetzungen weder für eine entscheidende politische noch für eine betriebliche Machtveränderung genutzt werden und kam vorübergehend sogar einigen ultralinken Gruppierungen zugute (4).

---

3 In dieser Hinsicht erscheint die Strategie der DKP mit ihrer bewußten Anknüpfung an die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen und deren Ausweitung zu wirksamen Kontrollrechten (vgl. MITBESTIMMUNG ALS KAMPFAUFGABE, herausgegeben vom IMSF) realistischer als die Haltung der FKP die in fast allen Mitbestimmungs-, Partizipations- oder Kontrollforderungen eher den integrationistischen als den mobilisierenden und bewußtseinsbildenden Effekt sieht.

4 Hierbei ist auf den Stimmenzuwachs der PSU bei den Parlamentswahlen im Juni und auf die leichten Verluste der CGT bei den Betriebs- und Personalratswahlen im Herbst 1968 hinzuweisen.

Gregorij I. Tunkin

Völkerrechtstheorie

Die gesamte sowjetische VR-Doktrin auf ihrem gegenwärtigen Stand. 512 S., 512 Seiten, DM 60,–

Ernst R. Zivier

Der Rechtsstatus des Landes Berlin

Eine umfassende Untersuchung der Rechtslage nach dem Viermächteabkommen, mit Dokumentation; 264 Seiten, Snolin DM 25,–

Wehberg/Goldschmidt

Der Internationale Gerichtshof

Einführung, Analyse und Dokumentation. Stand 1972. 115 Seiten, Snolin DM 15,–

Daniel Heradstveit

Nahost-Guerillas

Eine politologische Studie auf empirischer Grundlage. 225 Seiten, Snolin DM 20,–

Der Friedens-Nobelpreis

Stiftung und Verleihung – die Reden der vier deutschen Preisträger. Dokumentation. 128 Seiten, Snolin DM 10,–

Anciskin/Solovev (im Gosplan)

Die Wirtschaftsprojektion der Sowjetunion

Struktur und Methodik der globalen, sektoralen und regionalen Planung. 120 Seiten, Balacronband DM 15,–

Bidlingmaier/Harttung

Wie studiere ich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

In der Bundesrepublik, in Österreich und in der Schweiz. Dritte, überarbeitete Auflage. 352 Seiten, Snolin DM 12,50

Staatsordnung der DDR

Gesetzestexte und Einleitungen. Hrsg. v. H. Roggemann, FU Berlin. 350 Seiten, Snolin DM 25,–

BERLIN VERLAG 1 Berlin 33, Ehrenbergstr. 29

UZ.Marx schreibt mit!

Anzeige

Auch Engels. Häufig Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten. Der Kapitalismus steht in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten steht ebenfalls un der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Ich bestelle hiermit die UZ, Zeitung der DKP
für die Dauer von mindestens einem Jahr.

☐ Ich wünsche eine vierteljährliche Rechnung (vierteljährlicher Bezugspreis DM 6,50)

☐ Ich wünsche eine jährliche Rechnung (DM 22,– bei Vorauszahlung)

☐ Ich wünsche ein Lehrlings- Schüler- oder Studentenabonnement. Nachweis erforderlich. (DM 13,– bei Vorauszahlung)

Postleitzahl — Bitte in Blockschrift ausfüllen

Ort

Straße und Hausnummer

Name, Vorname

Unterschrift — Datum

Senden an:
Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg 12, Pothmannstr. 12

Nachdem die ökonomischen Forderungen weitgehend erfüllt waren, blieb daher ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiter den Wahlen fern, natürlich auch weil die Linke sich infolge der Taktik der FGDS zu keinem gemeinsamen Programm zusammengefunden hatte. Manche zogen es sogar vor, gaullistisch zu wählen, weil sie glaubten, allein durch die Erhaltung der etablierten Verhältnisse die eben errungenen Verbesserungen der materiellen Lebensbedingungen auch tatsächlich realisieren zu können; obwohl insgesamt die Ausnahme, war dies in einigen neu erschlossenen Industriezonen, deren Arbeiterschaft zumeist noch unmittelbar bäuerlicher Herkunft ist, aber keineswegs selten.

So kam es zu der deutlichen Wahlniederlage der Linken, die sich auch nicht durch den Hinweis auf das französische Mehrheitswahlrecht bagatellisieren läßt (5).

Im zweiten Kapitel /43-64/ geht Peter auf einige wesentliche Aktionen und Probleme der französischen Arbeiterbewegung zwischen 1968 und 1971 ein. Er behandelt zunächst die Niederlage de Gaulles durch das Referendum zur Senats- und Gebietsreform im Frühjahr 1969 und verdeutlicht sehr gut, wie bei den anschließenden Präsidentschaftswahlen die Abgrenzungstaktik des rechten Flügels der Sozialisten gegenüber der FKP mit der deutlichen Abfuhr des Marseiller Bürgermeisters Defferre endgültig Schiffbruch erlitt. (Deferre erhielt 5%, der Kommunist Duclos 21,3%). Allerdings werden die komplexen sozial-ökonomischen Voraussetzungen der de Gaulle'schen Niederlage und des späteren Wahlsiegs von Pompidou nicht hinreichend analysiert (6). Ohne diese Analyse bleiben aber sowohl die vorübergehende Koalition zwischen Arbeiterklasse, Kleinbürgertum und Teilen des Bürgertums gegen de Gaulle als auch der anschließende Wahlsieg Pompidous unverständlich. So scheint Peter auch etwas vorschnell die Niederlage de Gaulles mit der Niederlage des Gaullismus /43/ verwechselt zu haben. Der Einwand einer mangelnden sozial-ökonomischen Fundierung gilt dann auch gegen die anschließende Untersuchung der Streikwellen im Herbst 1969 und im Frühjahr 1971 /49-55/. Obwohl Peter die Strategie des Großkapitals ausführlich behandelt /46-49/, fehlt die Analyse der konkreten Kapitalbewegung, aus der allein sich diese Strategie des Kapitals und die massiven Abwehraktionen der Arbeiterklasse hätten erklären lassen.

Dagegen liegt der Vorzug der Darstellung zahlreicher Einzelaktionen in der Hervorhebung der überragenden Rolle der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen für die Organisierung des Kampfes und für die Ausweitung der Solidarität innerhalb und außerhalb der Betriebe. Hier hätte der folgende Abschnitt über die gewerkschaftlichen Organisationen im Betrieb und das französische Betriebsverfassungsgesetz /55-64/ wichtige, und das heißt praxisnahe Informationen für den deutschen Gewerkschafter bieten können. Leider weist dieser Abschnitt aber einige bedauerliche Unkorrektheiten auf. So werden z.B. die Personaldelegierten (délégués du personel) mit den deutschen Vertrauensleuten verglichen, obwohl ihre Funktion zumindest teilweise dem deutschen Betriebsrat ähnelt. Darüber hinaus wird durch die Übersetzung des Begriffes "Comité D'entreprise" (Unternehmenskomitee) mit "Betriebsrat" ein falscher Eindruck erweckt. Die Unternehmenskomitees organisieren bestimmte soziale Einrichtungen (wie Kantinen, Bibliotheken, Kinderhorte, Ferienheime usw.), sie haben in ökonomischen und technischen Fragen ein gewisses Infor-

5 Peter interpretiert das Wahlergebnis der FKP gewiß etwas zu optimistisch, wenn er behauptet: "Trotz einiger Verluste konnte die Kommunistische Partei ihre Positionen mit 4,5 Millionen Stimmen und 20,2 Prozent der insgesamt abgegebenen Stimmen halten" /41/, denn 1967 hatte sie immerhin mehr als 5 Millionen (= 22,5%) Stimmen erhalten /vgl. 19/.

6 Hier hätten vor allem die nach dem Mai einsetzende Kapitalflucht, die daraus hervorgehende Franckrise und das "Sparprogramm" der Regierung im November sowie die Streikaktionen der Arbeiter im Februar und März 1969 und der Handwerker, Einzelhändler usw. im April erwähnt werden müssen.

mations- und Beratungsrecht und sind in dieser Hinsicht etwa mit dem Wirtschaftsausschuß des deutschen Betriebsrats vergleichbar. Den Vorsitz im Unternehmenskomitee führt allerdings die Unternehmensleitung, und die Belegschaftsvertreter sind im Gegensatz zu Peters Darstellung /64/ ausdrücklich auf die Kooperation mit der Direktion verpflichtet. In der französischen Betriebsverfassung werden also die konkreten Mitbestimmungsrechte der Belegschaft durch die Personaldelegierten wahrgenommen, während die bloßen Verwaltungsfunktionen für Sozialeinrichtungen und die wenig effektiven Informations- und Beratungsrechte von den Unternehmenskomitees wahrgenommen werden. Daneben verfügen aber die einzelnen Gewerkschaften in den Betrieben über die sog. Gewerkschaftssektionen (section syndicale), denen alle Mitglieder der jeweiligen Gewerkschaft angehören (es gibt daher häufig drei unterschiedliche Sektionen in den Betrieben, wobei es bei Streiks besonders darauf ankommt eine gemeinsame, intersyndikale Streikleitung zu wählen) die wiederum je nach Betriebsgröße eine bestimmte Anzahl von Delegierten (délégués syndicaux) wählen. Die Sektionen und Delegierten (letztere sind vielleicht mit den Vertrauensleuten vergleichbar) bestehen in einigen Großbetrieben faktisch schon seit der Befreiung 1945; sie waren aber bis zu den Mai-Juni-Streiks 1968 nicht gesetzlich anerkannt und verfügten über keinerlei besonderen Rechte. Die Anerkennung der betrieblichen Gewerkschaftssektionen und ihrer Delegierten gehört, wie Peter an anderer Stelle richtig bemerkt /39/, zu den wichtigsten Errungenschaften dieser Streikbewegung, weil sie die einzigen Organe innerhalb des Betriebes sind, die nicht auf ein Betriebsziel verpflichtet sind und daher reine gewerkschaftliche Kampfinstrumente an der betrieblichen Basis darstellen (7).

Das dritte Kapitel /65-94/ behandelt die Kampfbewegung bei Renault 1971. Es kann als Schwerpunkt des ganzen Buches betrachtet werden und ist wegen seiner thematischen und formalen Geschlossenheit auch als der gelungenste Teil anzusehen (8). In einem ersten Abschnitt skizziert Peter die ökonomische Situation dieses größten französischen Industrieunternehmens, die Besonderheiten, die sich aus dem Nationalisierungsstatut von 1945 für die Lage der Renault-Arbeiter ergeben, sowie eine Reihe wichtiger Kampfaktionen im Unternehmen seit 1945, die vor allem dem Hauptbetrieb in Billancourt bei Paris den Ruf einer "Arbeiterfestung" (forteresse ouvriere) eingebracht haben, und endlich die aktuelle Struktur der Belegschaft, die Rolle und Stärke der Gewerkschaften, der politischen Parteien und Gruppierungen. Dadurch wurden die objektiven und subjektiven Faktoren der Kampfaktionen im Frühjahr 1971 beispielgebend herausgearbeitet und somit die Voraussetzungen geschaffen, um die komplizierte Bewegung der Streiks zwischen den einzelnen Betrieben, den verschiedenen Arbeitergruppen und den unterschiedlichen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen nachzuvollziehen (9).

Besonders hervorzuheben ist, daß es Peter gelingt, die allgemeine Streikstrategie der CGT am Beispiel der Aktionen bei Renault deutlich zu machen. Einen wesentlichen Grundzug dieser Strategie beschreibt der CGT-Sekretär Henri Krasucki: "Die CGT kämpft gegen alles, was die lohnabhängigen Schichten spalten kann. Die unabdingbare Erhöhung der niedrigen Lohneinkommen und die Beseitigung der mit ihnen verbundenen Nachteile dürfen sich nicht zuungunsten der höher bezahlten Schichten auswirken, sondern müssen

7 Da die Gewerkschaften im ersten Wahlgang zu den Personaldelegierten ein ausschließliches Vorschlagsrecht haben, kann man sie durch Peters Darstellung leicht mit den Gewerkschaftsdelegierten verwechseln /vgl. 55/57/, eine Neufassung dieses Abschnitts wäre bei einer zweiten Auflage gewiß erforderlich.

8 Vgl. dazu Lothar Peter: "Klassenkämpfe in Frankreich: Renault 1971", in: SOPO 13, 1971, S. 33-52.

9 Vergleicht man dagegen die Darstellungen dieser Aktionen in der Westberliner "Roten Presse Korrespondenz" oder dem Göttinger "Politikon", so wird der Unterschied von marxistischer Wissenschaft und linksopportunistischem Eklektizismus unübersehbar.

auf Kosten der Unternehmergewinne durchgesetzt werden. Alle Organisationen der CGT werden deshalb zur gewerkschaftlichen Aktionseinheit in den Betrieben und auf allen anderen gesellschaftlichen Ebenen aktiv beitragen. Weil die Gesamtheit der Arbeiter unseres Landes die Einheit wünscht, rufen wir alle Arbeiter auf, diese Aktionseinheit zu ermöglichen". /73 f./

Das Problem der Aktionseinheit aller Arbeitergruppen, das im Mittelpunkt jeder korrekten Analyse des Renault-Streiks 1971 stehen muß, läßt sich eben nicht, wie es gewisse ultralinke Sektierer aber auch einige CFDT-Gewerkschafter versucht haben, durch die abstrakte Forderung nach dem "gleichen Lohn für alle" herstellen. Peter verweist auf Marx' "Lohn, Preis und Profit" wo es heißt: "Der Ruf nach Gleichheit der Löhne beruht daher auf einem Irrtum, ist ein unerfüllbarer törichter Wunsch. Er ist die Frucht jenes falschen und platten Radikalismus, der die Voraussetzungen annimmt, die Schlußfolgerungen aber umgehen möchte. Auf der Basis des Lohnsystems wird der Wert der Arbeitskraft in derselben Weise festgesetzt wie der jeder anderen Ware; und da verschiedene Arten Arbeitskraft verschiedene Werte haben oder verschiedene Arbeitsquanta zu ihrer Produktion erheischen, so müssen sie auf dem Arbeitsmarkt verschiedene Preise erzielen". (MEW 16, 131 f.) Das bedeutet weder, daß der Lohn eine fixe Größe ist (Marx weist vielmehr in der selben Schrift nach, daß er in gewissen Grenzen variabel ist, und zwar je nach besonderen historischgesellschaftlichen Bedingungen, zu denen vor allem die allgemeine Produktivkraft der Arbeit, die konjunkturelle Situation und die Kampfkraft der Arbeiterklasse zählen) noch, daß die tatsächlich bestehenden Lohndifferenzen sich ausschließlich aus dem unterschiedlichen Wert der Arbeitskraft ergeben. Insofern hat die Forderung nach Abbau der zumeist willkürlichen Lohnhierarchie durchaus ihre Berechtigung.

alternative

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR UND DISKUSSION

76 **Proletarische Partei und bürgerliche Literatur**
Sozialdemokratische Literaturkritik vor 1914 (Mehring, Lafargue, Plechanov, Roland-Holst u. a.) — Debatte ‚Kunst und Tendenz' (1910/11) — Proletarisches Theater 1919-1921 — Aus der DKP-Diskussion zur Rolle des kulturellen Erbes u. a.

77 **Schule, Intelligenz, Kapitalismus**
Mandel: Die Rolle der Intelligenz im Klassenkampf — Münchener Kollektiv: Zum Problem der Sozialisation im Kapitalismus — Aporien bürgerlicher Pädagogik — Berliner Kollektiv: Widersprüche in der Strukturreform des Bildungssystems am Beispiel der Gesamtschule u. a.

78 **Materialistische Literaturtheorie III**
79 **Brechts Modell der Lehrstücke**
Theorie einer politisch-ästhetischen Erziehung — Fehlinterpretationen der offiziellen Germanistik — Gegeninterpretation der „Maßnahme" u. a. — Unveröffentlichte Texte Brechts zur Lehrstücktheorie u. a.

82 **Materialistische Literaturtheorie IV Eine Methodenkontroverse** [Febr. 72]
Richter: Geschichte und Dialektik in der materialistischen Literaturtheorie — KSV-Zelle Germanistik (FU Westberlin): Thesen zum historisch-materialistischen Studium in der Literaturwissenschaft — Redaktionskollektiv Alternative: Was heißt historisch-materialistisches Verfahren für den Literaturunterricht? — KSV-Zelle Germanistik: Antwort an Alternative — Fülberth: Materialistische Literaturtheorie und politische Praxis — Günther: Tschechischer Strukturalismus und materialistische Literaturtheorie Replik)

83 **Parteilichkeit im Grundschulunterricht**
Kanitz: Eine objektive, aber gefährliche Rechenstunde — Berliner Kollektiv: Entwürfe von Unterrichtseinheiten für die Primarstufe „Wir tauschen und kaufen", „Vater arbeitet in der Fabrik", „Wir wohnen zur Miete" Versuch einer Explikation der Tausch-, Waren- und Besitzverhältnisse; mit beigefügten Unterrichtsmaterialien — Analyse des Westermannschen Sprachbuchs 2 — Unterricht als Verhaltenstraining (Protokolle) u. a.

Alternative Verlag, 1 Berlin 30, Steinmetzstraße 13 V. Einzelheft 3.—, Doppelheft 5.– Abonnement 14.50 DM.

Allerdings ergibt sich aus der notwendigen Unterschiedlichkeit der Löhne stets, daß die Herstellung der Aktionseinheit aller Arbeiter, gerade bei der Verteidigung scheinbar gruppenspezifischer Interessen, erst auf der Basis der Einsicht in die prinzipielle Interessenidentität gegenüber dem Unternehmer wirklich gelingen kann. Hierfür bietet Peters Analyse des Renault-Streiks 1971 ausgezeichnetes Anschauungsmaterial.

Die Streikaktionen begannen Anfang April mit dem Kampf von 82 O.S. (angelernten Arbeitern) einer Montage-Abteilung des Renault-Zweigwerks in Le Mans gegen das komplizierte System der Arbeitsplatzbewertung, das neben dem Hauptziel der Mehrwertauspressung noch zusätzlich versucht, ein spezifisches Konkurrenzverhalten unter den Arbeitern hervorzurufen und die Solidarität zu verhindern /79/. Es wird gezeigt, wie sich die anfänglich von den übrigen Arbeitern lediglich gebilligten Aktionen der 82 O.S. zunächst auf alle 5.000 in Le Mans beschäftigten O.S. ausgedehnten und allmählich von den übrigen Arbeitergruppen in Le Mans und den übrigen Zweigwerken unterstützt wurden. Durch die kontinuierliche Bewußtseinsbildung der CGT verwandelte sich das bloß abstrakte Verständnis, vor allem der qualifizierten Arbeiter, der Angestellten und Techniker, für die Probleme der O.S. in Le Mans in wachsende Sympathie. Dies erst schuf die Voraussetzungen dazu, die vielfältigen Spaltungsmanöver der Unternehmensleitung zum Scheitern zu bringen und angesichts der späteren Aussperrung der O.S. zur aktiven Solidarisierung aller Arbeitergruppen überzugehen. "Während die CFDT zunächst auf den totalen unbefristeten Besetzungsstreik drängte und eine von der Direktion sehnlichst erwartete Zersplitterung der Belegschaft riskierte, arbeitete die CGT konsequent auf den Punkt der Kampfentwicklung hin, an dem auch die Facharbeiter und sogar große Teile der Angestellten und technischen Kader sich aktiv mit den unqualifizierten und angelernten Produktionsarbeitern solidarisieren konnten." /87/

Deutlich wird auch, wie Unternehmensleitung und Regierung versuchten, den vermeintlichen Einfluß ultralinker Gruppen für eine Desolidarisierung der Masse der Arbeiter zu benutzen. Gezielt setzten sie die paramilitärische Bereitschaftspolizei CRS im Zweigwerk Flins ein, um wie im Juni 1968 mit den dort vermuteten anarchistischen, maoistischen oder trotzkistischen Arbeitergruppen blutige Auseinandersetzungen zu provozieren. Freilich war die Bourgeoisie dabei der falschen Propaganda ihrer eigenen Söhne auf den Leim gegangen. Die radikalisierten "Arbeiter"gruppen erwiesen sich im wahrsten Sinne des Wortes als Papiertiger. Vor allem die wortgewaltigen Maoisten der "Proletarischen Linken" (Gauche prolétarienne) oder der in Flins angeblich so stark vertretenen "Arbeiterbasis" (Base ouvrière) erwiesen sich als einflußlos (10) und das zum Nutzen der Streikenden. So stießen die Provokationsversuche der CRS ins Leere. Erst als diese gescheitert waren und die geschlossene Solidarität aller Renault-Betriebe unübersehbar wurde, fand sich die Unternehmensleitung zu Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereit. Das Verhandlungsergebnis, das zunächst von den Arbeitern in Le Mans abgelehnt, später aber nach einigen wichtigen Verbesserungen mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, blieb zwar hinter den ursprünglichen Forderungen nach grundlegender Modifizierung des Systems der Arbeitsplatzbewertung deutlich zurück, dennoch brachte es einen

10 Über das theoretische und praktische Niveau der GAUCHE PROLETARIENNE informiert das kürzlich bei Wagenbach erschienene Buch mit dem gleichen Titel und dem Zusatz "Volkskrieg in Frankreich? ", wo es z.B. auf S. 14 unter der Zwischenüberschrift "Über den Sozialfaschismus" heißt: "Eine wirklich gefährliche faschistische Partei ist die PCF. .....Ob es der CGT gelingen könnte, eine faschistische Massenbasis zu schaffen, ist für uns eine wichtige Frage. Der faschistische Führungsapparat der PCF und der CGT unterdrückt die breiten Massen durch die Gewerkschaftspolizei." usw. Natürlich wurden in Westberlin auch die Texte der BASE OUVRIERE veröffentlicht (bei Merve). Dort wird auf den Seiten 75-85 über den

Einbruch in das starre Prinzip dieses Pseudo-wissenschaftlichen Lohnfindungsverfahrens /Ergebnisse im einzelnen 92 f/.

Peter faßte die Lehre des Renault-Streiks wie folgt zusammen: "Für die Belegschaft brachte ... die Streikbewegung nicht nur entscheidende materielle Verbesserungen, sondern trug auch zur Entwicklung der Aktionseinheit bei, die alle lohnabhängigen und nicht an der Macht beteiligten Schichten der Belegschaft auf der Ebene des Betriebs und der gesamten Arbeiterklasse auf nationaler Ebene umfassen muß, nicht aber zur Isolierung einzelner Arbeiterschichten führen darf". /94/

Mit diesem kurzen Fazit, das noch durch ein etwa gleichlautendes Zitat aus der Betriebszeitung der Sektion der FKP des Werks Billancourt bestärkt wird, endet nun aber nicht nur die Darstellung dieser gewiß wichtigen Einzelaktion, sondern zugleich auch Peters Gesamtanalyse der Klassenkämpfe in Frankreich heute (11).

Ein abschließendes Kapitel über die Perspektiven der gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen in Frankreich wäre daher unbedingt erforderlich gewesen. Man vermißt in dem Buch die hierzu notwendigen Informationen über Stärke und Einfluß der einzelnen Arbeiterorganisationen, ihre jeweilige Strategie und Bündnispolitik, ihr Verhältnis zueinander und zu den verschiedenen ultralinken Gruppierungen. Daß diese Fragen die Hauptprobleme der gegenwärtigen Arbeiterbewegung in Frankreich sind, beweisen die Diskussionen innerhalb und zwischen den Gewerkschaften und Parteien über konkrete Einzelaktionen ebenso wie über die mittelfristige Strategie und die zukünftige Errichtung des Sozialismus in Frankreich; und zwar nicht nur an der Spitze, sondern in wachsendem Maße auch an der Basis in den Betrieben und Wohnvierteln, was z.B. durch den Massenerfolg des Regierungsprogramms der FKP für eine antimonopolistische Demokratie (bisher fast 1 Million verkaufter Exemplare eines immerhin rund 250 Seiten umfassenden Taschenbuches!) eindeutig belegt wird.

Werner Goldschmidt

Renault-Streik 71 berichtet. Hier eine Textprobe: "Die Gewerkschaften haben nichts getan, um die Arbeiter zu mobilisieren und verzapfen den üblichen Quatsch. In den meisten der Abteilungen, die nicht von der Aussperrung betroffen sind, wird weitergestreikt. Die Kollegen erwarten, daß neue Vorschläge für Aktionen gemacht werden. Rousselin von der CFDT ergreift das Wort und sagt, daß man heute nichts machen könne ... "Sau!" ... äh, daß man die Fabrik besetzen müsse ... "Bravo" .... und zwar am Montag ... "Sau!" Alle wollen die Besetzung, obwohl man nicht sehr zahlreich ist. Die BO (Base ouvrière – W.G.) ergreift das Wort: "Wir müssen uns organisieren, um die Chefs, die Krawattenärsche, rauszuschmeißen. Wir müssen die Fabrik besetzen, um sie dann in der Hand zu behalten; wir müssen ihre Verteidigung organisieren, gegen die Bullen und die Chefs, die dann versuchen werden, sie zurückzuerobern. Wir sind hier nicht zahlreich genug, um es durchzuführen. Wir schlagen den Kollegen vor, sich in Propaganda-Brigaden zu organisieren, um dann in alle Siedlungen und Häuser zu gehen und von heute ab massiv die Leute zu mobilisieren, damit wir am Montag den Chefs die Fabrik wieder abnehmen und sie halten können." Diesen Vorschlägen der BO stimmt nur eine Minderheit der anwesenden Kollegen zu (!); die Mehrheit (!!) will sofort etwas tun, will sich schlagen" (!!!). Und so geht das weiter.

11 Der sich im Buch anschließende Anhang gehört, wie bereits erwähnt, thematisch an den Anfang.

Neuerscheinungen

Autorenkollektiv unter Leitung von N.A. Zagolow
Lehrbuch Politische Ökonomie
Band 1 Vorsozialistische Produktionsweisen, 608 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 14,50
Band 2 Sozialismus, Leinen, 622 Seiten, DM 14,80

Jürgen Kuczynski
Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD
568 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 16,20

Kurt Rückmann
Demoskopie oder Demagogie?
Zur Meinungsforschung in der BRD. Marxistischer Paperback, 134 Seiten, DM 7,50

Herbert Meißner
Theorie des Wirtschaftswachstums
Hoffnung und Dilemma der bürgerlichen Ökonomie. Paperback der Reihe "Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", 76 Seiten, DM 3,50

N.N. Inosemzew u.a.
Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus
899 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 16,20

Jakob Goldberg
Der Nahost-Konflikt
Taschenbuch der Reihe "Marxismus aktuell", 122 Seiten, DM 6,–

Gemeinsames Regierungsprogramm der Französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei
mit einer Einleitung von Georges Marchais
Taschenbuch der Reihe "Marxismus aktuell", XX und 88 Seiten, DM 3,50

O. Hoffmann, G. Scharschmidt
Wissenschaftlich-technische Beziehungen mit Entwicklungsländern
Die gegensätzlichen politischen Grundkonzeptionen sozialistischer und imperialistischer Staaten, 148 Seiten, DM 7,50

Bezug über den Buchhandel oder direkt beim Verlag
6 Frankfurt/Main 50, Heddernheimer Landstr. 78a
Tel.: (0611) 57 10 51

VMB
Verlag Marxistische Blätter GmbH

Wenn Sie eine Zeitung suchen,

die keine nationalistischen Illusionen nährt –
die für Verständigung und Abrüstung,
für Demokratie und Fortschritt eintritt –
die eine Wirtschafts- und Sozialpolitik fordert,
die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an den Interessen des Großkapitals orientiert –

dann müssen Sie die

Deutsche Volkszeitung

kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH. 4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

VERLAG

das europäische buch

Literatur Vertrieb GmbH.

Zentralbuchhandlung
für Literatur aus der DDR

Berlin 12
Knesebeckstraße 3
Telefon 3 13 77 44
An der TU

Wieder lieferbar

Georg Klaus und Manfred Buhr

Philosophisches Wörterbuch

Leinen in 2 Bänden zus. 1221 Seiten

DM 22,—

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland

Kollektiv unter Leitung D. Fricke Jena

BAND 1 „ALLDEUTSCHER VERBAND" BIS „FORTGESCHRITTENE VOLKSPARTEI" 806 S. DM 52,–

BAND 2 „FRAKTION AUGSBURGER HOF" BIS „ZENTRUM" 800 S. DM 52,–

W. S. Wygodski

Die Geschichte einer großen Entdeckung

(Karl Marx und sein Kapital) DM ~~4,20~~ 3,80

Berlin 33, Thielallee 34, Tel. 8 32 81 86 · An der FU

das europäische buch